

NACHRICHTEN UND BERICHTE

ARTIKEL:

REZENSIONEN:

Nr. 123
Februar 1985
DM 5,00

Impressum

blätter des iz3w

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e. V. — Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus). D-7800 Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/7 40 03, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-12 u. 15-18 Uhr.

Zusammengestellt von: Alf Baier, Frank Ballot, Julia Ballot, Roland Beckert, Wolfgang Beyer, Gerhard Braun, Georg Cremer, Christian Dierstein, Wolf-Matthias Gall, Ute Gerhardt, Christine Grieshaber, Andrea Hassur, Werner Kobe, Claudia Koenig, Michael Krischer, Mecht ild Maurer, Bernhard Merk, Hein Möhlenkamp, Christian Neven-du Mont, Theo Niewerth, Mariele Pelster, Dominique Prodel, Angelika Rees, Bernd Riegraf, Matthias Rommel, Peter Schmidt, Dieter Seifried, Hartmut Stüwe, Wilfried Telkämper, Beate Thill, Barbara Unmüßig, Susanne Vollmer, Hildegard Wenzler, Susanne Wucher, Daniela Zimmermann.

Bei Einsendung von Artikeln beachten Sie bitte folgende Angaben:
Manuskripte sollten mit der Schreibmaschine geschrieben sein, mit 2-zeiligem Abstand: 40 Anschläge und 30 Zeilen. Artikellänge: höchstens 15 Manuskript-Seiten.

Satz und Druck:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 17618

Vertrieb für Buchhandel:
prolit buchvertrieb gmbh, Siemensstraße 18a, Postfach 111008, 6300 Gießen 11, Telefon: (0641) 77053

Copyright bei der Redaktion und den Autoren.

Vervielfältigungen für Unterrichtszwecke erlaubt und erwünscht.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 40,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 30,- DM).

Schweiz: SFR 40,- (bzw. 30,-)
Österreich: ÖS 300,- (bzw. 230,-)
übriges europäisches Ausland:
DM 45,- (bzw. 35,-)
Luftpostabonnements:
Afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien: 61,60 (bzw. 51,60)
Südamerika, Südostasien, Fernost: 68,80 (bzw. 58,80)
Australien, Südpazifik: 76,- (bzw. 66,-)

Einzelpreis: DM 5,-/SFR 5,-/ÖS 37,-

Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39-755
Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Redaktionsschluß für Nr. 124:
26. Februar 1985

Anzeigenschluß für Nr. 124:
26. Februar 1985

Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

ACHTUNG!

An alle ausländischen Abonnenten

Sie haben in den letzten Tagen die Rechnung für das Jahresabonnement der „blätter des iz3w" 1985 bekommen. Die Preise für das europäische Ausland (mit Ausnahme der Schweiz und Österreich) sind in dieser Rechnung nicht gesondert aufgeführt. Bitte entnehmen Sie die Preise dem nebenstehenden Impressum. Danke!

Tagungshinweise

Jugendseminar „Ökologie und Entwicklung", 29.-31.3. 85, Herrsching/Ammersee
Information und Anmeldung: Jugendorganisation Bund Naturschutz, Mainzerstr. 22, 8000 München 40

„Frauenspezifische Bildungsarbeit und die Pädagogik Paulo Freires", 15.-17.3. 85, Information und Anmeldung: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

„Frauen in der Fremde — Ausländische Frauen in europäischen Ländern", 26.-28.4. 85
„China in der Wende", 19.-21.7. 85
Studienreise in die Volksrepublik China, Oktober 1985. Information und Anmeldung: Evang. Akademie Tutzing, Postfach 227, 8132 Tutzing

---

Studientagung „,Alternatives' Reisen in die ,Dritte Welt' — zwischen Völkerverständigung und Neokolonialismus", 19.-21.4. 85, Bielefeld
Information und Anmeldung: Haus Neuland, Senner Hellweg 493, 4800 Bielefeld 11

„Die veränderte Wirtschafts- und Außenpolitik Sri Lankas und die damit verbundenen Auswirkungen auf die tamilischen Befreiungsbewegungen", 1.-3.3. 85, Leichingen
„Landflucht in Ländern der Dritten Welt", 29.3.-31.3. 85, Bielefeld
„Drei Welten oder eine? — Eine Einführung in entwicklungspolitische Zusammenhänge", 30.3.-4.4. 84, Vlotho
„Hunger ist kein Schicksal", 15.2.-17.2. 85, Bielefeld
Information und Anmeldung für alle Tagungen bei AKE, Horstweg 11, 4973 Vlotho

---

Aktionstreffen am 22.-24.2. 85 in Düsseldorf zur Vorbereitung von Aktionen während des in Bonn vom 2.-5. Mai 1985 stattfindenden **Weltwirtschaftsgipfels** Information und Anmeldung: BUKO, Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

„Frauen gegen Gentechnik und Reproduktionstechnik", 19. 4.-21.4. 85, Bonn. Information und Anmeldung: Sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis für Frauen e. V., Herwarthstr. 22, 5000 Köln 1

„Nord-Süd, Ost-West: Sicherheit oder Herrschaft", 16.-23.8. 85, Prali (Italien)
„Der Islam: Zwischen Tradition und Veränderung", 24.-31.8. 85, Prali (Italien), Information und Anmeldung: AGAPE, 10060 Prali(To), Italien

---

Aktion „Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit„ 1985:
Eröffnung der Aktion 85, 22.-24.2. 85, Darmstadt
Seminar „Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit — Umsetzung in der Schule", 1.-3.3. 85, Zweifall (bei Aachen)
„Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit" Einführungsabend, 1.3. 85, Bocholt, ÖIEW
„Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit" Ein Besinnungs- und Orientierungstag, 2.3. 85, Recklinghausen, ÖIEW
Osterfastenwoche im Spannungsfeld von „Spiritualität - Politik - Emotion - Körpererfahrung", 29.3.-7.4. 85, Würzburg, ÖIEW
Fastenwoche - Passionswoche (nach H. Lützner)
„Eine-Welt-Werkstatt", 1.-5.4. 85, Goldenstedt

Symposium „Ausgewählte Fragen der Agrartechnik in den Tropen und Subtropen", 20.-21.2. 85, Universität Gießen, Information und Anmeldung: Institut für Landtechnik, Braugasse 7, 6300 Gießen

---

„Herausgefordert durch die Theologie der Dritten Welt", 18.-23.3. 85, Hamburg, Information und Anmeldung: Missionsakademie an der Universität Hamburg, Rupertistr. 67, 2000 Hamburg 52

„Kolonialismus — Zwischen Anpassung und Widerstand", 22.-24.2. 85, Bad Boll, Information und Anmeldung: Evang. Akademie, 7325 Bad Boll

---

Seminar zum Lomé 3-Abkommen, 8.-10.3. 85, bei Bonn, Information und Anmeldung: JEF — AK Entwicklungspolitik, Berliner Platz 1, 5300 Bonn 1

„Nahrungsmittelhilfe — Hilfe gegen den Hunger oder Geschäft?", 22.-24.2. 85, Dießen/Ammersee, Information und Anmeldung: Th. Dehler-Institut, Agnesstr. 47, 8000 München 40

Seminare für ehemalige Entwicklungshelfer:
Benin und Togo — Vergleich zweier Entwicklungswege, 22.-24. Februar 1985 in 6240 Falkenstein/Ts.
Ökologische Probleme in der Dritten Welt (Gemeinschaftsseminar mit dem WELTFRIEDENSDIENST), 22.-24. März 1985 in 4400 Münster
Länderseminar Sambia — Welche Entwicklungsperspektiven bieten sich für Sambia 20 Jahre nach der Unabhängigkeit? (Gemeinschaftsseminar mit dem DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSDIENST), 19.-21. April 1985 in 7550 Rastatt
Familie und Kleinkind in der Dritten Welt (Gemeinschaftsseminar mit der KÜBEL-STIFTUNG), 10.-12. Mai 1985 in 7540 Neuenbürg/Pforzheim
Information und Anmeldung: Kübel-Stiftung, Darmstädterstr. 100, 6140 Bemsheim 1

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: Indien

Der Schock von Bhopal

Innerhalb einer halben Stunde sterben im engeren Umkreis der Chemiefabrik über 2000 Personen. 17000 Menschen im weiteren Kreis um die Unglückstätte erleiden lebensgefährliche Verletzungen. So stellte sich der TÜV Rheinland 1978 die Lage vor, wenn ein kleinerer Phosgentank bei Bayer in Leverkusen explodiert. Dieser GAU ist eingetreten. Wieviele Menschen sein Opfer wurden, ist vermutlich nie mehr festzustellen, ändert für uns als unmittelbar nicht betroffene und ohnmächtige Zeitungsleser ja wohl auch nichts. Hilfslosigkeit und Wut waren bei mir die ersten Reaktionen, als ich von der Katastrophe in Bhopal hörte. Gerade weil ich seit Jahren versuche, mir und andern ein Bild von den Gefahren der Pestizidanwendung und den Praktiken der Pestizidfirmen zu verschaffen, ist mir meine Ohnmacht schmerzlich deutlich geworden. Wir müssen uns Bilder tausender, verzerrter Gesichter von Leichen, von verzweifelten Flüchtlingen und lebenslang

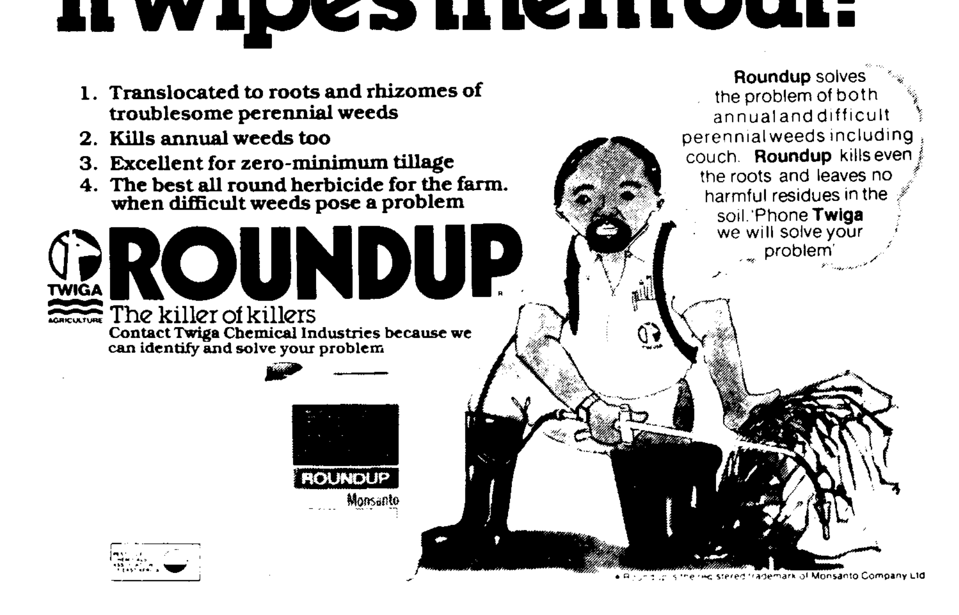


Erblindete Mutter, Kind

siechen Menschen anschauen und können dazu die Fäuste ballen. Oder eben weitermachen in der Kleinarbeit des Info-Sammelns und -Verbreitens, der Organisation von Aktionsnetzwerken u.ä., und dabei immer darauf warten, daß die nächste Katastrophe kommt, wieder unter Umständen, die man sich noch nicht einmal vorstellen konnte.

Was übrigens wohl für die meisten hier, die sich mit Pestiziden beschäftigen, gilt, daß sie von den Gefahren in Bhopal keinerlei Ahnung hatten, das gilt so nicht für die Betroffenen. Es ist inzwischen belegt, daß in Indien seit Jahren genau vor diesem Betrieb und vor diesen Stoffen heftig gewarnt wurde. Vor allem der Wissenschaftsjournalist Raykumar Keswani aus Bhopal selbst hat dafür gesorgt, daß weder die zuständigen Behörden noch Union Carbide sagen können, sie hätten von nichts gewußt.[1] Dennoch ist das natürlich die naheliegendste Reaktion der Verantwortlichen. Nichts zu wissen von den Ursachen der Katstrophe, am besten von dem Ereignis selbst, das wäre offensichtlich auch dem verantwortlichen Konzern Union Carbide das liebste. Vor allem







weiß er nicht, was er dazu sagen soll. Sind nun die Sicherheitsbestimmungen in seinem indischen Werk genauso wie in den USA — dann muß man also auch in West-Virginia mit einem ähnlichen Unglück rechnen. Das möchte Union Carbide natürlich nicht sagen. Hat man es also mit den Indern da unten nicht so genaugenommen? Als zynischer Rassist will der Konzern auch nicht gerne dastehen, schließlich hat er ja noch mehr Geschäftsinteressen in der Dritten Welt und gerade erst in Indien den Antrag auf die Errichtung einer weiteren Chemiefabrik gestellt. Erst nach geraumer Zeit schält sich die Strategie von Union Carbide heraus, diesem argumentativen Dilemma zu entkommen. Es handelt sich um eine geschickte Kombination beider Antworten: Das Werk ist zwar genauso sicher wie das vergleichbare in den USA (was inzwischen freilich klar widerlegt ist; z.B. fehlt das computergesteuerte Kontrollsystem), aber die indischen Manager haben eben versagt — schließlich gehören ja nur 51 % des Werkes Union Carbide, der Rest ist indisches Kapital, und da hat man eben mal die Inder rangelassen. Was dabei rauskommt, so wird dem Publikum indirekt nahegebracht, sieht man ja.

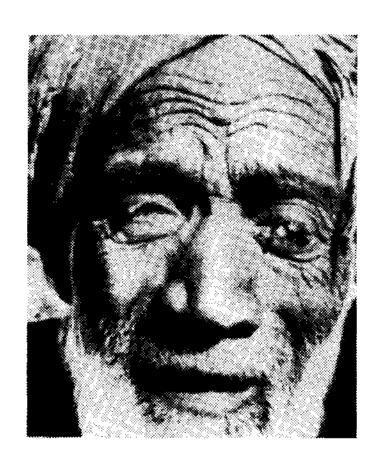
Ich habe in den letzten Wochen zahllose Artikel und Kommentare in der Presse über die Katastrophe von Bhopal gelesen. Durchgängig war dabei zu beobachten, daß von einem Konzern wie Union Carbide gar nichts anderes erwartet wurde als diese Art von Zynismus. Reaktionen wie Betroffenheit (es sei denn über die Kursstürze), Mitleid oder Selbstzweifel wurden überhaupt nicht erwartet — nach den Erfahrungen von Seveso eine verständliche Haltung. Ob man sich über diese Art von „kritischem Bewußtsein" freuen soll, scheint mir jedoch sehr fraglich. Bei mir weckt eine Öffentlichkeit bzw. Presse, die dem Zynismus der Multis nur ihrerseits zynisch begegnen kann, jedenfalls keine Hoffnung auf Veränderungen.

Pestizide in Indien

So sehr man die zynischen Versuche der verantwortlichen Manager von Union Carbide, alles auf die Inder abzuwälzen, zurückweisen muß, so wichtig ist es andererseits, die Augen nicht vor den Bedingungen in Indien zu verschließen, unter denen es zu der Katastrophe kam. Es waren schließlich auch indische Journalisten, die die korruptionsverdächtigen Verbindungen zwischen den verantwortlichen staatlichen Stellen und dem Werk in Bhopal aufgedeckt haben, die die mangelhaften Sicherheitsvorkehrungen recherchiert und auch auf die Geheimnisse des Forschungslabors von Bhopal verwiesen haben. Bleibt man bei der Frage stehen, wie es zu diesem speziellen Unglück kommen konnte, treten Verhältnisse zutage, die ihr Pendant durchaus in diesem unserm Lande haben, man erinnere sich nur an die jahrelangen Vertuschungen um die Skandale etwa bei Boehringer oder Stolzenberg in Hamburg oder der Altölfirma Pintsch in Berlin.

Was Indien und die BRD weit mehr unterscheidet, ist die Gläubigkeit an die Segnungen der Industrie. Indien hat in fast allen Industriesparten international beachtliche Leistungen aufzuweisen, und die Regierung — die neue, so hört man, ganz besonders — und der einflußreiche Teil der Öffentlichkeit setzen nach wie vor auf die Industrialisierung als den Weg aus der „Unterentwicklung" heraus. Für die Chemieindustrie gilt das ganz besonders. Sie wird als die entscheidende Basis für die „Grüne Revolution" betrachtet, der die meisten „Verantwortlichen" in Indien — kritischen Analysen zum Trotz — nach wie vor die relativen Erfolge in der Produktionssteigerung der indischen Landwirtschaft zuschreiben. Daraus ergaben sich unmittelbar zwei Konsequenzen, die auch für Bhopal von Bedeutung sind:

1. In Indien war man bislang wenig problembewußt im Umgang mit Pestiziden. DDT, Malathion, Parathion und zahlreiche andere Gifte, die in vielen (Industrie-) Staaten verboten sind, werden in Indien nicht nur angewandt, sondern auch hergestellt. Jährlich werden z.B. 14000 t DDT und sogar 41000 t HCH (in der BRD verboten und durch den niedersächsischen Futtermittelskandal 1984 wieder bekannt geworden - vgl. iz3w 120 S. 15) hergestellt.[2] Dementsprechend hoch liegen die Belastungen der Bevölkerung. DDT — nicht das gefährlichste, aber das am besten erforschte Pestizid — findet sich in indischen Grundnahrungsmitteln in Konzentrationen, die um ein vielfaches über den deutschen erlaubten Höchstmengen liegen. Die Belastung des Durchschnittinders mit DDT liegt mit 22,8 ppm fast viermal über dem Weltdurchschnitt.[3] Auch größere Katastrophen bleiben nicht aus. HCH hat z.B. eine Epilepsiewelle ausgelöst, Massenvergiftungen mit mehr als 100 Toten durch Pestizide wurden mehrfach berichtet.[4]



erblindeter Greis,

2. Indien hat große Anstrengungen unternommen, eine eigene Pestizidindustrie aufzubauen und ist nicht ganz so stark wie andere Länder der Dritten Welt von den Multis anhängig. Insgesamt existieren 170 Formulierbetriebe (die aus gelieferten Grundstoffen die Pestizide zusammenmischen), die Jahresproduktion beträgt rund 85000 Tonnen.[5] Dem hohen Forschungsstand der indischen Industrie entsprechend war das Land als erstes in der Dritten Welt in der Lage, Herbizide selbst herzustellen.[6] Quantitativ wie qualitativ ist Indien eines der führenden Länder in der Pestizidproduktion der Dritten Welt.

Seit Ende der sechziger Jahre existiert in Indien auch eine Gesetzgebung zur Regulierung des Einsatzes von Insektiziden. Später folgten eine Reihe von weiteren Gesetzen zum Schutz der Umwelt, die im Prinzip auch für den Pestizideinsatz bedeutsam sind.[7] Indien gehört damit nicht zum Kreis der immer noch zahlreichen Länder, die keinerlei gesetzliche Überwachung des Pestizideinsatzes kennen. Das „Central Insecticides Board" hatte im übrigen bereits eine Liste von zu verbietenden Stoffen zusammengestellt, auf denen auch die in Bhopal produzierten Pestizide standen.[8] Allerdings sind diese Gesetze weder scharf — zahlreiche bekannt giftige Stoffe sind zugelassen — noch werden sie in der Regel effektiv überwacht. Gerade den Staatsbetrieben wird nachgesagt, daß sie Vorschriften zu umgehen wissen. Immerhin bescheinigt ein kürzlicher Bericht der Weltgesundheitsorganisation Indien erhebliche Anstrengungen in Richtung einer umwelt- und gesundheitserhaltenden Gesetzgebung.[8] Keineswegs kann Indien also, wie nach Bhopal in der Presse gelegentlich der Eindruck erweckt wurde, als Paradebeispiel für ein anarchisch-unfähiges Land genommen werden. Vielmehr ist bereits jetzt ziemlich klar, daß Union Carbides gegen indische Gesetze verstoßen hat, deren Einhaltung allerdings von indischer Seite auch ebenso offensichtlich nicht eingefordert worden ist.[10]

Ins Klischee vom unfähigen Kind Indien, das vom bösen Onkel Multi miß-

braucht wird, paßt auch, daß sich die Berichterstattung fast ausschließlich auf die Ausgangsstoffe, die die Katastrophe im Produktionsprozess ausgelöst haben, konzentrierte, daß aber in der Regel unwidersprochen die Version der Behörden und des Konzerns weitergegeben wurde, die Verarbeitung des hochgiftigen Methylisocyanat zu „einem Pestizid" werde die Gefahr endlich beseitigen.

In Bhopal wurden Carbamate hergestellt, also Insektizide aus einer der modernsten Produktlinien, und zwar Aldicarb (Handelsname Temik) und Carbaryl (Handelsname Sevin). Aldicarb wird in der BRD von Union Carbide, Schering und Celamerk vertrieben, Carbaryl von Schering, Celamerck und BASF,[11] darüber hinaus z.B. von BASF in Peru, von Höchst im Sudan....[12] Beide Stoffe sind so giftig, daß sie z.B. in der Bundesrepublik bereits wieder auf der Liste der stark anwendungsbeschränkten Mittel stehen. Carbaryl ist nur mit Zustimmung der zuständigen Behörde nur im Weinbau unter bestimmten Bedingungen zugelassen. Aldicarb ist ebenfalls nur im Weinbau und für einige andere Spezialkulturen zugelassen. Im Behandlungsjahr anfallendes Obst darf nicht verwertet werden. Beide Präparate sind im Wasserschutzgebiet nicht zulässig. Aldicarb unterliegt auch in den USA starken Anwendungsbeschränkungen. Nach der Klassifizierung der WHO ist Aldicarb „Äußerst gefährlich" (IA), Carbaryl mittelmäßig gefährlich (II)[13]. Aldicarb ist auch auf der Liste der „Dirty Dozen", also der Pestizide, gegen die das internationale Pestizidaktionsnetzwerk PAN (s. dazu iz3w 122 S.55) bereits vor Bhopal eine besondere Kampagne zu führen beschlossen hatte.

Die Ansiedlung dieses Werkes, das derart hochgiftige Stoffe produziert (Aldicarb darf wegen seiner extremen Giftigkeit nur als Granulat in Verkehr gebracht werden, das mit einer wachsartigen Schutzschicht versehen ist)[14], war eine Entscheidung der indischen Politik, die durchaus im Rahmen sonstiger indischer



Entscheidungen (z.B. für Atomenergie seit den fünfziger Jahren) steht. Zugleich liegt sie in der Expansionslogik des US-Multis, der mit seinem Produkt zu Hause auf Schwierigkeiten stößt. Wenn jetzt in der Chemieindustrie weltweit die Produktionsprozesse nach Sicherheitsschwachstellen durchgeprüft werden, darf das nicht davon ablenken, daß eben nicht nur Ausgangsstoffe wie Phosgen, sondern auch Endprodukte wie Temik gefährliche, chemische Kampfstoffe sind. Auch deren Gefahrenpotential ist in die fällige Revision mit einzubeziehen, wenn man nicht weiter der Moral huldigen will, wonach einige Tausend Tote an einem Ort zur gleichen Zeit unannehmbar, eine mehrfach höhere Zahl jedoch, nur weit gestreut und zeitlich gestaffelt, zu akzeptieren sei.

Schwierige Informationsbeschaffung

Fragt man, was aus Bhopal gelernt werden kann, so ist die erste und bittere Antwort (jedenfalls für die, die bereits wissen, daß Gift lebensgefährlich ist), daß die Suche nach den konkreten und vorrangigen Gefahrenquellen der Pestizidindustrie bzw. der Chemieindustrie überhaupt unter den gegenwärtigen Bedingungen allenfalls auf kleine Zufallstreffer hoffen kann bzw. nur ganz grobe Schattenrisse des Gefahrenpotentials liefern kann. Das gleiche gilt für gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Gefahren, die ja deren Kenntnis voraussetzen. Die bescheidenen Versuche in dieser Richtung wurden in anderen Artikeln zum Thema in den „Blättern" vorgestellt. Nach Bhopal haben u.a. die Grünen gefordert, auch den Export von Industrieanlagen genehmigungspflichtig zu machen, und zwar durch eine Novellierung des Außenwirtschaftsgesetzes. Wo der politische Wille da ist, beim Technologieexport in den Ostblock etwa, sind Beschränkungen ja auch durchaus möglich.





Mir scheint jedoch nach Bhopal vor allem wichtig, einmal auf die ungeheuren Schwierigkeiten der Informationsbeschaffung und -aufbereitung im Bereich der Chemie hinzuweisen, die ja Voraussetzung auch z.B. für das Greifen einer Exportkontrolle wären. Nach einer Liste der (US-) American National Academy of Science sind 7,75 Millionen verschiedene Chemikalien bekannt, jährlich kommen 500 bis 1000 dazu.[15] Große Teile der Information über diese Chemikalien sind unveröffentlicht, weil sie Firmengeheimnisse, militärische oder sonstige Regierungsgeheimnisse sind oder auch in Forschungsinstituten einstweilen zurückgehalten werden. Die veröffentlichte Literatur ist ihrerseits keineswegs so beschaffen, daß sie dem nicht-spezialisierten Fachmann, geschweige denn dem Laien ohne weiteres Aufschluß über das Gefahrenpotential gibt. Weil das so ist, hat bereits die erste UN-Umweltkonferenz 1972 in Stockholm beschlossen, ein internationales Informationsnetzwerk über gefährliche Chemikalien zu schaffen. Dieses Informationssystem wurde schließlich 1977 als „International Register of Potentially Toxic Chemicals“ (IRPTC) geschaffen,[16] und zwar als Unterprogramm der 1972 geschaffenen UN-Umweltorganisation UNEP (UN Environmental Program). Das gesamte UNEP , das für alle Bereiche der Umweltsicherung vom Schutz der Ozonschicht bis zum Waldsterben zuständig ist, hat einen Jahresetat von 30 Millionen Dollar. Man kann sich vorstellen, welche Möglichkeiten dann ein Programm wie das IRPTC hat. Nach fünfjähriger Arbeit konnte es „Datenprofile“ von 60 Stoffen vorlegen, heute hat es Informationen zu 550 Substanzen. Nach Schätzungen von Jan Huismans, dem Leiter des IRPTC, sind ungefähr 3000 — 5000 Stoffe für den internationalen Handel von größerer Bedeutung.[17] Danach hätte das IRPTC bisher also erst etwa ein Zehntel seines wichtigsten Arbeitsgebiets erfaßt. Dennoch dürfen die IRPTC-Datenprofile als die beste Informationsquelle für gefährliche Chemikalien gelten, weil sie eine größtmögliche Quellenbreite (z.T. auch aus der Industrie) haben, und weil die Angaben überprüft und verglichen sind sowie laufend auf den Stand gebracht werden. Auch Stoffe, deren Patente ausgelaufen bzw. die nicht mehr produziert werden, behält das IRPTC im Auge, denn oft genug sind die Gefahren einer Chemikalie erst nach Jahrzehnten in ihrem ganzen Umfang deutlich geworden.

Daß die Industrie diesem Programm mit großem Mißtrauen gegenübersteht, wird nicht verwundern. Huismans kann nur von einem Konzern berichten, der mit ihm zusammenarbeitet.

Regierungen und Behörden, die etwas zum Schutz der Bevölkerung vor giftigen Chemikalien tun wollen, stehen über IRPTC also immerhin Informationen zur Verfügung. Der Ruf nach mehr Kontrolle wird ohne Zweifel nach Bhopal auch in der Dritten Welt lauter werden. Beispiele aus Brasilien zeigen freilich auch, daß die Multis sich mit allen Mitteln gegen eine Einschränkung ihrer „Rechte“ wehren werden. Als dort einige Bundesstaaten strengere Bestimmungen gegen bestimmte Pestizide erließen, übten die Chemiekonzerne starken Druck auf die brasilianische Bundesregierung aus, dies zurückzunehmen. Sie weigern sich auch, die für wirksame gesetzliche Kontrollen nötigen Informationen an den Staat zu liefern. Nach Informationen der Grünen, die von der deutschen Regierung freilich zurückgewiesen werden, hat sich sogar die deutsche Botschaft in Brasilien für die Interessen der deutschen Chemiefirmen stark gemacht und in Brasilia gegen diese Ländergesetze interveniert.[15] Aber Bhopal liegt ja nicht in Brasilien, nur Cubatão, Tailândia ...

Rainer Huhle

Anmerkungen:

1 vgl. taz vom 21.12.84, S. 3

2 Kuwar Jalees, Pesticides for survival? in: Yojana, March 1 - 15, 1984, S. 20

3 Mohan Mathews, The Pesticide situation in India, Paper für den NGO-Workshop on the Global Pesticide Trade, Penang 1982, S. 142

4 ebd.

5 ebd.

6 South, Juni 1983, S. 53

7 David J. Davidar, India — Every River Polluted, and Few Effective Controls, in: ambio, 1982, S. [illegible]f

8 taz, 21.12.84, S. 1

9 Krishna Murti, India's boom in chemicals, in: World Health, Aug./Sept. 1984, S. 18ff

10 vgl. ZEIT, 14.12.84, S. 51ff

11 Industrieverband Pflanzenschutz, Wirkstoffe in Pflanzenschutz- und Schädlingsbekämpfungsmitteln, Frankfurt (1982)

12 Angaben von PAN

13 Lateinamerika Anders, nr. 22/23, Oktober 1983, S. 45

14 Rudolf Heitefuß, Pflanzenschutz, Stuttgart 1975, S. 147

15 South, Januar 1985, S. 87

16 vgl. ambio, 1982, S. 67ff

17 South ebd.

18 Kleine Anfrage der Grünen im Bundestag, Bundestagsdrucksache 10/2211 v. 26. 10. 84

Themenbereich Dritte Welt



»Loseblattsammlung« Materialien für Unterricht und Bildungsarbeit

NEUERSCHEINUNG



Israel in Palästina

(Doppelnummer: **12,— DM** + Porto)

NEUERSCHEINUNG

Nicaragua

(aktuelle Überarbeitung 1985)

Die Themen der bisher erschienenen Hefte sind: Nicaragua · Westsahara · Peru · Zigeuner · Iran · Welthandel · Kolonialismus · Welthandel II · Bolivien · Imperialismus · Großtechnologie · Tourismus · Modernisierung des Elends · Waffenexport · Politische Flüchtlinge · Türken in Deutschland · Israel in Palästina.

Umfang ca. 32 Seiten; A 4 Format; kopierfähig; 4 Ausgaben / Jahr

Preis der Einzelnummer: DM 6,—

Abo: (6 Nummern) DM 36,— ab Nr. 13 folgende; sonst DM 30,—

Bezug: GEB · Sandstr. 15 · 7800 Freiburg

NACHRICHTEN UND BERICHTE ZU: PLO

Der 17. Palästinensische Nationalrat

„Grundlage für eine gemeinsame Initiative"
Bericht vom 17. Palästinensischen Nationalrat in Amman, 22. bis 29.11.1984

In der jordanischen Hauptstadt Amman tagte vom 22. bis 29. 11. 1984 der Palästinensische Nationalrat (PNC), das Exilparlament des palästinensischen Volkes und höchstes beschlußfassendes Gremium der PLO. Nachdem die 17. Sitzung des PNC im Laufe des vergangenen Jahres bereits 4 mal verschoben worden war und die Bemühungen der PLO-Führung zur Wiederherstellung einer größtmöglichen nationalen Einheit an syrischem Druck und innerpalästinensischen Differenzen gescheitert waren, hatte sich die Al Fatah unter Yassir Arafat Anfang November letzten Jahres im Rahmen eines politischen Alleinganges für die Einberufung des Nationalrates am 22. November in Amman entschlossen.

Von den 8 in der PLO zusammengeschlossenen palästinensischen Widerstandsorganisationen nahm neben der Fatah nur noch die politische bedeutungslose, unter irakischem Einfluß stehende Arabische Befreiungsfront (ALF) an der Sitzung in Amman teil. Die den Nationalrat boykottierenden restlichen 6 Fraktionen der PLO gehören 2 verschiedenen Blöcken mit unterschiedlicher politischer Zielsetzung an. Auf der einen Seite stehen die Gruppierungen der sich im Mai 1984 gebildeten sogenannten „nationalen Allianz". Sie umfaßt die 1983 von der Fatah abgespaltenen Rebellen unter Führung der ehemaligen Fatah-Kommandanten Abu Moussa und Nimer Saleh sowie die unter syrischem bzw. libyschen Einfluß stehende PFLP-GC von Ahmed Jibril (volksfront-Generalkommando), die Palästinensischen Volkskampffront und die Saika. Entsprechend ihrer politischen Abhängigkeit von Syrien bzw. Libyen verlangte die „nationale Allianz" den Rücktritt Arafats vom Vorsitz der PLO als Vorbedingung für ihre Teilnahme an der Nationalratssitzung. Den zweiten PLO-internen Oppositionsblock gegen die Politik Arafats bilden die Fraktionen der „demokratischen Allianz". Diese konstituierte sich zu Beginn des Jahres 1984 als Reaktion auf Arafats Besuch in Kairo im Dezember 1983. Zur „demokratischen Allianz" gehören neben der Volksfront von George Habbasch (PFLP) und der Demokratischen Front von Nayef Hawatmeh (DFLP) noch die kleineren Gruppen der Palästinensischen Kommunistischen Partei)PCP) und die Palästinensische Befreiungsfront (PLF). Die politische Gemeinsamkeit zwischen diesen beiden Allianzen liegt vor allem in der Ablehnung von Arafats Wiederannäherung an Ägypten und Jordanien sowie in der Verurteilung der damit in engem Zusammenhang stehenden Distanzierung der PLO-Politik von Syrien. Im Unterschied zur nationalen Allianz haben sich die in der demokratischen Allianz zusammengeschlossenen Gruppierungen jedoch eindeutig gegen die militärische Austragung von politischen Differenzen in der PLO ausgesprochen und den Rücktritt Arafats nicht zur Voraussetzung für ihre Teilnahme an der Sitzung des Nationalrates gemacht.

Die bereits vor dem Libanonkrieg von 1982 latent vorhandenen Widersprüche innerhalb der PLO kamen nach 1982 offen zum Ausbruch.Sie erfaßten neben den einzelnen politischen Organisationen unter anderem auch das Präsidium des Palästinensischen Nationalrates. Der in Damaskus residierende und politisch Syrien nahe stehende Präsident des PNC Khaled al Fahoum hatte sich geweigert, das Parlament nach Amman einzuberufen. Nach seiner Interpretation der Nationalrats-Statuten kann nur der amtierende Präsident den Nationalrat einberufen. Die Weigerung Fahoums führte schließlich zur Einberufung des Parlaments durch den stellvertretenden Nationalratsvorsitzenden Salem al Zaanun. Zaanun legitimierte sein Vorgehen mit einem anderen Punkt der PNC-Satzung, nach welchem der Wunsch eines Viertels aller Nationalratsmitglieder ausreicht, den Nationalrat

Damit kritische Literatur weiter möglich bleibt

Wer kennt ihn nicht in den Kreisen junger Kirche und kritischer Christen, den Wuppertaler Peter Hammer Verlag, der vor nun bald zwanzig Jahren von einer Gruppe engagierter Leute gegründet wurde. In dieser Zeit hat der Verlag Zeichen gesetzt, ist Vorreiter gewesen von in unserer Gesellschaft dringend notwendigen, längst überfälligen Entwicklungen, hat er sich zum Sprachrohr gemacht von Gruppen, die sonst kein Gehör finden in der monopolistisch beherrschten Verlags- und Medienlandschaft.

Zu nennen ist da einmal der Bereich der Dritten-Welt-Literatur. So ist z. B. lateinamerikanische Literatur bei uns nicht denkbar ohne die Arbeit des Verlages, der so wichtige Autoren wie Ernesto Cardenal und Eduardo Galeano, Dom Helder Camara oder Julio de Sonta Ana überhaupt erst bekannt machte. Pioniertaten leistete die Peter Hammer Mannschaft aber auch bei der Verbreitung afrikanischer Literatur und nun auch der asiatischen: Dialog Afrika und Dritte Welt sind zwei Programme, die in Wuppertal zum ersten Mal gedacht und konzipiert wurden.

Doch ist die Literatur aus der und über die Dritte Welt als ein Teil der Einen Welt ganz bewußt nur ein Programmbereich unter mehreren. Die Programmacher wissen, daß es auch um uns selbst geht, und es erscheinen kritische Bücher zur deutschen Geschichte, und Bücher, die sich engagiert mit der aktuellen politischen, sozialen oder kulturellen Situation unseres eigenen Landes auseinandersetzen. Oberstes Kriterium dabei: Popularität. Es geht nicht um elitäre Literatur, sondern um Bücher, die für alle gemacht sind, von allen gelesen werden sollen.

Getragen wird das Konzept von einem sehr lebendigen Kreis an Gesellschaftern, die für lebhafte Diskussion sorgen und dafür, daß der Verlag und seine Mitarbeiter „mit beiden Beinen auf der Erde" bleiben. Dieser Gesellschafterkreis setzt sich zusammen aus einem ganz breiten Spektrum engagierter Leute aus allen gesellschaftlichen Bereichen.

Leider reicht dieses Spektrum aber immer noch nicht aus, eine tragfähige Kapitaldecke für den Verlag zu sichern. Denn es handelt sich ja oft um Leute, die viel guten Willen, aber wenig Geld haben. Deshalb sucht der Peter Hammer Verlag zur Zeit neue Gesellschafter, die dabei mithelfen, seine Existenz zu sichern. Damit gute kritische Literatur weiter möglich bleibt.

Informationen können direkt beim Verlag eingeholt werden:
Postfach 200415 (Föhrenstr. 33/35), 5600 Wuppertal 2,
Tel. (02 02)50 50 66



Arafat mit dem neugewählten Präsidenten des Palästinensischen Nationalrats Sheik Ad del Hamid Saeh.

einzuberufen. Mit der Anwesenheit von 257 der insgesamt 384 Nationalratsmitgliedern in Amman war zumindest nach dem Verständnis der Fatah die beschlußfähige 2/3 Mehrheit des Parlaments hergestellt. Fahoum und die zwei Oppositionsallianzen sprachen jedoch dem Nationalrat seine Rechtmäßigkeit mit der Begründung ab, daß das Austauschen von insgesamt 52 Fatah-Mitgliedern verschiedener Massenorganisationen vor der Feststellung der Beschlußfähigkeit illegal gewesen sei. Fatah hatte in der Tat 52 Parlamentsmitglieder, die ihren Boykott der Tagung in Amman angekündigt hatten, vor Beginn der Sitzung durch teilnahmewillige Fatah-Mitglieder austauschen lassen. Die Organisation Arafats sah darin keinen Verstoß gegen die Protokolle der beiden vorangegangenen Tagungen, nach denen erst nach Feststellung des 2/3 Quorums über die Auswechslung bzw. Neubestimmung von Nationalratsmitgliedern entschieden werden darf. Fahoums Weigerung, den PNC einzuberufen, führte gleich am ersten Sitzungstag zu seiner Ablösung durch den Arafat-loyalen Sheikh Abdul Hamid Saeh im Amt des Nationalratspräsidenten.

Die politischen Diskussionen auf der einwöchigen PNC-Sitzung waren bestimmt von drei, alle anderen Fragen dominierenden Themenbereichen: Dem Hussein-Vorschlag für eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Kooperation, den zukünftigen Beziehungen der PLO zu Jordanien, Ägypten und Syrien sowie den Bemühungen um eine Fortsetzung des innerpalästinensischen Dialogs mit dem Ziel der Wiederherstellung der Nationalen Einheit.

Anerkennung der UN-Resolution 242 von 1967?

Der von König Hussein in seiner Eröffnungsrede präsentierte Vorschlag, die UN-Resolution 242 von 1967 zur Grundlage für die, auch von der PLO angestrebte internationale Friedenskonferenz zu machen, mußte von den in Amman versammelten Palästinensern verständlicherweise als eine Art politische Ohrfeige angesehen werden, bedeutet dieser Vorschlag doch einen politischen Rückschritt im Vergleich zum Fez-Plan von 1982. Weniger Husseins Forderung nach „Frieden im Austausch gegen Land" war in diesem Zusammenhang für die ablehnende Haltung der Palästinenser bestimmend, sondern sein Bezug auf eine Resolution, welche die Palästinafrage auf ein reines Flüchtlingsproblem reduziert und die Rechte der Palästinenser auf Rückkehr, Selbstbestimmung und Gründung eines eigenen Staates mit keinem Wort erwähnt. Der Nationalrat ließ zwar keinen Zweifel an seiner ablehnenden Haltung gegenüber der Resolution 242 als Basis für die internationale Friedenskonferenz. Die politische Abschlußresolution enthält aber die Forderung der PLO nach „einer internationalen Friedenskonferenz auf der Grundlage der UN-Resolutionen zur Palästinafrage", und beinhaltet die stillschweigende Akzeptanz der Resolution 242 durch die PLO. Am Rande der Nationalratstagung deutete Arafat in einem Gespräch diese Anerkennung der Resolution 242 an. Er sprach davon, daß sich die PLO „grundsätzlich mit allen UN-Resolutionen befasse, die für die Palästinafrage relevant sind. Ich wiederhole, die für die Palästinafrage relevant sind." Arafat machte darüber hinaus deutlich, daß die PLO in Husseins Vorschlag „lediglich den Rahmen einer jordanisch-palästinensischen Annäherung sieht, nicht jedoch eine inhaltliche Konkretisierung dieser Annäherung". Nach Arafats Einschätzung bedeutet die von Hussein in seiner Eröffnungsrede angekündigte jor-

danisch-palästinensische Kooperation „ohne Zweifel einen deutlichen Auftrieb für die beiderseitigen Bemühungen die besetzten Gebiete zu befreien".

Die neue Achse PLO — Jordanien — Ägypten

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund einer beabsichtigten Normalisierung der Beziehungen zu Syrien und zur innerpalästinensischen Opposition, vermied der Nationalrat in seiner Abschlußresolution eine allzu offensichtliche offizielle Absegnung von Husseins Friedensvorschlag. Dennoch ist die politische Einbindung der PLO-Strategie in die neue (gemäßigt)-konservative Achse Ägypten — Jordanien nicht übersehbar. Die äußerst moderaten und pragmatischen Positionen reflektieren deutlich wie niemals zuvor die Absicht der PLO, die besetzten Gebiete auf dem Wege einer politischen Verhandlungslösung zu befreien. Die Absichtserklärung von der „Verstärkung des bewaffneten Kampfes im widerstand gegen die zionistische Besatzung", ist da nur mehr von kosmetischer Bedeutung. Das Exekutivkomitee der PLO wird nun in den kommenden Monaten über den Vorschlag Husseins beraten.

In direktem zusammenhang mit der politischen Anbindung der PLO-Politik an die Achse Ägypten — Jordanien, muß auch die im Gegensatz zum Nationalrat von 1983 modifizierte PLO-position zu Ägypten gesehen werden. 1983 noch verknüpfte die PLO ihre allmähliche Wiederannäherung an Ägypten mit dessen Abrücken von den Camp David Beschlüssen. In Amman konstatierte der Nationalrat jetzt „eine neue bedeutende Entwicklung der ägyptischen Politik" seit 1983. Gemeint sind damit vor allem der verschiedentlich erhobenen Forderungen Mubaraks, die PLO an Verhandlungen zur Lösung der Palästinafrage zu beteiligen. Viel wurde auf dem Nationalrat von einer gesamtarabischen Politik gesprochen, die es Ägypten ermöglichen soll, sich sukzessive von Camp David loszusagen. Die Einschätzung, Ägypten könnte sich längerfristig von Camp David und damit auch von seiner Anerkennung Israels entfernen, muß allerdings als wenig realistisch angesehen werden. Was für die PLO bleibt, sind lediglich Erwartungen in eine unterschiedliche Interpretation der Camp David Verträge durch Mubarak, daß heißt seine Ablehnung der sogenannten Autonomielösung bzw. sein Eintreten für das Selbstbestimmungsrecht der Palästinenser. Der Besuch Arafats bei Mubarak im Dezember 1983 war aber auch auf dem Nationalrat in Amman nicht unumstritten, wurde jedoch nach heftigen Diskussionen als ein Schritt auf dem Wege der Annäherung zwischen der PLO und Ägypten mehr oder weniger sanktioniert.

Fortsetzung des innerpalästinensischen Dialogs

In geradezu einmütiger Weise verurteilte der Kongress „die Absichten Syriens, der PLO zu kontrollieren und zu spalten„. Ungeachtet der politischen Differenzen zwischen beiden Seiten, sprach Faruk Kaddoumi, der Leiter der politischen ABteilung der PLO, in seinem politischen Report von der „nationalen Aufgabe, für den effizienten Kampf gegen den Imperialismus, die Beziehungen zwischen der PLO und Syrien zu normalisieren". Ein möglicher Ausgleich mit Syrien kann nach dem Verständnis der PLO jedoch nur auf der Grundlage der gegenseitigen Nicht-Einmischung in die inneren Angelegenheiten bzw. der syrischen Respektierung einer unabhängigen PLO-Politik erfolgen. Objektiv gesehen wird aber die enge Kooperation zwischen Jordanien, Ägypten und der PLO eher zu einer Vertiefung der gegenwärtigen politischen isolierung Syriens führen, was die praktische Aussöhnung zwischen Arafat und Assad nicht eben erleichtern wird. Es bleibt abzuwarten, in wieweit die verbalen Absichterklärungen der PLO umgesetzt werden in eine konkrete beiderseitige Annäherung. Ohne Syrien wird sich im Nahen Osten jedenfalls keine dauerhafte Lösung finden lassen, von diesem Faktum scheint auch die PLO nach wie vor überzeugt zu sein.

Wagt man eine zusammenfassende politische Bestandsaufnahme des 17. Palästinensischen Nationalrates, so kann man wohl die politische Stärkung der Position Yassir Arafats kaum übersehen. Arafats Eintreten für die Abhaltung des Nationalrates in Amman hat neben der wiedergewonnenen Handlungsfreiheit der PLO insgesamt vor allem seinen eigenen Kurs bestätig. Der PLO-Vorsitzende wird in den kommenden Monaten in den Auseinandersetzungen mit Syrien und der innerpalästinensischen Opposition über erheblich mehr Spielraum verfügen; seine Gegenoffensive scheint somit in dieser Sicht erfolgreich gewesen zu sein. Die gestärkte Position Arafats zeigt sich nicht zuletzt in der Zusammensetzung des neuen PLO-Exekutivkomitees. Durch seinen taktisch bestimmten Rücktritt als PLO-Vorsitzender erpresste Arafat mehr oder weniger den Nationalrat zur Wahl seiner Wunschkandidaten für das Exekutivkomitee. Die unabhängigen, neu gewählten Exekutivkomitee-Mitglieder können wohl ausnahmslos als Anhänger Arafats angesehen werden. Während jeweils ein Sitz für die PFLP, DFLP und Saika für den Fall einer künftigen innerpalästinensischen Aussöhnung frei gehalten wurden, verlor das Volksfront-Generalkommando von Ahmed Jibril seinen Sitz im Exekutivkomitee. Alles in allem hat der Nationalrat deutlich seine Bereitschaft für eine Fortsetzung des palästinensischen Dialogs auf der Grundlage der Aden-Vereinbarung erklärt und somit eine Tür offengelassen für die politische Aussöhnung mit den Gruppen der demokratischen Allianz. Diese hat mittlerweile ihre Absicht unterstrichen, sich an keinerlei Aktionen irgendwelcher arabischer Staaten zu beteiligen, die auf die Spaltung der PLO bzw. den Aufbau einer konkurrierenden PLO zielen. Für eine gemeinsame Politik zur Durchsetzung ihrer legitimen Rechte bleibt die schon so oft totgesagte palästinensischen Einheit nach wie vor eine nicht unwichtige Voraussetzung.

Georg Stein

Die PLO nach dem Libanonkrieg 1982 - Ein chronologischer Exkurs

Nach dem Auszug der palästinensischen Fedayin aus Beirut im Herbst 1982 brachen in der PLO und insbesondere in der Widerstandsorganisation Fatah Konflikte aus, die zum Bruderkampf (Tripolis 1983) und schließlich zum Boykott des 17. Palästinensischen Nationalrats im November 1984 führten.
Kontroversen und auch bewaffnete Auseinandersetzungen hat es innerhalb der PLO und auch innerhalb einzelner Widerstandsorganisationen schon vorher gegeben wie z.B. 1974 über die Frage einer Teilstaatenlösung. Das gemeinsame Ziel und der gemeinsame Kampf führten bis auf Einzelfälle auch wieder zu Versöhnungen, ohne daß über grundsätzliche Kontroversen Einigkeit hergestellt wurde. Auch der jetzige Konflikt geht auf solche unterschiedlichen Ansätze zurück.

Herbst 1982 bis Frühjahr 1983

Arafat versucht den im Libanonkrieg — trotz der millitärischen Niderlage – errungenen politischen Sieg in eine friedliche Lösung des Palästinakonflikts durch Verhandlung umzumünzen. Er macht den westlichen Großmächten Vorschläge zur gegenseitigen Anerkennung von Israel und der PLO, nimmt den im arabischen Lager verpönten Dialog mit Ägypten wieder auf, verhandelt mit König Hussein von Jordanien und trifft sich mit Vertretern der israelischen Friedensbewegung. Arafats Bemühungen um eine Friedenskonferenz stoßen bei keiner Seite auf Resonanz.

12.-22. Februar 1983

In Algier tagt der 16. Palästinensische Nationalrat. Arafat wird — trotz der nach dem Auszug aus Beirut lauter werdenden Kritik an seinem politischen Kurs und eigenmächtigen Führungsstil — als Vorsitzender der PLO bestätigt. Die verabschiedeten Resolutionen sind ein Ausdruck nicht ausgetragener Konflikte und bleiben mehrdeutig. Sie verschaffen Arafat ausreichenden Freiraum, seinen politischen Kurs fortzusetzen.Es sind verschiedene Punkte, die unter den Palästinensern umstritten sind:

— Das Entgegenkommen gegenüber den Vorstellungen der USA (Reagan-Plan, der in den Resolutionen nicht verworfen wird),
— die Gespräche Arafats mit Jordaniens König Hussein zwecks Bildung einer von den USA unterstützen iordanisch-palästinensischen Konförderation.

10.4.1983

Der Palästinenser Issam Sartawi, Arafats Kontaktmann zu der israelischen Friedensbewegung, wird ermordet. Verantwortlich ist eine palästinensische Splittergruppe um Abu Nidal, der seit Jahren aus der PLO ausgestoßen war und seitdem mit abwechselnder Unterstützung Syriens und des Iraks die Politik Arafats durch Attentate sabotierte. Zu seinen Lasten geht auch das Attentat auf den israelischen Botschafter in London, das Israel zum Anlaß nahm, den Libanon zu überfallen (Sommer 1982).

Anfang Mai 1983

Es kommt zur Rebellion innerhalb der Fatah, der größten unter den insgesamt 8 Fedayin-Organisationen in der PLO. Äußerer Anlaß ist die Ernennung von zwei umstrittenen Offizieren zu Kommandanten in der ostlibanesischen Bekaa-Ebene, wohin sich viele Fedayin zurückgezogen haben. Das Gebiet steht unter syrischer Kontrolle. Die rebellierenden Offiziere der Fatah hatten schon seit ihrer Evakuierung Kontakt zu Libyen und vor allem zu Syrien aufgenommen
Diese Offiziere sind fast alle ehemalige Mitglieder der jordanischen Armee, die 1970 während der blutigen Auseinandersetzungen zwischen der jordanischen Armee und Palästinensern (im sogenannten Schwarzen September)desertierten und sich den Einheiten der Fatah anschlossen. Eine weitere Gemeinsamkeit bildet ihre Ablehnung der Resolution des Palästinensischen Nationalrats von 1974, die die Existenz eines eigenen palästinensischen Staates neben Israel vorsieht. Einig sind sie sich auch in der Ablehnung einer Zusammenarbeit der PLO mit konservativen arabischen Regimen wie Jordanien und Saudi-Arabien.
Ihr Ziel ist die „Befreiung ganz Palätinas". Sie fordern die Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes, den sie für den einzigen Weg zu der Befreiung halten.
Syrien unterstützt die Rebellen mit der Absicht, die PLO sowie den Libanon unter Kontrolle zu bekommen. Von diesen beiden Trumpfkarten erhofft sich der syrische Staatspräsident Assad allgemein eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen über die Zukunft des Nahen Ostens. Außerdem verspricht er sich dadurch bessere Chancen auf die Rückgewinnung der Golanhöhen, die die Israelis 1967 besetzt und 1981 annektiert haben.

Postkarten aus Palästina:

Der Weltfriedensdienst unterstützt seit einigen Jahren eine Stickereikooperative palästinensischer Frauen in der Westbank/Palästina. Zur Unterstützung ihrer Arbeit, wurde von ihnen eine Postkarten-Serie mit Motiven palästinensischer traditioneller Stickerei und Landschaft herausgegeben.
Bestellungen und weitere Informationen über dieses Projekt:
Weltfriedensdienst e. V.
Friedrichstraße 236
1000 Berlin 61

November 1983

Zwischen Israelis und der PLO-Organisation Al Fatah kommt es zu einem Gefangenenaustausch. Die Fatah läßt 6 israelische Soldaten frei, die während des Libanonkrieges gefangengenommen worden sind. Die Israelis entlassen ihrerseits 4700 gefangene palästinensische Fedayin und 100 politische Häftlinge aus israelischen Gefängnissen.

November 1983

Die bewaffneten Auseinandersetzungen seit Juni d.J. zwischen Anhängern und Gegnern Arafats in der Fatah eskalieren in der Bekaa-Ebene und vor allem im Norden Libanons. Arafat und seine Anhänger werden von den Rebellen, die auf Grund der syrischen Unterstützung militärisch überlegen sind, in Tripolis eingekreist. Sie müssen den bedingungslosen Abzug aus Tripolis akzeptieren und den Libanon ein zweites Mal verlassen.
Die anderen großen palästinensischen Organisationen derPLO neben der Fatah — die Volksfront (PFLP) und die Demokratische Front (DFLP) — zeigen sich in den ersten Monaten trotz ihrer Kritik an Arafat zunächst solidarisch mit ihm. Sie wollen die Einheit der Plo erhalten.

Januar 1984

Arafat setzt sich in den beiden höchsten Gremien der Fatah, dem Zentralrat und dem Zentralkomitee, gegen die Rebellen durch. Sein politischer Kurs — Dialog mit Jordanien — wird gebilligt, die Rebellen verurteilt.

März 1984

In Aden (Südjemen) schließen sich vier palästinensische Widerstandsorganisationen der PLO zur sogenannten Demokratischen Allianz zusammen. Es sind die zwei großen Gruppen Volksfront (PFLP) und Demokratische Front (DFLP) sowie die Palästinensische Kommunistische Partei und die palästinensische Befreiungsfront. Sie lehnen zwar die Solidarität mit den unter syrischem Einfluß stehenden Dissidenten der Fatah ab, ihre Kritik an Arafats Kurs bezieht sich auf seine amerikafreundliche „Politik der Ergebung" (Annäherung an Agypten, Verhandlungen mit Jordanien) sowie auf die Dominanz der Fatah (sprich Arafats) innerhalb der PLO.
Die Dissidenten der Fath schließen ihrerseits ein Bündnis mit syrienfreundlichen palästinensischen Organisationen. In dieser sogenannten Nationalen Allianz befinden sich neben den Fatah-Rebellen die von Syrien abhängige Saika (Blitz), das Volksfront-Generalkommando (PFLP-GC) und die Palästinensische Volkskampffront. Sie verlangen die Absetzung des „Verräters" Arafat.

Juli 1984

Die Demokratische Allianz schließt nach monatelangen Verhandlungen mit der Fatah-Mehrheit Arafats das sogenannte Aden-Algier-Abkommen, so benannt nach den Verhandlungsorten. Eine gemeinsame Erklärung über den zukünftigen politischen Kurs betont die Einheit aller palästinensischen Kräfte in der PLO, enthält auch Kritik an Arafats Beziehungen zu Ägypten und Jordanien sowie die Forderungen nach gleichberechtigter Zusammenarbeit mit Syrien.

November 1984

In Amman (Jordanien) tagt der 17. Palästinensische Nationalrat, dessen Einberufung von Arafats AL Fatah im Alleingang beschlossen wurde.

Quellenhinweis und Literaturempfehlung:

Reinhard Hesse, Die PLO nach Beirut — Das Ende der libanesischen Epoche, in: Der Palästinakonflikt und was wir damit zu tun haben, iz3w (Hg.), Freiburg 1983;
Reinhard Hesse, Ein Jahr nach Beirut in der Klemme, in: blätter des iz3w, Nr. 112, Sept. 1983;
Eric Rouleau, Die PLO auf des Messers Schneide, in: Befreiung Nr. 28, 4/1984 (übersetzt aus „Politique Etrangère" 3/83);
Sonderbeilage in „die tageszeitung" v. 27.11.84.
Thesen zu einer Diskussion über das Konzept der PLO gibt der Artikel von Friedhelm Ernst, PLO — Thesen zur Diskussion. „Revolution bis zum Sieg" — ein gescheitertes Konzept, in: blätter des iz3w, Nr. 119, August 1984.

Israel

Die Brücke

Mit persönlicher Betroffenheit schildert in dem folgenden Artikel eine israelische Soldatin ihren Dienst — Leibesvisitation von palästinensischen Frauen an der Allenby-Brücke. Der Artikel erschien im März in der hebräischen Zeitung Al Hamishmar und wurde von der palästinensischen Zeitung Al Fajr (engl. Ausgabe) am 17. 7. 1984 nachgedruckt.

Fatima, Du betrittst die Zelle, und ich werde Dir sagen, daß Du Dich ausziehen sollst. Zuvor frage ich nach Deinem Namen und überprüfe Deine Identitätskarte. Du wirst mir die Papiere reichen und entweder verlegen, voller Haß oder ängstlich sein. Und das bist Du, Fatima — meist zehn Lagen Kleider am Körper und manchmal geht von Dir ein rauchiger Geruch aus. Meist bist Du stark und rund, manchmal mütterlich, manchmal ekelhaft.

Die Brücke über den Jordan. Wir gelangen dorthin in einem 'Egged-Bus', gefahren von einer großen, dicken Frau mit hellblonden Haaren und einem stark geschminkten Gesicht. Zigaretten sind zwischen unseren Fingern, die Hände liegen auf dem Schoß. Morgen werden sie arabische Kleider durchsuchen, vor dem Betreten von 'Eretz Israel' nach verbotenen Sachen, nach Sprengstoff suchen.

Wir lassen die wüstenähnliche Landschaft links und rechts der Straße von Jerusalem nach Jericho an uns vorbeiziehen. Heute in zwei Wochen, auf unserer Rückfahrt, wird es regnen, wir werden ein Auto den Abhang hinunterstürzen sehen. Eine Frau wird verletzt werden, und sie wird unten auf den Felsen sterben, aber all das wissen wir heute noch nicht.

Wir sind jung, die meisten von uns 22. Wir kommen von den Universitäten, der Fakultät für Geisteswissenschaften, für Philosophie, Kunstgeschichte, Literatur, Naturwissenschaft oder Krankenpflege. Gespielte Fröhlichkeit ist unter uns, die verstecken soll, was uns erwartet. Worüber wird alles geplappert? Eine von uns kommt vom Roten Meer, wo sie normalerweise das kühle Wasser in Eilat genießt. Sie erzählt, daß sie hier an der Brücke schon etliche Male Dienst getan hat. Sie erzählt weiter, daß sie hierher kommt, um auch die andere Seite des Lebens kennenzulernen, um sich wieder zu ernüchtern. Das ganze Jahr über vergnügt sie sich in Eilat — eine isolierte Ausbrecherin. Und einmal im Jahr kommt sie zum Übergang an der Allenby-Brükke, zum Geruch von Desinfektionsmitteln. Und dies erinnert sie daran, daß das Leben nicht immer ein Rosengarten ist.

Es sind doch Menschen

Zwanzig Mädchen auf dem Weg nach Jericho. Die anderen hatten gute Entschuldigungen und kamen nicht. Wir sollten 26 sein, hatten aber gehofft, der Dienstpflicht nicht nachkommen zu müssen, gehofft, daß uns gesagt wird, wir können zu Hause bleiben und andere Mädchen den Dienst tun müssen. Jetzt bemerken wir, daß wir uns einem Flüchtlingslager in der Nähe von Jericho nähern, erbärmlich und verfallen, gelb wie die Wüste sieht es aus. Im Hannan-Lager werden wir ausgerüstet: Uniformen, Militärstiefel, Messer sind nicht erlaubt in dem Durcheinander. Erste Unterweisung: Stoppt den Sprengstoffschmuggel! Bewacht die Sicherheit des Staates! Es wird erklärt, wie wichtig es ist, nicht unsere Ziele zu vergessen, aber ebenso auch unser menschliches Gesicht nicht zu verlieren. Schließlich, die



Araber, diese Araber, die aus Amman nach Israel zurückkommen, sind Menschen.

Zwei Brücken: Allenby und Adam. Wir wählen Allenby. Hier ist mehr Verkehr, und neben dem Übergang für Araber gibt es einen Übergang für Touristen. Amerikanische, französische oder deutsche Touristen ziehen es vor, über Amman zu kommen — es ist billiger.

Ich stehe bei der Kabine zur Leibesvisitation. Du, Fatima, steigst gerade aus dem Bus aus Amman. Kommst vom Besuch Deiner Verwandten, Deines Ehemannes oder dem Begräbnis Deines Onkels. Du steigst aus dem Bus, von drei manchmal vier, fünf oder gar mehr Kindern begleitet. Manchmal bist Du allein, eine Studentin von der Bir-Zeit-Universität oder der jordanischen Universität. Oft hast Du in den USA oder in England studiert und sprichst englisch, bist entweder reich oder arm, blind, krank oder gesund wie ein Ochse. Manchmal riechst Du nach Muttererde, nach organischem Dünger, Deine Hände sind schwielig und rauh. Manchmal bist Du von Parfümwolken eingehüllt. Unter anderen Umständen hätten wir gemeinsam zur Universität gehen können.

Du steigst aus dem Bus, und da sind sie schon, die Hände der Reservisten. Eine Soldatin, die gestern noch in der Vorlesung saß, tastet Deinen Körper zum ersten Mal ab. Sie sucht nach irgendeinem nur möglichen scharfen Gegenstand, mit dem Du auf sie einstechen könntest; sie sucht nach Bomben, Sprengstoff, Messern oder scharfen Scheren. Ihre Hände befühlen Deine Kopfbedeckung. Vielleicht hast Du dort etwas Scharfes versteckt? Weiter befühlt sie Deine Brust. Du mußt Deine Hände hochnehmen, sie tastet Deine Hüften ab. Nichts. Sie schickt Dich zu der Menschenmenge, die unter dem Zinkblechdach sitzt. Dort sitzt Du nun und wartest. Alle warten dort: Männer, Frauen und Kinder. Das ist nichts Neues. Du bist darüber informiert worden, was Du mitbringen darfst und was nicht. Wie wird die Durchsuchung wohl verlaufen, was wird mit Dir geschehen? Einige von Euch sind schon öfter über die Brücke gekommen. Wahrscheinlich zählst Du zu den Neulingen. Eine versteckte Video-Kamera beobachtet Dich, wandert zu der entferntesten Ecke des Übergangs, zeichnet jedes Gesicht auf. Aus allen Lautsprechern kommen abwechselnd Musik und Nachrichten des Militärsenders: Eine Bombe ist explodiert und hat zwei Menschen getötet; Arafat hat sich mut Hussein getroffen ... auch Du kannst das hören. Männer in blauen Overalls, wie sie im Kibbuz getragen werden, sind heute Morgen aus Jericho angekommen. Es sind alles Araber. Sie wurden am Stationseingang durchsucht. Jetzt laden sie Dein Gepäck, weit weg von Dir, aus: die Pakete, die Koffer, die Flickenteppiche und die Bettdecken. Dafür hast Du ein numeriertes Ticket bekommen, wofür Du Dein Gepäck zurückerhalten wirst.

Mit Deinem Handgepäck und einer Nummer, die Dir gegeben wurde, gehst Du zu einer anderen Bankreihe. Du wartest zusammen mit zwanzig oder dreißig Frauen vor einer blauen Tür. Du wartest auf die Soldatin, die die Tür öffnet und sagt 'ta'al' (komm). Du stehst auf, schwerfällig oder leichtfüssig, und gehst durch die Tür, die sich hinter Dir schließt. Eine Soldatin tastet Dich mit einem Metalldetektor ab und sucht nach scharfen Gegenständen. Einige Tage zuvor wurdest Du mit einer langen, dicken, rostigen spitzen Nadel erwischt. Sie wurde konfisziert, aber Du hast sie zurückbekommen. Sie sollte nur momentan nicht bei Dir sein. Wir befürchteten, daß Du auf uns einstechen könntest. Manchmal machst Du uns ein wenig Angst, unbewußt oder nicht.

Du darfst zwei Päckchen Zigaretten mitbringen, und hier ist die Stelle, wo Deine Verpflegung hingeworfen wird. Du bist hungrig. Alles, was verdächtig aussieht, wird weggeworfen. Binden oder Windeln sind verboten. Sie werden weggeworfen. Jetzt bist Du im Lande Israel angekommen und nun betrittst Du das Grenzgebäude. Jetzt nimmst Du den Geruch des Desinfektionsmittels wahr. Du findest Platz in einer neuen Sitzreihe und wartest, daß Dein Name aufgerufen wird.



Spendenaufruf

FRAUENRECHTSHILFEBÜRO IN MANAGUA / NICARAGUA

Eklatante Diskriminierungen der Frauen werden durch die Revolution alleine nicht gelöst. Auch gesetzliches Unrecht verschwindet nicht von heute auf morgen, so wie neue Gesetze allein nicht die Gleichberechtigung der Frau garantieren. Sie müssen auch angewendet werden.

Die OFICINA LEGAL DE LA MUJER unterstützt die nicaraguanische Frau bei der Durchsetzung ihrer Rechtsansprüche (Ehe-, Familien-, Adoptions-, Scheidungsrecht, Alimentenregelung).

Für den Ausbau des Projektes, um mehr Frauen in allen Landesteilen über ihre Rechte aufzuklären und zu unterstützen, ist das Frauenrechtshilfebüro in Managua auf internationale Unterstützung angewiesen.

Spendenkonto:
Konto-Nr. 118114263
M. Müller, Städtische Sparkasse Göttingen
BLZ 26050001
Stichwort: Rechtshilfebüro

Näheres bei: M. Müller,
Kreuzbergring 81, 3400 Göttingen

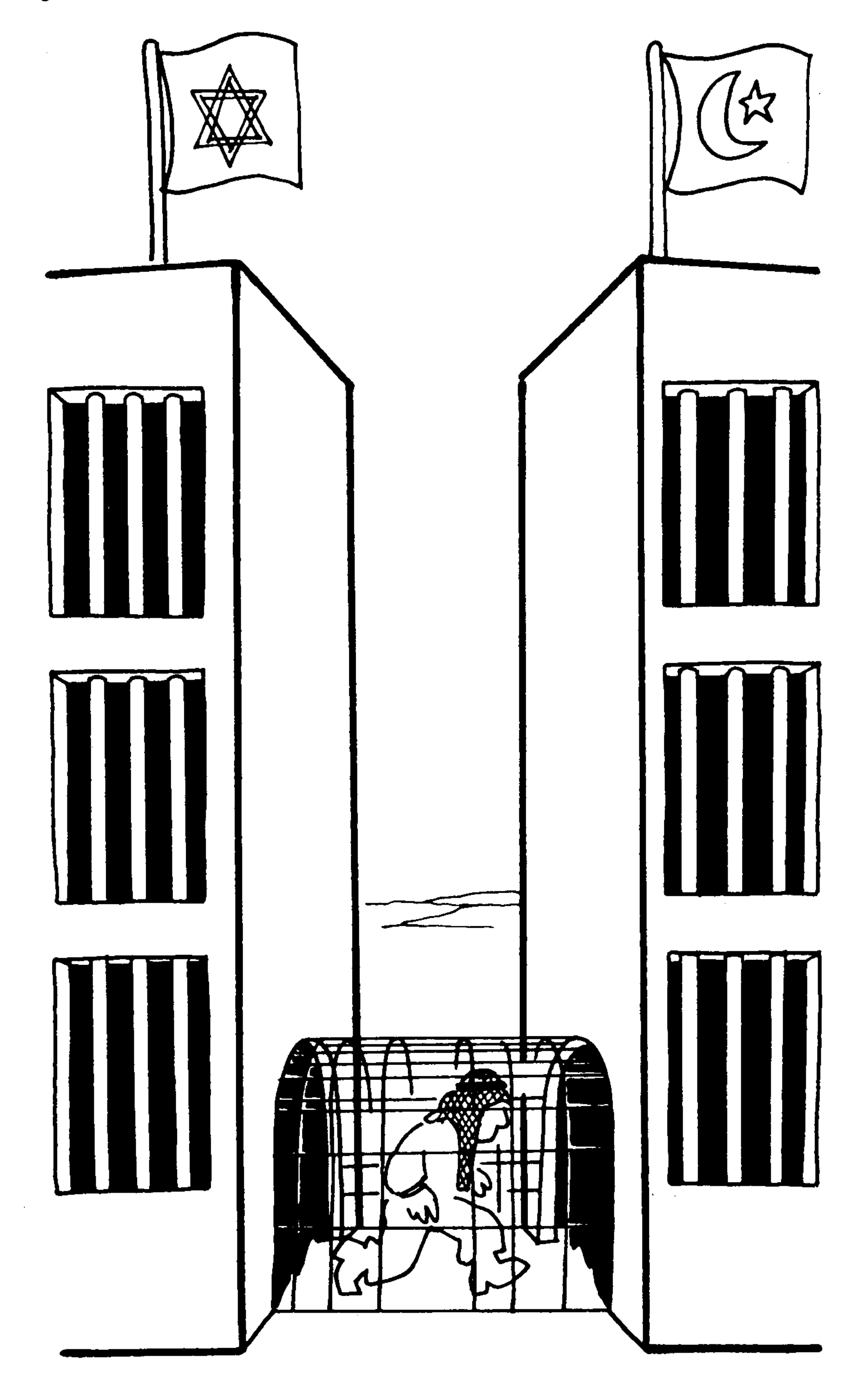
Zellen aus Glas sind vor den Bänken. Darin sitzt eine Polizistin, die über den Lautsprecher Deinen Namen aufruft. Sie gibt Dir Deine Identitätskarte und die Papiere. Alles ist ordentlich aufgeschrieben. Wer ausgereist ist, wann und wohin. Wer zurückkommt und woher. Wenn Dein Name aufgerufen wird, stellst Du Dich in die Schlange und gehst in eine andere Halle. Waschbecken aus Aluminium, Bänke und ein Schild: 'Jede Leibesvisitation geschieht aus Sicherheitsgründen!'

Warum sind sie so geduldig?

Fatima, jetzt bist Du in dieser Halle angekommen. Manchmal dauert es eine halbe, manchmal eine ganze Stunde. Hier wirst Du nun über eine Zeitspanne von einer dreiviertel Stunde bis zu drei oder vier Stunden bleiben. Es ist schwer, Dich schnell zu durchsuchen, außerdem sind wir knapp an Personal. Es kommt vor, daß ungefähr hundert Leute hier sind. Sie sitzen und warten stundenlang. Woher kommt es nur, daß sie so geduldig sind, woher?

Bevor Du Dich hinsetzt und wartest, kommst Du an einen langen Tisch am Kabineneingang und übergibst Dein Geld. Es wird gezählt und in einem durchsichtigen Plastikumschlag versiegelt. Die genaue Summe wird auf einem speziellen Papier notiert, damit wir wissen, wieviel Geld Du einführst. Die Menge ist begrenzt. Und Du wirst nicht plötzlich behaupten können, Dein Geld sei gestohlen worden. Mit dem Plastikumschlag in der Hand, mit Deinen Dinars und Dollars, kommst Du zu Deiner Bank zurück, aber nicht bevor Du Deine Schuhe ausgezogen und in einen staubigen Plastikbehälter geworfen hast. Alle Schuhe landen dort — von Männern, Frauen und Kindern. Manche Schuhe sind alt, manche erstklassig, andere staubig; hochgeschlossene Schuhe, Sandalen oder Stiefel. Wahrscheinlich fragst Du Dich, wie Du sie später jemals wieder finden sollst. Es sind so viele Schuhe in dem Behälter. Aber keine Angst, Du wirst sie finden. Jetzt nimmt ein Mann in einer blauen Uniform den Behälter und schleift ihn an einem Seil zum Durchleuchten. Dort werden sie Dich erwischen, wenn Du Geld, Sprengstoff oder Notizen in Deinen Schuhen versteckt haben solltest. Sie können die Schuhe — vollkommen durchsichtig — betrachten. Genauso schön wie bei einer Lungendurchleuchtung. Aber nicht nur Deine Schuhe gehen durch die Röntgenstrahlen, ebenso Deine Koffer, Deine Bettdecken; alles wird durchleuchtet. Wenn es nur möglich wäre, sie würden auch Dich durchleuchten. Nun bist am Anfang der Schlange angekommen. Du sitzt am Eingang der Durchsuchungskabine. Ich komme heraus und sage 'komm' auf arabisch. Du stehst auf, siehst mich an, unsere Augen kreuzen sich. Manchmal lächeln wir uns an. Trotz allem, wir sind Frauen. Und Du weißt, was auf Dich zukommt, deshalb bist Du wahrscheinlich etwas verlegen Du kannst verlegen, zornig, sauer, haßerfüllt oder verzweifelt sein. Aber ich darf nicht — zumindest nach den Vorschriften — zu viel Gefühle zeigen. Ich habe 'Herr' der Situation zu sein.

Fatima, ich spreche kein Arabisch. Die meisten Mädchen in den Durchsuchungskabinen kennen Deine Sprache nicht. Aber, sie gaben uns ein Buch mit arabischen Ausdrücken und sie lehrten uns einige arabische Worte — fast wie im Ausland. Die Worte, die ich kenne, sind weit davon entfernt, eine lockere, touristische Atmosphäre zu schaffen. Ich kann Dich nach Deinem Namen fragen. Du antwortest, Fatima, und ein langer Familienname folgt. Wo sind Deine Papiere? Deine Nummer? Gib sie mir! Sprichst Du Hebräisch ... Englisch? Nein?! ... Das ist aber nicht gut. 'Zieh Dich aus?', befehle ich. 'Dein Kleid, alles ... alles!'. In der Zwischenzeit durchsuche ich Dein Handgepäck. Untersuche alles. Der Lippenstift wird beschlagnahmt, ebenso Deodorant, Parfumes in einer undurchsichtigen Flasche, Make-up, Bleistifte, Kugelschreiber, alles wird beschlagnahmt. Aber es ist noch nicht alles: Binden, Windeln, undurchsichtige Schlüsselanhänger, Zahnpasta und das Taschentuch. Ich sage in Pidgin-Arabisch zu Dir: 'Es ist verboten ... konfisziert!'. Heute wirkst Du resigniert. Du sagst: 'o.k., nimm doch gleich alles!'. Mit dem Beschlagnahmen ist Schluß, jetzt kommt die Zensur. Inzwischen ziehst Du Dein drittes Kleid aus. Wir beide sind allein. Ein orangefarbener Vorhang trennt uns vom Gang und von dem Weinen und Husten, das aus den anderen Kabinen dringt. Beide wünschen wir, daß diese Prozedur so schnell wie möglich vorbei



ist. Die Wände der Kabine sind gelb, und es gibt einen kleinen Ständer, auf den Du Deine Kleider legst, einen Kleiderhaken und eine Bank. Ich habe einen Spray 'Jasmin' bekommen. Nachdem Du die Kabine verlassen haben wirst, werde ich alles damit besprühen. Nachdem ich mich erbrochen haben werde. Von Anfang an wünschte ich, ich wäre krank geworden. Es ist heiß hier drin.

Ich habe all Deine Briefe an mich genommen, all die Zettel, auch die, auf denen nur ein Wort geschrieben steht. Ich hoffe nicht, daß ein Brief für eine terroristische Gruppe dabei ist. Ich hoffe, du bist keine Terroristin. Ich habe der Zensurstelle all Deine Bilder, die Du hast, gegeben; die Fotos Deiner Kinder, Deiner Verwandten und Freunde. Meist sind es Schnappschüsse, bei Familientreffen aufgenommen. Niemals habe ich ein Bild gesehen, das nicht traurig war. Es ist eine versteckte Art von Traurigkeit. Sie zeigt sich in den Augen, dem Mund mit dem gezwungenen Lächeln. Ich erkläre Dir, daß Du alles zurückbekommst. Vorausgesetzt natürlich, daß alles o.k. ist, und keine der Personen auf den Fotos gesucht wird, und nichts darauf geschrieben ist, das Deine wahre Identität enthüllt. Du glaubst mir nicht. Du hast es eilig, und wir haben keine gemeinsame Sprache, um darüber zu sprechen. Du willst nur hier raus.

Jetzt bist Du nackt, in Deiner Unterwäsche. Oft trägst Du keinen BH. Ich halte den Metalldetektor und führe ihn über Deinen Körper; er summt gleichmäßig. Von Deinem Kopf, Hals, den Armen, die Brust, den Lippen zu den Beinen — alles. Ich streiche über Deinen Körper auf der Suche nach versteckten Briefen, Notizen, Dollars oder Drogen. Du zeigst Deine Füße. Ich schaue in Deinen Schlüpfer. Nichts. Du bist sauber. Jetzt Deine Kleider, ich prüfe sie mit dem Detektor. Ich zerre an jeder verdächtigen Naht, greife in jede Tasche, fasse jeden Knopf an.

Gegenseitiges Verstehen

Du beginnst Dich anzuziehen. Ich mache die Papiere fertig. Ich male einen Kreis, zeichne neben 'Leibesvisitation' ab und schreibe neben 'Zensur' alles auf, was ich konfisziert habe. Ich notiere die Menge Gold, die Du als Schmuck mit Dir hast. Denn, wenn Du bei der Ausreise weniger Gold mit Dir hattest als jetzt bei der Einreise, mußt Du wahrscheinlich Zoll bezahlen.

In unserer Kabine ist es ziemlich ruhig. Du murmelst irgendetwas auf Arabisch, eine Sprache, die ich nicht verstehe. Später wurde mir erzählt, daß Du mir manchmal den Tod wünschst, daß Du mich, meine Mutter, meinen Vater, uns alle verfluchst. Ich fordere Dich auf zu unterschreiben, und Du — oft Analphabetin — drückst Deinen Daumen auf das Stempelkissen und hinterläßt einen Daumenabdruck auf dem Papier. Wir sind fertig. Ich nehme Deine Papiere, übergebe Dir alles nicht Konfiszierte, Deine Nummer und sage 'komm'. Du folgst mir durch den Korridor in einen anderen Warteraum. Hier wirst Du sitzen und auf Deine Schuhe warten.

Ein Mann im blauen Overall bringt den Behälter mit den Schuhen und entleert ihn auf einen riesigen Tisch. Du suchst Deine Schuhe. Die Leute drängen und suchen; oft hat jemand nur einen Schuh. Er wird auf die nächste Ladung Schuhe warten, dann wird er sicherlich seinen Schuh finden. Du hast Deine Schuhe, ziehst sie an und gehst, Deine Nummer in der Hand, hinaus. Deine Einreise nach Israel ist aber noch nicht geschafft. Jetzt wird Dein Gepäck durchsucht. Deine elektrischen Geräte können nicht geprüft werden und werden zusammen mit anderen verdächtigen Gegenständen beschlagnahmt. Man wird alles öffnen und nicht einen Millimeter ungeprüft lassen. Danach wirst Du zur Zensurstelle gehen und auf Deine Bilder, Notizen und Fotos warten. Schließlich gehst Du zur Konfiszierungsstelle, wo Dir einige Deiner Sachen zurückgegeben werden.

Danach kommt der Zoll, und erst jetzt kannst Du nach Ramallah, Gaza oder Hebron reisen? Wer weiß? Gestern kamst Du von der Jordanischen Universität und Du sprachst Englisch. Wir dürfen uns nicht unterhalten, uns anfreunden oder Adressen austauschen. Ich frage Dich, wie es Dir in Amman gefällt. Ganz gut, sagst Du. Du studierst Englische Literatur, um ein Diplom zu erlangen. Du bist verlobt. Ich frage Dich, ob Du Dich gedemütigt fühlst. Manchmal sagst Du nichts oder Du antwortest, es sei so. Spannung herrscht zwischen uns. Wahrscheinlich denkst Du, daß ich Dich verhöre. Ich versuche vergebens zu erklären, daß mir all das, was ich tue, leid tut. Du antwortest, ironisch oder ernst, es sei wohl meine Pflicht. Du beschämst mich. Ich kann nichts erwidern. Oft haben wir — die Frauen — Angst vor Dir, hassen Dich. Oft entschuldigen wir uns, versuchen die Spannung abzubauen, lächeln, versuchen, so wenig wie möglich zu beschlagnahmen. Warum soll ich all die Make-up-Cremes konfiszieren? Die Lidschatten? Ich gebe zu, daß ich Dir manchmal einiges davon lasse. Dann lächelst Du — im gegenseitigen Einverständnis. Du sagst mir, daß Du nichts schmuggelst, daß ich nichts zu befürchten hätte. Manchmal versetzt Du mich. Auf dem Weg nach Gaza wirst Du angehalten, und bei der Leibesvisitation wirst Du mit einem Brief oder einer goldenen Kette erwischt.

Wo hast Du sie versteckt gehabt? Wo? Du wirst nochmals durchsucht, nicht von mir, aber ich werde ins Hauptbüro gerufen. Du gibst an, ich hätte Dir die Sachen gelassen. Plötzlich haßt Du mich, und ich hasse Dich. Du wirst nochmals durchsucht. Ab jetzt bin ich streng. Und ich sehe die Frauen mit ihren weinenden Kindern kommen; wie sie in der Kabine die Windeln wechseln, obwohl es verboten ist. Ich durchsuche die Babies, all ihre Windeln — auch die schmutzigen. Selbst wenn du Deine Tage hast, durchsuche ich Dich. In einer anderen Kabine wurde entdeckt, daß Du zehn Schlüpfer unter einem mit Blut befleckten trugst. Oft bist Du krank oder Du tust nur so. Du fragst, bittest mich, Dir beim Ausziehen zu helfen. Mir scheinst Du krank zu sein. Ich bringe Dir etwas Wasser, und Du küßt mich, meine Hände, meine Füße. Ich rufe 'halt' — es ist genug.

Heute habe ich Dich ausgezogen. Du hattest einen schwarzen Lappen in Deinem BH. 'Nimm ihn heraus', sagte ich. Du zogst ein schwarzes Taschentuch heraus, und da war keine Brust. Da war ein Loch, aber es war keine Brust. Wir sahen uns an, ich lächelte. Ich war geschockt. 'Zieh Dich an', und ich setzte mich schwer atmend auf die Bank; all die Narben und das tote Gewebe, die der Chirurg zurückgelassen hatte, noch vor Augen.

KEIN GRUND MEHR,
ZU ZÖGERN
EINMALIGER
EIN(VER)FÜHRUNGSPREIS
4 WOCHEN taz
FÜR 15.-DM



Ich abonniere die taz für einen Monat zum Sonderpreis (nur Vorauszahlung per Verrechnungsscheck oder bar)

Name:

Adresse:

Datum/Unterschrift:

an: taz Abo-Abteilung, Wattstr. 11/12, 1000 Berlin 65

2540

Fatima, ich könnte Dir viele Geschichten über Dich erzählen: wie Du Teig in Deinem BH versteckt hattest, um mich zu testen, oder Getreidekörner in Deinem Mund — sollte ich Deinen Mund auch durchsuchen? — und wie du batest, das Spielzeug Deines Sohnes nicht zu beschlagnahmen, oder wie Du Dich aufrichtetest und aus der Kabine gingst, ohne mich eines Blickes zu würdigen. Ich könnte Dir erzählen, wie Du mich beim Ausziehen Deiner Bluse gestoßen hast, halb mit Absicht. Wie Du absichtlich Deinen Kindern Angst machtest, damit sie vor dem Eintreten anfingen zu weinen, und ich Euch schneller durchsuchen würde. Ich könnte Dir erzählen, wie entstellt Dein Körper nach der Geburt von zehn Kindern aussieht, und wie Du mir — ganz ernsthaft — sagtest, wenn wir — wir Frauen — an der Macht wären, würde all dies nicht passieren. Mit leiser Stimme sagtest Du — eine Krankenschwester aus Gaza — mir auf Hebräisch, daß wir für sie Kinder zur Welt bringen, damit sie sie in den Krieg schicken. Vielleicht hast Du recht. Ich kann Dir auch erzählen, wie Du eine halbe Stunde dasaßest, mir Deine Hochzeitfotos zeigtest und mich fragtest, ob mir Dein Ehemann gefiele. Wie Du versuchtest, mich mit Schokolade oder 'Kekhol' (traditioneller Lidschatten) zu bestechen. Wie Du jedesmal mit zwei Päkken Zigaretten erschienst; ich mußte sie öffnen, sie entleeren, das Silberpapier entfernen und zwei Zigaretten brechen.

Zwei Wochen, Fatima, haben wir gekämpft, haben wir um jedes Kosmetiktäschchen, um jedes Stück Papier gekämpft, so als ob es um unser Leben ging. Zwei Wochen habe ich mit Dir in derselben stinkenden Kabine verbracht, von neun Uhr morgens bis drei Uhr nachmittags. Jetzt kenne ich Dich ganz gut: Deinen Geruch, Deinen Körper, Deine Falten, Deine Traurigkeit, Deine Verzweiflung und Deinen Stolz. Während der ersten Woche war ich verlegen. Ich war beschämt, angeekelt. Ich sprach sanft. Ich versuchte milde zu sein. Nach und nach verlor ich mein menschliches Gesicht. Ich wurde unruhig. Ich dachte dauernd, Du lügst mich an. Ich war mir sicher, daß, nachdem man Dich mit dem Brief und der goldenen Kette erwischt hatte, Du Sprengstoff bei Dir hattest, obwohl ich Dich sorgfältig durchsucht hatte. Das machte mich verrückt, ich hatte Alpträume. Ich zwang mich, mir zu vergegenwärtigen, daß Du ein menschliches Wesen bist, eine Frau wie ich. Wäre ich eine Woche länger geblieben, die Spannung hätte zur Explosion geführt. Nach und nach wurde ich, wurden meine Ziele aufgesogen. Ich wuchs in die Arbeit hinein. Einige hatten Spaß an der Arbeit, andere gaben sich der Arbeit hin; vor allem die Männer. Trotzdem versuchten wir, die Frauen, unseren gesunden Menschenverstand zu behalten. Obwohl — ich muß es zugeben — dies sehr schwer war. Ich könnte nicht sagen, daß wir Erfolg hatten. Wir alle haben einen Widerwillen gegenüber der Situation, in die wir hineingestoßen wurden, behalten.

Abends, in den Unterkünften, trinken wir Bier und Arak, lachen über Dich und erzählen uns fröhlich die Ereignisse des Tages. Wir haben einen makabren Sinn für Humor entwickelt, Dich nachzuahmen in einer Sprache sprechend, die nur wir kennen. Diese Sprache, angereichert mit arabischen Worten aus dem Sprachführer, war schockierend, und Du wärest überrascht gewesen, wenn Du sie gehört hättest, Fatima. Zur gleichen Zeit war es lustig, wahrscheinlich aus Verzweiflung.

Wir haben unsere Arbeit zur Zufriedenheit getan, und Dein Geruch steckt in unseren Uniformen — in den Uniformen, die wir erleichtert zurückgaben, als unser Dienst zu Ende war. Am anderen Übergang, wo Du niemals warst, gab es ein Schwarzes Brett für die Soldaten. Auf meinem Weg zu dir hielt ich dort an und las ein Merkblatt über jüdisches Bewußtsein. Das Büro des Militärgeistlichen von Judäa und Samaria (Westbank) sandte uns folgende Botschaft:

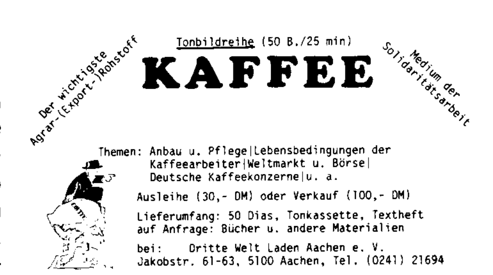
> „Als Isaac und Ismael, die beiden Söhne Abrahams, vor ihm standen, damit er den Geeignetsten für seine Nachfolge wählen konnte; nämlich derjenige war es, der das Wort Gottes über die ganze Welt verbreiten sollte. Ausschlaggebend war die Art, wie sie die Zukunft sahen. Es wird gesagt, daß Ismael nur an der Gegenwart intressiert war. 'Ich lebe jetzt', soll er gesungen haben. Daraufhin befahl Gott dem Abraham, Ismael's Konkubine und ihren Sohn aus dem Land Israel zu verweisen. Ismael, der nur in der Gegenwart lebte, konnte nicht weiter im Hause seines Vaters bleiben und wurde deswegen hinausgewiesen. Das Volk Israel sind die Nachkommen von Isaac, der die Zukunft besang und auf Rettung hoffte."

Diese Orientierung, Fatima, gab ihm die ungeheure Kraft, zur Selbstaufopferung bereit zu sein, um den Befehlen des Schöpfers zu gehorchen, dessen Gestalt in dem Vers erschein:

> „Ich werde sein, was immer auch geschieht, ich werde sein ... ich werde sein ... ich werde ewig sein, mit einer nie endenden Zukunft, ewig."

Verstehst Du das, Fatima? Ich las dies, bevor ich anfing, Dich zu durchsuchen. Ich war in meinen Rechten bestärkt.

Dalya Elkana
übersetzt von Gerulf Augustin



Mit Hammer und Sichel gegen Umweltsterben?

Die DDR: Ein Umweltparadies?
Ein lästerlicher Kommentar

Erfolg im Gerichtssaal
Negertalsperre wird nicht gebaut

Sauberkeit nicht in Sicht
Tabelle der Kohlekraftwerke

„Ich habe mich gewundert"
Interview mit Petra Kelly

Wipfelschwingen
Blockaden gegen Regenwaldzerstörung

Laßt das Uran, wo es ist!
Roxby Downs wird blockiert

Larzac – 3 Jahre nach dem Sieg

BBU trennt sich vom Umweltmagazin

Umweltmagazin: zu aufmüpfig? Eine Chronologie

„Laßt Euch nicht kleinkriegen!" - Reaktionen der Leser

umweltmagazin

Paul-Lincke-Ufer 44a,
1000 Berlin 36

Heft 5/84

Der aktuelle Reisebericht von BBU-Vertretern zum Thema Umweltschutz in der DDR.

○ Ich bestelle die Ausgabe 5/84 für DM 4,00 + DM 0,70 Porto (in Briefmarken oder V-Scheck)

○ Ich abonniere Umweltmagazin ab Heft Nr. .... für DM 30,00 pro Jahr (6 Hefte) frei Haus.

Name

Adresse

Datum Unterschrift

Neue Medien und die 3. Welt



Auf dem Weg zur Weltinformationsgesellschaft?

Ende Dezember 1984 beendeten die USA ihre Mitgliedschaft in der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur, UNESCO [1]. Dieser Schritt war nicht allein Ausdruck der Wende in der US-Außen- und Entwicklungspolitik nach dem Amtsantritt der Reagan-Administration. Er spiegelt vielmehr einen handfesten Konflikt wieder, der in der UNESCO ausgetragen wird, und in dem es um nicht mehr und nicht weniger als die Erhaltung oder grundlegende Umstrukturierung des internationalen Mediensystems geht.

In diesem Konflikt stehen sich zwei Seiten unversöhnlich gegenüber: Die westlichen Industriestaaten und die dort beheimatete Informationsindustrie mit ihrer Formel des "free-flow of information"[2] auf der einen Seite, die Entwicklungsländer (unterstützt von den sozialistischen Staaten) mit ihrer Forderung nach einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung (NIIKO[3]) auf der anderen.

Für uns sind diese Ereignisse der Anlaß, den Hintergrund sowohl dieser Forderung der Dritten Welt als auch der UNESCO-Austritte aufzuhellen. Wir wollen zeigen, daß es sich bei den Drohgebärden der westlichen Industrieländer um reine Erpressungsversuche handelt, um die UNESCO und damit auch die Dritte Welt angesichts neuer Entwicklungen im Medienbereich wieder auf ihren Kurs zu zwingen - denn: Der von den westlichen Industrieländern propagierte "freie Informationsfluß" dient der Verschleierung ihrer ökonomischen und politischen Interessen und ist somit Ideologie.

Die gegenwärtigen Medienstrukturen

Daß die Forderung der Dritten Welt nach einer Neuordnung berechtigt ist, läßt sich anhand der gegenwärtigen Medienstrukturen dokumentieren, die durch zwei Faktoren gekennzeichnet sind (Sülzer, 1980:56):

1.) Fehlentwicklungen durch den unreflektierten Import von Mediensystemen, die fast ausschließlich auf die Erfordernisse der westlichen Industrieländer bzw. der städtischen Bevölkerung in Ländern der Dritten Welt zugeschnitten sind.

Dies führte in der Dritten Welt zu einer im wesentlichen fremdbestimmten Medienrealität. Dominiert und gestaltet wird sie von Unternehmen aus den Industrienationen, die in den folgenden drei Branchen beheimatet sind (Luyken, 1982:313):

- den Produzenten von Kommunikationstechnologie, von denen eine geringe Anzahl transnationaler Konzerne weltweit Angebot und Verkauf von Kommunikationsapparaten (Telefone, Fernsehen usw.) bestimmen. Das hat eine technische Abhängigkeit der Dritten Welt und eine strukturelle Kontrolle durch die Industrieländer geschaffen.
- den Produzenten von Medieninhalten, insbesondere der in den Industrieländern ansässigen internationalen Anzeigen-, Werbungs-, Musik- und Filmindustrie, die ihre Gewinne zu bedeutenden Teilen aus den (sich automatisch öffnenden) Märkten der Dritten Welt schöpft.
- der internationalen Presse- und Nachrichtenindustrie mit den großen Presse- und TV-Agenturen aus den USA, Großbritannien und Frankreich[4].

Das einmal so etablierte Mediensystem zwingt die finanzschwachen Betreiber wegen der hohen Investitions- und Folgekosten zu billigen Programmimporten und langen Werbeeinschaltungen, um das System überhaupt am Leben erhalten zu können. Praktisch bedeutet dies, daß in den Importländern zwischen 30 % und 84 % des Gesamtprogramms aus ausländischen kulturfremden Quellen stammt und überwiegend US-amerikanischer Machart ist[5].

2.) Daraus ergibt sich der zweite Faktor, der allgemein unter dem Begriff "Kulturimperialismus" gefaßt wird: Der negative Einfluß auf die Sozialstrukturen der Dritten Welt durch die Manipulation der Denk- und Lebensweisen der dort lebenden Menschen. Die Überschwemmung dieser Länder mit

importierten Programminhalten, die fremde Kulturmodelle widerspiegeln, bewirkte einen allmählichen Verlust eigener Werte und eine kulturelle Entfremdung. Dies betraf bislang primär die städtische Bevölkerung, weil nur sie sich Fernseher leisten konnte, und Programme nur selten landesweit ausgestrahlt wurden. Die ländliche Gesellschaft blieb weitgehend unberührt.

Die Forderung nach einer neuen Medienordnung

Angesichts dieser Medienrealität erhoben die Länder der Dritten Welt seit Anfang der 70iger Jahre - analog zur Forderung nach einer "Neuen Weltwirtschaftsordnung", die sie chancengleich am Nutzen der Weltwirtschaft partizipieren lassen sollte - den Anspruch auf eine neue Ordnung für den Bereich des internationalen Informations- und Kommunikationswesens.

Diese 'Neue Ordnung' sollte die "unnütze und schädliche Informationsflut von Nord nach Süd eindämmen, den Kommunikationssystemen der Entwicklungsländer Raum schaffen für die positive Beeinflussung des eigenen Entwicklungsprozesses durch die Massenmedien, sollte den Dialog und die Solidarität der Länder der Dritten Welt untereinander fördern und schließlich dem Süden angemessene Instrumente für die Selbstdarstellung und für die Vermittlung der wirklichen Probleme, Erfolge und Bedürfnisse im Entwicklungsprozeß an die Hand geben" (Keune, 1982:F58).

Ein Telegramm von Lomé nach Accra, über eine Entfernung von nicht mehr als 150 Meilen, braucht rund 48 Stunden, in denen die Mitteilung via Paris nach London und zurück nach Westafrika geleitet wird. Die Entfernung könnte, wie ein ghanesischer Redakteur betont, schneller von einem Läufer bewältigt werden.

Rosemary Righter

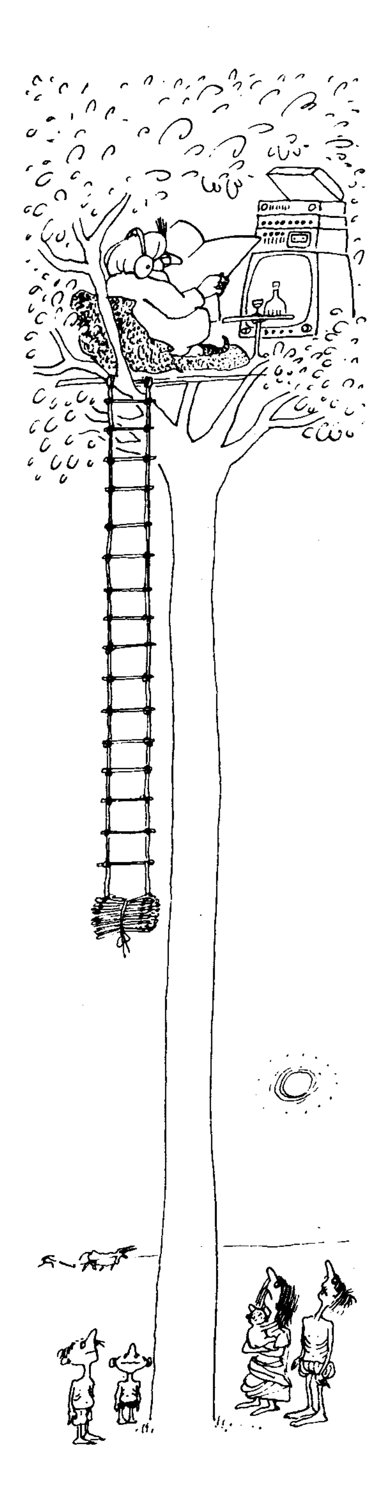
Diese Grundvorstellungen einer NIIKO versuchten die Länder der Dritten Welt über internationale Organisationen wie UNO und UNESCO durchzusetzen. Bisher aber ist die UNESCO über eine Reihe von Absichtserklärungen zur NIIKO nicht hinausgekommen. Im Gegenteil: Betrachtet man die einzelnen medienpolitischen Deklarationen und Resolutionen der UNESCO-Generalkonferenzen von 1976 bis heute, so läßt sich feststellen, daß von den grundlegenden Forderungen nicht viel übriggeblieben ist.

Diese aus der Sicht der Dritten Welt negative Entwicklung ist auf den Druck und die ständige Intervention der USA und anderer westlicher Industrieländer zurückzuführen[6], die die Durchsetzung einer sie bindenden internationalen Regelung für den grenzüberschreitenden Informationsfluß bisher erfolgreich verhindern konnten.

Daß insbesondere die USA trotz dieser bislang relativ erfolgreichen Verhinderungsstrategie eine verschärfte Politik betreiben, läßt sich mit den in den letzten Jahren erfolgten Entwicklungen im Medienbereich erklären - die Einführung sogenannter "Neuer Medien". Die Forderung nach einer neuen Ordnung soll nun endgültig vom Tisch, denn der Markt der "Neuen Medien" wird oft als "Milliardenmarkt" bezeichnet: Die Medienindustrie steht vor einem gewaltigen Boom, der um so profitabler ausfallen wird, je größer der Teil der Welt ist, der mit "Neuen Medien" eingedeckt werden kann. Angesichts solcher Aussichten kommt die Forderung nach einer Neuordnung des internationalen Mediensystems natürlich völlig ungelegen.

Unter den gegebenen Machtverhältnissen ist eine Abkoppelung der Dritten Welt von der internationalen Entwicklung wenig wahrscheinlich; daher stellt sich die Frage: Welche Auswirkungen wird der unausweichliche Einsatz der "Neuen Medien" für die Dritte Welt haben?

Was sind eigentlich "Neue Medien"?



Der Begriff „Neue Medien" bezeichnet ein breites Spektrum schon länger existierender sowie einiger neuer Technologien — z.B. Kabel- und Satellitenfernsehen, Bildschirmtext, Datenbanken und Computerkommikation, Videokonferenzen.

Das eigentlich *Neue* an den „Neuen Medien" ist die Möglichkeit, die verschiedenen Geräte — Telefone, Fernsehapparate, Computer miteinander zu kombinieren und in Informations- und Kommunikationsnetzen zu integrieren. In diesen Verbundsystemen können dann riesige Mengen von Daten und Informationen extrem schnell übertragen und verarbeitet werden.

Wir werden uns im folgenden mit zwei Anwendungen „Neuer Medien" befassen, die schon eingesetzt werden und für die Dritte Welt von besonderer Bedeutung sind: Dem Kabel- und Satellitenfernsehen und dem grenzüberschreitenden Datenverkehr.

Kabel- und Satellitenfernsehen

Die transnationale Übermittlung von Nachrichten-, Rundfunk- und Fernsehprogrammen via Satellit gibt es schon seit Mitte der 60iger Jahre. Für diese Systeme waren zentrale große Sende- und Empfangsstationen notwendig, über die die Signale abgestrahlt bzw.empfangen und in die jeweiligen nationalen Verteilernetze eingespeist wurden.

In den 70iger Jahren bewirkte die Entwicklung der Mikroelektronik einerseits eine größere Leistungsfähigkeit der Satelliten und andererseits eine zunehmende Miniaturisierung und damit Verbilligung der Empfangsstationen [7]. Dies ermöglichte lokalen Kabelverteilnetzen den direkten Empfang von Programmen, die über Satellit ausgestrahlt wurden.

Neuerdings gibt es auch Satellitendirektfernsehen (DBS), das es einzelnen Haushalten ermöglicht, mit eigenen Parabolantennen die Programme direkt zu empfangen. Da in absehbarer Zeit vor allem japanische Unternehmen in der Lage sein werden, Parabolantennen mit einem Durchmesser von weniger als einem Meter

und — durch Massenproduktion — zu einem Preis von unter 1000 DM anzubieten (Ratzke, 1982:151), steht einer Massenverbreitung kostenseitig nichts mehr im Wege.

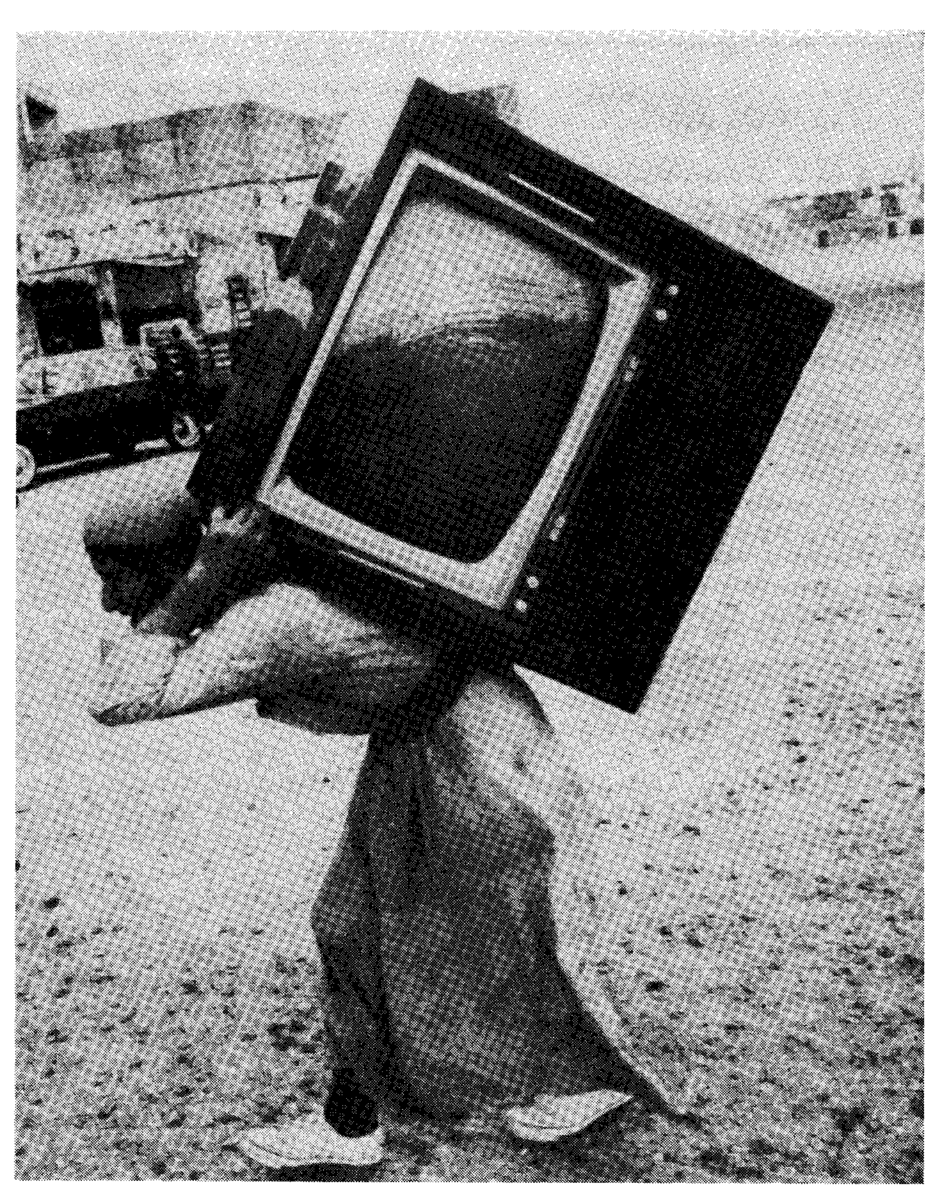
Wenn man davon ausgeht, daß moderne Kommunikationsmedien für Länder der Dritten Welt notwendig und sinnvoll sind, bietet die DBS-Technologie dazu einen — im Verhältnis zu den herkömmlichen Mediensystemen — kostengünstigen Einstieg.

Durch den Direktempfang könnten diese Länder darauf verzichten, eine traditionelle Telekommunikationsinfrastruktur aufzubauen, die viel teurer käme als ein DBS-System. Allerdings: Nur die wenigsten Länder der Dritten Welt werden sich ein komplettes DBS-System leisten können — ein Satellit allein kostet schon 100 Mio. Us-$ [8]. Die restlichen Länder werden sich nur die billigeren Bodensysteme anschaffen können und gezwungen sein, sich — wie bisher — Satellitenkapazitäten anzumieten oder sich an Systemen zu beteiligen.

Dadurch werden die traditionellen Abhängigkeitsstrukturen bei der Betreibung von Satellitensystemen beibehalten. Die zentrale Rolle spielt hier das International Telecommunications Satellite Consortium (INTELSAT), das in der nichtsozialistischen Welt eine monopolartige Stellung im Bereich der Satellitenkommunikation besitzt. Die Stimmberechtigung in dieser Organisation regelt sich durch die Höhe der Beitragszahlungen (USA 61%, GB 8,4%, F und BRD je 6,1% usf., «Becker, 1984:53»). Daher ist der Einfluß der Länder der Dritten Welt auf die Kommunikations- und Medienpolitik von INTELSAT gering. Diese wird eindeutig von den westlichen Industrieländern, insbesondere von den USA bestimmt. Mit der Klärung dieser technologischen Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse ist die Frage nach den Auswirkungen dieses neuen Mediums aber nicht vollständig beantwortet. Weitere Auswirkungen für das einzelne Land ergeben sich auch durch die Medieninhalte, die über die technische Infrastuktur transportiert werden.

Kanada ist zwar kein Land der Dritten Welt, aber dennoch ein typisches Beispiel für die Auswirkung medienpolitischer Entscheidungen, die nur auf die Infrastruktur und nicht auf die Medieninhalte zielen. Dort hat der Ausbau der Satelliten- und Kabelsysteme zum Abbau inländischer Programme und dazu geführt, daß „... Kanada kurz vor der endgültigen ‚kulturellen Einverleibung' durch seinen südlichen Nachbarn USA ..." steht (Widlok, 1984:399)[9]. Die neuen Systeme schaffen gegenüber den herkömmlichen TV-Systemen eine enorme Steigerung der Programmkapazitäten, die auch eine entsprechende Auslastung erfordern. Eine Eigenproduktion in diesem Ausmaß hätte zu große Kosten verursacht, sodaß man die billigeren Programmimporte aus den USA vorzieht (Melody, 1983:5). Hinzu kommt, daß durch den sog. „SPILL-OVER"-Effekt[10] verstärkt das externe Programmangebot genutzt wird.

Wenn sich solche Entwicklungen schon



Modernisierung des Elends...

in einem Industrieland einstellen, sind die Folgen für die Dritte Welt abzusehen, wenn das herkömmliche Verhalten bei der Übernahme westlicher Medientechnologie beibehalten wird. Das Problem verschärft sich noch dadurch, daß es in den meisten Ländern der Dritten Welt in noch stärkerem Maße sowohl an den finanziellen als auch an den technischen Möglichkeiten zur eigenen Programmausgestaltung fehlt.

Aus dieser Problematik hat z.B. Brasilien vor einiger Zeit die Konsequenz gezogen, unter den gegenwärtigen Bedingungen keinen DBS-Satelliten einzusetzen, weil dadurch nur wieder eine neue Einbahnstraße für den Import ausländischer Programme geschaffen würde (Melody, 1983:10).

In Indonesien, wo seit 1976 mit einem eigenen Satelliten das Fernsehprogramm über das ganze Land ausgestrahlt wird [11], erfreuten sich die Unterhaltungs- und Werbesendungen der größten Beliebtheit, während die Informations- und Bildungsprogramme weniger beliebt waren. Den negativen Auswirkungen — Veränderungen der Wertestruktur, entstehender Bedarf nach westlichen Konsumgütern (vor allem Haarshampoo!) — will die indonesische Regierung durch die Reduzierung des Anteils an Unterhaltung und ausländischen Programmen sowie durch ein Verbot der Fernsehwerbung begegnen. Es bleibt abzuwarten, welcher Erfolg diesen Maßnahmen beschieden sein wird. Diese nationale Medienpolitik könnte vor allem dann unterlaufen werden, wenn Indonesien ebenfalls DBS- Technologie einführt und es zu den unkontrollierten „SPILL-OVER"-Effekten kommt.

Funktionen von Kabel- und Satellitenfernsehen

Insgesamt werden durch dieses neue Medium die zu Beginn beschriebenen Strukturen nicht aufgelöst, sondern verstärkt:

- Die Abhängigkeit von den Industrieländern als Lieferanten der Technologie und der Medieninhalte wächst.
- Die kulturelle Vielfalt wird durch die Ausdehnung des Fernsehens auf das ganze Land weiter geschädigt, wenn nicht ganz

zerstört.
- Die nationalistische Souveränität wird bei der Einführung von DBS durch den „SPILL-OVER"-Effekt zusätzlich beinträchtigt.
- Für die politische Zentralgewalt ergeben sich neuartige Möglichkeiten der Manipulation weiterer Kreise der Bevölkerung und damit ein Machtzuwachs.

Daneben bleibt festzuhalten, daß bei der Einführung „Neuer Medien" die Ausweitung der Fernsehzuschauerschaft nicht das einzige Ziel ist. Die Unterhaltung ist nicht nur Zug-, sondern auch trojanisches Pferd: So wie in der BRD durch die Verkabelung (für die mit „mehr Programmen" geworben wird)eine Infrastruktur z. B. für elektronische Heimarbeit geschaffen werden soll, wird in der Dritten Welt mit dieser Einführung z.T. überhaupt erst eine landesweite Infrastruktur für die Telekommunikation errichtet.

Kommunikationssatelliten wurden in Indien, Indonesien oder Brasilien ursprünglich mit dem Hinweis auf die Möglichkeit von Bildungsprogrammen angepriesen. Dieser Aspekt ist mittlerweile in den Hintergrund getreten. Es wird deutlich, welche weitere Funktion die neuen Übertragungssysteme haben: Den Aufbau einer Infrastruktur, die auch die entferntesten Winkel des Globus als potentielle Industriestandorte erschließt. Transnational operierende Konzerne klagten z.B. in einer kürzlich erstellten OECD-Studie darüber, „daß häufig ein Land, mit dem eine Firma eine Datenverbindung aufnehmen will, nicht über die benötigte Technologie, Infrastruktur oder Dienstleistungen verfügt" (OECD, 1984:22).

Internationale Datenkommunikation: Bedeutung für die Dritte Welt

Damit sind wir bei jenem zweiten Bereich, in dem die Dritte Welt schon heute in erheblichem Maße vom Einsatz „Neuer Medien" betroffen ist: der internationalen Kommunikation zwischen Computern. War es früher nötig, Daten zur Verarbeitung in einem entfernten Rechenzentrum dort direkt einzugeben, kann man heute — bestimmte technische Standards vorausgesetzt — von einem alleinstehenden Computerterminal aus über das Telefonnetz oder eigens eingerichtete Datennetze mit entfernten Rechenzentren kommunizieren oder Computer untereinander Daten austauschen lassen. Spielt sich diese Art von Kommunikation über Grenzen hinweg ab, spricht man von grenzüberschreitendem Datenverkehr (GDV).

Beispiel 1: Konzerninterner GDV
Eine Studie der UNO aus dem Jahr 1982 schildert einen typischen Fall konzerninternen GDVs:

„Ein Beispiel für ein konzerninternes transnationales Computer-Kommunikationssystem ist das Arrangement eines größeren Chemieproduzenten und -händlers mit Sitz in den USA. Sämtliche Datenverarbeitung der Unternehmung, ausgenommen diejenige der westeuropäischen Tochtergesellschaften, wird von einem Großcomputer am Hauptsitz der Unternehmung durchgeführt. Einheimische Niederlassungen setzen sich über gemietete Leitungen mit dem Zentralcomputer in Verbindung; Tochtergesellschaften in Lateinamerika haben über das Telefonnetz Zugang zu dem System. Von entfernten on-line-Terminals werden relevante Daten zur Verarbeitung übermittelt; Instruktionen über Lieferungen, Rechnungen usw. werden zu den Töchtern zurückgesandt. Daher sind in den entfernten Niederlassungen weder Kenntnisse über die Handhabung von Computern noch Datenverarbeitungskapazitäten nötig; deren grundlegende Aufgaben liegen in den Anwendungsbereichen und in der Datenlieferung. Dieses Netzwerk erlaubt der Unternehmung ein hochzentralisiertes Management" (UNCTC 1982, 33).

Ein anderes Beispiel zeigt, wozu die Zentralisierung der Datenverarbeitungskapazitäten führen kann:

Als erstes amerikanisches Unternehmen wurde die Dresser-Niederlassung in Frankreich von den Sanktionen der Reagan-Administration gegen den Bau der sowjetisch-westeuropäischen Erdgasleitung betroffen. „Alles, was Dresser zu tun hatte, um Reagans Embargo Rechnung zu tragen, war, das Benutzerkennwort zu einem Computer in Pittsburgh am 26.August, dem Tag, an dem die Sanktionen in Kraft traten, zu ändern. Hierdurch wurde der französischen Tochtergesellschaft von Dresser der Zutritt zu der Technologie wirksam verwehrt, die sie benötigt, um die vorhandenen Aufträge zu erfüllen und sich um neue Aufträge zu bewerben" (Business Week v. 18.10.1982, zit. n. TDR 3/83, 121).

Diese Beispiele zeigen, welches Maß an Zentralisierung durch die Nutzung des GDV möglich wird — Zentralisierung sowohl im Management (Finanz-, Personalverwaltung, Vertrieb, Unternehmensplanung) als auch bei Forschung und Entwicklung. Beides ist für Länder der Dritten Welt eine überaus negative Erscheinung: Die Entscheidungsbefugnisse von Konzerntöchtern werden zusätzlich eingeschränkt, „intelligente" Bereiche wie Forschung und Entwicklung verbleiben in den Industrieländern. Der Trend, Betriebe in der Dritten Welt als „verlängerte Werkbänke" zu benutzen, wird verstärkt.

Beispiel 2: Geschlossene Benutzergruppen
Mittlerweile existieren verschiedene sog. „geschlossene Benutzergruppen", d,h, Datenkommunikationsnetze, die nur bestimmten Nutzern zugänglich sind. Eine der wichtigsten derartigen Einrichtungen ist SWIFT (Society for Worldwide Interbank Financial Telecommunications), ein internationales Bankenkommunikationssystem[12]. Mittlerweile kann keine Bank mehr ohne die Nutzung dieses oder ähnlicher Netze auskommen.

Dies bedeutet, daß:
- Banken in der Dritten Welt auf die Einfuhr der zumeist standardisierten Computer-Hardware und -Software sowie auf ausländisches Expertenwissen angewiesen sind;
- sich weltweit — ausgehend von Westeuropa und den USA — eine einheitliche, für den Computer verständliche Bankbetriebssprache durchsetzt;
- die Nutzer dieses Systems abhängig sind von demjenigen, der über den zentralen Rechner und die Knotenpunkte des Kommunikationsnetzes verfügt. Die Gefährlichkeit einer solchen Abhängigkeit wurde 1980 deutlich, als die US-Regierung erwog, den



...Elend der Modernisierung

TRIALOG

Zeitschrift für das Planen und Bauen in der Dritten Welt

- ein Journal für Raumplaner, Soziologen, Ökonomen und Entwicklungsplaner
- ein Journal zum Austausch beruflicher Erfahrungen im Bereich städtischer Entwicklungen in der Dritten Welt.

Die thematische Bandbreite von Trialog umfaßt:
Architektur und nationale/regionale Kulturen
Verstädterung und Wohnungspolitik
Arbeitsfelder in der Dritten Welt
und die Rolle der ausländischen Planer

TRIALOG 1 Oktober 1983
WOHNUNGSBAU FÜR DIE ARMEN

TRIALOG 2 Januar 1984
REGIONALPLANUNG

TRIALOG 3 Juni 1984
AUSBILDUNG & BERUFSBILD

TRIALOG 4 Oktober 1984
DIE HÄUSER DER REVOLUTION

V o r s c h a u :

TRIALOG 5 März 1985
GHETTO

Trialog kostet als Einzelheft:

für Studenten (mit Bescheinigung)	6,- DM
Einzelpersonen	9,- DM
für Institutionen	12,- DM

Trialog kostet im Abonnement (4 Ausgaben):

für Studenten	24,- DM
für Einzelpersonen	32,- DM
für Institutionen	48,- DM

TRIALOG
c/o PLANEN UND BAUEN
THD
PETERSENSTR. 15
D - 6100 DARMSTADT
TEL: 06151-163637

Iran von seinen internationalen Telekommunikationsverbindungen abzuschneiden. Dies hätte für die iranischen Banken verheerende Folgen gehabt (Schiller, 1984: 143).

All dies verstärkt im Süden die technologische Abhängigkeit, den Identitätsverlust und die politische Erpreßbarkeit.

Beispiel 3: Zugang zu Datenbanken

Eine der bedeutsamsten Erscheinungen des Computerzeitalters ist das Entstehen von Datenbanken, d.h. der Möglichkeit zur Speicherung von und dem systematischen Zugriff auf große Mengen von computergespeicherten Daten. Ihre Bedeutung innerhalb der einzelnen Unternehmen haben wir schon beleuchtet; hier soll es nun um öffentlich zugängliche sowie regierungsinterne Datenbanken gehen — denn die Bedeutung beider für die Dritte Welt ist ähnlich: Sie hat so gut wie keine Möglichkeiten zu ihrer Nutzung[13]. Öffentlich zugängliche Datenbanken enthalten Hinweise auf Literatur zu bestimmten Fachgebieten oder Übersichen über Patente (Quellendatenbanken), oder sie informieren über ökonomische und technische Daten, z.B. über die Entwicklung bestimmter Märkte oder Unternehmen, Außenhandelsziffern, Aktienkurse, chemische Formel u.a.m. (Faktendatenbanken). Bislang letzter Schrei sind Volltext-Datenbanken, aus denen man komplette Zeitschriften abrufen kann. Diese Datenbanken werden in der Regel kommerziell betrieben; ihre Benutzung ist mit erheblichen Kosten verbunden. Die meisten von ihnen sind überdies in den USA beheimatet[14], wodurch zusätzlich Übertragungskosten entstehen — vorausgesetzt, man verfügt über ein leistungsfähiges Telekommunikationsnetz; sonst ist man von der Nutzung von vornherein ausgeschlossen. Wichtigster Punkt ist die drohende Gefahr eines weltweiten Informationsmonopols der USA[15], d.h. die USA können weitgehend bestimmen, wer zu welchen Daten Zugang hat.

Aktuell besteht diese Situation bereits in den Bereichen Chemie, Biowissenschaften und Medizin (Neumann, 1984:10), in anderen Bereichen zeichnet sie sich ab. Die anderen entwickelten Industriestaaten bemühen sich um den Aufbau eigener, von den USA unabhängiger Datenbanken; in der Dritten Welt sind solche Bestrebungen bislang kaum erkennbar. Brasilien ist eines der wenigen Länder des Südens, das bislang eine zielgerichtete Politik entwickelt hat: Der Aufbau nationaler Datenbanken soll forciert werden (vgl. UNCTC, 1983a). Ferner dürfen Daten nicht zur Verarbeitung exportiert werden, wenn im Inland geeignete Verarbeitungskapazitäten zur Verfügung stehen. Transnationale Konzerne sollen eigene inländische Datenbanken aufbauen, statt auf die Einrichtungen der Muttergesellschaften zurückzugreifen (vgl. dazu das Beispiel 1) (TDR 5/83, 243).

Welche Auswirkungen ein Informationsrückstand haben kann und welche Möglichkeiten sich durch den Zugang zu regierungseigenen Datenbanken ergeben, zeigte sich bei der Weltfunkverwaltungskonferenz von 1979 (WARC-79[16]):

„Die US-Delegation zur WARC-79 hatte einen Stab von fast 100 Personen, verglichen mit ein oder zwei aus den kleineren Staaten. Fast 1000 Personen waren mit der Vorbereitung der US-Vorschläge zu der Konferenz beschäftigt. . . . Die Delegation hatte ferner allgemein zugängliche Fakten über die Standpunkte der anderen Delegationen gesammelt. Die gesamten Informationen konnten innerhalb weniger Momente on-line abgefragt werden" (Mohan/Mohan 1982, 12). Im Endeffekt führte dies dazu, daß die USA mit primär technischen Argumenten, denen die Entwicklungsländer wenig entgegenzusetzen hatten, ihre politischen und ökonomischen Interessen durchsetzten konnten.

„Diskussionen über die Reform des internationalen Währungssystems oder die Verteilung der Ressourcen des Meeres oder des Weltraums wurden daher oft durch die mächtigen Staaten vorausbestimmt, was für die Entwicklungsländer nur eine „ja, aber . . ."-Rolle übrigließ oder sie veranlaßte, Problemstellungen zu politisieren anstatt sie — was aufgrund mangelnder Information nicht möglich war — technisch auszudiskutieren" (Cruise O'Brien/Helleiner 1980, 356).

Allgemein gesagt: Aufgrund ihres Informationsrückstands sind Länder der Dritten Welt bei jeder Form von Verhandlungen in einer schlechteren Ausgangsposition — sei es multilateral im Rahmen internationaler Verhandlungen, sei es bilateral gegenüber einem anderen Land oder einem transnationalen Konzern.

Beispiel 4: Satellitenfernerkundung

Bei Verhandlungen z.B. über Abkommen zur Rohstoffausbeutung kommt einer weiteren Technologie eine besondere Bedeu-





Beispiel für den Komputereinsatz bei der Satellitenfernerkundung: Links die normale Sattelitenaufnhme, rechts das gleiche Bild nach der Komputerauswertung.

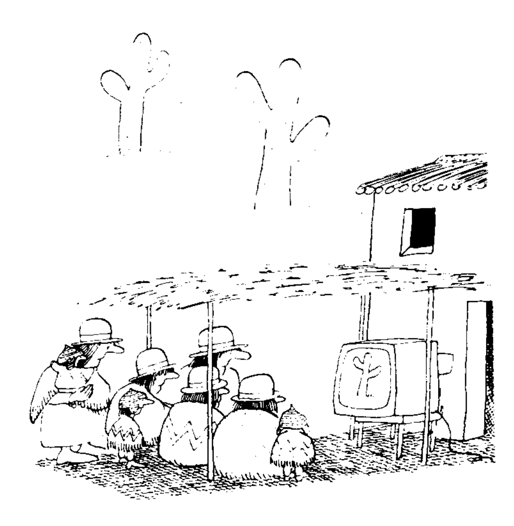
tung zu: der Satellitenfernerkundung. Hier hat das staatseigene US-Unternehmen LANDSAT bislang eine Monopolstellung inne. Die von den LANDSAT-Satelliten gewonnenen Informationen geben Aufschluß z. B. über Ernteaussichten oder das Vorhandensein von Rohstoffvorkommen. Diese Informationen — zum einen in Form von Fotos, zum anderen als Daten, die von Computern ausgewertet werden müssen — werden verkauft und sind theoretisch allgemein zugänglich. Praktisch stehen dem die Kosten erstens für die Satellitenfernerkundungsergebnisse selbst und zweitens für die Computeranlagen zur Verarbeitung der Daten und zur Beschäftigung qualifizierten Personals entgegen[17]. Für US-amerikanische Konzerne ist das kein Problem — 16 in der Ausbeutung von Erdöl-, Erdgas- und Mineralvorkommen engagierte Unternehmungen wandten 1983 11 Mio. $ für die Auswertung solcher Daten auf und beschäftigten dafür annähernd 100 Mitarbeiter (UNCTC, 1983c: 13). Die wenigsten Länder der Dritten Welt können einen solchen Aufwand betreiben.

Aus der bislang bestehenden Abhängigkeit von der USA — die sich voraussichtlich 1988 noch dadurch verschärfen wird, daß LANDSAT dann privatisiert werden soll und die Erkundungsergebnisse vermutlich nicht mehr jedermann, sondern nur noch dem Zahlungskräftigsten zugänglich sein werden (Bulloch, 1984) — haben mehrere Länder der Dritten Welt die Konsequenz gezogen, eigene Fernerkundungssatelliten zu starten: Indien, Indonesien (in Zusammenarbeit mit den Niederlanden) und Brasilien haben solche Vorhaben angekündigt („Space scramble for the long view", South, Juni 1984)[18].

Beispiel 5: Militärischer GDV

Satellitenfernerkundung und -kommunikation im zivilen Bereich ist bisher quantitativ eher eine Nebenerscheinung — die meisten Satelliten dienen militärischen Zwekken. Sie liefern den militärischen Führungsstäben z.B. Echtzeit-Informationen über das Geschehen in militärischen Konflikten. So war das Weiße Haus beim Luftzwischenfall vor der libyschen Küste (wo US-Flugzeuge 1981 zwei libysche Kampfflugzeuge abschossen) „live" dabei (Mallmann, 1984: 12). Noch beängstigender sind die Möglichkeiten, die sich durch die Verbindung Satellitenkommunikation und -fernerkundung mit Expertensystemen ergeben, d. h. mit Computern, die selbständig komplexe Analyseverfahren durchführen können. In einem Artikel zu diesem Thema wurde ein US-Experte zitiert:

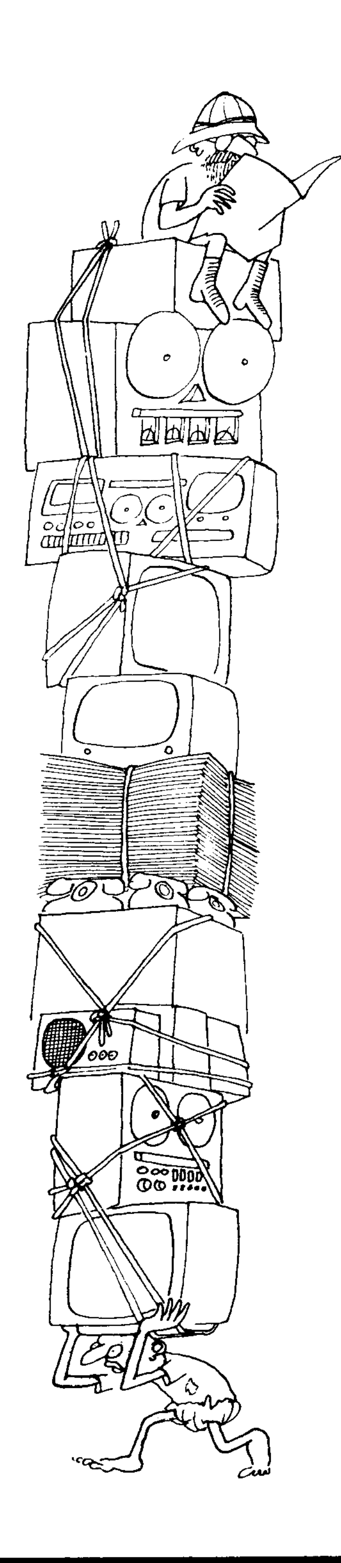
„,Die Strategen in Washington hatten doch das Problem, daß sie Tage oder Wochen brauchten, bis sie auf ihren Satellitenphotos die Guerilleros entdeckt hatten. Und dann waren die natürlich längst woanders. Mit entsprechenden Expertensystemen können sie die Aufnahmen von El Salvador in rund 30 Minuten entschlüsseln, und theoretisch zumindest, könnten die salvadorianischen Truppen die Guerilleros zwei Stunden später mit Kampfhubschraubern angreifen und ausradieren.' Dieser Informant behauptete auch zu wissen, daß CIA und Pentagon mit denselben Metho-



den die rektionären Invasoren an den Grenzen Nicaraguas unterstützen." (Helms, 1984:353)

Dieses Beispiel macht deutlich, in welche Abhängigkeit Länder der Dritten Welt (und nicht nur sie, wie das Beispiel Großbritanniens im Falkland-Krieg zeigt) dadurch von den Supermächten geraten, daß diese allein in der Lage sind, in großem Umfang strategisch bedeutsame Informationen zu sammeln. Die Supermächte können durch selektive Informationsweitergabe Konflikte in ihrem Interesse beeinflussen. Fassen wir nun zusammen. Der zunehmende Einsatz des grenzüberschreitenden Datenverkehrs geht einher

- mit der Ökonomisierung des Gutes Information,
- mit einer Differenzierung der Zugangsmöglichkeiten zu Informationen,
- mit einer Stärkung der Machtposition der Industriestaaten — und hier vor allem der USA — und der transnationalen Konzerne gegenüber der Dritten Welt,
- mit einem Souveränitätsverlust der Länder der Dritten Welt dadurch, daß sie weder über ihre eigenen Daten verfügen noch die unsichtbaren Transaktionen der transnationalen Konzerne überwachen können.



Auf dem Weg zur Weltinformationsgesellschaft?

Schenkt man den begeisterten Anhängern der neuen Technologien Glauben, so wird die Forderung nach einer neuen internationalen Informations- und Kommunikationsordnung durch die Einführung der „Neuen Medien" hinfällig. Ihrer Ansicht nach bricht damit endlich das goldene Zeitalter der Menschheit — mit Freiheit, Demokratie und Wohlstand für alle — an: die „Informationsgesellschaft" sozusagen als Endstadium und Höhepunkt des Kapitalismus[19].

Demgegenüber haben wir erheblich Zweifel, ob die Informatisierung der Weltgesellschaft tatsächlich von allgemeinem Vorteil ist. Nicht nur ist grundsätzlich fraglich, ob der Einsatz von Technologien, die in den westlichen Industrieländern nach den dortigen Bedürfnissen entwickelt wurden, für die Dritte und Vierte Welt sinnvoll und angemessen ist. Wichtiger noch ist, daß die Entwicklung und der Einsatz der „Neuen Medien" grundsätzlich der Logik des Kapitals unterworfen ist. Insofern dienen sie auch zuvorderst den Interessen dieses Kapitals. Mit anderen Worten: Der Einsatz der neuen Technologien ist nicht herrschaftsfrei an allgemeinen Bedürfnissen orientiert, sondern regelt sich allein durch seine Profitabilität. Dies wird gerade bei der Behandlung von ökonomischem und technischem Wissen deutlich: Mit der Propagierung der These, daß Information ein Produktionsfaktor sei, wird die Verwandlung des Wissens von einem allgemein zugänglichen sozialen Gut zu einer knappen Ressource, zu der nur der Zahlungskräftige Zugang hat, betrieben.

Auswege für die Dritte Welt

Gleichwohl ist dieser Prozeß der Ökonomisierung des Gutes Information nicht aufzuhalten. Hieraus ergeben sich für die Länder der Dritten Welt zwei Perspektiven, eine politische und eine pragmatische.

Die Länder der Dritten Welt müssen pragmatisch klären, wie sie den Zugang zu Informationen sicherstellen und die Monopolisierung von Informationsressourcen (z.B. in US-Datenbanken) verhindern wollen. Aktivitäten in dieser Richtung bestehen bereits, sind allerdings verschieden aussichtsreich. So ist etwa das Programm der UNESCO zur Kommunikationsförderung (IPDC) aufgrund seiner völlig mangelhaften finanziellen Ausstattung nicht mehr als ein Feigenblatt und von vorneherein zur Wirkungslosigkeit verurteilt[20]. Generell sind Projekte, die über die UNO oder eine ihrer Unterorganisationen laufen, von vorneherein



Ein Begriff für politische Bildung



WOCHENSCHAU-Themenhefte

Zur sachgerechten Beurteilung politischer Fragen gehört die WOCHENSCHAU. Kontroverse Standpunkte werden gegenübergestellt, Probleme mittels Dokumenten, Statistiken und Hintergrundinformationen sorgfältig durchleuchtet. Es sind über hundert Unterrichtseinheiten zu allen wichtigen politischen Themen lieferbar.

Jetzt ab Heft Nr. 1 zum Jahresvorzugspreis abonnieren.

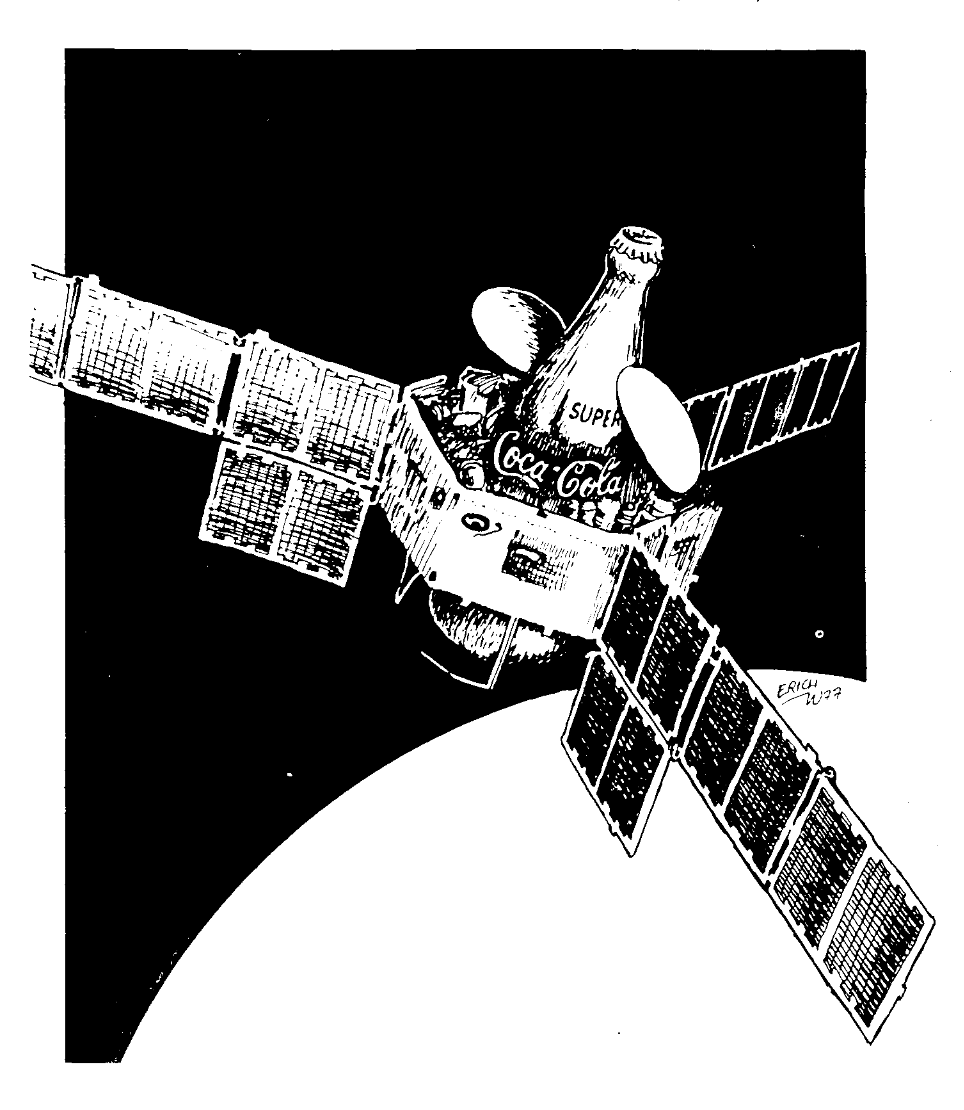
Einzelheft DM 4,50, im Klassensatz DM 3,60. Abonnement pro Ausgabe jährl. **nur** DM 21,60. (zuzügl. Versandkosten)
☐ Ausgabe Sekundarstufe I (6 Hefte)
☐ Ausgabe Sekundarstufe II (6 Hefte)
☐ dazu Methodik (DM 5,40 jährlich).

WOCHENSCHAU-VERLAG · 6231 Schwalbach · A.-Damaschke-Str. 103

erheblichen Restriktionen unterworfen, weil dort stets die Staaten des Nordens ihre Einflußmöglichkeiten mobilisieren werden, um wirklich durchgreifende Maßnahmen zu verhindern. Diese sind wohl nur im Rahmen einer Süd-Süd-Kooperation realisierbar. Zwar sind auch solche Projekte nicht gegenüber bestimmten Gefahren gefeit, wie das Beispiel des IBI belegt[21]. Gleichwohl: Die Realisierung eines permanenten „Sekretariats der Dritten Welt", einer „durch administrativtechnische Sachkompetenz ausgewiesenen Service-Organisation, die gegenüber den mit effizienten Verhandlungsbürokratien und planerischen ‚Denkfabriken' gut ausgestatteten Industrieländer-Wirtschaftsblöcken der OECD und dem COMECON ein organisatorisches Gegengewicht bilden soll"(Matthies, 1982: 36), wäre sicher keine schlechte Lösung.

Auf der politischen Ebene bietet sich an, die bislang weitgehend getrennt vorgetragenen Forderungen nach einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung und einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zusammenzufassen. Die internationalen Kommunikationsstrukturen sind nicht von der Weltwirtschaft zu trennen, im Gegenteil: Die globalen Kommunikationsnetze gelten als „Nervenstränge der Weltwirtschaft". Zu einer Zeit, als die Forderung nach einer NIIKO vor allem auf die Massenmedien zielte, mag die Trennung von der NWWO-Forderung sinnvoll gewesen sein. Im Zeitalter der „Neuen Medien", in dem Individual- und Massenkommunikation über dieselben Träger abgewickelt werden, muß die Forderung nach einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung über die Massenkommunikation hinaus erweitert und mit der nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung verbunden werden.

Jörg Meyer-Stamer
Klaus-D. Oelmann



Zitierte Literatur

Becker 1984; Jörg Becker:Informationstechnologie in der Dritten Welt. Frankfurt: IDD, 1984.

Bulloch 1984; Chris Bulloch: Erderkundung aus dem Weltraum. In Interavia, 3/1984, S.751-54.

Cruise O'Brien/Helleiner 1980; Rita Cruise O'Brien, Gerald K. Helleiner: The political economy of information in a changing international infomation order. In: International Organization, Autumn 1980, S.445-470.

Grewlich 1983; Klaus W. Grewlich: Transnationale Informations- und Datenkommunikation. In: Außenpolitik, 1/1983, S.67-79.

Helms 1984; Hans G. Helms: Künstliche Intelligenz? Maschinen, die denken? Tendenzen der amerikan. Computertechnologie. In: Blätter f. deutsche u. internat. Politik, 3/1984 S. 334-354.

Keune 1982; Reinhard Keune: Die Neue Internationale Informations- und Kommunikationsordnung. In: Internationales Handbuch für Rundfunk und Fernsehen 1982/83. Hamburg: Hans von Bredow-Institut, 1982. S. F57-F64.

Lazarus 1983; William Lazarus: Landsats, Minerals and Development: A Qualitative Notion of the Down-Side Risk. In: Rita Cruise O'Brien (Hrsg.): Information, Economics and Power. London: Hodder and Stoughton, 1983. S. 102-121.

Luyken 1982; Georg-Michael Luyken: Internationalisierung der Medien: metropole Standards- periphere Wirklichkeit. In: Rundfunk und Fernsehen, 3/1982, S. 312-326.

Mallmann 1984; Wolfgang Mallmann: Wer den Weltraum beherrscht, beherrscht die Erde. Über das Wettrüsten im All. Manuskript einer NDR-Radiosendung v. 4.4.1984.

Matthies 1982; Volker Matthies: Süd-Süd-Beziehungen: Zur Kommunikation und Kooperation zwischen Entwicklungsländern. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 34/1982, S. 31-45.

Melody 1983; Direkťstrahlende Rundfunksatelliten: Die kanadischen Erfahrungen. In: Rundfunk und Fernsehen, 1/1983, S. 5-11.

Mohan/Mohan 1982; C. Raja Mohan, C. Vishnu Mohan: The infomation revolution: issues of transborder data flows. In: India Quarterly, 1/1982, S. 1-19.

Neumann 1984; Ulrich Neumann: Informationen als Ware — Datenbanken und Netzwerke (2. Folge). Manuskript einer NDR-Sendung v. 21.10.1984

OECD 1984; International Firms and TDF in OECD Contries. In: Transnational Data Report, 1/1984, S. 20-25.

Ratzke 1982; Dietrich Ratzke: Handbuch der Neuen Medien. Stuttgart: DVA, 1982.

Schiller 1984; Herbert I. Schiller: Die Verteilung des Wissens. Informationen im Zeitalter der großen Konzerne. Frankfurt: Campus, 1984.

Sülzer 1980; Rolf Sülzer: Medienstrategien und Entwicklungspolitik. In: Rundfunk und Fernsehen, 1/1980, S. 56-69.

UNCTC 1982; Transnational Corporations and Transborder Data Flows: a technical paper. New York, UNCTC 1982.

UNCTC 1983a; Transborder Data Flows and Brazil.New York, UNCTC 1983.

UNCTC 1983b; Transborder Data Flows: Access to the International On-line Data-base Market. New York, UNCTC 1983.

UNCTC 1983c; Transnational Corporations and remote-sensing data. In: CTC-Reporter, Spring 1983, S. 12-14.

Widlok 1984; Peter Widlok: Kanadische Identität oder „American Way of Life". In: Media-Perspektiven, 5/1984, S. 399-407.

Fußnoten

1 Mittlerweile hat die britische Regierung ihren Austritt für Ende 1985 angekündigt und die niederländische einen solchen Schritt angedroht. Andere westliche Länder meldeten gleichfalls Vorbehalte an. Das Ausmaß der Drohung wird deutlich, wenn man die finanzielle Seite betrachtet: Die USA finanzieren 1/4 des UNESCO-Etats; zusamen mit Großbritannien und den Niederlanden würde das UNESCO-Budget um fast 1/3 reduziert.

2 Die westlichen Staaten vertreten überwiegend die Ansicht, der Informationsfluß müsse weltweit frei und keinerlei Regelungen oder Beschränkungen unterworden sein. Wie wenig die free-flow-Doktrin in der politischen Praxis wert ist, zeigen folgende Beispiele:
-der Streit zwischen Luxemburg und der BRD um die Austrahlung des „Luxsat" auf das Bundesgebiet,
- die Eingriffe der kanadischen Regierung gegen die Einstrahlung von US-Programmen,
- die Ablehnung einer von den USA vorgeschlagenen Erklärung über die Freiheit des grenzüberschreitenden Datenverkehrs durch die westeuropäischen Staaten, - die restriktive Haltung der USA gegenüber angeblich sicherheitsrelevanten Datenflüssen.

3 Daneben werden synonym folgende Begriffe verwandt: Neue Internationale Informationsordnung (NIIO), Neue Weltinformationsordnung (NWIO), Neue Internationale Kommunikationsordnung (NIKO).

4 Zu einer detaillierten Beschäftigung mit den großen Nachrichtenagenturen vgl. Joe Kemptner, „Medienkritik", in „blätter" 82/1979, S.20ff.

5 „Nach den jüngsten verfügbaren Zahlen sind mehr als die Hälfte aller in Chile, 34% der in Kolumbien, 62% der in Uruguay und 84% der in Guatemala gezeigten TV-Programme merikanischen Ursprungs." („Die Medien müssen frei sein von Monopolen und Manipulation", UD 6-7/83, S.8.).

6 So kam eine auf der 19. UNESCO-Generalkonferenz 1976 in Nairobi geplante entsprechende Mediendeklaration nicht zustande, weil die USA mit der fortgesetzten Blockade ihrer Beitragszahlungen (1974 aufgrund des UNESCO-Ausschlusses Israels beschlossen) drohten. Die vorbereitete Mediendeklaration verschwand in einem Sonderausschuß.

7 Satellitenbodenstationen erforderten 1965 eine Investition in Höhe von 8-10 Mio. $, während die Kosten heute bei rd. 300.000 $ liegen (Grewlich, 1983: 70).

7 „Ein typisches System besteht aus drei Satelliten: einem für den normalen Einsatz, einem als Ersatz im Weltraum und einem dritten auf der Erde, der ins All transportiert wird, wenn der erste ausfällt. Zählt man die Kosten für die Bodenstation hinzu, kommt man zu einer Gesamtinvestition von ca. 500 Mio. $ („Economic Potential of DBS Getting a Close Second Look", IHT 29.5.19847.)

9 Z.Zt. werden 2/3 der englischsprachigen Fernsehprogramme außerhalb Kanadas, d.h. in den USA produziert. Beim Fernsehkonsum liegen die Anteile noch höher: Bei den eingeschalteten Programmen kommen 88% beim französischsprachigen und 96% bei englischsprachigen Fernsehen nicht aus Kanada (Widlok, 1984: 399 f.).

10 Der „Spill-Over"-Effekt beruht darauf, daß die „Sendekeule" des Satelliten mehr oder weniger weit über die Grenzen des eigentlich angezielten Empfangsgebiets hinaus abgestrahlt wird.

11 Dabei handelt es sich nicht um DBS. Das Programm wird vom Satelliten zu Bodenstationen übermittelt und von dort konventionell ausgestrahlt.

12 An SWIFT waren 1984 1853 Banken aus 39 Ländern angeschlossen; pro Tag wurden rd. eine halbe Million Finanztransaktionen durchgeführt („Leading Banking into the 21st Century", The Banker, October 1984).

13 Dies ist natürlich nicht nur negativ zu bewerten. Man stelle sich etwa vor, welche Möglichkeiten Diktaturen durch die Nutzung der „Technik der totalen Kontrolle erhalten würden.

14 Dies hat selbst in der hochentwickelten Bundesrepublik zu einer Diskussion über die „gefährliche Abhängigkeit" (Wirtschaftswoche, 23.9.1983) geführt; vgl. zuletzt „Abhängigkeit vom Monopol. die Amerikaner können in Europa jederzeit eine Informationsnotstand auslösen", DIE ZEIT, 2.11.1984).

15 1980 lagen die Einnahmen der Datenbankanbieter in den OECD-Ländern bei 1.3 Mrd. $; davon entfielen 1,17 Mrd. $ auf US-amerikanische Anbieter (UNCTC, 1983b: 26).

16 Die „World Administrative Radio Conference ist zuständig für die weltweite Aufteilung des Radio-Frequenzspektrums. Weil die verfügbaren Frequenzen begrenzt sind, fallen auf einer solchen Konferenz wichtige Entscheidungen über die Struktur des internationalen Mediensystems.

17 Kosten der LANDSAT-Nutzung:
- bei Nutzung der vom Satelliten direkt übermittelten Daten: mehrere Millionen$ für die Bodenstation, ca. 1 Mio.$ für Computeranlagen, 200000 $ jährliche Zahlung an die NASA (die für den technischen Betrieb von LANDSAT zuständig ist);Daten sind sofort verfügbar; - bei Nutzung Computerkompatibler Bänder: 200 $ pro Band, bis zu 1 Mio. $ für die Computeranlage; Daten sind nach mehreren Wochen verfügbar;
- bei Nutzung von Bildern: 8 $ Schwarz-Weiß- und 50 $ für Farbbilder; 300-500000 $ für ein vollausgerüstetes Auswertungslabor; Bilder sind nach mehreren Wochen verfügbar (Lazarus, 1983: 105 f.).

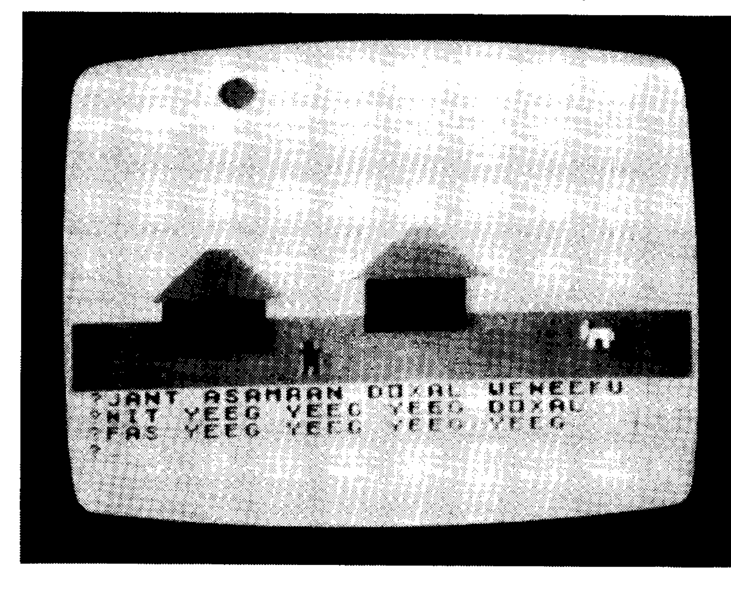
18 Das US-Monopol wird in jedem Fall bald der Vergangenheit angehören, weil auch Frankreich, Japan und Kanada Fernerkundungssatelliten starten wollen („Getting a fix on recources", South, Juni 1984).

19 Ein typischer Vertreter dieser Sichtweise, gerade im Hinblick auf die Dritte Welt, ist Jean-Jacques Servan-Schreiber („Die totale Herausforderung", Wien usw.: Molden 1980).

20 Tatsächlich liegt die Funktion des IPDC darin, die Forderung nach einer Neuen Internationalen Informations- und Kommunikationsordnung in einer dem Westen genehmen Weise zu kanalisieren (vgl. Luyken, 1982: 321 f.).

21 „Das IBI (Intergovernmental Bureau for Informatics, M.-S./O.) sieht sich selbst als eine Organisation, die die kulturelle und ökonomische Selbstständigkeit von Ländern der Dritten Welt verteidigt, wenn sie fortgeschrittene Informationssysteme kaufen und einführen. Das IBI bemerkt keinen Widerspruch zwischen diesem Ziel und seiner eigenen grundlegende Annahme, daß sich so schnell wie möglich um die ganze Welt ausbreitende Computerkommunikation wünschenswert und notwendig sei, ohne Rücksicht auf das interne oder externe Gleichgewicht der sozialen Kräfte." (Schiller, 1984: 196)





SCANTEXT 1000 1021 20603 18003
JOB: iz53 04 0001
COMM.: SOAK GmbH

Abkürzungen

IHT - International Herald Tribune
TDR - Transnational Data Report
Ud - UNESCO-Dienst
UNCTC - United nations center on Transnational Corporations

Bevölkerungspolitik in Singapur

Akademikerinnen sollen intelligente Kinder gebären

Seit einiger Zeit setzt der Premierminister Lee Kuan Yew neue Akzente in der Bevölkerungspolitik. Die „2-Kinder-Familie", die zwei Jahrzehnte lang Leitmotiv staatlicher Familienpolitik war, soll nicht mehr einseitig propagiert werden. Adressatinnen der familienpolitischen Akzentverschiebungen sind die Akademikerinnen. Lee Kuan Yew wirft ihnen vor, sie handelten falsch, wenn sie ledig blieben und keine Kinder bekämen. Mit ihren individualistischen Vorstellungen von Emanzipation hielten die Frauen hochwertiges Erbgut zurück, während weniger Gebildete das „2-Kinder-Soll" übererfüllten.

Die Vorstellungen Lee Kuan Yews und seiner seit 1965 regierenden „People's Action Party" lösten bei vielen Frauen Empörung aus. Die Tatsache, dass Lee Kuan Yew bei den Parlamentswahlen im Dezember erstmals (!) zwei Wahlkreise an oppositionelle Abgeordnete verlor und einen Stimmenverlust von über 12% hinnehmen mußte, wird auch als Reaktion auf die veränderte Bevölkerungspolitik gewertet.

Viele Frauen weisen ihre Rolle als zukünftige Gebärmaschinen der Nation zurück. So schreibt Karen Yip, eine unverheiratete, erfolgreich berufstätige Frau von 40 Jahren, der regierungstreuen „Straits Times":

„Ich fühle mich tief verletzt bei der Vorstellung, daß mich einige miese finanzielle Anreize dazu veranlassen sollen, mit dem ersten attraktiven Mann, der mir über den Weg läuft, ins Bett zu hüpfen, um für das Wohl von Singapurs Zukunft ein hochintelligentes Kind zu produzieren. Die einzigen Fanatiker, die dies bisher propagiert haben, waren die Sturmabteilungen des nationalsozialistischen Deutschland. Ich empfehle statt dessen allen unverheirateten Frauen in den mittleren Jahren ihr Leben in steriler Glückseligkeit fortzuführen."

Premierminister Lee Kuan Yew sind diese Frauen ein Dorn im Auge.Er befürchtet für die kommende Generation Düsteres, wenn die ungebildeten Frauen doppelt so viel Kinder bekommen wie die Intellektuellen:

„Für zwei Graduierte von heute ist nur einer und für zwei ungebildete Arbeiter sind dann drei da". Wenn sich dieses Ungleichgewicht fortsetze, wenn sich die intellektuellen Frauen weiterhin weigerten, für den Fortbestand der geistigen Elite zu sorgen, könne Singapur seinen derzeit hohen Status wirtschaftlicher Entwicklung nicht mehr aufrechterhalten:„Unsere Wirtschaft wird ins Schwanken kommen, die Verwaltung wird darunter leiden und die Gesellschaft insgesamt verfallen." Deshalb habe sich das Reproduktionsverhalten künftig an den Bedürfnissen der Nation zu orientieren, um so die wirtschaftliche Vorreiterrolle Singapurs in Südostasien weiterhin zu sichern.

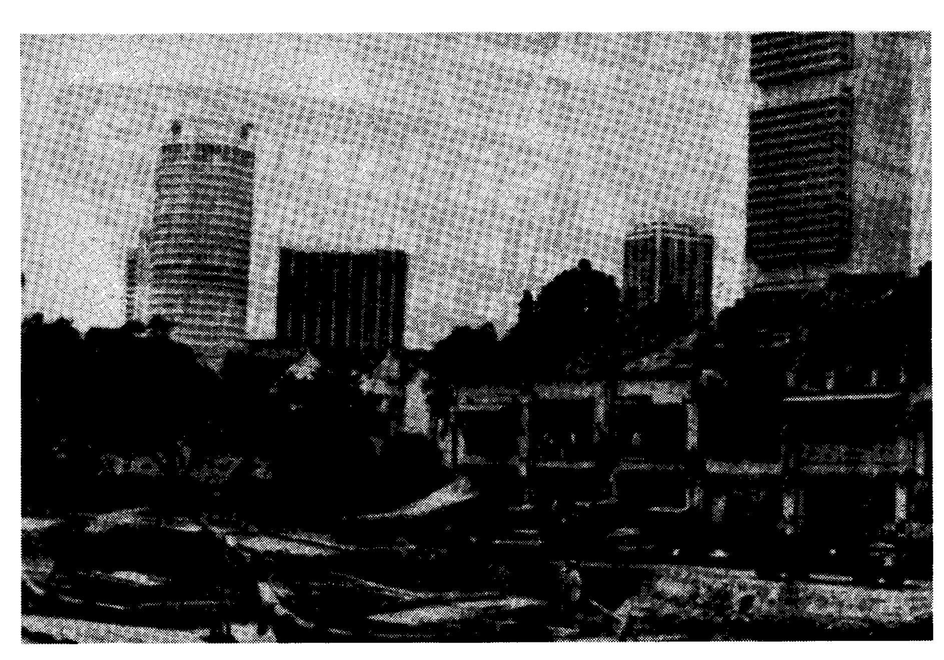
„Vier Kinder sind asozial"

Einer der Hauptpfeiler beim erfolgreichen Aufbau des Stadtstaates Singapur ist und war die Bevölkerungspolitik. Schon zu Beginn seiner Regierungszeit betrachtete Lee Kuan Yew eine rasch wachsende und eine zu junge Bevölkerung als eines der Haupthindernisse wirtschaftlichen Wachstums. So wurde bereits 1966, ein Jahr nach der Unabhängigkeit, eine staatliche Instanz geschaffen, die alleinverantwortlich für die Kontrolle des Bevölkerungswachstums sein sollte: die Behörde für Familienplanung und Bevölkerung.

Neu geregelt wurden vor allem die Bestimmungen zur Sterilisation und zur Abtreibung. So ermöglicht es das „Freiwillige Sterilisierungsgesetz" jedem, sich bei Bedarf durch öffentlich medizinische Einrichtungen sterilisieren zu lassen. Erfolgreich ist man hier vor allem bei den Frauen, denen der Vorschlag zur Sterilisation bei Geburt des zweiten Kindes gleich ans Wochenbett herangetragen wird. Die Abtreibung ist bis zur 24. Schwangerschaftswoche legal.

Propagiert wird die Zweikinder-Familie, und die Familienplanungsbehörde wirft auf ihren zahlreichen öffentlichen Plakaten, die vor allem in Gebieten des Sozialen Wohnungsbaus zu finden sind, Familien mit mehr Kindern soziale Unverantwortlichkeit vor: „Je mehr Kinder Du hast, umso weniger bekommen sie." Neben diesen moralischen Appellen hat man jedoch auch konkrete „Abschreckungsmaßnahmen" eingeführt: So steigen die Gebühren für Schwangerschaftsuntersuchungen und Geburt beim dritten Kind.

Auch die Chanche, an eine größere Sozialwohnung oder an eine staatlich geförderte Eigentumswohnung zu kommen, sinkt, da bei der Zuteilung der Wohnungen „ordnungsgemäße" Zweikinderfamilien den Vortritt haben. Gerade die Wohnverhältnisse der Familien mit niedrigem Einkommen und mit vier und mehr Kindern bedürften aber am ehesten einer Verbesserung: Ein Großteil dieser Familien lebt in



Die alten Häuser der Chinatown Singapurs werden überschattet von neuen Wolkenkratzern



M. Lee: Die diplomierten Frauen lassen für Singapur „400 Gehirne pro Jahr“ verloren gehen

Ein-Zimmer-Sozialmietwohnungen.

Schließlich können sich Familien nur dann die Schulen für die Kinder frei wählen, wenn sie nach dem zweiten Kind über ein Sterilisationszertifikat verfügen. Ohne diese Bestätigung hat bereits das zweite Kind bei der Einschulung Schwierigkeiten.

Dieses Sterilisationsprogramm gilt für alle Bevölkerungsgruppen, hat aber sehr unterschiedliche soziale Auswirkungen. Für all diejenigen, die auf eine öffentlich geförderte Wohnung nicht angewiesen sind oder eine Privatschule bezahlen können, besteht kein materieller Druck, die Familiengröße zu beschränken. Für die Ärmeren ist es zwar nicht illegal, mehr als zwei Kinder zu bekommen, aber die Entscheidungsfreiheiten werden nach dem Motto „Ein Kind ist gut, zwei sind genug, drei sind Luxus und vier sind asozial" stark eingeschränkt.

Die Statistiken zeigen, daß Lee Kuan Yew mit seinen rigiden bevölkerungspolitischen Methoden Erfolg hatte: Das Bevölkerungswachstum liegt heute bei 1,2%, während beispielsweise der Nachbarstaat Indonesien, ein Land mit über 150 Millionen Einwohnern, seine Geburtenrate von 2,3% seit Jahren nicht senken kann.

Doch Bevölkerungsentwicklung ist für Lee Kuan Yew nicht nur ein quantitatives Problem. Darüber hat er die Singapurianer nie im Zweifel gelassen. Wenn er heute die besonders Leistungsfähigen noch fördern will, hat dies Geschichte: Die Durchsetzungsfähigkeit des Stärkeren und die Herausbildung einer Elite waren seit jeher wichtige Faktoren für Lee's Familien- und Bildungspolitik. Die Gesellschaft, die er prägen wollte, sollte „schlank und hemdsärmelig" sein.

„Wenn wir von Schlankheit sprechen, dann bedeutet dies, daß wir niemanden mitschleppen. Jeder einzelne muß in Singapur seine ganze Leistung erbringen, oder er verdient kein gutes Leben. Wenn wir der Herausforderung nicht gewachsen sind, dann verdienen wir den Ruin als Individuum wie als Gemeinschaft."

Eine ganz besondere Aufgabe im Aufbau der Gesellschaft komme jener oberen Schicht von 5% zu, die physisch wie geistig überdurchschnittliche Fähigkeiten habe und auf die das Gros finanzieller Ressourcen verwendet werden müsse.

Staatlich arrangiertes Stelldichein

So genügen Lee Kuan Yew die Erfolgszahlen noch nicht. Denn immer mehr intellektuelle und gut ausgebildete Frauen in Singapur verzichten lieber ganz auf Kinder und Ehe, als sich im Konflikt zwischen Beruf und den Anforderungen eines traditionell eingestellten Ehemanns zerreiben zu lassen. Aus der Sicht eines beträchtlichen Teils der Akademikerinnen, so ermittelten Untersuchungen, ist der männliche Intellektuelle in Singapur „ein schlechter Gesprächspartner und ein Chauvinist, der zudem nicht bereit ist, seinen Teil zum Haushalt beizutragen."

Um den anspruchsvollen Vorstellungen der intellektuellen Frauen Singapurs in Zukunft besser gerecht werden zu können, soll die Partnerwahl - nach japanischem Vorbild - nun per Computer erleichtert werden. Die Regierung betätigt sich mit der Einrichtung einer Sonderbehörde, der „Social Development Unit" (SDU), dabei selbst als Kupplerin. So fand Ai Ching, eine 35-jährige unverheiratete Dozentin der Universität von Singapur, wie viele ihrer im Staatsdienst beschäftigten Kolleginnen im letzten Herbst, einen 11-seitigen Fragebogen im Biefkasten, den ihr die SDU zugeschickt hatte. „Die wollen wissen", sagte Ai Ching, „wie ich zur Ehe und Familie stehe und ob ich einen Freund habe. Wenn ich in diesem Fragebogen den Eindruck einer einsamen Jungfrau mache, dann laden sie mich sicher bald zu einem Stelldichein nach Johore Baharu (Nachbarstadt in Malaysia, d. Verf.) ein, wo ich bei Spaziergängen auf der Strandpromenade mit anderen jungen Leuten den Mann meines Lebens treffen soll."

Die staatlich arrangierten Rendezvous unter den bunten Lampen des Strandes von Johore Baharu sind indes nur ein Teil der neuen familienpolitischen Maßnahmen für intelligenten Bevölkerungsnachwuchs. Es begann im Herbst 1983 als eine vierteilige Fernsehserie mit dem Titel „Gene und Intelligenz" ausgestrahlt wurde, in der Prof. Wong Hook Boon, Director of Singapore's Postgraduate Medical Studies, dringend rät, daß jeder sich reproduzieren solle. Er glaube nicht, daß irgendein menschliches Wesen seinem Genbestand eine Chance lasse, wenn er kein Kind habe. Vorgesehen ist weiterhin eine Spielfilmreihe, in der das Leben unverheirateter Karrierefrauen als unvollständig und unerfüllt dargestellt wird. Auch in Schulen und Universitäten engagiert sich die Familienplanungsbehörde: Es sind Vorträge über „verantwortungsbewußte Liebe, Ehe und Elternschaft im Interesse des Staates" geplant. Für die Arbeiterklasse soll im Rahmen der vorgesehenen Propagandaaktion die bisherige Politik weiterhin Gültigkeit haben. Um das intellektuelle Niveau der Nation zu heben, sollen die Gebildeten jedoch in Zukunft Vorteile zu erwarten haben, wenn sie Eltern von mehr als zwei Kindern sind. So liegt seit letztem Jahr ein Prioritätenschema für den Zugang zu den besten Primarschulen vor. An erster Stelle stehen Familien mit akademisch gebildeten Müttern und mehr als drei Kindern. Als nächstes kommt der Nachwuchs von akademischen Zwei-Kinder-Familien, gefolgt von Kindern nicht-akademischen Müttern, die sterilisiert sind. An letzter Stelle rangieren die Kinder von unsterilisierten und unqualifizierten Eltern mit mehr als zwei Kindern.

Für die Gruppe der „Ungebildeten" verliert der Slogan „Zwei Kinder sind genug" nichts von seiner Aktualität. Ganz im Gegenteil: Einkommensschwache Familien erhalten seit Juni dieses Jahres ein ganz besonders Bonbon zur Senkung der Gebärfreudigkeit. Junge Mütter ohne höhere Bildung erhalten eine Staatsprämie von umgerechnet 13000 DM, wenn sie sich nach dem ersten oder zweiten Kind sterilisieren lassen. Dieses Geld muß in einen bestimmten Fonds eingezahlt werden und dient den Familien zur Anzahlung für eine staatlich geförderte Eigentumswohnung. Anderweitig darf es nicht verwendet werden. Kommt trotzdem Nachwuchs, so muß die Prämie mit 10% Zinsen zurückgezahlt werden.

Intelligente Chinesen sind gleicher

Für die Zukunft hat Lee Kuan Yew grosse Pläne: Denn für die 80er Jahre haben sich Wirtschaftsstrategen des asiatischen „Musterländles" „eine zweite industrielle Revolution" vorgenommen. Man sieht das Singapur von 1990 als eine hochtechnisierte Kommunikations- und Geschäftsmetropole, die keinen Bedarf an ausländischen Arbeitskräften hat. Und dazu - so der Premierminister - müßten die geistigen Potenzen der Nation maximal genutzt werden! Er könne nicht sehen, daß Singapur ohne ihn oder Leute wie ihn überleben könne. „Die wirklich bedeutenden Leute in Singapur passen alle in einen Jumbo und sollte der abstürzen, wäre dies das Ende". Singapur-Experten geben Lee Kuan Yew sogar in gewisser Hinsicht recht: Der Stadtstaat ist so sehr das Werk eines Mannes, daß dessen plötzlicher Tod das Land in ernsthafte Schwierigkeiten stürzen würde. Denn: Das Nachfolgeproblem ist bis heute ungelöst.

Die andere Tatsache: Die ohnehin sozial Diskriminierten werden durch die Akzentverschiebung in der Bevölkerungspolitik weiter benachteiligt. Und dies hat nicht nur eine anti-soziale, sondern auch eine rassistische Komponente: Der Großteil der Intellektuellen ist chinesischer Herkunft, durch die angestrebte Politik wird ihr zahlenmäßiges Übergewicht wachsen und der Anteil der Malaien weiter abnehmen. Die malaiische Bevölkerung macht im Stadtstaat 15 % der Bevölkerung aus; in den Haushalten mit schlechter oder fehlender Schulbildung und bei den kinderreichen Familien sind sie überrepräsentiert. Die Malaien sind Muslims. Ihre Religion erlaubt zwar Geburtenkontrolle und Sterilisation, aber Singapur's Mufti, Syed Isa Semait, wandte sich in einem Presseinterview scharf gegen die Gründe, die die Regierung zur Geburtenkontrolle anführt.

Sollten im nationalsozialistischen Deutschland blonde, blauäugige Kinder herangezüchtet werden, so sind es im Singapur von 1984 intelligente chinesische Kinder.

Ammen aus China

Als Lee Kuan Yew im August 1983 zum ersten Mal seine neuen politischen Vorstellungen verkündete, löste er bei den betroffenen Akademikerinnen einen Proteststurm aus. Viele Frauen haben sich bereits öffentlich von dieser Politik distanziert. Sie wollen aus sozialen Gründen ihre zukünftigen Privilegien nicht in Anspruch nehmen. Auch rechtliche Bedenken wurden angemeldet; denn in der Verfassung von Singapur ist die Gleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger von Singapur garantiert. So äußerte sich bis zu den Wahlen im Dezember 1984 der einzige Oppositionsabgeordnete im Singapurer Parlament, Jeyaretnam, der Führer der Arbeiterpartei, unter Berufung auf einen Juristen: „Ich wünsche mir, daß nichtgraduierte Mütter oder Gruppen von Müttern diese Sache vor Gericht bringen und ihre Rechtmäßigkeit dort prüfen lassen." Aber es sind nun einmal die Armen und die Analphabeten, die weder zum Bleistift greifen, um einen Leserbrief zu schreiben, noch sich einen Anwalt nehmen, um vor Gericht zu gehen.....

Die Kritiker der Familienpolitik fordern ganz andere Maßnahmen, um einen angemessenen Pool von qualifizierten und talentierten Menschen zu schaffen. Verboten werden soll die Diskriminierung der Frauen durch Arbeitgeber, die Frauen - ähnlich wie in westlichen Ländern auch - bei Bewerbungen nach Familienstand und Kinderwunsch fragen. Außerdem müssen sie gleiche Vergünstigungen wie ihre männlichen Kollegen erhalten, einschließlich der Familienbeihilfe für Ehemann und Kinder. Der zweite Appell geht an die (Ehe-)Männer, die sich die Freuden und Lasten der Kindererziehung mit den Frauen teilen sollten. Schließlich wird ein Erziehungssystem gefordert, daß für alle die Durchlässigkeit nach oben garantiert. Darüber hinaus soll die Arbeit und die Praxis der Kindererziehung neu organisiert werden, um Männern und Frauen aller sozialen Schichten zu ermöglichen, die Anlagen ihrer Kinder besser zu fördern.

Auf einen guten Nenner bringt die „Jakarta Post", eine Zeitung aus dem Nachbarland Indonesien, die Forderungen: „Eine sinnvollere, weniger kontroverse und praktikablere Möglichkeit, den zukünftigen gesellschaftlichen Anforderungen zu entsprechen, ist es, eine Infrastruktur im Erziehungsbereich zu schaffen - Schulen, Kindertagesstätten, Ausbildungseinrichtungen, die von nahezu jedem gesunden Kind in Anspruch genommen werden können und ihm die Möglichkeit bieten, z.B. ein Lee Kuan Yew zu werden."

Ungeachtet aller Proteste und Gegenvorschläge fand die Regierung jedoch einen neuen Weg, damit in Singapur Karriere und Mutterschaft in der geistigen Elite künftig besser vereinbar seien: 500 Ammen werden demnächst als Hausbedienstete aus Chinas Fujien Provinz importiert, da diese Aufgaben von einheimischen Frauen wegen der schlechten Bezahlung und der schlechten Arbeitsbedingungen nicht mehr übernommen werden.

Harriet Ellwein
Susanne Wycisk

Quellen:
- Cook Al Sun: Singapure - A Third World Fascist State, in: Journal of Contemporary Asia, 1/81
- Lois Dilatush: Family Planning and Population Policy, in: J. Lebra, J. Paulson: Chinese Women in South East Asia, Singapore 1980
- E.K. Kuo, A.K. Wong: The Contemporary Family in Singapore, Singapore 1979
- Chee Heng Leng: Chan Chee Khoon (Hrsg.) Designer Genes, IQ., Ideology and Biology, Petaling Jaya, Malaysia 1984
- Scharlau, Winfried: Lee Kuan Yew: Staatsmann und Zuchtmeister. Ohne den Premier wäre Singapur nicht das, was es ist. in: Merian 11/1983
- mehrere Ausgaben der Zeitschriften Asia Week Far Eastern Economic Review
- mehrere Ausgaben der Zeitung „Straits Times", Singapur

Pierre Clastres
Chronik der Guayaki



Aus d. Französischen von Rosemarie Farkas
233 Seiten,
33 Abbildungen
DM 38,–; Hard Cover
ISBN 3-923804-06-7

In dieser ungewöhnlichen und packenden Aufzeichnung des französischen Ethnologen Pierre Clastres über seinen Aufenthalt bei den Guayaki, die sich selbst Aché nennen, verbindet er genaueste Beschreibung ihres Tuns, Redens und Denkens mit dem Versuch, ihr Leben zu verstehen. „Das Besondere daran ist, daß Clastres auf jeglichen wissenschaftlichen Ballast verzichtet, dafür aber mit geradezu poetischer Gabe die Bedeutung im Leben der Guayaki herauspräpariert und darstellt ... seine Schlußfolgerungen sind geradezu detektivisch zwingend." (Aurel Schmid, Basler Magazin)

Zeitschrift TRICKSTER

erscheint unregelmäßig, meist halbjährlich
Preis nach Umfang
ISSN 0723-5119

Die Zeitschrift TRICKSTER wird von Ethnologen herausgegeben für Leser, die sich im weitesten Sinne für Völkerkunde interessieren.
Die im Trickster – meist Themenheften – behandelten Bereiche sind weitgespannt: Das Verhältnis des Anthropologen zu seinem Objekt (Nr. 3; vergriffen) prägt die Ethnologie – die Reflektion darüber veränderte die Ethnologie (z.B. Action Anthropology: Nr. 4/5; DM 5,–) und spiegelte sich in der Praxis (siehe: Der Anthropologe in Entwicklungsprojekten – Staat, Ökologie und Stammesgesellschaften: Nr. 6/7; DM 6,50). In Heft 8 werden Überlegungen zu Marxismus aus außereuropäischer Sicht besprochen (DM 4,50).
Anläßlich der Themenhefte 9/10 (DM 7,–) und 11 (DM 9,–) schrieb Michael Frank in der Süddeutschen Zeitung: „ ...Die Ethnologie verstand sich traditionell als Wissenschaft von der schriftlosen Kultur, bezog also ihre ‚Berechtigung' aus einem angenommenen Mangel, einem Defizit der ‚Anderen'. Kultur ohne Schrift, ohne Literatur – ist das überhaupt Kultur? Ganz sicher ein Dasein ohne Geschichte! Der Zivilisationsglaube an geschichts- und bewußt(seins)-lose Völker stirbt nur langsam. TRICKSTER will ein Gegenbild dokumentieren, läßt die Schriftlosen sprechen, erzählen, sich selbst deuten ... Eine gleichermaßen kurzweilige, spannende wie wissenschaftlich profunde und provokative Zeitschrift."
Heft 12 erscheint jetzt im Januar mit dem Thema: Ethnologische Erfahrung und Imagination. Beiträge sind: Christian Rätsch: Eine Hamburger Balché-Zeremonie. Detlef Kantowski: Von Asien lernen. Dennis Tedlock: Die analogische Tradition und das Entstehen einer dialogischen Anthropologie. Ed Wilmsen aus: Journeys with Flies, und einiges mehr.

Flüchtlinge

Irakische Flüchtlinge im Iran

Die Vertreibungen von Irakern in den Iran und nach Syrien sind bisher von der Weltöffentlichkeit ignoriert worden. Erstmals wurden Iraker 1970, zwei Jahre nach der Machtergreifung durch die Baath—Partei, vertrieben. Diese Deportationen hörten während der ganzen siebziger Jahre auch nie ganz auf. 1980, nach der Revolution im Iran, begann dann die größte der Vertreibungen, die alle bisherigen in den Schatten stellt.

Die meisten Deportierten gehören der schitischen Konfession an, es gibt aber auch Sunniten und sogar Christen unter ihnen. Die Mehrzahl sind Araber und in viel geringerem Maße Kurden.Nach offizieller Begründung des Regimes im Irak gelten alle Deportierten als Iraner, obwohl für die genannten Volksgruppen Persisch eine Fremdsprache ist. Es stützt sich hierbei formal auf die Gesetze über die irakische Staatsangehörigkeit.

Um die Frage der Identität und der Staatsangehörigkeit im Irak zu regeln, gibt es verschiedene Dokumente:
1. Die Geburtsurkunde (Auszug aus dem Geburtenregister): Sie wird für jedes im Irak geborene Kind auf Antrag gestellt. Sie wurde erst kürzlich eingeführt und gilt nicht als Nachweis der irakischen Staatsangehörigkeit.
2. Der Auszug aus dem Volkszählungsregister: Im Irak wurden in den Jahren 1934, 1947, 1957, 1967 und 1977 Volkszählungen durchgeführt. Dabei wurden alle im Irak lebenden Menschen registriert. Auf Antrag kann jeder Registrierte den Auszug, seine Person betreffend, erhalten.
3. Die Staatsangehörigkeitsurkunde: Das ist der eigentliche Nachweis der irakischen Staatsangehörikeit. Zur Erteilung dieses Dokumentes muß der Antragsteller nachweisen, daß er bzw. seine Vorfahren die osmanische Staatsangehörigkeit besaßen. Menschen, die den Nachweis dieser Staatsangehörigkeit nichr erbringen können, müssen eine 4—5 jährige Überprüfung über sich ergehen lassen. Dabei müssen Zeugen und der Muchtar (Ortsvorsteher, der von der Regierung ernannt wird) dies bezeugen. Sie wird verlangt, wenn man zur Universität gehen oder Beamter werden will oder zum Militärdienst eingezogen wird.
4. Das Soldbuch: Es wird männlichen irakischen Staatsangehörigen mit dem 18. Lebensjahr ausgehändigt und regelt die Frage des Militärdienstes.

Viele irakische Bauern und Beduinen haben jedoch nie ein Dokument zum Nachweis ihrer osmanischen Staatsangehörigkeit bessen. Sie kümmerten sich nicht darum oder ließen sich absichlich nicht registrieren, um den Militärdienst im osmanischen Reich zu entgehen. Daraus ergab sich, daß die Erteilung der irakischen Staatangehörigkeit zu einem Willkürakt wurde, der außerdem politisch ausgenutzt wurde. Diese Regelung des Staatsangehörigkeitsnachweises diskriminiert eine weitere Gruppe im Irak lebender Menschen. Alle diejenigen nämlich, die zur Zeit der osmanischen Besatzung des heutigen Irak, (beendet 1917), eben nicht die geforderte osmanische Staatsangehörigkeit besaßen, sondern die persische. Ein Teil dieser Gruppe besaß die persische Staatsangehörigkeit seit der letzten iranischen Besatzung des Irak, zur Zeit der Safawiden—Dynastie im 17. Jahrhundert. Der andere Teil wanderte zu verschiedenen Zeiten in den Irak ein. Diese Menschen stammen zwar alle aus Persien, gehörten aber unterschiedlichen Volksgruppen an (Perser, Araber, Kurden). Sie behielten ihre persische Staatsangehörigkeit während des osmanischen Reiches, weil sie sich als Schiiten, dem schiitischen Persien mehr verbunden fühlten als dem sunnitischen osmanischen Reich. Außerdem konnten sie sich so dem verhaßten Militärdienst entziehen.

Nach Ausrufung der Unabhängigkeit 1921 wurden alle im Irak lebenden osmanischen Staatsangehörigen automatisch irakische Staatsangehörige, nicht aber die persischen, die sich zwar mehrheitlich darum bemüht hatten, sie aber aus politischem Kalkül der neu gebildeten irakischen Regierung und der wirklichen britschen Machthaber im Hintergrund nicht erhielten. Die neuen irakischen Herrschenden, die schon im osmanischen Reich die Oberschicht gebildet hatten, waren mehrheitlich Sunniten. Die Briten, die die Politik im Irak noch maßgeblich beeinflußten, betrieben eine Politik der Privillgierung der Minderheiten. Die Erteilung der irakischen Staatsangehörigkeit an die Träger der persischen Staatsangehörigkeit hätte den Einfluß der schiitischen Mehrheit noch verstärkt.

Diese formaljuristische Situation wurde erstmals 1970 vom Baath-Regime als Instrument der Politik verwandt. Nachdem sich die Beziehungen mit dem Iran verschlechtert hatten, wurden fast 100 000 Menschen, die im Irak zum größten Teil geboren waren oder seit Generationen dort leben, in den Irak abgeschoben, weil sie aus den oben genannten Gründen die irakische Staatsangehörigkeit nicht besaßen. Obwohl die meisten von ihnen den Auszug aus den Volkszählungsregister nachweisen konnten. Nach dem Abkommen von Algier zwischen dem Schah—Regime und dem Baath—Regime von 1975 verpflichtete sich der Irak einen wesentlichen Teil von ihnen wiederaufzunehmen.

Nach der Revolution im Irak verschlechterten sich erneut die Beziehungen zwischen beiden Ländern. Das Revolutionäre Oberkommando des Irak faßte daraufhin einen geheimen Beschluß, die Vertreibungsmaßnahmen wiederaufzunehmen. Während die erste Vertreibungswelle 1970 überwiegend zum Ziel hatte, Iran unter Druck zu setzen, hatte die Vertreibungs-



Themenschwerpunkt:
Dicke Luft in Berlin – dicke Luft in der Szene

Bolivien:
Silvia Rivera / Klaus Meschkat
Avantgarde der Produzenten

Theorie:
Hauke Brunkhorst
Vernunft im Sozialismus

Außerdem:
Interview mit Stefan Heym

Mehr davon in 'links' Februar 1985

Ich abonniere die 'links' ab Januar 1985 zum Bezugspreis von DM 45,– (incl. Versandkosten).

Ich weiß, daß ich innerhalb von 2 Wochen ohne Angabe von Gründen meine Abo-Bestellung rückgängig machen kann.

Das Abonnement läuft weiter, wenn es nicht bis zum 30. November gekündigt wird.

....
Name

....
Straße

....
PLZ/Ort

....
Datum, Unterschrift

zu beziehen über: 'links', Postfach 591, 6050 Offenbach 4. Probeexemplar kostenlos!

welle von 1980 innenpolitische Gründe. Das ist an der Zusammensetzung der Vertriebenen zu erkennen. Denn in dieser Zeit erstarkte die Oppositionsbewegung, vor allem die religiöse politische Opposition, die sich stark an der Revolution im Iran orientiert[1].

Die Vertreibungskampagne begann damit, daß im April 1980 alle Großhändler (Bazaris) in die Handelskammer von Bagdad zu einem Treffen mit dem Handelsminister eingeladen wurden. Das war aber nur ein Vorwand, um sie in die Gewalt der Polizei zu bekommen. Einer ausgewählten großen Gruppe von ihnen wurde mitgeteilt, daß ihr Eigentum beschlagnahmt sei und sie in den Iran abgeschoben würden. Sie wurden gezwungen, Verzichtserklärungen auf ihr Eigentum zu unterschreiben. Traditionell ist der Bazar fest in den Händen schiitischer Händler. Mit diesem Schlag wollte das Baath—Regime die finanzielle Macht der Schiiten brechen. Es hatte das Ende des Schah—Regimes vor Augen, dessen Sturz nicht unwesentlich von den Bazaris im Iran mitfinanziert wurde. Ihre Familien wurden ebenfalls in den Iran abgeschoben. Ein wesentlicher Teil dieser Deportierten ist im Besitz der irakischen Staatsangehörigkeit, d. h. die konfessionelle Zugehörigkeit ist der einzige Grund ihrer Deportation.

Kurz danach begann eine großangelegte Verhaftungswelle, die vor allem bekannte schiitische Persönlichkeiten und die religiöse Opposition erfaßte. Die Männer zwischen 18 und 28 Jahren wurden interniert. Alle anderen wurden samt ihren Familien deportiert. Die Angehörigen des Militärs unter ihnen wurden in Speziallager gebracht. Daß Militärangehörige unter ihnen waren, widerlegt die Behauptung des Regimes, daß es sich um Iraner handelt, da nur irakische Staatsangehörige zum Militär müssen bzw. dürfen. Auch die nach dem Abkommen von Algier von 1975 Zurückgekehrten wurden erneut abgeschoben.

Am 6.5.1980 erließ das „revolutionäre Oberkommando", daß alle Feinde der Revolution vom 17.7.1968 (Machtergreifung der Baath-Partei durch einen Militärputsch) ihre irakische Staatsangehörigkeit verlieren sollten. Der irakische Außenminister gab am 15.10.1980 vor dem Sicherheitsrat zu, daß Menschen deportiert wurden und nannte sie Iraner.

Die Vertreibungswelle wurde fortgesetzt. Nach Beginn des Krieges zwischen Irak und Iran wurden dann Männer im Alter von 16-40 Jahren interniert. Immer wieder wurden neue Gesetze erlassen, um den Kreis der Betroffenen vergrößern zu können. Als Beispiel soll der Erlaß Nr. 474 vom 15.4.1981 angeführt werden: Danach muß jeder irakische Ehemann sich von seiner deportierten Frau scheiden lassen, wobei ihm eine finanzielle Entschädigung versprochen wird. Bis heute hat die Vertreibung nicht aufgehört, auch wenn sie in geringerem Maße stattfindet als früher. Hunderttausende sind bis jetzt davon betroffen, wobei 35 000 noch im Irak interniert sind.

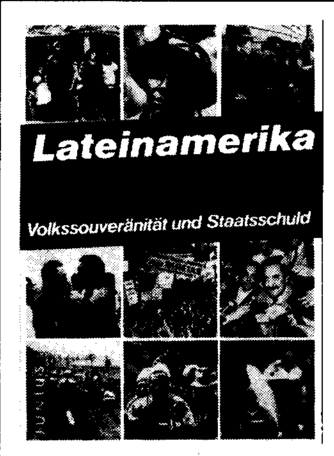
Eine relativ kleine Anzahl von Deportierten (etwa 30 000) verließ den Iran und lebt heute in Syrien in der Nähe des schiitischen Heiligtums Sit Zainab bei Damaskus. Die überwiegende Zahl ist aber im Iran geblieben und lebt unter sehr schwierigen Bedingungen. Die iranische Regierung erkennt sie nicht als Iraner an und somit besitzen sie nicht die Rechte des iranischen Staatsbürgers. Sie sind aber auch nicht als Flüchtlinge im Sinne der UNO anerkannt. Sie bekommen nur in Ausnahmefällen Reisepässe ausgehändigt. Und in diesem Falle können sie kaum auf ein Visum eines Landes hoffen. Diese beiden Faktoren bedeuten für die Vertriebenen faktisch, ein Verbot den Iran zu verlassen. Sie leben seit Jahren in drei großen Hauptlagern in Jehrem,Wazna und Poldjerd und in einer Anzahl kleinerer meist provisorischer Lager. Die Lager sind geschlossen und werden von der iranischen Armee überwacht. Die Insassen dürfen sie nur einmal in der Woche verlassen. Ein Lagerinsasse darf nur dann außerhalb des Lagers wohnen, wenn ein iranischer Staatsangehöriger für seine Unterkunft und Verpflegung bürgt. Die meisten von ihnen kennen aber niemanden im Iran. Auch bekommen die außerhalb Lebenden keine Arbeitserlaubnis.

Die Lagerinsassen wohnen in Zelten von 2 × 3 m, wobei je 4 Personen in einem Zelt leben. Sie werden von den iranischen Behörden verpflegt. Das Essen ist einseitig und besteht hauptsächlich aus Reis und Bohnen. Gelegentlich bekommen sie auch eine sehr kleine finanzielle Unterstützung. Diese Bedingungen führen dazu, daß der Gesundheitszustand der meisten Insassen schlecht ist. Außerdem ist die medizinische Versorgung mangelhaft. Die Kinder haben zwar die Möglichkeit, die Lagerschulen in arabischer Sprache zu besuchen; deren personelle und materielle Ausstattung ist aber sehr mangelhaft. Für die Vorschulkinder gibt es weder Kindergärten noch Spielplätze. Das Gefühl von allen vergessen zu sein, belastet die Deportierten zusätzlich. Keine internationale Organisation hilft ihnen oder behandelt ihren Fall. Auch ihre ungeklärte Lage stellt eine zusätzliche Belastung dar.Sie sind keine Flüchtlinge aber auch keine iranischen Staatsbürger. Auch ein Ende des Krieges würde für sie nicht automatisch eine Besserung bringen. Sie sind in einer total verzweifelten Lage.

Die Vertriebenen hoffen auf die Aufmerksamkeit und die Unterstützung der Weltöffentlichkeit.

Ingeborg Kossmann

Anmerkung:
1. Zu schiitischer Opposition im Irak siehe auch „blätter des iz3w" Nr. 121 und Nr. 122: Günther Schröder, Aus der Verborgenheit ins Abseits —



Ehrke, Evers, Meschkat, Müller-Plantenberg, Wünderich (Hrsg.)

Lateinamerika — Analysen und Berichte 8:
Volkssouveräntität und Staatsschuld

Aus dem Inhalt:
- Urs Müller-Plantenberg: Was heißt Demokratisierung? Chile und die Nachbarländer
- Nestor D'Alessio: Argentinien — Soziale versus politische Demokratie
- J. L. Corraggio/Mechthild Jungehülsing: Revolution und Demokratie in Nicaragua — Thesen und Gegenthesen
- Claudia von Braunmühl: Grenada und wir
- Klaus Meschkat: Bolivien — Demokratie der Produzenten und die Gewerkschaftszentrale COB
- Michael Ehrke: Spekulation und Verschuldung — Mexiko und Argentinien
- sowie aktuelle Länderberichte: Brasilien, Chile, Costa Rica, Dominikanische Republik, El Salvador, Guatemala, Kuba, Nicaragua, Paraguay, Venezuela u.a.

336 Seiten mit Photos, DM 24,80
ISBN 3-88506-129-5

Lateinamerika — Analysen und Berichte 7:
Fortschritt der Destruktivkräfte — Ökologische Krise und Gegenwehr in Lateinamerika

288 Seiten, DM 24,80
ISBN 3-88506-123-6

Junius Verlag
Von-Hutten-Straße 18
2000 Hamburg 50

Die Contadora — Das Ende einer Initiative

Eine friedliche Lösung der Probleme Mittelamerikas scheint wieder einmal in weite Ferne gerückt zu sein, nachdem die Verhandlungen der Contadora-Staaten (Mexico, Panamá, Kolumbien und Venezuela) mit den 5 zentralamerikanischen Ländern Nicaragua, El Salvador, Honduras, Costa Rica und Guatemala durch die USA torpediert werden. Die überraschende Annahme eines mühsam ausgehandelten Friedensplanes durch Managua Ende September 1984 hat offen gelegt, wie wenig nationale Souveränität gilt, wenn sie sich nicht in Einklang mit den Interessen der Vereinigten Staaten befindet.

Fast 2 Jahre wurde intensiv verhandelt. Die USA saßen nicht am Verhandlungstisch. Im Verlauf der Friedensgespräche hat Nicaragua viele Positionen aufgegeben — aufgeben müssen. Die Sandinisten sind beinahe bis an die Grenze zur Selbstaufgabe gegangen. Es hat wenig genutzt.

Der Contadora-Friedensvertrag lag unterschriftsreif auf dem Tisch als Washington mit seiner Kritik, er besitze keine friedensstiftende Wirkung, sei unausgewogen und bevorteile die „Marxisten — Leninisten" in Nicaragua, den jahrelangen Bemühungen fürs erste ein Ende setzte. Die gleichen Staaten, die den Vertrag gestern noch für optimal hielten, machten sich nun die Argumentation der USA zu eigen. Wohlgemerkt: Sie bescheinigten einem Vertrag, den sie selbst geschrieben hatten, unzulänglich zu sein.

Zum ersten Mal in der Geschichte Lateinamerikas hatte die Chance bestanden, eine große Krise ohne Washington zu lösen. Dieser emanzipatorische Schritt muß als gescheitert angesehen werden. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, sind noch nicht absehbar.

Dieser Artikel will nicht die x-Analyse der US-Außenpolitik liefern; auch nicht die (meist innenpolitischen) Motive der am Prozeß der Friedensfindung beteiligten Akteure genauestens untersuchen, sondern vielmehr anhand einer chronologischen Darstellung, den interessierten Leser erahnen lassen, welchen komplexen und komplizierten Abläufen eine Initiative wie die der Contadora unterworfen ist.

Die Anfänge

Im Oktober 1982 war ein breit angelegter Versuch Washingtons gescheitert, Nicaragua auch diplomatisch zu isolieren. Auf der Konferenz von San José, Costa Rica, (dem sog. „Forum für Frieden und Demokratie") sollte endlich mit dem sowjetischen „Unruheherd" abgerechnet werden.[1] Jedoch schlugen Mexico und Venezuela die Einladung demonstrativ aus, als sie erfuhren, daß eine Teilnahme Nicaraguas an der Konferenz nicht vorgesehen war. Ihrer Ansicht nach hätten die Sandinisten mit am Tisch sitzen müssen, um zu einem brauchbaren Ergebnis zu kommen. Als sich schließlich auch noch Panamá weigerte, die „Deklaration von San José" zu unterzeichnen, stand fest, daß die Veranstaltung zu keinem Ergebnis kommen würde. Die Konferenzteilnehmer USA, Costa Rica, Belize, Kolumbien, El Slvador, Honduras und Jamaica hatten ihr Ziel nicht erreicht (die Dominikanische Republik und Panamá waren als Beobachter dabei).

Mexico und Venezuela hatten es vorgezogen eigene diplomatische Aktivitäten zu starten. Anfang Januar 1983 trafen sich die Außenminister beider Staaten mit ihren Amtskollegen aus Panamá und Kolumbien auf der panamaischen Insel Contadora, um die Friedensinitiativen der mittelamerikanischen Krisenregion zu revitalisieren. Das Ziel der Unterredung war, nach Lösungen zu suchen, die drohende Gefahr eines regionalen Krieges zu verhindern. Einen Krieg zu verhindern, der einmal begonnen, sich schnell auch auf ihre Länder ausbreiten und zusammen mit den vielfältigen innenpolititschen Konflikten eine explosive Lage heraufbeschwören könnte. Gleichzeitig verstand man sich als **lateinamerikanische** Alternative zur US-Politik. Die nämlich hatte nur ein Ziel vor Augen: Nicaragua mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln in die Knie zu zwingen.

Eine rege Reistetätigkeit der Contadora-Außenminister begann. Und tatsächlich brachten sie die in den Konflikt involvierten Parteien im April 1983 **erstmals** an einem Tisch zusammen. Zwar blieben die in Panamá-Stadt geführten Gespräche ohne praktikable Befriedungsformeln, immerhin aber einigten sich die neun Außenminister auf einen neuen Termin im Mai.

Schon allein diese Tatsache konnte man als einen Erfolg ansehen, denn kaum jemand hatte erwartet, daß es zu gemeinsamen Gesprächen kommen könnte. „Wir finden es besser, sie schlagen sich mit Mikrophonen auf die Köpfe, als aufeinander zu schießen."[2], so die eigenwillige Interpretation der ersten Konferenz durch den Außenminister Panamás, Juan José Amado.

Der Fehlschlag der zweiten Konferenz

Wiederum in Panamá-Stadt fand das zweite Treffen (28. bis 30. Mai 1983) der Außenminister statt. Guatemala, Honduras, El Salvador und Costa Rica hatten sich kurz zuvor getroffen, um ein en-bloc-Vorgehen zu beschließen. Sie beschuldigten Nicaragua des Revolutionsexports, der darauf abziele, ihre Länder zu destabilisieren. Nicaragua hielt dem entgegen, daß Costa Rica und Honduras ihr Staatsgebiet zum Sturz der Sandinisten zur Verfügung stellten.

Auch tauchte ein altes Problem wieder auf:
Wie sollen die Verhandlungen geführt werden? Bi- oder mulitlateral? **Nicaraguas Standpunkt** in dieser Frage war, daß es vor allem Probleme mit Honduras und Costa Rica gebe. Diese beiden Länder würden massiv von den USA unterstützt

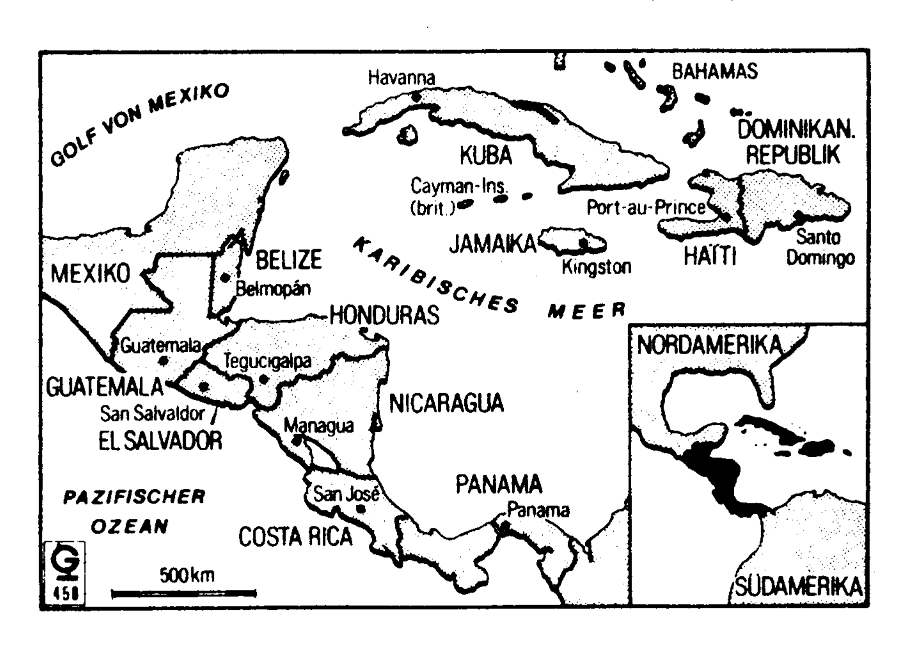
und von beiden Staatsgebieten aus operiere die Contra. Auch werde die Contra von den USA unterstützt und zwar mit Waffen, Geld und Logistik. Mit den anderen Ländern des Isthmus gebe es keine Probleme, die derart gravierend seien. Daraus folge, daß die USA der wahre Verursacher der Krise seien, und Honduras und Costa Rica die treuen Erfüllungsgehilfen. Um die Krise effektiv zu lösen, müsse es folglich zu direkten Verhandlungen Nicaragua/USA, Nicaragua/Costa Rica und Nicaragua/Honduras kommen, d. h. zu bilateralen Verhandlungen.

Die US-amerikanische Botschafterin bei den Vereinten Nationen, Jeanne Kirkpatrick (um nur ein Mitglied der Reagan-Administration zu zitieren) lehnte dieses Ansinnen Nicaraguas kategorisch ab. „. . .Die Vereinigten Staaten hätten mit Nicaragua keine Fragen zu besprechen, die in einem zweiseitigen Treffen angemessen behandelt werden könnten."[3] Eine verständliche Position, denn die offizielle Haltung Washingtons war ja, daß man mit der Krise nichts zu tun habe. Bilaterale Verhandlungen mit Nicaragua zu führen, hätte bedeutet, daß die USA zugeben, sehr wohl eine Menge mit der aktuellen Krise zu tun zu haben. Und dieses Schuldbekenntnis wollte man auf keinen Fall abgeben. Vielmehr befürworteten die USA multilaterale Verhandlungen, denn hier sahen sie ihre Interessen durch Guatemala, Honduras, El Salvador und Costa Rica ausreichend vertreten — ohne direkt mit am Verhandlungstisch zu sitzen! So war es dann auch nicht besonders erstaunlich, daß die vier eben genannten Staaten, sich die **Position Washingtons** zu eigen machten.

Ein im April mühsam ausgehandelter Kompromiß hatte festgelegt, daß einige Themen im bilateralen, andere wiederum im multilateralen Rahmen besprochen werden sollten. Dann auf der zweiten Konferenz, nur einen Monat später, verlangte Honduras, daß **alle** honduranisch-nicaraguanischen Fragen multilateral zu verhandlen seien. Nicaraguas Außenminister d'Escoto warf Honduras vor, mit dieser Haltung weitere sinnvolle Gespräche zu blockieren und verwarf sie als eine „unakzeptable surrealistische Position".

Dem Leser mag dieses Gerangel ein wenig ermüdend vorkommen. Es zeigt aber deutlich, wie klein die Spielräume einer Verhandlungslösung tatsächlich waren. Millimeter um Millimeter tastete man sich an sie heran, oft blieb man einfach stecken. Der Justizminister Costa Ricas bestätigte vor der Presse, daß gerade diese Frage über bi- oder multilaterale Verhandlungen, die meiste Zeit der dreitägigen Beratungen eingenommen habe.

Die Konferenz war ein Fehlschlag. Einigung wurde lediglich über die Gründung einer Kommission erzielt, die alle strittigen Fragen untersuchen sollte.[4] Ansonsten war man sich keinen Schritt näher gekommen.



Die 10-Punkte-Erklärung von Cacún

Ein für den 14. Juni 1983 vereinbartes Folgetreffen fand nicht statt. Vielmehr mehrten sich die Anzeichen einer drohenden kriegerischen Auseinandersetzung zwischen Honduras und Nicaragua. Unter dem Eindruck, daß sich hier schnell ein Flächenbrand ausbreiten könnte, der auch ihre Länder erschüttern würde, trafen sich Mitte Juli 1983 die Staatspräsidenten der vier CONTADORA-Staaten im mexikanischen Seebad Cancún. In einer 10-Punkte-Erklärung und einem ungewöhnlich umfangreichen Kommunique legten sie dar, wie der Frieden zu sichern sei.[5]

Die 10-Punkte-Erklärung sah u. a. vor, die Offensivwaffen auf dem aktuellen Stand einzufrieren und adäquate Kontrollmechanismen zu entwickeln, um nach einer Bestandsaufnahme, die Religion Schritt für Schritt zu entmilitarisieren, d. h. die Existenz ausländischer Militärinstallationen zu verbieten und schließlich, andere Länder nicht zu destabilisieren, indem man sein Staatsgebiet entweder für den Handel, oder den Transit mit Waffen zu Verfügung stellt.

In dem Kommunique spiegelte sich aber auch ein interner Kompromiß der CONTDORA-Staaten wider. Der venezulanische Staatspräsident Luis Herrera Campins, der neben dem Präsidenten Panamás als enger Verbündeter Washingtons galt, brachte den Inhalt der Konferenz auf einen kurzen Nenner, mit den Worten:„In Zentralamerika wird es keinen Frieden ohne vollständige Demokratie geben".[6] Dieser auf Nicaragua gemünzte Hinweis, richtete sich gegen die (bis dahin) offizielle Position Mexicos, daß Nicaragua nach dem Sturz Somozas Zeit gegeben werden müsse, demokratische Institutionen zu entwickeln.[7] Im Vorfeld der CONTADORA-Beratungen wurde es noch als unmöglich angesehen, daß Mexico einen entsprechenden Passus unterschriebe. Andererseits setzte sich Mexico in der Frage nach Einbeziehung der USA und Cubas durch. Obwohl im Abschlußkommunique nicht namentlich erwähnt („. . .andere Staaten mit Interessen und Verbindungen innerhalb der Region. . ."), gab Mexicos Staatspräsident de la Madrid bekannt, daß das Dokument nicht nur den 5 mittelamerikanischen Regierung zugesandt worden sei, sondern auch per Telex an Reagan und Castro — ein Affront hinsichtlich der kontinuierli-

Befreiender Glaube
Solidarisches Handeln



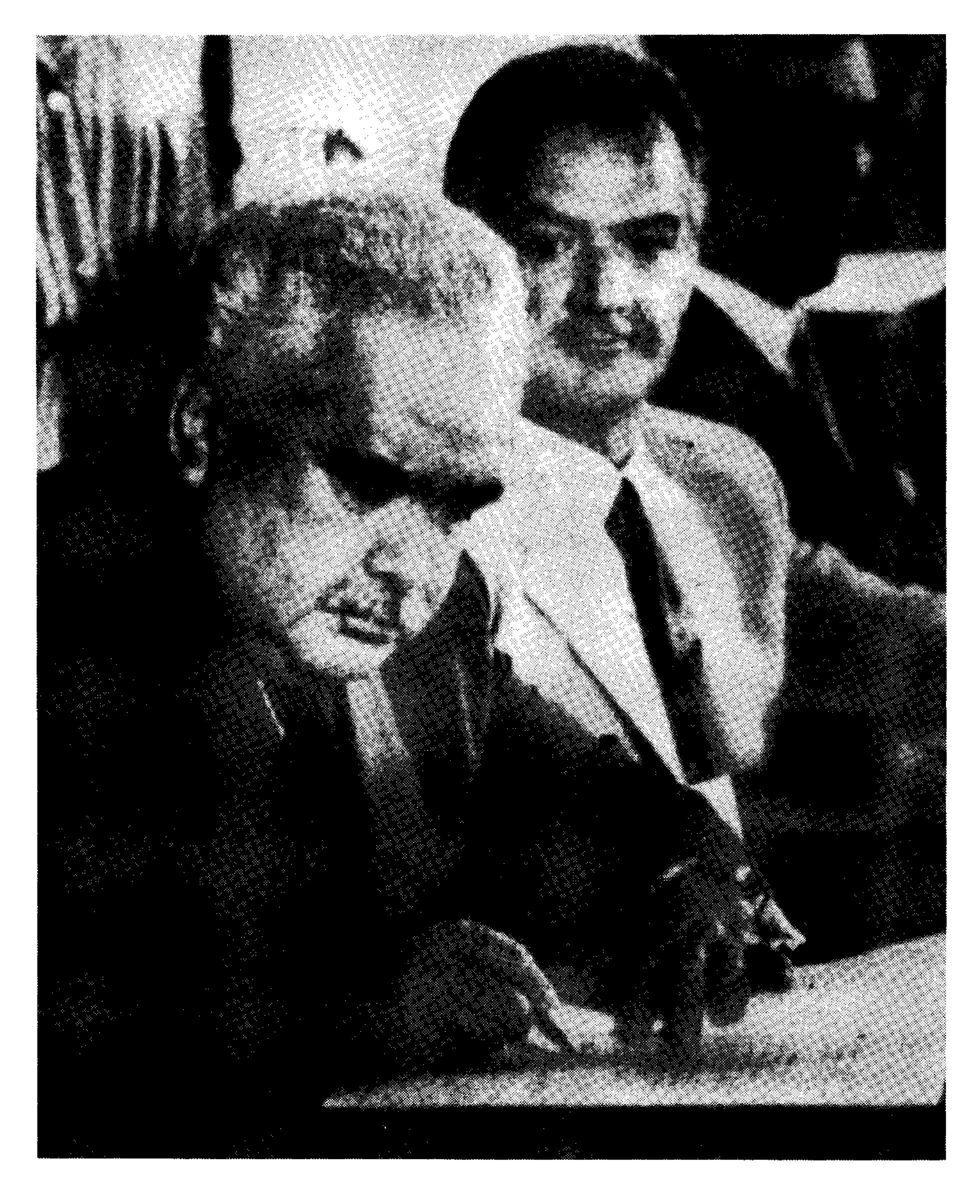
ZUSAMMENKUNFT
IM GEDENKEN AN
OSCAR A ROMERO

KÖLN
15.-17. MÄRZ 1985

Unter diesem Motto laden die CIES und die Leserinitiative Publik zu einer internationalen Zusammenkunft ein, die sich mit drei Schwerpunktthemen befassen soll:

+ Situation in Mittelamerika Zeugnisse von Christen aus Nicaragua und El Salvador;
+ Theologie der Befreiung;
+ Kritisches Christsein in Deutschland, Ansätze einer basisorientierten Kirche;

Nähere Informationen von:
Leserinitiative Publik,
c/o Andreas Steinebach
Pf.: 700771; 6000 FFM 70



Die Staatspräsidenten Venezuelas, Herrera (li.) und Mexikos, de la Madrid

chen Weigerung der Vereinigten Staaten, mit einer Nation wie Cuba über die zukunft Zentralamerikas zu verhandeln.

Fast gleichzeitig mit der Cancúner Erklärung, gab Daniel Ortega, anläßlich des vierten Jahrestages der Revolution, bekannt, daß Nicaragua nicht mehr auf der Forderung nach bilateralen Verhandlungen bestehe. Er glaube zwar noch immer, so Ortega weiter, daß der einzig erfolgversprechende Weg, der der bilateralen Verhandlungen sei. Von nun an aber würde man die Forderung der Gegenseite akzeptieren, damit endlich Schluß mit den Vorwänden sei, die nur verhindern sollten, daß es überhaupt zu ernsthaften Verhandlungen komme.

Durch diesen überraschenden Schritt der Sandinisten und die Contadora-Erklärung entspannte sich die explosive Lage auf dem Isthmus ein wenig, obwohl die USA ihre aggressive Politik gegen Nicaragua noch beträchtlich intensivierten.[8]

Die 21-Punkte-Erklärung

Den endgültigen Durchbruch als weltweit geachtete Friedensinitiative schaffte die CONTADORA, als sie vom 7.—9. September 1983 in Panamá-Stadt mit den Außenministern Guatemalas, El Salvadors, Costa Ricas, Honduras und Nicaraguas zusammentraf. Auf der Grundlage der Cancún-Deklaration erarbeiteten sie eine aus 21 Punkten bestehende Absichtserklärung, die „. . .einem Nichtangriffspakt gleichkam". Die darin enthaltenen Kompromisse reichten aus — so der mexikanische Außenminister Sepúvelda —, „um in Zentralamerika für Sicherheit und Stabilität zu sorgen".[9] Die ersten sechs Punkte werden von der Absicht bestimmt, den Krieg zu verhindern und die Souveränität anderer Länder zu achten. Desweiteren, die nationale Aussöhnung in jenen Fällen zu fördern, in denen es zu einer tiefgreifenden Spaltung der Gesellschaft gekommen sei, mittels der Teilnahme der Bevölkerung am demokratischen und politischen Prozess, wozu es notwendig sei, die politischen, staatsbürgerlichen, wirtschaftlichen, sozialen, religiösen und kulturellen Rechte der Menschen zu garantieren und zu respektieren.

Die wesentlichen Punkte des Pakets (7—13) befinden sich unzweifelhaft in der Mitte und ganz am Schluß (Punkt 21):

- Einschränkung des Wettrüstens in allen seinen Formen und Einleitung von Verhandlungen über die Kontrolle und Verringerung des gegenwärtigen Waffenarsenals und der bewaffneten Kräfte (Punkt 7).
- Verbannung ausländischer Militärbasen vom eigenen Territorium, sowie das Verbot jedweder Einmischung ausländischen Militärs (Punkt 8).
- Vereinbarungen abzuschließen, um die Präsenz ausländischer Militärberater und anderer Personen, die auf militärischem und der Sicherheit dienendem Gebiet arbeiten, zu reduzieren und schließlich abzuschaffen (Punkt 9).
- Interne Kontrollmechanismen festzusetzen, um den Waffenhandel von dem einen zum anderen Land der Region zu verhindern (Punkt 10).
- Eliminierung des Waffenhandels mit Personen, Organisationen oder Gruppen, die beabsichtigen, die Regierungen der zentralamerikanischen Länder zu destabilisieren (Punkt 11).
- Verhinderung der Benutzung des eigenen Territoriums und Nichtgewährung und Nichtduldung militärischer oder logistischer Unterstützung von Personen, Organisationen oder Gruppen, die beabsichtigen, die Regierungen der zentralamerikanischen Länder zu destabilisieren (Punkt 12).
- Weder terroristische, subversive oder Sabotageakte anzustiften, noch zu unterstützen (Punkt 13).
- Adäquate Verifikations- und Kontrollsysteme sollen entwickelt werden (Punkt 21).

Die restlichen Punkte hatten ökonomische und humanitäre Aspekte (Flüchtlinge) zum Inhalt.[10]

Die 21 Punkte umfassende Absichtserklärung, gilt als das **erste grundlegende Contadora-Dokument.** Unübersehbar war die Absicht, „. . .seitens aller Beteiligten, eine Verhandlungslösung anzustreben; als Folge dieser Haltung müssen die Parteien die Überzeugung gewinnen, daß ein militärischer Sieg nicht mehr möglich ist — weder für sie selbst, noch für ihre so verstandenen Gegner."[11]

Die Contadora-Initiative war an einem Punkt angelangt, an der ihr fast uneingeschränkt bescheinigt wurde, daß ihre bisherige Arbeit einem Wunder gleichkäme; angesichts der bisher höchsten US-Militärpräsenz in der Geschichte Mittelamerikas einen Friedensplan für die Region erarbeitet zu haben. Manche Kommentatoren gingen so weit, zu behaupten, daß die erreichten Übereinkünfte einen „. . . Markstein in der Geschichte der internationalen Beziehungen der lateinamerikanischen Nationen. . ."[12] darstellten, und meinten, den Contadora-Prozeß „. . .abzulehnen oder abzutun, bedeutet in gewissem Sinne, den Nationen der Region

die Fähigkeit zur Lösung ihrer eigenen Probleme abzusprechen."[13]

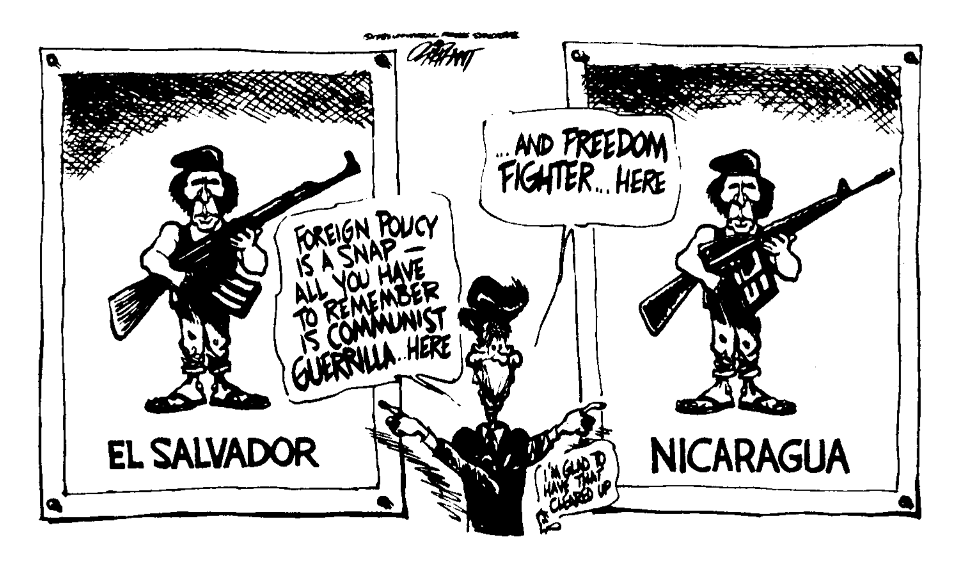
Ronald Reagans erste Stellungnahme zu der in Panamá ausgehandelten Absichtserklärung wurde als positiv, wenn auch nicht definitiv, bezeichnet. Doch während der „Große Kommunikator" sich vollmundig zum Frieden bekannte, liefen die vom CIA initiierten Aktionen gegen Nicaragua auf Hochtouren. Zwei Cessna 404 bombardierten den Flughafen Managuas, Froschmänner zerstörten eine Unterwasser-Ölpipeline in Puerto Sandino und T-28 Jäger attackierten den Pazifikhafen Corinto (8. und 9. September 1983). Drei Tage nach Konferenzschluß erklärte der Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium, Fred Iklé, vor dem Baltimore „Council on Foreign Relation", daß die USA „. . .eine Konsolidierung des sandinistischen Regimes in Nicaragua verhindern müssen."[14] Weitere Aussagen führender „Falken" der Reagan-Administration zu Mittelamerika liefen in die gleiche Richtung.

Das zweite grundsätzliche Dokument

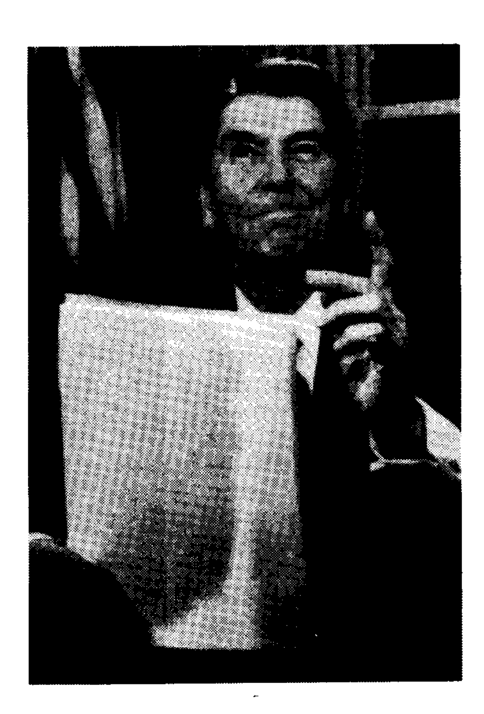
Am 6. 10. 1983 unterzeichneten Honduras und El Salvador als letzte der fünf mittelamerikanischen Staaten den am 9. September ausgehandelten 21-Punkte-Plan. Damit war der Weg freigemacht zum zweiten grundsätzlichen CONTADORA-Dokument (mit dem etwas schwerfälligen Titel): „Normen für die Anwendung der in der Absichtserklärung übernommenen Verpflichtungen", ausgehandelt am 8. 1. 1984 in Panamá-Stadt. In diesem Papier verpflichteten sich die Parteien zu einer umfassenden Bestandsaufnahme der Waffen, Soldaten und militärischen Einrichtungen, um dadurch „...die Grundlagen für eine Politik der Kontrolle und der Reduzierung dieser Dinge zu legen, die die Höchstgrenze festlegt und zu einem vernünftigen Kräftegleichgewicht in der Region führt."[15] Ferner eine Erhebung über die Anzahl der ausländischen Militärberater vorzunehmen, mit dem Ziel, sie innerhalb eines bestimmten Zeitraumes abzuziehen; den illegalen Waffenhandel zu unterbinden; sowie irregulären Truppen, die an der Schwächung anderer Regierungen in der Region beteiligt sind, alle Formen der Unterstützung, Förderung und Finanzierung zu entziehen. Politische und sozio-ökonomische Forderungen nach freien Wahlen, Achtung der Menschenrechte, bis hin zu Hilfsprogrammen für zentralamerikanische Flüchtlinge rundeten das Papier ab.

Für die Verwirklichung dieser Ziele sollten bis zum 31. Januar 1984 drei Kommissionen eingesetzt werden (bestehend aus maximal zwei Mitgliedern je Land), die bis zum 30. April 1984 den 9 Außenministern ihre Ergebnisse vorzulegen hatten.

Ein von der CONTADORA vorgeschlagener Waffenlieferungsstop ab 29. Februar 1984 wurde von Honduras und El Salvador abgelehnt. Nicaraguas Außenminister d'Escoto bedauerte dies, denn sein Land wäre dazu bereit gewesen.[16]



Die Antwort Washingtons auf die Konferenz kam prompt und sibyllinisch. Am 10. Januar 1984 erklärte ein hochrangiger Beamter aus dem Verteidigungsministerium, ein Abzug der Militärberater aus El Salvador und Honduras sei überhaupt kein Thema, solange in Nicaragua keine durchgreifende" politischen Veränderungen stattgefunden hätten. Gleichzeitig gab der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, auf einer Pressekonferenz bekannt, daß die USA von den Ergebnissen der Konferenz „ermutigt" und dazu bereit seien, sich am vorgesehenen Abzug der Militärberater zu beteiligen, allerdings unter der Voraussetzung, daß die übrigen Ziele der US-amerikanischen Politik nicht gefährdet würden.[17] Schlechte Koordination zwischem „Weißem Haus" und Verteidigungsministerium oder Methode?



Ronald Reagan

Gute Koordination hingegen war ganz offensichtlich mit im Spiel, als die sog. „Kissinger-Kommission" („National Bipartisan Commission on Central America") just zu dem Zeitpunkt ihre Ergebnisse kundtat, da die Außenminister in Panamá beim Abschlußcocktail saßen.[18] Schon bei Einsetzung dieser Kommission im Juli 1983 hatte der gewiß unverdächtige „Economist" prophezeit: „Sein (Kissingers, der Verf.) Job als Vorsitzender einer 12köpfigen 2-Parteien-Kommission wird sein, die Administration aus dem zentralamerikanischen Sumpf zu ziehen. Die öffentliche Meinung hat sich nicht an Mr. Reagans Politik erwärmen können (. . .) Das Weiße Haus glaubt, so scheint es, daß die Kissinger-Kommission eine Politik ersinnen kann, die einen skeptischen Kongreß und die Öffentlichkeit zufriedenstellt und gleichzeitig des Präsidenten Einstellung unterstreicht (. . .) Es wäre eine Überraschung, (. . .) wenn die Kommission sich von der zentralen These der Administration entfernen würde, nämlich, daß die Schwierigkeiten Zentralamerikas vom kommunistischen Expansionismus ausgenutzt werden. . ."[19]

So war es denn auch. Zwölf gestandene Antikommunisten (unter ihnen Jeanne Kirkpatrick) empfahlen der Regierung eine Steigerung der Wirtschafts- und Militärhilfe, vor allem für El Salvador.

Bemerkenswertes fiel der Kommission zur CONTADORA ein. Sie stellte eindeutig klar, daß die USA, obwohl sie die Leistungen der CONTADORA durchaus würdigten, die Initiative ignorieren würden, wenn sie eine Politik entwickele, die nicht mit den Interessen Washingtons übereinstimme. Und, „die Erfahrung hat gezeigt, daß der (CONTADORA-) Prozeß am effektivsten ist, wenn die Vereinigten Staaten entschlossen handeln. (. . .) Wenn wir entschieden auftreten, erhält der Contadora-Prozeß die notwendigen Impulse."[20]

Ein Schuft, der hier denkt, daß mit der-

artigen Empfehlungen die Verminung nicaraguanischer Häfen gemeint sein könnte. Oder die quasi permanente Manövertätigkeit der US-Streitkräfte und ihrer mittelamerikanischen Freunde. Oder der voluminöse Ausbau Honduras' zur US-Militärgarnison. Oder, oder, oder. . .



Die CONTADORA in der Krise

Nach dem Januar-Dokument („Normen für die Anwendung. . .") nahmen zunächst einmal die Expertengruppen ihre Arbeit auf. Der auf den 30. April fixierte Termin für den Abschlußbericht konnte nicht eingehalten werden, da Honduras, El Salvador und Costa Rica einen alten Vorschlag aus der Asservatenkammer der US-Diplomatie aufs Tapet brachten, von dem hinlänglich bekannt war, daß Nicaragua ihn unter keinen Umständen akzeptieren würde. Es handelte sich hierbei um eine stärkere Einbeziehung der „Organisation Amerikanischer Staaten" (OAS) in die laufenden Friedensgespräche. Die OAS-Unterorganisation, das Inter-American Defence Board, sollte die Waffenarsenale kontrollieren. Dies wurde von Nicaragua mit dem Hinweis abgelehnt, daß es sich bei der OAS um eine Organisation handle, die von USA dominiert werde, deren Objektivität man stark anzweifele. Desweiteren bekräftigte Managua in seiner Replik, daß man sich weiter bewaffnen werde und keine Maßnahmen akzeptiere, die diesen Punkt beträfen,[21] nicht gerade ein Glanzstück sandinistischer Diplomatie, angesichts der mißlichen Lage, in die sich Ronald Reagan und seine „Hardliner" sowohl innen- als auch außenpolitisch manövriert hatten.

Die nicaraguanische Regierung wäre hier sicher besser beraten gewesen, solche Gedanken für sich zu behalten, anstatt sie auch noch öffentlich bekanntzugeben. Anfang März hatte eine förmliche Entschuldigung der US-Regierung an den Kongreß in letzter Minute verhindert, daß es zu einem tiefgreifenden Bruch zwischen dem Weißen Haus und den beiden Kammern kam.[22] Die Wogen der Erregung hatten sich gerade gelegt, als bekannt wurde, daß die „Contra" mit direkter Unterstützung des Geheimdienstes CIA nicaraguanische Häfen verminte. Mit überwältigender Mehrheit verurteilten sowohl der Senat (in dem Reagans Republikaner die Mehrheit besaßen), als auch das Repräsentantenhaus die Verminung. Selbst Erzkonservative — wie Barry Goldwater, Senator und Vorsitzender des Senatsausschusses für die Geheimdienste — sprachen von einem illegalen Kriegsakt. ‚Mich kotzt das an', schrieb Barry Goldwater an den Reagan-Freund und CIA-Chef William Casey. ‚Der Präsident hat uns aufgefordert, seine Außenpolitik zu unterstützen. Wie können wir das tun, wenn wir nicht wissen, was zum Teufel er im Schilde führt?'[23]

Als Konsequenz dessen, daß nur sehr wenige über die genauen Absichten Reagans informiert waren, beurteilte man die Aussichten für Anfang/Mitte Mai anstehende Entscheidung über die Militär- und Finanzhilfe für El Salvador zugunsten der Regierung als gering. Zum innenpolitischen Dilemma gesellte sich das außenpolitische. Zwar konnte per Veto eine in den UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution wegen der Verminung nicaraguanischer Häfen vom US-Delegierten zu Fall gebracht werden.[24] Die Verstimmung über den außenpolitischen Kurs der Vereinigten Staaten wuchs jedoch beständig an.[25]

In diesem Kontext betrachtet, muß die oben beschriebene Reaktion der Sandinisten, auf die neuerlichen Forderungen Honduras', El Salvadors und Costa Ricas, als nicht besonders durchdacht angesehen werden. Denn, nur allzu deutlich trat die Absicht Washingtons zutage, mittels seiner zentralamerikanischen Freunde auf Zeitgewinn zu spielen, um somit Fortschritte bei der anstehenden Contadora-Runde zu verhindern. Reagan mußte seine ganze Aufmerksamkeit einem äusserst skeptischen Kongreß zuwenden.

Die neue Verhandlungsrunde der neun Außenminister am 29. April 1984 zeigte dann auch sehr schnell, daß die Lösung der gemeinsamen Probleme wieder einmal in weite Ferne gerückt war. „Ein Tref-



Verminter Nicaragua-Hafen Corinto:

fen für nichts und wieder nichts", urteilte „Le Monde" kurz und bündig über die „Resultate" der Konferenz.[26] Durch die Weigerung Nicaraguas, sein militärisches Potential zu reduzieren (siehe Kasten), konnte Reagan sich nun mit neuen Argumenten an die amerikanische Öffentlichkeit wenden. Am Vorabend der entscheidenden Abstimmung über die El Salvador-Hilfe appellierte er in einer Ansprache an die Nation alles menschenmögliche zu unternehmen, um den Kommunismus in seinem Vormarsch auf den Rio Grande zu stoppen. Seine vor Simplifizierungen strotzende Rede [27] verfehlte ihre Wirkung auf die um ihre Wiederwahl bangenden Abgeordneten des Repräsentantenhauses nicht. In einer äußerst knappen Entscheidung (211 : 208) bewilligte es der Administration 323 Mio. US-Dollar El Salvador-Hilfe. Der Senat, in dem die Republikaner die Mehrheit stellten, hatte bereits vorher signalisiert, daß er dem Präsidenten die Gelder bewilligen würde. Einige, für das Weiße Haus unangenehme Auflagen (nachweisbare Verbesserung der Menschenrechte in El Salvador, sowie keine weiteren gemeinsamen Militärmanöver mit Guatemala und Honduras) waren somit hinfällig geworden.

Aus einer Position der Stärke heraus konnte Ronald Reagan gelassen den Besuch des mexikanischen Staatspräsidenten de la Madrid vom 15.—17. Mai 1984 erwarten. Der mexikanische Staatspräsident, nach außen hin selbstbewußt wie eh und je, kam mit drückenden Sorgen in die USA gereist, wohlwissend, auf die Unterstützung des „Großen Bruders" angewiesen zu sein. Die Gesprächsthemen ergaben sich zwangsläufig: Finanzielle Insolvenzen Mexicos; Ausweitung des bilateralen Handels zugunsten Mexicos; das Millionenheer der „illegalen" Mexicaner in den USA; die hohen nordamerikanischen Zinsen und — Zentralamerika.

Angesichts der festgefahrenen Bemühungen der Contadora kam der Begegnung zwischen der unbestrittenen Nummer 1 der Contadora, Mexiko und dem Hauptstörenfried USA, große Bedeutung zu. In einer vor dem Repräsentantenhaus gehaltenen Rede wiederholte de la Madrid noch einmal den Ansatzpunkt der Contadora: „Wir sind davon überzeugt, daß der zentralamerikanische Konflikt das Resultat wirtschaftlicher Nachteile, politischen Hinterwäldlertums und sozialer Ungerechtigkeit ist. . . Wir können deshalb weder akzeptieren, daß er (der Konflikt, d. Verf.) Teil einer Ost-West-Konfrontation wird, noch können wir akzeptieren, daß Reformen und struktureller Wandel als eine Bedrohung der Sicherheit anderer Länder der Hemisphäre angesehen werden können."[28]

Die mit dem US-Präsidenten geführten Gespräche, schienen nur wenig Anlaß zur Hoffnung zu geben, daß eine Annäherung der grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten stattgefunden hatte. Gewisse Indizien lassen aber darauf schließen, daß der mexikanische Präsident wesentliche Konzessionen an Ronald Reagan gemacht haben muß, und daß seine vollmundigen und kämpferischen Statements lediglich für die „Galerie" bestimmt waren, um, nach Ablauf einer gewissen „Schamfrist", einige Forderungen Reagans in die Tat umzusetzen. So wußte die FAZ immerhin zu berichten, daß das Weiße Haus (wer immer damit in diesem Konglomerat divergierender Interssen gemeint sein soll) sich zum Inhalt der Gespräche so geäußert habe: „Die Gegensätze zwischen de la Madrid und Reagan . . . seien nicht Grundsatzfragen, sondern zielten auf Methoden, die Krise zu bewältigen."[29] Der „Spiegel", obwohl er das Gesprächsklima als „eisig" chrakterisierte, machte gar einen „quid pro quo"-Deal (wörtlich: Etwas für etwas) zwischen Mexico und den USA aus.[30] Erstes Resultat dieses „eisigen" Deals: Die Mexikaner entsandten zum ersten Mal seit drei Jahren wieder einen Botschafter nach El Salvador, was einer Abwertung des im mexikanischen Exil lebenden politischen Führers der salvadorianischen Guerilla , Guillermo Ungo, gleichkam. Die nordamerikanische Gegenleistung: unverbindliche Gesprächsaufnahme mit den Sandinisten.[31]



US-Außenminister Shultz (l.), Juntachef Ortega (M.)

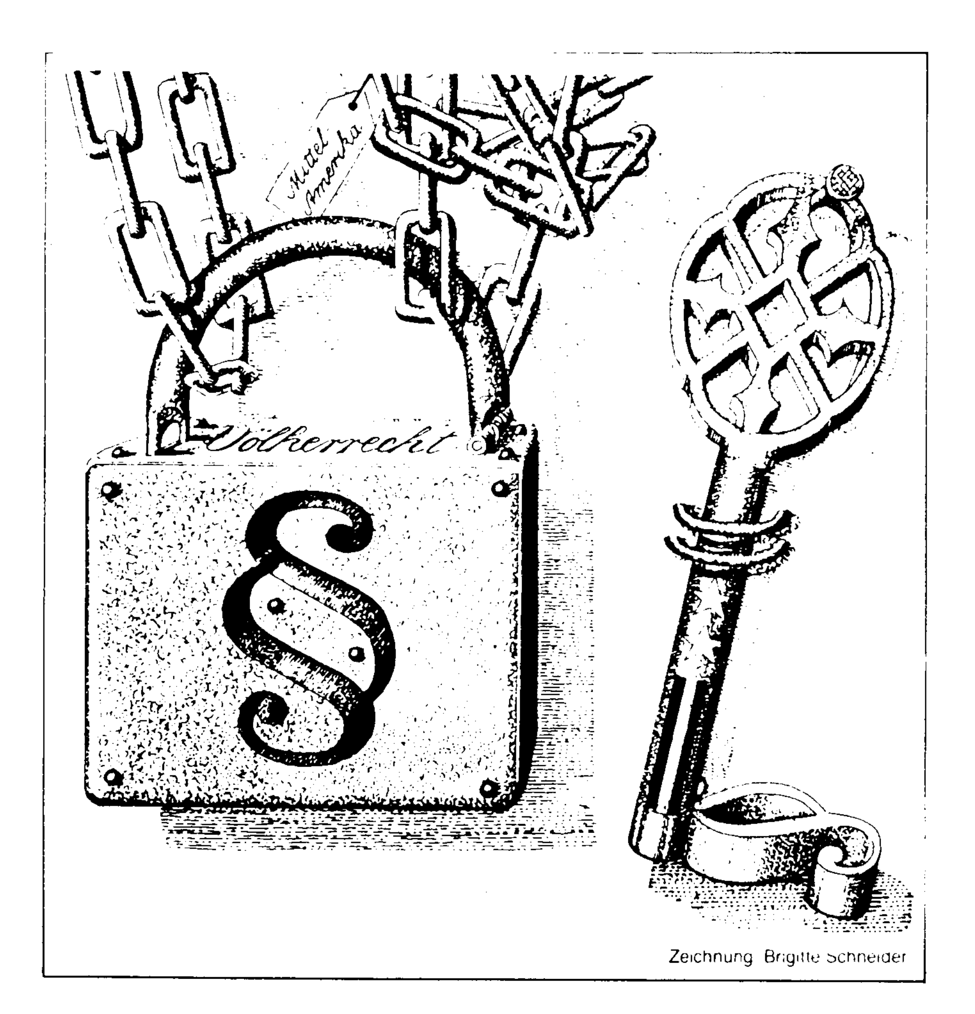
Der Druck auf Nicaragua nimmt zu

Es wäre wohl anmaßend zu behaupten, daß die Reise de la Madrids in die USA Mexiko vollständig unter die Kuatel Washingtons brachte. Nicht zu übersehen ist jedoch die Bewegung, die plötzlich in den Contdora-Verhandlungen Platz griff und Nicaragua mehr und mehr in die Defensive drängte. Es kann natürlich Zufall sein, daß Mexiko, bis dahin omnipotenter Fürsprecher nicaraguanischer Interessen, seinen außenpolitischen Schwenk — wenn auch peu à peu — aus eigenem Antrieb vollzog. Die Affinität beider Ereignisse bleibt jedoch auffällig.

Anfang Juni unterbreiteten die Contadora-Außenminister ihren fünf Amtskollegen einen umfassenden Friedensplan für die Region („Acta de Contadora para la paz y la cooperación en Centro América") Aufbauend auf den bisherigen Dokumenten sowie den Ergebnissen der seit Januar tagenden Expertengruppe, ließ die Akte einen gewissen Spielraum für die Verhandlungsoption offen. Eine Neuerung war, daß Drittstaaten die Möglichkeit eingeräumt wurde, ein Zusatzprotokoll (protocolo adicional) zu unterzeichnen, um somit, wie es hieß, die Vereinigten Staaten und Cuba in die Friedensbemühungen mit einzubinden. Ganz offensichtlich hatten sich die Sandinisten an diesem Punkt durchgesetzt. Allerdings war und blieb es letztendlich ein Pyrrhussieg, denn die USA dachten zu keinem Zeitpunkt daran, dergleichen zu unterschreiben. Man war Nicaragua in einer Sache entgegen gekommen, die das Papier nicht wert war, auf dem sie stand.

Bezüglich Wahlen und sog. demokratischer Öffnung hängte die Contadora die Trauben außergewöhnlich hoch. Die Sandinisten hatten nie Zweifel an ihrer Haltung aufkommen lassen, daß es für die Führung der Contra, insbesondere Edén Pastora alias Comandante Cero, keine Amnestie geben werde.[32] Aber genau das wurde in der vorgelegte Akte indirekt gefordert. Dort hieß es, um Bürgern eine vollständige Wiedereingliederung ins politische, soziale und wirtschaftliche Leben zu ermöglichen, müße es eine wahrhafte Amnestie geben („una verdadera amnistia").[33] Oder, „in jenen Fällen, wo es zu einer tiefgreifenden Spaltung der Gesell-

schaft gekommen ist, (versprechen die Parteien) dringend Handlungen für die nationale Ausführung durchzuführen... (und) die Mechanismen zu errichten, die, in Übereinstimmung mit dem Gesetz, den Dialog mit den oppositionellen Gruppen zulassen." Und, den „...verschiedenen Meinungsströmungen, den freien Zugang zu den Wahlprozessen zu ermöglichen."[34]



Zeichnung: Brigitte Schneider

Als schier unannehmbar für Nicaragua erwies sich der sensible Bereich über Rüstungskontrolle und deren Verifikation. Nach Unterzeichnung der Akte sollte innerhalb von 30 Tagen einer noch zu bildenden internationalen Prüfungs- und Kontrollkommission eine Aufstellung sämtlicher Waffen, militärischer Installationen und Soldaten zugehen. Danach sollte besagte Kommission Höchstgrenzen für die militärische Entwicklung eines jeden Staates der Region festsetzen. Die Kriterien, für die zu erarbeitenen militärischen Determinanten, müßten, nach Vorschlag der Contadora, u. a. folgendes in Rechnung stellen:

— „In der Definition der Nationalen Sicherheit wird man die wirtschaftlichen und soziale Entwicklung, die man in einem bestimmten Moment besitzt und die man zu erreichen wünscht, berücksichtigen müssen.
— Für ihre Determintion müssen Untersuchungen durchgeführt werden, die folgende globale Aspekte beinhalten:
— Eine Erhebung über die internen und externen Sicherheitsbedürfnisse des Staates.
— Territoriale Ausdehnung
— Bevölkerung (. . .)
— Die militärischen Ausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt
— Militärhaushalt in Relation zu den öffentlichen Ausgaben und im Vergleich mit anderen sozialen Indikatoren.
— . . . geopolitische Position.
— Das höchstmögliche militärtechnische Niveau in Bezug auf die Region."[35]

Es bedarf keiner allzu großen Vorstellungskraft, um sich auszumalen, was Nicaragua bei Unterzeichnung dieser Punkte widerfahren wäre. Das militärische Gleichgewicht der Region hätte sich stark zu seinen Ungunsten verändert. Durch das Damoklesschwert einer US-Intervention bedroht und einen Zwei-Fronten-Krieg gegen eine vom CIA-unterstützte Contra führend, wäre die Annahme dieses Vertrages einer Kapitulation gleichgekommen; denn natürlich hätte eine Kommission z. B. festgestellt, daß der Militärhaushalt unverhältnismäßig hoch im Vergleich zu anderen Sektoren ist, eine Tatsache, die die Sandinisten im übrigen nie bestritten haben (gleichzeitig dieses auch immer wieder bedauerten, da durch



Themen der ISTMO sind:
- *politische und soziale Entwicklungen in Zentralamerika*
- *die Region in der weltpolitischen Auseinandersetzung*
- *bundesdeutsche Politik gegenüber Zentralamerika*
- *Diskussionsbeiträge zentralamerikanischer Autoren über internationale Politik*

Über die Tagespolitik hinaus versteht sich die Zeitschrift als wissenschaftliche Ergänzung der Solidaritätsbewegung, deren Bestandteil sie sein will.

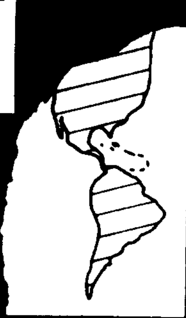
Heft 5 (März 1984)
Gaby Gottwald: Wahlen in El Salvador März 1984 - Hat die westdeutsche Sozialdemokratie schon gewählt?
Jorge Castaneda: Der Krieg geht weiter in Mittelamerika: keine Verhandlungslösung in Sicht
Heinz Dieterich: Das Counterrevolutionary Hemispheric Terror Network - eine neue Form imperialistischer Herrschaft in Lateinamerika

Heft 6/7 (Juli 1984)
Noam Chomsky: Interview zur Zentralamerika-Politik der Reagan-Administration
Heinz Dieterich: Das Netzwerk des Staatsterrorismus in Lateiamerika: CHTN, Teil 2
Manfred Kron: Contadora - Lösung, Befriedung, Fehlschlag?
Reiner Hage: Handel und Wandel. Weshalb die BRD in Mittelamerika eine Wende nach ihrem Bilde will
Ernesto Richter: El Salvador: Perspektiven einer politischen Lösung

Heft 8 (Januar 1985)
Frithjof Schmidt: Neuauflage eines "erfolgreichen Modells"? EG-ASEAN und die Außenministerkonferenz in San José
Albert Recknagel: Wahlen im Counterinsurgency-Staat. Was verbirgt sich hinter der "Demokratisierung autoritärer Regimes?"
Gaby Gottwald: Die Verhandlungen in El Salvador. Perspektiven für einen Frieden?

Die Hefte sind erhältlich über den Buchhandel (ISSN 0724-0716) oder direkt beim Herausgeber. Einzelheft 4,- DM, Doppelheft 8,- DM

Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft Zentralamerika e.V.
Coerdestraße 42
D-4400 Münster



den Militäretat dringend benötigte Gelder an anderen Stellen so bitter fehlen).

Deutlich zum Ausdruck kamen auch zwei diametral entgegengestzte militärische Sicherheitskonzepte. Während die einen (USA und Subalterne) immer wieder betonten, kein Staat in der Region dürfe einem anderen derartig überlegen sein, wie im Falle Nicaraguas, setzte Managua dem gegenüber, daß man durch das Vorgehen der USA dazu gezwungen sei, sich weiter in dem Ausmaße zu rüsten, wie das bisher geschehen sei. Über eine Abrüstung könne folglicherweise erst dann sinnvoll verhandelt werden, so Nicaragua weiter, wenn die USA ihre Aggressionen gegenüber Managua einstellten und ihrer militärischen Präsenz in der Region ein Ende setzten. Nicaragua jedenfalls sei bereit, seine ausländischen Militärberater abzuziehen, wenn die USA das gleiche täten.

„In der Bemühung um einen Regionalfrieden sind wir gerade in eine neue Etappe eingetreten...", sagte der venezolanische Außenminister Isidro Morales in einer ersten Stellungnahme.[36] Auf einer Pressekonferenz mußten er und seine drei Contadora-Amtskollegen allerdings einschränkend zugeben, daß es nach Vorlage der Akte nicht in allen Punkten Übereinstimmung gegeben hätte, weshalb man ein modifiziertes Dokument erarbeiten wolle. Kenner der Szene mutmaßten deshalb sofort, daß mittels dieser euphemistischen Umschreibung tiefgreifende Diskrepanzen überdeckt werden sollten. So verstrich denn auch die bis



US-Manöver in Honduras



Miguel d'Escoto

zum 15. Juli terminierte Unterzeichungsfrist. Guatemala hatte der Contadora angezeigt, daß es das Dokument akzeptieren werde und keine grundsätzlichen Einwendungen erhebe; Costa Rica bemerkte, daß die Akte als ganzes gesehen, positiv zu bewerten sei, um aber zu einem Friedensvertrag zu kommen, man noch verschiedene vitale Punkte diskutieren müsse; Honduras, El Salvador und Nicaragua sagten zwar auch generell Ja zur Akte, hielten sie jedoch angesichts der komplexen Situation, in einigen Punkten für wenig ausgereift.[37]

Die täglich anwachsenden Solidaritäts- und Unterstützungsbekundungen für die Contadora-Gruppe, standen in einem merkwürdigen Mißverhältnis zur tatsächlichen Möglichkeit, die immer größer werdenden Probleme zu lösen. Niemand stand vom Verhandlungstisch auf; niemand wollte den „Schwarzen Peter" zugeschoben bekommen, gegen die Verhandlungsoption gestimmt zu haben, um sich nicht in den Augen der Weltöffentlichkeit zu diskreditieren. Wäre die Situation nicht so ernst gewesen, hätte man meinen können, im Theater zu sitzen. Die Statisten lungern vor den Kulissen herum und harren der Ankunft des Hauptdarstellers, von dem aber jedermann weiß, daß er nicht erscheinen wird.

Man hat Reagan oft Konzeptionslosigkeit in der Außenpolitik vorgeworfen. Zumindes im Bereich seiner Zentralamerikapolitik, scheint das nicht ganz zutreffend zu sein. Mit sicherem Gespür hatte er die Sandinisten ausmanövriert, indem er sie immer neue Kompromisse eingehen ließ (man denke nur an die permanenten, in immer schnellerer Abfolge gestellten „unerläßlichen Bedingungen" der nicaraguanischen Oppositionen in bezug auf die November-Wahlen), gleichzeitig aber die US-Amerikanische Militärpräsenz kontinuierlich ausbaute, um so dem Umzingelungs- und Invasionssyndrom der Sandinisten stetig neue Nahrung zuzuführen.

Nicaragua nimmt den Friedensplan an

An der Aufrechterhaltung des Status Quo konnte am wenigsten Nicaragua Interesse haben. Trotzdem klang es schon reichlich desillusioniert, was der Vizeaussenminister Nicaraguas, Victor Hugo Tinoco, nach dem Treffen der Technischen Gruppe Ende August den Journalisten in die Blöcke diktierte.[38] Er schließe z. Zt. jede Möglichkeit aus, zu einer Übereinkunft zu kommen, statt dessen sei es von fundamentaler Bedeutung, daß zwischen Washington und Managua direkt verhandelt werde, denn nur so könne die Verhandlungsmission der Contadora erleichtert werden.[39] Außerdem wandte er sich scharf gegen die Forderungen einiger Länder, daß die Contadora-Akte um den Punkt „Novemberwahlen in Nicaragua" erweitert werden müsse.

Daß es zu einer Verhärtung der Fronten beinahe zwanslâufig kommen mußte, hatte in der Luft gelegen. Denn kurz zuvor war Mexicos Staatspräsident zum ersten mal seit dem Sturz Somozas offen auf Gegenkurs zu den Sandinisten gesteuert. Selbst die FAZ konstatierte verblüfft eine „bemerkenswerte Kehrtwendung" und fragte: „Ist dieser Wandel, dessen Auswirkung auf die weitere Entwicklung in der Region noch nicht abgeschätzt werden kann, ein Ergebnis amerikanischen Überredungsvermögens oder auch massiven Drucks? Hat das wirtschaftlich und finanziell auf großzügige

Hilfe Washingtons angewiesene Mexico eingesehen, daß es sich nicht länger eine gegen den nördlichen Nachbarn gerichtete Zentralamerika-Politik leisten kann. . . Mexico fühlte sich vor allem von der jüngsten Reise des sandinistischen Junta-Chefs Daniel Ortega nach Moskau und in die Hauptstätte sowjetischer Satellitenländer vor den Kopf gestoßen. Es hatte von dieser Reise abgeraten... „Wenn immer mehr Waffen in die Region fließen, vergrößert sich die Gefahr, daß sie eingesetzt werden", tadelte de la Madrid das sandinistische Regime. Mit Verbitterung fügte er vor Journalisten hinzu: „Es macht uns keine Freude, daß lateinamerikanische Länder sich von einem der großen Machtblöcke derart abhängig machen. "[40] Die Quadratur des Kreises war gelungen!Nicaragua, das Land, daß den Frieden am meisten benötigte, war somit zum Aggressor abgestempelt worden.

Am 8. September legten die Contadora-Außenminister ihren Amtskollegen eine revidierte Fassung der Juni-Akte vor. Obwohl sie nicht öffentlich bekannt gemacht wurde, drang durch, daß die unterzeichnenden Nationen nur noch dazu verpflichtet waren, ihr politisches System durch eigene Entscheidung zu demokratisieren.[41] Im Sicherheitsbereich wies die revidierte Fassung genau die gleichen Formulierungn auf, wie die Juni-Akte. Lediglich in bezug auf die Fristen für die Erstellung einer Liste ausländischer Militärberater und sonstiger im Sicherheitsbereich tätiger ausländischer Personen, sowie die Schließung ausländischer Militärbasen, wurden Veränderungen vorgenommen. Die Liste mußte nun innerhalb von 30 Tagen (vorher: 60 Tage) vorgelegt werden und die Räumung der Stützpunkte in einem Zeitraum von nur 6 Monaten (vorher: 1 Jahr) erfolgen.[42] Als Frist zur Unterzeichnung des Dokuments wurde der 15. Oktober festgesetzt.

Knapp zwei Wochen nach der Vorlage der revidierten Fassung erklärten Guatemala, El Salvador und Honduras, daß sie unterschreiben würden, denn die Vorlage beinhalte wesentliche Änderungen und von nun an hänge alles weitere davon ab, inwieweit die beteiligten Nationen ihren guten Willen zur Durchsetzung der Ziele zeigen würden.[43] Jedoch schien nicht das Geringste darauf hinzudeuten, daß es zu einer Unterzeichnung kommen könne. Am 19. September bekräftigte der Verteidigungsminister Nicaraguas, Humberto Ortega, anläßlich eines offiziellen Besuchs in Mexico noch einmal die Absicht seines Landes, sowjetische MIG-Flugzeuge zu kaufen. Nicaragua, so Ortega weiter, ließe sich dieses souveräne Recht nicht nehmen, und könne demnach auch nicht Gegenstand politischer Verhandlungen sein.

Doch wie so vieles auf dieser Welt, ist auch Souveränität eine vergängliche Größe. Nur drei Tage nach dieser kämpferischen Ankündigung kam die Überraschung! Junta-Chef Daniel Ortega erklärte in einem veröffentlichten Brief, daß Nicaragua die Contadora-Akte ohne Wenn und Aber unterzeichnen werde und zwar sofort. Die Wende ereignete sich derart überraschend, daß die Reagan-Administration eine gute Woche brauchte, um sich konkret zu äußern. Ortega hatte nämlich geschickterweise Nicaraguas Unterzeichnungsbereitschaft mit dem Hinweis gekoppelt, daß eine wahrhafte Entspannung in Zentralamerika nur gelingen könne, wenn die USA gleichzeitig das Zusatzprotokoll unterschrieben.

Was konnte Nicaragua dazu veranlaßt haben, diesen spektakulären Schritt zu vollziehen? Da war zuerst einmal die als sicher erscheinende Wiederwahl Ronald Reagans, die eine über den 6. November herausgegehende Intensivierung der Kämpfe befürchten ließ, in deren bisherigem Verlauf schon Tausende getötet worden waren. Dazu gesellten sich die immensen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Allein die von der Contra verursachten Schäden wurden von Daniel Ortega mit 400 Mio. US-Dollar angegeben, eine Summe, die den 83iger Exporterlösen Nicaraguas entspricht. Den Gesamtschaden bezifferten er auf 1,4 Mia. US-Dollar.[41] Letztendlich ausschlaggebend aber war wohl der mexikanische Druck auf Nicaragua. Laut dem Londoner „Economist" vom 22. 9. 1984 soll Mexico seine Erdöllieferungen an Nicaragua eingestellt haben, eine Maßnahme, die die Sandinisten bis auf den Nerv treffen mußte. 1983 hatte bereits das Contadora-Mitglied Venezuela wegen angeblicher Zahlungsschwierigkeiten Nicaraguas seine Vorzugslieferungen eingestellt. Eingesprungen war die Sowjetunion, die nun 52 % des nicaraguanischen Erdölbedarfs gegen Kredit lieferte. Die restlichen 48 % bezog Nicaragua aus Mexico. Anfang September meldete die amtliche Nachrichtenagentur Nicaraguas, daß man in Verhandlungen über eine Wiederaufnahme venezuelanischer Erdöllieferungen stehe, um somit die Abhängigkeit von sowjetischem Erdöl (wegen der langen Transportwege) zu verringern. Wenn die Meldung des „Economist" der Wahrheit entspricht, ist es nicht schwer, sich vorzustellen, in welch kritische Lage Nicaragua bei Ausfall der Hälfte seines Erdölbedarfs gekommen wäre, ohne die Möglichkeit sofort von irgendwoher Ersatz zu bekommen.

The Detroit Free Press

Ende der Verhandlungslösung?

Vor der ersten offiziellen Stellungnahme Washingtons setzte sich Reagans Sonderbotschafter für Mittelamerika, Harry Shlaudeman, gen Krisenregion in Bewegung. Sein überraschend durchgeführter Blitzbesuch in verschiedenen Hauptstädten des Isthmus ließ nichts Gutes erahnen. Angeblich unterrichtete er „die Freunde" über den Stand seiner Gespräche, die er seit Monaten mit dem Vizeaussenminister Nicaraguas, Tinoco, im mexikanischen Seebad Manzanillo führte. Wie sich jedoch kurz darauf herausstellen sollte, übte er Druck auf die jeweiligen Regierungen aus, ihre festzugesagte Unterschrift unter das Contadora-Dokument wieder zurückzuziehen.

Am 2. Oktober kam dann die offizielle Reaktion der USA. Man sehe die Formulierungsphase keineswegs als abgeschlossen an, so der Sprecher des US-Außenministeriums Alan Romberg. Gleichzeitig beschuldigte er die Sandinisten, durch plötzliche Eile eine Lösung bewußt zu sabotieren. Der Entwurf sei unzureichend und zu weich und müsse auf jeden Fall umgeschrieben werden.

Fast zeitgleich zu den von Romberg geäußerten „Vorbehalten" meldeten Honduras, Guatemala, El Salvador und Costa Rica ebenfalls ihre „Bedenken" gegen

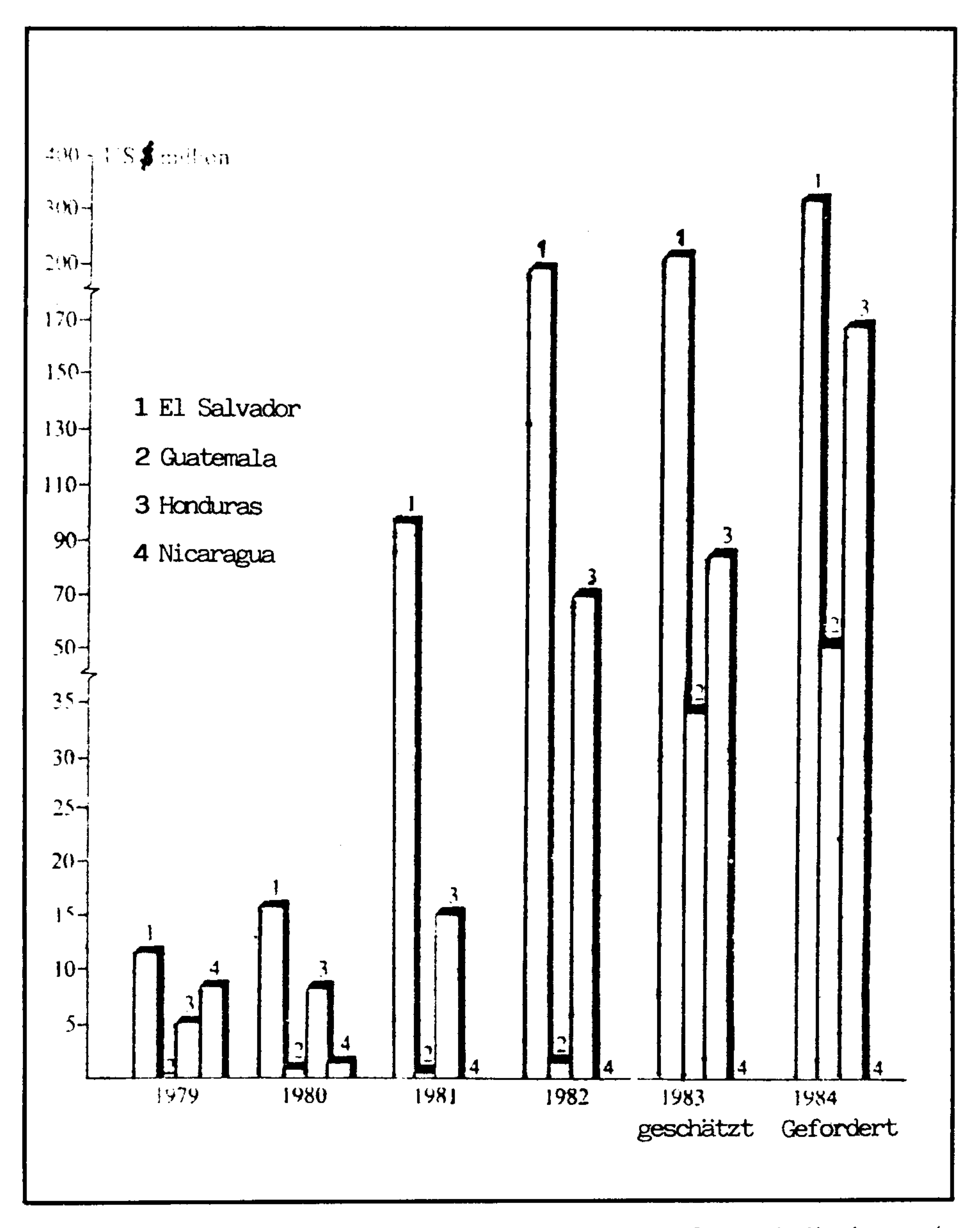
das Dokument an — natürlich und zufälligerweise mit den gleichen „Argumenten" wie das US-Außenministerium — und forderten „operative Änderungen". Ein vertrauliches Arbeitspapier, daß am 11. Oktober Journalisten zugespielt wurde, präzisierte die Änderungswünsche der USA in insgesamt acht Punkten. Nach Auffassung Washingtons würde Nicaragua hier eindeutig und einseitig begünstigt werden.

1.) sei die Unterscheidung zwischen Militärberatern, die für Ausbildung und solchen, die für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten zuständig sind, nicht effektiv. Dadurch müßten die USA die meisten ihrer Leute, wie im Vertrag vorgesehen, sofort abziehen, während Kubaner und Sowjets weiterhin noch einige Zeit in Nicaragua verweilen könnten,
2.) wolle man sich nicht das Recht nehmen lassen, internationale Manöver in der Region abzuhalten und Militärschulen zu unterhalten,
3.) solle über die Truppenbegrenzung vor einer Vertragsunterzeichnung verhandelt werden und
4.) sei ein sofortiger Aufsrüstungsstop nur im Interesse Nicaraguas, weil dadurch die Überlegenheit Managuas zementiert werde,
5.) seien die Überwachungsmaßnahmen zur Beendigung der Unterstützung von Aufstandsbewegungen mangelhaft,
6.) müßten die USA ihre Waffenlieferungen an El Salvador einstellen, was binnen kurzem zum Sturz Duartes führen würde.
7.) hätte die Kommission zur Überwachung demokratischer Spielregeln keine effektiven Machtbefugnisse und
8.) lehne man es ab, ein Zusatzprotokoll zu unterzeichnen, da es auch Kuba und der Sowjetunion die Möglichkeit einräume, gleiches zu tun. Dadurch würde ihnen eine politische Rolle zugestanden, die ihnen in Zentralamerika nicht zustehe.[46]

Die Reaktion der Contadora und Nicaraguas auf die neuerlichen Einwände fiel eindeutig aus. Mexicos Außenminister Sepulveda erklärte im Namen der Contadora, daß der Friedensprozeß schon zu weit fortgeschritten sei, als daß der Plan noch einmal umgeschrieben werden könne. Auch Nicaragua lehnte jegliche Modifizierungen am vorliegenden Dokument ab und bezeichnete ein Nichtzustandekommen als ein „entsetzliches Unglück".

US-Außenminister Shultz, der am 10. Oktober eine dreitägige Rundreise durch die Region antrat, in deren Verlauf er auch an der Amtseinführung des panamaischen Präsidenten Ardito Barletta teilnahm, muß gute „Überzeugungs"arbeit geleistet haben; denn wie anders ist es erklärlich, daß nur anderthalb Wochen nach der Erklärung Sepulvedas, die Contadora-Gruppe auf ihrer Madrider Sitzung am 17. 10. über Änderungen am Friedensplan beriet. Costa Rica, Honduras, El Salvador und Guatemala begrüßten die Madrider Beratungen überschwenglich. In einer gemeinsamen Erklärung nahmen sie u. a. „...mit Genugtuung das gemeinsame Kommunique der Aussenminister der Contadora-Gruppe entgegen, das am 17. Oktober in Madrid herausgegeben wurde, in dem es heißt, die unterbreiteten Bemerkungen (Costa Ricas, El Salvadors, Guatemalas und Honduras; d. Verf.) würden sich zweifellos als sehr nützlich erweisen, und in dem bestätigt wird, daß ihre Einbeziehung in das Dokument ratsam sein werde. . ."[47]

Vorerst letzter Akt der Friedensinitiative ist seit Mitte November, daß die Contadora sich jetzt auch offen hinter die von den USA vorgebrachten Änderungswünsche stellt. Der kolumbianische Außenminister Ramirez sagte am Rande der Jahreskonferenz der OAS in Brasilia, daß die Contadora ihre Friedensvorschläge abändern wolle, um somit den Vorstellungen der USA entgegenzukommen. Wohlgemerkt: denen der USA!



Militärische Hilfsprogramme der Vereinigten Staaten an El Salvador, Guatemala, Honduras und Nicaragua 1979-1984 (Nicaragua bis zum Sturz Somozas)

Schlußbetrachtungen

Innerhalb der letzten Jahrzehnte haben nur wenige Ereignisse der internationalen Politik ähnlich deutlich machen können, wie nationale Souveränität zum Popanz US-amerikanischer Interessen degradiert wird. Der liberaleren Amtsführung eines Jimmy Carter setzte Ronald Reagan die unheilvoll bekannte Politik der Stärke entgegen, die in ihren Facetten zwar weniger intelligent ist, dafür aber außerordentlich effizient. Die verschiedenen politischen Strömungen der US-Administration, mit denen einige seiner Amtsvorgänger mehr oder minder gut zu leben wußten, sind spätestens seit dem Rücktritt Alexander Haigs vom Posten des Außenministers nur noch schwach vertreten. Die ultrarechte kalifornische Mafia, scheint sich durchgesetzt zu haben. Noch halten zwar Senat und Repräsentantenhaus als korrigierendes Regulativ zur Regierungspolitik

Ronald Reagan einigermaßen in Zaum; der Option einer militärischen Lösung aber haben auch sie bislang nur wenig entgegenzusetzen gehabt. Sie bleibt drohend im Raum. Im Mehrakter „Contadora" wird auch in Zukunft vom Weißen Haus Regie geführt werden, selbst wenn der eine oder andere lateinamerikanische Akteur ersetzt werden sollte.

Erschrecken muß aber zweierlei. Erstens, der sang- und klanglose Verzicht vieler lateinamerikanischer Staaten auf „ihre" so oft beschworene Identität zugunsten des schnöden Mammons. Die weltweite wirtschaftliche Depression hat sie in aller Stille zu Grabe befördert. An ihre Stelle ist das Regiment internationaler, von den Vereinigten Staaten dominierter, Finanzorganisationen getreten und die nehmen in der Regel wenig Rücksicht auf dererlei sozialromantischen Firlefanz. Die Hoffnungsträger einer eigenständigeren Entwicklung, wie z. B. Mexico, scheinen vorerst (?) kapituliert zu haben, sind durch eine unverantwortliche Verschuldungspolitik erpressbar geworden. Den kleineren Staaten des Isthmus kann man wohl kaum den Vorwurf machen, daß sie nicht Motor einer progressiven Entwicklung sind. Die Spielräume aber sind sehr eng geworden. Auch und gerade Nicaragua bekommt dies immer mehr zu spüren und es ist zu bezweifeln, ob Managua sich auf Dauer dem mannigfaltigen Druck entziehen kann. Selbst wenn man den wirtschaftliche Pressionen trotzen sollte — bei einer offenen militärischen Intervention wäre es, so die Lage der Dinge im Moment, nur auf sich gestellt.

Zweitens, muß aus bundesdeutscher Sicht nachdenklich stimmen, mit welcher Unverfrorenheit amtlicherseits seit der Wende mit der Realität verfahren wird und wie wenig noch von einer relativ unabhängigen Außenpolitik gegenüber den USA zu verspüren ist. In fester Nibelungentreue, hat die konservative Bundesregierung sich zu bedingungs- und bedeutungslosen Ja-Sagern der aggressiven nordamerikanischen Politik entwickelt.

Hilfe für El Salvador Ja; für Nicaragua Nein. Wie formulierte doch jüngst sehr treffend die „Frankfurter Rundschau": „Gute Wahlen in El Salvador, schlechte Wahlen in Nicaragua; gute Diktatur in Chile, schlechte Comandantes in Nicaragua..."[48]

Der Kommentar bezog sich auf die Regierenden in Washington. Er könnte ebensogut für Bonn gelten. Allzu dekkungsgleich ist beider politisches Weltbild. Vier Bundestagsdebatten innerhalb eines Jahres und ungezählte Äußerungen führender CDU/CSU/FDP-Politiker zum Thema, lassen daran keinen Zweifel aufkommen.

Peter Hübner

Anmerkungen

1 Übrigens keine besonders neue Methode der US-Politik. Man sollte sich zum Beispiel mal die Geschichte Guatemalas ansehen. 1954 wurde dort die erste und bislang einzige demokratische Phase des Landes durch einen CIA-inszenierten Putsch blutig beendet. Monatelang hatte die damalige US-Regierung die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) dazu benutzt, auf die kommunistische Gefahr, die von Guatemala angeblich ausging, hinzuweisen.
2 Süddeutsche Zeitung, v. 25.4. 83
3 FAZ, v. 30. 3. 83
4 Sie bestand aus Repräsentanten aller neun Länder.
5 Der vollständige Wortlaut des Kommuniques u. a. in „El País" (Madrid) v. 19.7. 83 und „Uno Más Uno" ( ) v. 18.7.83



6 El País, v. 19. 7. 83
7 Siehe u. a. Interview mit Außenminister Sepúlveda. Auf die Feststellung, daß die Sandinisten erst für 1985 Wahlen planten, antwortete er: „Dort müssen erst einmal tragfähige politische Strukturen aufgebaut werden." FAZ v. 21.5. 83
8 Z. B. Intensivierung geheimdienstlicher Operationen des CIA lt. „New York Times" die umfangreichsten seit Beendigung des Vietnam-Krieges; Verstärkter Ausbau des „Flugträgers" Honduras mit Waffen nebst Militärberatern; umfangreiche Militärmanöver an den Grenzen zu Nicaragua; Nichtausschließung einer Seeblockade Nicaraguas seitens der USA usw. usf.
9 Grenz, Wolfgang, in: Jahrbuch Dritte Welt. Daten. Übersichten. Analysen, München, 1984, S. 216
10 Der vollständige Text findet sich u. a. in: „El Nacional" (Caracas), v. 8.12. 83
11 Rikhye, I., Cild, J.: Vertrauensbildung in Mittelamerika. Der Beitrag der Weltfriedensakademie zum Contadora-Prozeß, in: Vereinte Nationen. Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen, Nr. 3/84, Bonn, 1984, S. 89
12 ebenda, S. 88
13 ebenda, S. 88
14 „Los Angeles Times", v. 13.9. 83, zitiert nach: NACLA. Report on the Americas, Vol. XVIII, No. 4, July/August 1984, S. 48
15 „Monitor-Dienst", v. 10. 1. 84, S. 2
16 vergl. FR, v. 10. 1. 84
17 vergl. FR, v. 11. 1. 84
18 Zur „Kissinger-Kommission" und ihre Empfehlungen vergl. „Blätter des Iz3W", Nr. 115, Februar 1984, S. 31-35
19 „Economist" (London), v. 23. 7. 83
20 zitiert nach NACLA, a. a. O., S. 49
21 vergl. „Inforpress Centroamericana" (Guatemala) v. 3. 5. 84
22 US-Außenminister Shultz hatte gedroht, daß Reagan notfalls auch ohne Zustimmung des Kongresses weitere Militärhilfegelder an El Salvador und die „Contra" bewilligen könnte. (vergl. FR, v. 8.3. 84, FR, v. 10.3. 84, TAZ v. 10.3. 84, FR v. 12.3. 84)
23 „Der Spiegel", v. 14.4. 84
24 Der US-Delegierte begründete sein Veto damit, daß die Resolution ungerecht sei, weil die zahlreichen Angriffe, denen El Salvador ausgesetzt sei, nicht erwähnt würden. Großbritannien enthielt sich der Stimme. Die restlichen 13 Mitglieder des Sicherheitsrates stimmten der Resolution zu.
25 Zur Hebung der Stimmung trug auch nicht gerade bei, daß Washington schon vorab erklärte, einen Urteilsspruch des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag, den Nicaragua wegen der Verminung angerufen hatte, nicht anzuerkennen. Diese Haltung wurde zwar einen Monat später modifiziert (am 11. Mai), war aber rein taktischer Art, wie auch die Entwicklung vom Januar 1985 beweist. Vergl. FR, v. 6.4. 84 und FR, v. 21.1. 85
26 „Le Monde", v. 3.5. 84
27 Auszüge der Rede, in: „ Infopress Centroamericana" (Guatemala), v. 17.5. 84. Eine ausführliche Zusammenfassung findet sich in: FAZ, v. 11. 5. 84
28 The Economist, v. 19.5. 84, S. 41
29 FAZ, v. 21.5. 84
30 vergl. „Der Spiegel", v. 11.6. 84
31 So trafen der Mittelamerika-Beauftragte der USA, Harry Shlaudeman und der Vizeaußenminister Nicaraguas, Víctor Tinoco, mehrmals in Mexiko zusammen; allerdings ohne Ergebnis. Auch die überraschende Reise Außenminister Shultz nach Managua Anfang Juni, muß unter dem Aspekt der Unverbindlichkeit gesehen werden.
32 Laut FR vom 24.1. 85 hat die Nationalversammlung am 22.1. 85 ein Amnestiegesetz beschlossen, daß für **alle** Nicaraguaner d. h. auch für Anführer der Contra, gilt.
33 vergl. FR, v. 6.12. 83. Zwar hatten die Sandinisten Ende 1983 eine Amnestie für ca. 12.000 Contras verkündet, aber gleichzeitig betont, daß sie weder für ehemalige Angehörige der Nationalgarde und der Sicherheitspolizei Somozas, noch für antisandinistische Guerillaführer gelte.
34 La Nación (San José), v. 12. 7. 84
35 ebenda
36 Inforpress Centroamericana (Guatemala), v. 14.6. 84
37 vergl. Inforpress Centroamericana (Guatemala), v. 19. 7. 84
38 Guatemala und Honduras ließen sich nur noch durch „Experten" vertreten und nicht, wie ursprünglich vereinbart, durch ihre Vizeaußenminister. vergl.. „Generalanzeiger", v. 31. 8. 84
39 vergl. El País (Madrid), v. 28.8. 84
40 FAZ v. 14.7. 84
41 vergl. FR v. 26. 11. 84
42 vergl. TAZ, v. 11.9. 84
43 vergl. Monitor-Dienst, v. 5.10. 84
44 vergl. Erklärung von Außenminister Paz Barnica (Honduras) vom 18.9. 84, abgedruckt in: Monitor-Dienst, v. 21.9. 84
45 vergl. FR v. 26.11. 84
46 vergl. NZZ v. 14./15. 10. 84
47 MD v. 22.10. 84
48 FR v. 13.11. 84

Nicaragua

Streitkräfte (insgesamt): 61.800 Personen

Ausrüstung Heer:
- 60 schwere Kampfpanzer T-54 und T-55
- 10 leichte Panzer PT-76
- 10 Straßenpanzer STAGHOUND
- 20 gepanzerte Transportfahrzeuge BTR 40/80/152
- 30 Kanonen M-1942 (76 mm), 12 (105 mm), 24 M-1938-Haubitzen (122 mm), einige 12D-20 Haubitzen (152 mm), vielleicht 12 Raketenwerfer BM-21 (122 mm)
- 24 Mörser (120 mm)
- unbestimmte Anzahl rückstoßfreier Geschütze mit Selbstantrieb SPG-9 (73 mm)
- 48 Luftabwehrgeschütze ZIS-2 (57 mm)
- unbekannte Anzahl von Boden-Luft-Raketen

Kriegsmarine: 300 Personen
Ausrüstung Marine:
- 1 Landungsboot
- 1 französisches DABUD-Boot
- 1 SEWART
- 8 Patrouillenboote

Luftwaffe: 1.500 Personen (einschl. Luftabwehr)
Ausrüstung Luftwaffe:
- 2 Transportflugzeuge C-47 (Made in USA)
- 1 ARAVA Transport- und Beobachtungsflugzeug (Israel)
- 1 C-212A Transport- und Beobachtungsflugzeug (Spanien)
- 3 T-33A Trainingsflugzeuge (USA)
- 3 T-28D Trainingsflugzeuge (USA)
- 2 ALOUETTE III Hubschrauber (Frankreich)
- 2 OH-6A Hubschrauber (USA)
- 6 L-39 (für Trainingszwecke)

Luftabwehr (Heer/Luftwaffe)
- 138 ZPU-4 (14-5 mm) ZU-23 (23 mm)
- 6 M-1939 (37 mm)
- einige Geschütze M-1950 (57 mm)
- unbestimmte Anzahl SA-7SAM Raketen (UdSSR)
- 100 französische MATRA Raketen LRF-2 (68 mm) sind bestellt

Paramilitärische Kräfte:
- 4.000 Grenzschützer (Heer)
- 6 Bataillone Zivilmilizen mit ca. 40.000 Ausgebildeten

Guatemala

Streitkräfte (insgesamt): 10.000 Personen
Heer :38.000 Personen

Ausrüstung Heer:
- 8 leichte Panzer AMX-13
- 10 leichte Panzer M-41A3
- 7 leichte Panzer M-3A1
- 10 Straßenpanzer RBY-1
- 6 Straßenpanzer M-3A1
- 7 Straßenpanzer Commando V-150 APC
- 12 Haubitzen M-116 (75 mm)
- 36 Haubitzen M-101 (105 mm)
- Unbestimmte Anzahl Mörser M-1 (81 mm)
- 12 Mörser M-30 (107 mm)
- 12 Mörser ECIA (120 mm)
- 12 Flugabwehrgeschütze M-1A1 (40 mm)

Kriegsmarine: 1.000 Personen
Ausrüstung Marine:
- 15 Küstenpatrouillenboote
- 1 Landungsboot und 2 gepanzerte Transportschiffe
- 8 kleine Kampfschiffe
- 12 Angriffsschiffe ZODIAC (für die Marineinfanterie)

Luftwaffe: 1.000 Personen
Ausrüstung Luftwaffe:
- 16 Kampfflugzeuge
- 4 Kampfhubschrauber
- 1 Geschwader COIN (**Counterinsurgency**) mit 10 A-37B und 6 PC-7 Turbo-Trainer
- 1 Transportgeschwader mit 1 DC-6B, 10 C-47 und 8 ARAVA
- 1 Nachschubgeschwader mit 17 CESSNA, 4 17OA/B, 8 172K, 2 180, 2 U-206C und 1 310
- 1 Hubschraubergeschwader ausgerüstet mit BELL: 9 UH-1D (4 davon mit Artillerie-Bestückung), 1 212, 6 412, 5 206B und 4 206L-1
- 1 SUPER KING AIR 200
- 5 PC-7 Turbo-Trainer, 5 T-33-A, 3 T-37C und 12 T-41. Alle Maschinen für Ausbildungszwecke.

Paramilitärische Kräfte:
National Polizei: 9.500 Personen
Finanz Polizei: 2.100 Personen
Territorial Miliz: 500.000 Personen (wahrscheinlich 70.000 Bewaffnete) und 10 leichte Flugzeuge (gepanzert)

Honduras

Streitkräfte (insgesamt): 17.200 (davon 12.250 Wehrpflichtige)
Heer: 15.500 Personen (davon 12.000 Wehr pflichtige)
Ausrüstung Heer:
- 16 leichte Panzer SCORPION
- 12 Erkundungspanzer („tanquetas de reconocimiento") RBY
- 24 Haubitzen M-102 (105 mm), unbestimmte Anzahl Geschütze M-116fr (75 mm) und M-1 (81 mm)
- 30 Mörser (120 mm)
- unbestimmte Anzahl von 106 mm Geschütze
- 9 Patrouillenschnellboote mit Artillerie-Bestückung

Luftwaffe: 1.200 Personen (davon 200 Wehr pflichtige)
Ausrüstung Luftwaffe:
- 20 Jagdbomber DASSAULT SUPER-MYSTERE B-2 (Made in Israel unter französischer Lizenz)
- 10 Jagdbomber SUPER-SABRE F-86E (USA)
- 10 Jagdbomber DRAGONFLY COIN A-37B
- 24 Ausbildungsflugzeuge TROJAN T-28 (USA)
- 7 Ausbildungsflugzeuge TROJAN 41-A (USA)
- 8 Ausbildungsflugzeuge TUCANO EMB-312 (Brasilien, mit der Option auf 4 weitere)
- 3 Transport- und Aufklärungsflugzeuge ARAVA (Israel)
- 10 Transportflugzeuge C-47 (USA)
- 4 Ausbildungsflugzeuge AVIOJET C-101BB
- 2 CESSNA 180 und 2 CESSNA 185 (USA)
- 1 Kampfflugzeug PA-31 CHEYENNE (USA)
- 3 Hubschrauber S-76 (USA)
- 20 Hubschrauber BELL UH-1H (USA)
- 5 Hubschrauber UH-1B
- 3 Hubschrauber BELL UH-19B

El-Salvador

Streitkräfte (insgesamt): 41.650 Personen
Heer:39.000 Personen
Ausrüstung Heer:
- 12 leichte Panzer AMX-13
- 18 Straßenpanzer AML-90
- 10 M-113
- 20 Straßenpanzer UR-416
- 30 M-101
- 6 Geschütze Yug M-56 (105 mm)
- 6 Haubitzen M-114 (155 mm)
- 8 Mörser UB-M52 (120 mm)
- unbestimmte Anzahl Mörser (81 mm), M-18 (57 mm), M-20 rückstoßfreie Geschütze (75 mm), Raketenwerfer LAW und Luftabwehrgeschütze L/70 (40 mm)

Kriegsmarine: 300 Personen
Ausrüstung Marine:
- 6 Patrouillenboote

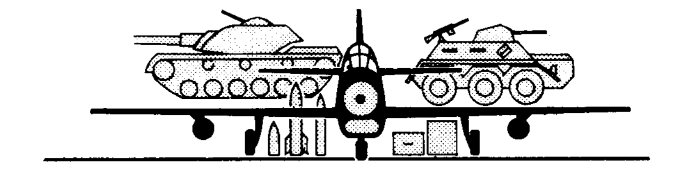
Luftwaffe: 2.350 Personen
Ausrüstung Luftwaffe:
- 59 Kampfflugzeuge (insgesamt)
- 9 Hubschrauber mit Artilleriebestückung
- 2 Kampfgeschwader mit 11 OURAGAN und 18 SUPER-MISTERE B-2 (Israel, unter französischer Lizenz)
- 1 Geschwader COIN (**Counterinsurgency**) mit 7 MAGISTER und 17 A-37
- 1 Aufklärungseinheit mit 6 O-2
- 1 Transportgeschwader mit 5 C-47, 2 DC-6B, 5 ARAVA und 2 C-123K
- 2 Hubschraubergeschwader (1 COIN mit 9 UH-1H, 1 Meldegeschwader mit 3SA-315B, 2 ALOUETTE III und 1 FH-1100)
- 3 T-34, 8 T-6, 6 T-41, 9 CESSNA (7 180, 1 182 und 1 185), und 3 CM-170 MAGISTER (alle Maschinen für Ausbildung)
- 1 Bataillon Fallschirmspringer
- 1 Luftabwehrbataillon mit Yug M—55-Geschützen (20 mm)
- bestellt sind 9 Hubschrauber BELL UH-1H (USA)

Paramilitärsche Kräfte:
Nationalgarde: 2.500 Personen
Nationlapolizei: 4.500 Personen
Finanz Polizei: 2.500 Personen (vor allem bekannt durch ihre enge Verbindung zu den Todesschwadronen)
ORDEN: 70.000 Personen

Quellen:

1) World Armaments and Disarmament. SIPRI Yearbook 1984 Berghamra, Schweden
2) Goldblat, J., Millàn, V.: The military balance. 1984—1985, IISS, London
3) New York Times, v. 18. 11. 1984

Der Journalist Gregorio Selser hat die Daten zusammengestellt.



Militarisierung im Pazifik

Nur spärlich fließen die Informationen aus der weit entfernten, aber höchst brisanten Pazifik-Region in die Bundesrepublik. Gewisse Publizität erhält gegenwärtig Neuseeland, dessen neuer Premierminister den Südpazifik zur „nuklearfreien Zone“ erklären lassen will und bei der nächsten UNO-Vollversammlung einen Entschließungsantrag für ein totales Verbot von Atomversuchen im Pazifik einbringen wird.

Ein Antrag auf die Errichtung einer nuklearfreien Zone im Pazifik wurde bereits 1975 von Neuseeland und Fidschi bei der UN-Vollversammlung eingebracht, die diesen Vorschlag zwar akzeptierte, aber keine weiterreichenden Konsequenzen daraus zog, zumal sich die USA und die UdSSR der Stimme enthielten. Letztes Jahrs schlug Australien den anderen Pazifik-Staaten vor, eine „partielle atomfreie Zone“ zu schaffen, in der Entwicklung, Produktion, Testen und Gebrauch von Atomwaffen sowie ihre Stationierung bis zum 10. Breitengrad verboten werden soll, nicht aber den „Nukleartransit“ auf dem See- oder Luftweg. Diese Klausel ist ein deutliches Zugeständnis an die USA, die den freien Nukleartransport „als eine der Grundbedingungen für die Akzeptierung einer atomwaffenfreien Zone“ fordert. [1]

Auf einer Konferenz aller Pazifik-Staaten verweigerte der Präsident Neu-Guineas, Michael Somare, seine Zustimmung zu dieser Vereinbarung: „Alle im Pazifik unterstützen die Idee einer Bannung der Atomwaffen. Jedes Land hat einen anderen Ansatz; eine atomwaffenfreie Zone hat aber keinen Sinn, wenn wir atomwaffenbestückte Schiffe akzeptieren.“ [2]

Die Diskussion um eine nuklearwaffenfreie Zone wird auf der nächsten Pazifik-Konferenz fortgesetzt, und es ist abzuwarten, zu welchen Ergebnissen das Pazifik-Forum kommt. Deutlich ist jedenfalls, daß ein nuklearwaffenfreier Pazifik den Plänen der USA diametral entgegensteht. So ließ der ehemalige US-Botschafter auf Fidschi bereits verlauten, daß die USA „alles in ihrer Macht stehende tun müssen, um die atomwaffenfreie Bewegung im Pazifik lahmzulegen“. [3]

Der US-Außenminister hat bereits die Aufhebung der Handelspräferenzen Neuseelands mit den USA angedroht, falls der neuseeländische Premier ein Anlegeverbot atomwaffenbestückter Schiffe durchsetzt. Angesichts der „ohnehin schon schwachen Wirtschaftslage kann Neuseeland kaum einer ökonomischen Erpressung durch die Reagan Administration standhalten“, kommentierte das Pacific Bulletin im August den ambitiösen Plan Neuseelands.

Wenn man sich die Entwicklung Belaus vergegenwärtigt, das 1979 eine „atomwaffenfreie“ Verfassung verabschiedet hat und 1982 auf Druck der USA einen „Vertrag über freie Assoziierung“ unterzeichnete, sind die Chancen für ein nuklearwaffenfreies Neuseeland als nicht sehr aussichtsreich zu bezeichnen. Der Vertrag über freie Assoziierung hebt das Anlegeverbot für atombestückte Schiffe auf und steht somit im Widerspruch zur Verfassung Belaus, die entsprechend abgeändert werden muß, soll der Vertrag in Kraft treten. Bei insgesamt 5 (!) Volksabstimmungen (die letzte Abstimmung war im September) konnte die erforderliche 75 %-Mehrheit für eine Verfassungsänderung nicht erzielt werden. Schon 1983 hat der Oberste Gerichtshof Belaus bestätigt, daß der Vertrag aufgrund der fehlenden Majorität nicht in Kraft treten kann.

Trotz der eindeutigen Entscheidung der Bevölkerung für eine atomwaffenfreie Verfassung will die USA diesen Beschluß nicht akzeptieren, so daß so lange weitere Volksabstimmungen zu erwarten sind, bis sich 3/4 der Bevölkerung für eine Verfassungsänderung aussprechen. Der hartnäckige Widerstand der Bevölkerung Belaus gibt uns einen Hinweis auf die starke anti-nukleare Bewegung im Pazifik, die — von Europa weithin unbeachtet — seit 10 Jahren für einen atomwaffenfreien Pazifik kämpft.

Die Philippinen — strategischer Grundpfeiler der USA

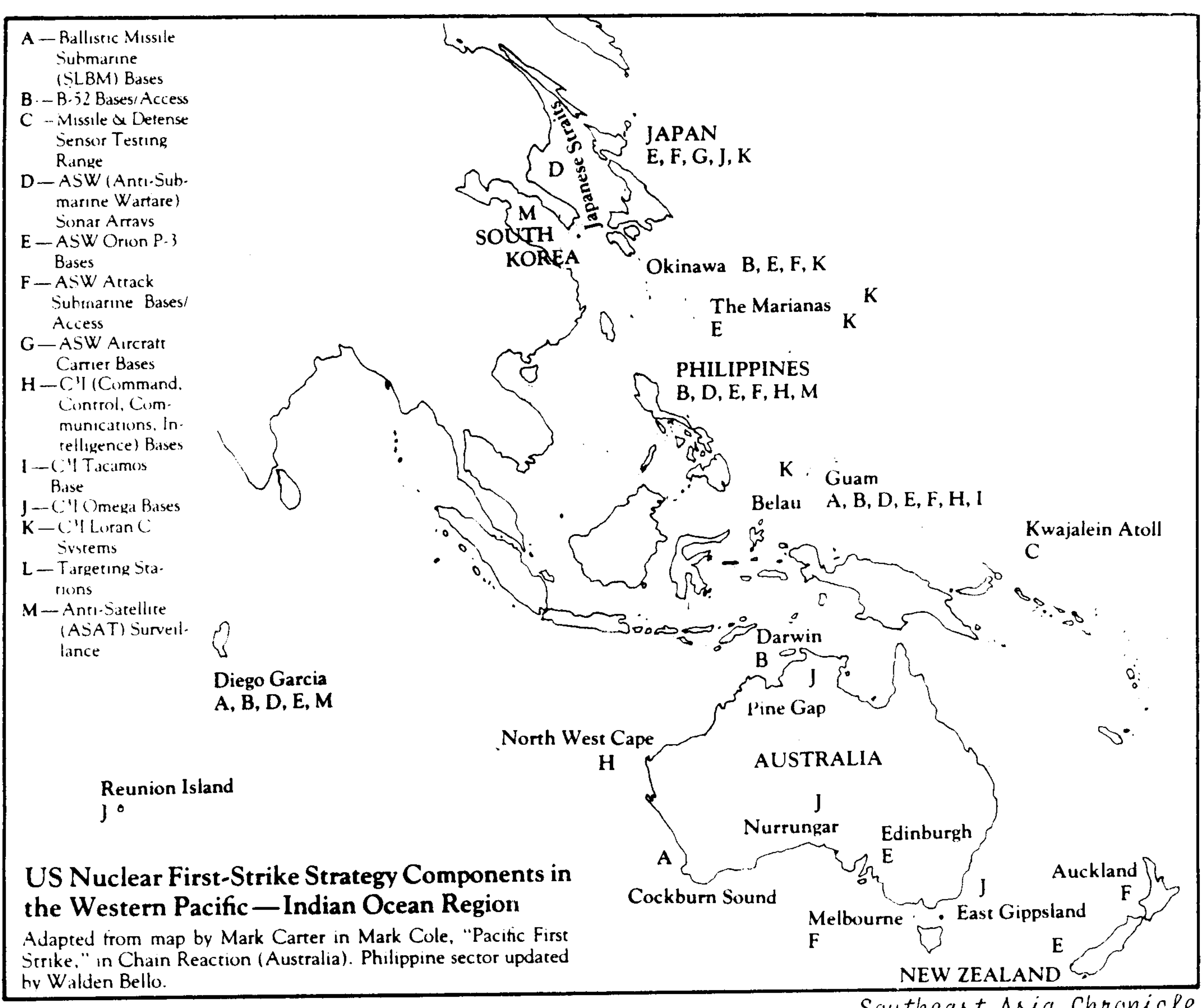
Wie außerordentlich wichtig der Pazifik-Raum für die USA ist, läßt sich nicht nur an den dortigen amerikanischen, wirtschaftlichen Aktivitäten ermessen, [4] sondern viel mehr an der militärisch-strategischen Planung der USA.

Bereits 1984 ließ der Kommandeur der „Okkupationsarmee“ in Japan verlauten, daß „die strategischen Grenzen der USA nicht mehr die Westküste Nord- und Südamerikas sind, sondern die Ostküste des asiatischen Kontinents“.

Ein Beamter des US-Außenministeriums fügte im gleichen Jahr hinzu, „daß Japan und die Philippinen die Grundsteine eines pazifischen Sicherheitssystems bilden, und daß, wenn wir eine andauernde effektive Kontrolle über diese Gebiete behalten, unsere Sicherheit nicht ernsthaft vom Osten bedroht werden kann“.[5]

Infolgedessen „mußten unsere Beziehungen mit den Philippinen derart gestaltet werden, daß der philippinischen Regierung die Unabhängigkeit in allen internen Angelegenheiten erlaubt, aber das Archipel als ein Bollwerk des US-Sicherheitssystems in diesem Gebiet aufrechterhalten wird.“ [6] Entsprechend dieser Zielsetzung errichteten die USA auf den Philippinen die größten Militärbasen im pazifischen Raum, ja sogar „wahrscheinlich die wichtigsten Basen in der Welt, wenn man die amerikanischen Marinepläne betrachtet.“[7]

Und da es laut Admiral R. Long, der bis Mitte 83 amtierende Chef des Pazifikkommandos war, „am wahrscheinlichsten ist, daß es in dieser Region zu einer Auseinandersetzung mit der Sowjetunion kommen wird“,[8] ist es leicht einsehbar,



US Nuclear First-Strike Strategy Components in the Western Pacific — Indian Ocean Region

Adapted from map by Mark Carter in Mark Cole, "Pacific First Strike," in Chain Reaction (Australia). Philippine sector updated by Walden Bello.

Southeast Asia Chronicle

daß die US-Militärstützpunkte auf den Philippinen wie auch die anderen Militärbasen im Pazifik für die USA unverzichtbar sind. Noch entscheidender sind diese Basen für die Strategie des „Erstschlages", „die jetzt die strategische Planung der USA beherrscht", und von der New York Times als „neue Strategie für den Atomkrieg" bezeichnet wurde, die „der Attackierung militärischer Ziele in der Sowjetunion Priorität gibt und die bisherige „Abschreckungsstrategie" ablöst, die den Schwerpunkt auf die Zerstörung russischer Städte und Industrieanlagen setzte." [9]

Ausschlaggebend für den vermeintlichen Erfolg dieser „Erstschlagsstrategie" ist für Militärexperten die Verknüpfung der „hardware", also die Waffensysteme, mit der „software", — das sind die neuen Kommunikations-, Kontroll- und Kommandotechnologien —, die auf den Philippinen stationiert sind. Besonders gefährlich könnten für die Sowjets die P-3C-Orion Flugzeuge zur Anti-U-Boot-Kriegsführung (ASW) sein, die — ausgerüstet mit einer atomaren Wasserbombe — sowjetische SLBM-Träger U-Boote aufspüren sollen. Durch die im sog. C 3 I Komplex zusammengefaßten Kommando-, Kontroll-, Kommunikationssysteme und Nachrichtendienste, die in diversen Stützpunkten auf den Philippinen errichtet wurden, können nachrichtendienstliche Mitteilungen von der Anlage Pine Gap[10] in Australien aufgefangen werden, so daß - „sobald die Sowjets ihre Raketensilos öffnen, um Probeschüsse abzugeben" — unmittelbar von den Philippinen aus reagiert werden könnte. Aufgrund des C 3 I Systems werden die Philippinen dann auch „als das regionale Hauptbüro für die CIA-Kommunikationsverbindungen angesehen".[11]

Auch bei der Realisierung der US-Strategie „einen langandauernden Konflikt mit konventionellen Waffen in verschiedenen Regionen der Welt gleichzeitig"[12] führen zu können, sind die Militärstützpunkte von größter Bedeutung, da von ihrem Boden aus US-Militär samt Ausrüstung in kürzester Zeit in andere Regionen transportiert werden kann. So prahlte der Kommandeur des Luftstützpunktes Clark auf den Philippinen, daß die Jagdflugzeuge des Typs „Phantom" (F-4) 12 Stunden nach Abflug von hier in Ostafrika [13] sein können.

Das amerikanisch-japanische Militärbündnis

Aber nicht nur die Philippinen sind von größer Bedeutung für die USA, sondern ebenfalls die anderen amerikanischen Bündnispartner in diesem Teil der Erde, wie Japan und Südkorea.

Der japanische Ministerpräsident Nakasone unterstützt den Plan der USA einer militärischen Vorherrschaft über den Pazifik. Im Januar 83 erklärte er gegenüber der Washington Post: „... der gesamte japanische Archipel ... sollte einem unsinkbaren Flugzeugträger gleichen, der ein gewichtiges Verteidigungs-Bollwerk gegen die Infiltration (sowjetischer) Backfire-Bomber bildet. Diese Bomber an der Durchdringung dieser Mauern zu hindern, sollte unser erstes Ziel sein. Zweitens sollte die vollständige Beherrschung der vier Seewege angestrebt werden, welche zwischen den japanischen Inseln verlaufen, so daß ein Passieren sowjetischer Unterseeboote und ihre (der Sowjetunion) anderen Aktivitäten zur See ein Ende finden. Das dritte Ziel liegt in der Sicherung und Aufrechthaltung der Seeweg-Kommunikationslinien."[14]

Mit der Formulierung dieser Zielsetzungen „ist erstmalig ein aktives militärisches, regionales Engagement seitens Tokios formuliert bzw. übernommen worden, was sich zudem nahtlos in das offensive unter der Reagan Regierung forciert betriebene Eingreiftruppenkonzept einfügt."[15] Damit erfüllt zumindest Japan den „vielbeschworenen" Wunsch der USA nach Entlastung ihrer Aufgaben durch die Bündnispartner.

Konkret äußert sich das japanisch-amerikanische Militärbündnis darin, daß die Streitkräfte beider Verbündeten „alle 24 Stunden in wenigstens drei der fünf Meeresstraßen, die aus dem Japanischen Meer hinausführen, patrouillieren." [16] Im Fall eines Konflikts hat Japan sich verpflichtet, die Meerengen zu blockieren oder zu verminen.

Um die oben genannten Zielsetzungen und die Bündnis-Verpflichtungen, die ein japanisch-amerikanisches Konsultativkomitee für Sicherheitsfragen 1978 erarbeitete , die bis 1987 erfüllt sein sollen,[17] realisieren zu können, müßten die Rüstungsausgaben Japans erheblich erhöht werden. Einer Expansion des Militäretats steht bislang Artikel 9 der japanischen Nachkriegsverfassung entgegen, der den Rüstungshaushalt auf maximal 1 % des Brutto-Sozialprodukts festsetzt. Trotz der 1 % -Klausel ist der Militäretat für 1984 um eine Milliarde Dollar auf 12,5 Mrd. über den des Vorjahres gestiegen; er überschreitet aber noch nicht die 1 %-Grenze.

Die Bedeutung Japans für die US-Strategie beschreibt das Journal of International Affairs folgendermaßen: „Mit ihren weiträumigen Basen z.B. in Yokosuka, Iwakuni, Futemma, Naha und Kadena verfügen die USA mit ungeteilter Billigung Tokios über die bedeutsamsten, als unverzichtbar eingestuften Nordglieder einer militärstrategischen Kette, deren südliche und westliche Enden zu den Philippinen / Australien bzw. bis hin nach Diego Garcia im Indischen Ozean reichen."[18]

Den Militärstützpunkt Okinawa, der bis 1972 von den USA okkupiert war,von dem aus das japanische Festland während des 2. Weltkrieges bombardiert wurde, bezeichnen Militärstrategen als den „Eckpfeiler des Pazifik". Während des „Kalten Krieges" ist er „schnell zu einer Nuklearbase aufgerüstet worden", deren Raketen auf China und die UdSSR gerichtet waren.[19]In seiner Funktion als „Eckpfeiler des Pazifik" wird Okinawa nach Einschätzung von Experten in einem Atomkrieg der „Mittelpunkt eines nuklearen Holocaust sein".[20]

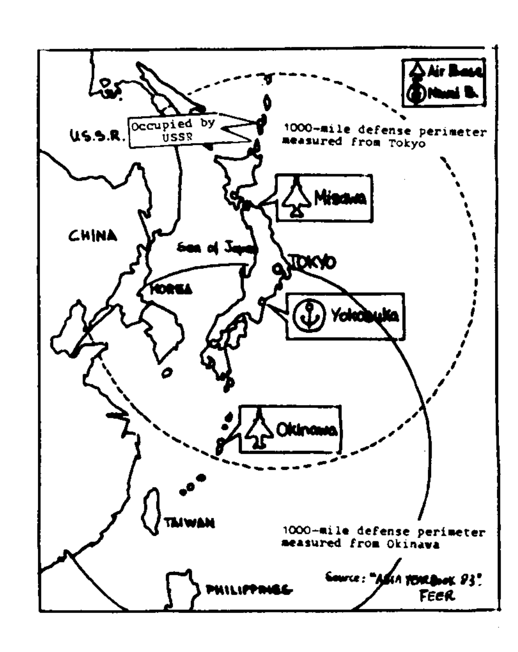
Obwohl die damalige Sato-Regierung 1972 bei der Wieder-Inbesitznahme Okinawas mit der angeblich inzwischen atomwaffenfreien Basis prahlte, werden dort Nuklearwaffen vermutet.

1. „Die dort stationierte amerikanische Marine und Luftwaffe hat Abteilungen, die auf den Umgang mit nuklearen und chemischen Waffen spezialisiert sind

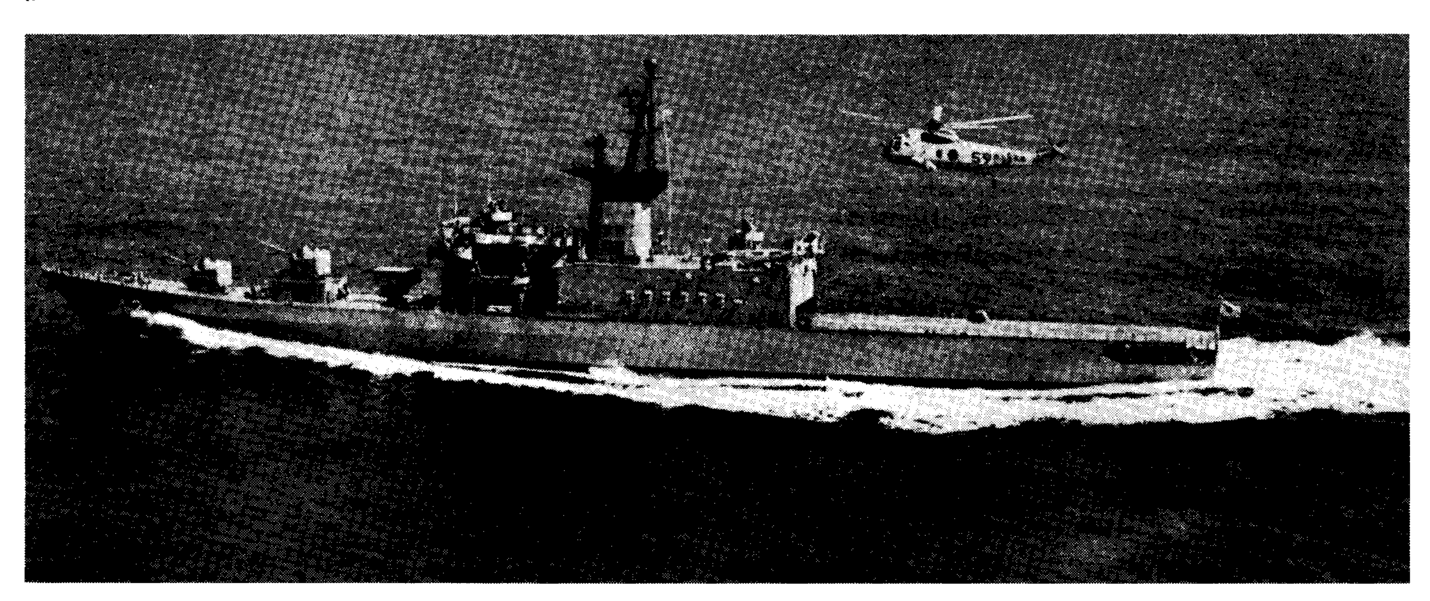
2. Die Waffenlager in Kadena und Henoko, die Atomwaffen und Ausrüstung zu ihrer Instandhaltung lagern können, wurden vor und nach der Rückgabe Okinawas nicht „angetastet".

3. Auf Okinawa sind Waffen gelagert, die mit nuklearen Sprengköpfen bestückt werden können".[21] Deutlich ist jedenfalls, daß dort jederzeit Nuklearwaffen stationiert werden können, da der japanisch-amerikanische Sicherheitspakt eine Klausel enthält, die die Stationierung von Atomwaffen in Krisenzeiten erlaubt.

Von den 32 000 Amerikanern auf Okinawa sind fast 20 000 Marineangehörige, die die größten Militärdivisionen im Westpazifik bilden. Das dritte „amphibische" Corps, das aus einer Infanterie- und aus einer Luftwaffendivision besteht und Landeoperationen der Flotte durch Luftwaffenhilfe ermöglichen soll, ist das einzige dieser Art außerhalb der USA. Das Corps arbeitet eng mit der 7. Flotte zusammen,ist in erster Linie für den Fernen Osten zuständig und hat einen Kompetenzbereich von insgesamt 60 Millionen Quadratmeilen. [22]



Mit der Bildung der „Rapid Deployment Force", der „schnellen Eingreiftruppe", der eine Schlüsselstellung in der US-Militärstrategie der 60er Jahre zukommt, erhält der Okinawa-Stützpunkt eine neue Bedeutung: „Er könnte ein wichtiger Ausgangspunkt für einen eventuellen Krieg im Nahen Osten werden, vergleichbar mit der Rolle Okinawas im Vietnamkrieg, als von dort Marineeinheiten nach Vietnam geschickt wurden". [23] Auf einer Pressekonferenz im Oktober 1981 bestätigte der Kommandeur des 3. Marine Corps, daß seine Truppen überall operieren können und daß „es immer eine Möglichkeit gibt, sie in den Nahen Osten zu bringen". [24]



Japan Defense Agency

Helicopter destroyer.

Die Militärbasis Kadena, die sich ebenfalls auf der Insel Okinawa befindet, beherbergt luftgestützte Radarfrühwarnsysteme, die sog. AWACS (E3E early airborne warning and control planes), und eine Pazifik-Luftwaffeneinheit. Sie bilden den Mittelpunkt für Luftwaffenoperationen der USA und ihrer Verbündeten in der gesamten Pazifik-Region. Darüber hinaus hat diese Basis einen Notlandeplatz für NASA-Weltraumraketen, so daß sie zu einer Raketenabschußrampe in einem Weltraumkrieg „sometimes in the future" entwickelt werden könnte. Bislang sichern die in Kadena stationierten F 15—Bomber „nur" die Beherrschung des Luftraumes, dienen die F 16-Bomber dem Luft-Boden-Kampf in Südkorea und sind die taktischen RF 4-Aufklärungsflugzeuge „im Falle eines Konfliktes auf der koreanischen Halbinsel in der Lage, in Koordination mit den anderen Flugzeugen gut zu funktionieren." [25]

In diesen Kontext ist zu erwähnen, daß Japan und Südkorea als eine einzige strategische Einheit dem der Kontrolle Washingtons unterworfenen gemeinsamen Luftwarnsystem unterliegen, und daß Südkorea zunehmend in die japanisch-amerikanische Militärstrategie eingebunden wird.

Anläßlich eines Besuches in Seoul im Januar 1983 stellte US-General E. Meyer deshalb auch fest, daß durch „ein System enger militärischer Kooperation zwischen Korea, Japan und Amerika nicht nur die Verteidigungskapazitäten Nordostasiens gestärkt, sondern auch die Rüstungslasten der USA und Japans reduziert werden, indem militärische Effektivität gesteigert wird."

Der Kommandeur der südkoreanischen Armee ist Amerikaner und neben 40 000 amerikanischen Militärs gibt es mehr als 700 Einheiten mit Nuklearwaffen auf südkoreanischem Territorium. Seit 1975 hat das Verteidigungsministerium der USA wiederholt mit einem Atomwaffeneinsatz gedroht, „falls der Norden eingreifen sollte". Das „Nationale Verteidigungskonzept" FY 1984-88 sieht einen Angriff auf Nordkorea vor, wenn „sich die UdSSR militärisch im Nahen Osten engagieren sollten". [26]

Südkorea — Nordkorea als Stellvertreter im Streit der Großmächte

Im Fall einer Verschlechterung der Beziehungen zwischen den USA und Japan auf der einen Seite und Nordkorea bzw. den UdSSR auf der anderen ist ein „Stellvertreter"-Nuklearkrieg auf Korea nach Ansicht von Lee Young Hee durchaus denkbar. Er hält einen Atomkrieg für umso wahrscheinlicher, als „über einen Einsatz von Atomwaffen auf Korea lediglich der US-Präsident und sein südkoreanischer Kollege entscheiden, im Gegensatz zur NATO, in der die USA zumindest das „Atomberatungskomitee" an der Entscheidung über einen Nuklearwaffeneinsatz partizipieren lassen muß." [27] Laut Kommandeur der US-Armee hat der Oberfehlshaber in Südkorea „im Vergleich zu jedem anderen verbündeten Land die größte willkürliche Macht über den Einsatz von Atomwaffen." [28]

Ein Atomwaffeneinsatz der UdSSR auf Südkorea im Falle eines Konflikts ist laut Hee ebenso möglich. General Orgatkoph erklärt dazu, „daß die Annahme, die UdSSR würde bei einem US-Angriff nur gegen Europa zurückschlagen, falsch ist." [29] Auch die TASS äußerte im März 83, daß „diejenigen, die freiwillig Amerikas Atomwaffen stationieren, indem sie für die Aufstellung der Missiles plädieren, sorgfältig überlegen sollten, was die eigentlichen Zielsetzungen der US-Politik seien." [30]

Für Hee ist aber nicht nur eine atomare Eskalation zwischen den USA und der UdSSR denkbar, sondern auch ein nuklearer Abtausch zwischen Japan und den Sowjets, der für Korea u.U. noch gefährlicher wäre. Als Nakasone mit Japan als einem „unsinkbaren Flugzeugträger" prahlte, warnte Andropow, daß er dieses angeblich „unsinkbare Schiff" innerhalb von 20 Minuten vernichten könne. Dementsprechend ist Hee auch der Auffassung, daß „jegliche militärische Kooperation mit Japan ein ausreichender Grund ist, als Zielscheibe sowjetischer Militäroperationen zu dienen." [31] Indirekt plädiert Hee infolgedessen für eine allmähliche Distanzierung zu dem japanisch-amerikanischen Militärbündnis und fordert statt dessen eine Entspannungspolitik zwischen den beiden koreanischen Staaten, die eine militärische Eskalation auf der koreanischen Halbinsel verhindern könnte. „Was wir heute brauchen, ist kein „Bi-Nationalismus" eines getrennten Südens und Nordens, sondern einen "über die bestehenden Grenzen hinweg reichenden Nationalismus für die ganze koreanische Nation auf der Halbinsel."[32]

Eine Annäherung der beiden Koreas scheint auch Nordkorea zu befürworten, um einen drohenden Atomkrieg zu vermeiden. Im Januar dieses Jahres baten die Nordkoreaner in einem Brief an den amerikanischen Kongreß und an Präsident Reagan um Gespräche zwischen den USA, Süd- und Nordkorea, „um die Spannungen auf der Halbinsel zu reduzieren. Die gegenwärtige Situation ist derart angespannt, daß jeder zufällige kleinste Vorfall jede Minute einen Krieg auslösen könnte. Ein solcher Krieg würde sich unvermeidlich zu einem Atomkrieg ausweiten." [33] Ob und was für eine Antwort Washington den Nordkoreanern gegeben hat, ist unbekannt. Im Februar berichtete lediglich die Los Angeles Times, daß „Pyongyang Angst vor einem amerikanischen nuklearen Angriff hat, der nach der Invasion Grenadas für möglich gehalten wird." Der Artikel zitierte einen westlichen Diplomaten, der „die Empfindungen Nordkoreas als so verzerrt und sonderbar" bezeichnete, „daß man nicht die leiseste Idee hat, was mit dem Land los ist." [34] Daß eine derartige Äußerung die Nordkoreaner nicht beruhigt, ist leicht vorstellbar.

Noch verständlicher wird die Sorge der Demokratischen Volksrepublik, wenn man sich an den Korea-Krieg erinnert, in dem USA-Truppen in Nord-Korea mehr Schaden anrichteten als in Nord-Vietnam. Vorwiegend aus „praktischen, militärischen Erwägungen ist die Bombe nie eingesetzt worden", [35] verschiedentlich wurde aber für ihren Einsatz während des Krieges plädiert.

In einer „höchst geheimen Telefonkonferenz" schlug General MacArthur, Kommandeur der US-Streitkräfte und über die der Vereinten Nationen, im Juli 1950 vor, „Nordkorea zu zerstören: Ich sehe hier einen einmaligen Einsatz für die Atombombe." [36] Ein weiterer Nuklearwaffeneinsatz in Nordkorea wurde von Präsident Nixon im April 69 erwogen, als die Nordkoreaner ein amerikanisches Spionageflugzeug abschossen. Der „Vorfall" wurde mit der Entsendung einer „enormen Armada" in koreanische Gewässer beigelegt, da die amerikanische Sicherheitsbehörde Nixon und Kissinger davon überzeugen konnten, daß der Abschuß ein „isolierter Vorfall" war und nicht auf Befehl der nordkoreanischen Regierung erfolgte.



Südkorea: ein amerikanisches Trainingslager?

Die Situation auf der koreanischen Halbinsel erscheint noch brisanter, wenn man sich die Überlegungen Washingtons im Blick auf die Neutronbombe vergegenwärtigt.

Seit August 81, als Reagan die Produktion der Neutronenbombe erlaubte, „häuft sie das Pentagon in aller Stille an." [37] Die europäischen Staaten haben die Stationierung der Neutronenbombe auf ihren Territorien nicht erlaubt; laut Jack Anderson kennen die Pentagon-Strategen allerdings „einen anderen Ort, wo die Neutronenbombe effektiv eingesetzt werden könnte: Südkorea." [38]

Eine Stationierung der Pershing 2 und der Cruise Missiles wird ebenfalls auf der Halbinsel diskutiert. Bruce Cumings, Dozent für ostasiatische Politik an der Universität in Washington, glaubt nicht, daß sie bereits in Südkorea stationiert sind, doch „wäre es nicht überraschend, wenn sie (die Stationierung) schon im Gange wäre." [39] „Für das Pentagon jedenfalls wäre die Stationierung der Pershings und der Cruises in Südkorea ideal: eine freundliche Regierung und kein anti-nuklearer Protest." [40] Derartiges stand auch 1978 in einem Militärbericht: „Militär-Kommandeure in Korea halten Korea für den besten Trainingsort der Welt ... extensive Manöver-Gebiete, extensive Frei-Feuer-Reichweiten sowie ein richtiger lebender Feind nördlich der Demarkationslinie. Darüberhinaus ist es eine der wenigen US-Militärbasen, wo niemand versucht, uns rauszuwerfen und niemand versucht, die Miete dafür zu erhöhen." [41]

Inzwischen ist die Opposition gegen das autoritäre Regime und die Militarisierung in Südkorea allerdings gewachsen. „Liberalisierungen, wie die Aufhebung der Ausgangssperre 1982 und teilweise Erleichterungen der Zensurbestimmungen, zusammen mit den Amnestien Ende letzten Jahres und neuen Bestimmungen, wonach die Polizei kein Recht mehr hat, in den Geländen der Universitäten gegen Protestierende einzuschreiten, haben Forderungen vieler Koreaner nach mehr Demokratisierung zumindest für den Augenblick erfüllt."[42] Eine ernstzunehmende Gefahr stellt die Oppositionsbewegung für das Regime z.Zt. nicht dar. Welche Reaktionen seitens des Staates eine wachsende Radikalisierung der Opposition hervorrufen wird, kann zwar nicht vorausgesehen werden, doch ist mit zunehmenden Repressionen durch das Regime zu rechnen. Wie auf den Philippinen können auch die USA in Südkorea keine Regierung dulden, die sich für eine Demilitarisierung ihres Landes einsetzen und für den Abzug der Atomwaffen plädieren würde.

Solange die Südkoreaner von der „konstanten Bedrohung aus dem Norden" überzeugt sind und „vor den Absichten der Sowjets Angst haben," [43] lassen sich auch alle Aufrüstungspläne der Japaner oder Amerikaner rechtfertigen. Die zunehmende Gefahr eines Krieges, der eben durch die enorme Militarisierung wahrscheinlich wird, wird zum großen Teil übersehen.

„Taktische Nuklearwaffen, die an exponierten Standorten in Übersee stationiert sind, gefährden den Weltfrieden mehr als strategische Waffen, die in Silos oder auf U-Booten stationiert sind. Verglichen mit der unmittelbaren Gefahr, daß ein lokaler Konflikt in einem Gebiet, wo Nuklearwaffen lagern, zu einem nuklearen Chaos eskalieren könnte, sind die Unsicherheiten des strategischen Rüstungswettlaufs nahezu bedeutungslos und theoretisch."[44]

Annette Groth, November 1984



Anmerkungen

1 Michael Hamel-Green: „S-Pacific Nuclear Battlefield or Nuclear Free?" in SANA UPDATE, S. 9
2 ebenda, S. 10
3 „Palau: Self-Determination vs. U.S. Military Plans", Honolulu 1983, S. 7
4 „Schon jetzt treibt Amerika mehr Handel mit den pazifischen Ländern als mit den Ländern auf der anderen Seite des Atlantiks - eine Tendenz, die sich in den nächsten Jahren noch verstärken dürfte, wenn man an das dynamische Wirtschaftswachstum von Ländern wie Japan, Taiwan, Singapur und Hongkong (! die Verf.), an den Ressourcenreichtum von Ländern wie Indonesien, Malaysia und Australien denkt. Im pazifischen Raum wird heute rund die Hälfte des Sozialprodukts der Welt erwirtschaftet, etwa ein Drittel aller Importe bezieht der Westen aus diesem Gebiet." Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.7.84
5 „Militarisation in Asia and Pacific 1", International documentation Bulletin N. 1 - 2, 1984, Rom, S. 7
6 ebenda S. 7
7 ebenda S. 9, Das strategische Ziel der Marine ist laut der „Lehmann-Doktrin", die Erlangung der „völligen Seeüberlegenheit über jegliche Macht oder Mächte, die versuchen könnten, die Benutzung der Meere durch uns und das Verfechten unserer Lebensinteressen weltweit zu vereiteln. Die Marine Reagans, versichert Lehmann, „wird in ihrer Orientierung deutlich offensiv sein und diese offensive Stärke wird mehr auf die ganze Flotte verteilt werden". Kurz: „Im Falle einer Herausforderung werden wir in der Lage sein, jeden Gegner zu versenken". Lehmann verkündet das strategische Ziel der Marine auf die klassische Art MacKinders (britischer Marinedenker,d.Red.): „Wir müssen die russische Marine auslöschen ... Wir müssen die Sowjetunion zu einer isolierten Insel machen". AIB „Reagans Aufwertung des Pazifiks", Juni 1984, S. 5
8 IDOC S. 10
9 ebenda S. 11
10 Nach Ansicht eines Autors ist Pine Gap „das letzte Verbindungsstück in ihrem (die USA) weltweiten, gegen die Sowjetunion gerichteten, nuklearen Verteidigungs- und Angriffssystem". In der Washington-Post war am 28.12.75 zu lesen, daß Pine Gap „zur Ausforschung und Überwachung sowjetischer landgestützter Raketen benutzt" wird. „Er hat Satelliten, die so hitze- und tastempfindlich sind, daß — sobald die Sowjets ihre Raketensilos öffnen, um Probeschüsse abzugeben — sofort eine Warnung von Pine Gap nach Washington gesendet wird. Der Stützpunkt wird weiterhin dazu benutzt, Nachrichten und Schnappschüsse von Aufklärungssatelliten aufzufangen, die über der Sowjetunion kreisen und alle paar Minuten Fotos machen". Denis Freney: „Australien: Die Destabilisierung einer weißen Regierung", in: R. Dhunjibhoy/K. Hübener (Hrsg.) „Unterwanderung — Die Destabilisierungsstrategie der USA von Angola bis Nicaragua", Peter Hammer Verlag, 1983, S. 185
11 IDOC S. 12
12 ebenda S. 9
13 ebenda, S. 9
14 Rainer Werning: „Japans Rolle in der US-Pazifikstrategie" in „AIB", Nr.6, Juni 1984, S. 10
15 ebenda
16 W. Bello/P. Hayes/L. Zarsky: „Ausbau der US-Marine unter Reagan" in „AIB", Nr.6, S. 7
17 „Wird der 1982 beschlossene Aufrüstungsplan eingehalten und bis 1987 verwirklicht, so bedeutete das eine qualitative wie quantitative Aufrüstung der SDF (Selbstverteidigungsstreitkräfte Japans) : Die Seestreitkräfte dürften dann über 178 Schiffe und 185 Flugzeuge, die Luftstreitkräfte über 138 Kampfbomber vom Typ F-15, 58 F-1-Bomber und 35 andere Flugzeugtypen und die Bodenstreitkräfte über 1 314 Panzer, 418 Flugzeuge und anderweitige Waffensysteme verfügen." R. Werning, „AIB", S. 10/11 zit. aus Far Eastern Economic Review, Hongkong, 23.7.1982
18 ebenda, S. 11
19 Takamine Choichi: „Okinawa = Keystone of the Pacific" in „International Documentation Bulletin", N. 1 - 2, 1984 „Militarisation in Asia & Pacific 1", S. 17
20 ebenda, S. 19
21 ebenda, S. 21
22 Der Einflußbereich reicht von der russischen Halbinsel Kamchatka im Norden, im Westen bis zum Kap der guten Hoffnung in Südafrika, im Süden bis nach Neuseeland und zum Südpol. IDOC, S. 18
23 ebenda, S. 18
24 ebenda, S. 18
25 ebenda, S. 19
26 Wada Haruaki: „Military Tensions in the Korean Peninsula and some proposals for peace", in „Korea Scope", März 84, S. 6
27 Lee Young Hee: „The Qualitative Changes in the Situation around the Korean Peninsula and our Tasks" in „Korea Scope", S. 24 Lee Young Hee wurde zusammen mit Professor Kang Man Kil und Pastor Cho Seung Hyuk, Mitarbeitern des Christlichen Instituts für Gerechtigkeit und Entwicklung, im Januar 84 aufgrund einer Studie über die Wiedervereinigung Koreas inhaftiert, im Februar wegen massiven Protests aus dem In- und Ausland wieder freigelassen. Bis zu seiner Relegation 1980 war er Professor für Journalistik an der Hanyang Universität.
28 ebenda, S. 26
29 ebenda, S. 24
30 ebenda, S. 25
31 ebenda
32 ebenda, S. 26
33 Bruce Cumings, „Korea Scope", S. 27
34 ebenda
35 ebenda, S. 29
36 ebenda, S. 29
37 ebenda, S. 31
38 ebenda
39 ebenda, S. 32
40 ebenda
41 ebenda
42 Lukas Scharzacher: „Opposition in Seoul wird ruhiger" in Stuttgarter Zeitung, 28.7.84, S. 9
43 ebenda
44 Bruce Cumings, S. 28

Schwarze Gewerkschaften in Südafrika

Lohnforderungen 1984 zwischen 30 und 80 Prozent — das klingt unmäßig. Aber Entlassung einer 6000 Arbeiter/innen starken Belegschaft im Streik, mehrere hundert Gewerkschafter jährlich in Haft — das ist auch nicht gerade maßvoll. Zwischen solchen Extremen bewegt sich die Organisationsarbeit schwarzer Gewerkschaften in Südafrika. Dabei ist der Pfad zwischen Legalität und Illegalität recht schmal.
Legalität im Arbeitsrecht gibt es für die im Sinne der südafrikanischen Rassengesetze „Schwarzen", also die afrikanischen Arbeiter, die von Indern, Mischlingen und Weißen unterschieden werden, überhaupt erst seit fünf Jahren. Erst seit 1979 können Afrikaner als „Beschäftigte" im Sinne des Arbeitsrechts angesehen werden.
Damit haben sie grundsätzlich das Recht auf Teilnahme an Tarifverhandlungen, wenn sie ihre Gewerkschaften in das staatliche Register eintragen lassen.

Schwarze Gewerkschaften haben es mit mindestens zwei Gegenspielern zu tun: Dem Kapital und dem Staat.Die Unternehmer sind einerseits an einer besser qualifizierten und daher auch stabilen Arbeiterschaft interessiert. Andererseits wollen sie das extrem niedrige Lohnniveau für Schwarze nicht aufgeben. Besonders die technologisch weniger fortgeschrittenen, auf ungelernte Arbeiter angewiesenen Unternehmer (z.B. in der Textilindustrie) sperren sich deshalb sehr gegen den Zugang schwarzer Gewerkschaften zu ihren Betrieben.

Der Staat ist vor allem an der Machterhaltung der Weißen interessiert. Die 1983 eingeführte neue Verfassung soll das festschreiben: Sie gewährt den 2,8 Millionen Farbigen und den 800 000 Indern erstmals begrenzte Mitspracherechte, schließt aber die knapp 23 Millionen Schwarzen (70 Prozent der Bevölkerung) aus. Die Macht bleibt bei den 4,5 Millionen Weißen (15 Prozent der Bevölkerung). Schwarze Gewerkschaften sind diesem Staat gefährlich, sobald sie sich mit „rein" gewerkschaftliche Kompetenzen überschreitenden Fragen befassen, also mit anderem als Löhnen und Arbeitsbedingungen.

Je stärker sich Gewerkschaften in politische Angelegenheiten einmischen, desto schärfer werden sie vom Staat verfolgt, werden ihre Büros durchsucht, ihre Führer verhaftet, Polizei gegen ihre Aktionen eingesetzt. Zur Zeit befinden sich 50 Gewerkschafter ohne offizielle Anklage in Südafrikas Gefängnissen. Die meisten wurden nach dem zweitägigen Generalstreik Anfang November festgenommen, den die unabhängigen Gewerkschaften zusammen mit Bürgerrechtsorganisationen und Studentengruppen organisiert hatten.

Sie protestierten damit gegen den Einsatz von Militär in den für Schwarze vorgesehenen Stadtteilen, gegen die immensen Mieterhöhungen der letzten Monate und für die Freilassung aller politischen Gefangenen und Verhafteten. An diesem Generalstreik beteiligten sich im größten Industriegebiet des Landes um Johannisburg und Pretoria fast 90 Prozent der Arbeiter/innen.

Er ist der erfolgreichste Generalstreik seit 35 Jahren, wie der Johannesburger Professor Edward Webster analysierte. Tausende von Streikenden verloren danach ihren Arbeitsplatz. Allein bei der halbstaatlichen Kohleverflüssigungsanlage SASOL wurden 6000 von 6500 Arbeitern entlassen. Viele von ihnen mußten schon eine Nacht später ihre Schlafplätze in den Herbergen für schwarze Arbeiter räumen: Sie hatten mit dem Arbeitsplatz auch ihr Aufenthaltsrecht in der Stadt verloren.

Die ersten dreißig Busse rollten bereits kurz nach Streikende in die „Homelands", die überfüllten Reservate für Schwarze in Südafrika, die die ihnen zugeteilte Bevölkerung nicht ernähren können.

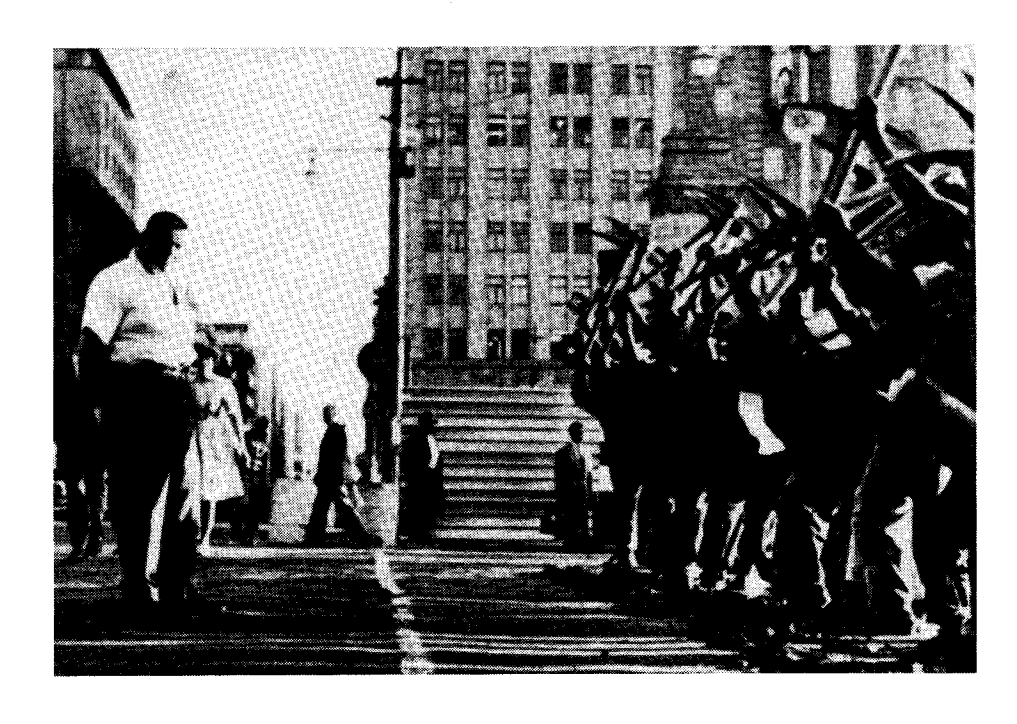
Die Unterdrückungsarbeit der „Homeland-Regierungen"

Ein dritter Gegener der Gewerkschaften wird immer stärker: die „Regierungen" der „Homelands", besonders die bereits von der Regierung für „unabhängig" erklärten. Ihr Gebiet grenzt oft direkt an die Städte an, so daß Arbeiter im „Heimatland" zuhause sind und jeden Tag zur Arbeit in die „weiße" Stadt pendeln. In den Heimatländern Ciskei und Bophuthatswana sind Gewerkschaften verboten, die in Südafrika operieren dürfen.

Gewerkschafter kommen an ihrem Wohnort für eine Aktivität ins Gefängnis, die am Arbeitsort erlaubt ist.

Südafrikas Regierung läßt sich damit einen Teil der schmutzigen Unterdrükkungsarbeit von schwarzen „Heimatland-Regierungen abnehmen. Von insgesamt 630 Verhafteten 1981 waren 280 Gewerkschafter. 205 von ihnen hatte allein die Polizei der Ciskei festgenommen. Die Industrie nutzt die Lage für sich aus, indem sie Arbeitsplätze dicht an den Rand der „Heimatländer" verlagert, wo Gewerkschaften verboten sind.

Politische von gewerkschaftlicher Arbeit zu trennen, ist unter diesen Umständen für schwarze Gewerkschaften nicht möglich. „In einer abnormen Gesellschaft kann es keine normalen Gewerkschaften



geben", ist der Slogan einer der unabhängigen Gewerkschaften.

Sie erleben die Auswirkungen der Politik der Rassentrennung auf die Arbeitswelt täglich hautnah. Während weiße Arbeiter in der Industrie durchschnittlich 1400 Rand im Monat verdienen (1 Rand = etwa 1,80 Mark), beträgt der Durchschnittslohn für schwarze Arbeiter nur 360 Rand, und damit geht es ihnen noch vergleichsweise gut. In arbeitsintensiven Branchen wie der Bekleidungsindustrie, wo Ungelernte arbeiten, verdienen Schwarze nur durchschnittlich 154 Rand im Monat. Solche Arbeit wird häufig von Frauen geleistet. Sie müssen damit Lebenshaltungskosten bestreiten, die 1983 offiziell für Schwarze auf mindestens 282 Rand monatlich angesetzt wurden (für Johannisburg). Ein sehr knapp berechnetes Existenzminimum. Die staatlichen Statistiker gehen davon aus, daß Schwarze nicht soviel brauchen. Die in die „Heimatländer" ausgelagerten Industriebetriebe zahlen Löhne, die weit unter diesen Durchschnittswerten liegen. Der Gewerkschaftsverband FOSATU berichtet von Fällen, in denen schwarze Arbeiter nur 15 Rand pro Woche bekommen.

Die Organisationsprinzipien der schwarzen Gewerkschaften richten sich je nach den regionalen Erfordernissen und der Struktur der Industrie. Die beiden großen Dachverbände schwarzer Gewerkschaften, FOSATU (Federation of South African Trade Unions) und CUSA (Council of Unions of South Africa) bestehen aus Industriegewerkschaften und haben ihre Basis in den Industriezentren Durban und Johannisburg.

Am Kap, wo die schwarze Arbeiterschaft fast ausschließlich aus Wanderarbeitern mit Einjahresverträgen besteht, entstanden Anfang der siebziger Jahre eher allgemeine Gewerkschaften. Zusätzlich gibt es eine Reihe einzelner Industriegewerkschaften.

In vielen einzelnen Betrieben machen sich die schwarzen Gewerkschaften untereinander Konkurrenz. Im VW-Werk z.B. muß die Autogewerkschaft des FOSATU—Verbandes einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder an die kleine einzelne Motorengewerkschaft MACWUSA abtreten; bei Mercedes teilt sie sich die Mitgliedschaft mit der allgemeinen Gewerkschaft SAAWU. FOSATUs Metallgewerkschaft konkurriert in vielen Betrieben mit der Stahlgewerkschaft des zweiten großen Verbandes, CUSA — und so weiter. Einige Gewerkschaften haben aber bereits Absprachen miteinander getroffen über die jeweiligen Organisationsbereiche, um diese Konkurrenz künftig zu vermeiden. Auf nationaler Ebene sind intensive Einigungsverhandlungen im Gang, aus denen vielleicht schon im nächsten Jahr ein neuer, größerer Gewerkschaftsbund hervorgeht.

Schwieriger ist das Verhältnis zu den weißen und den gemischten, meist von Weißen dominierten Gewerkschaften. Sie organisieren Afrikaner in „Parallelgewerkschaften", die von ihnen abhängig sind und oft nicht einmal einen eigenen Generalsekretär haben.

Der größte gemischte Dachverband TUCSA (Trade Union Congress of South Africa) bezieht einen Teil seiner 430 000 Mitglieder aus einem Komplott mit den Arbeitgebern: Neu eingestellte schwarze Arbeiter werden zur Mitgliedsschaft in der schwarzen Parallelgewerkschaft verpflichtet, die allerdings nichts für sie tut. Je aktiver unabhängige schwarze Gewerkschaften sind, desto weniger lassen sich allerdings Arbeiter von dieser Taktik irritieren.

Für ihr Bündnis mit dem Kapital, das sie vor schwarzer Konkurrenz schützen und ihnen die besser qualifizierten und bezahlten Jobs sichern soll, zahlen die weißen Arbeiter mit relativer Machtlosigkeit gegenüber den Unternehmern.

Die komplizierte Spaltung der südafrikanischen Arbeiterbewegung in Schwarze und Weiße, Gelernte und Facharbeiter, städtische- und Wanderarbeiter stammt aus der Zeit der Industrialisierung. Zwischen Schwarz und Weiß scheint es heute keine Basis für Einheit mehr zu geben. Allerdings gibt es Ausnahmen: Im VW-Werk sind einige weiße Arbeiter der schwarzen (in Wirklichkeit nicht rassischen) NAAWU beigetreten. Und die Metallgewerkschaft MAWU, ebenfalls nicht-rassisch, hat sogar mit der Boilermakers Society, einer rassisch parallel organisierten, ehemaligen TUCSA-Gewerkschaft, in diesem Herbst eine



Streikende Frauen in Brits





Luli Callinicos
Die Geschichte des südafrikanischen Volkes Band I
Gold in Südafrika: Schwarze Arbeit — Weißer Reichtum
Bonn 1982, 120 Seiten, DM 19,80, Großformat, reich bebildert
ISBN 3-921614-02-3

»Die engagierte südafrikanische Historikerin beschreibt vor allem die Geschichte derer, die durch ihre Arbeit das Gold zutage fördern. So ist dieses Buch auch ein Dokument der Arbeitergeschichte... Weltweit müssen Protest und ein Nein zum Gold, an dem so viel Blut klebt, hinausgeschrien werden.«
Al Imfeld in 'Die Wochenzeitung' (Zürich)

»Dies ist ein außergewöhnliches Geschichtsbuch in einem doppelten Sinne: inhaltlich und formal.«
'Zeitschrift für Entwicklungspädagogik'



Ken Luckhardt/Brenda Wall
Arbeiter gegen Apartheid
Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika
ergänzt und aktualisiert von Sigrid Thomsen
Bonn 1984, 138 Seiten, DM 19,80, Großformat, Fotos
ISBN 3-921614-07-4

Das Buch geht von der Voraussetzung aus, daß ohne tiefergehende Kenntnis von der Entwicklung der schwarzen unabhängigen Gewerkschaftsbewegung Solidarität mit und Verständnis für den Kampf der schwarzen Arbeiter gegen Apartheid nicht möglich sind. Die deutsche Ausgabe von 'Working for Freedom', die 1981 in englischer Sprache, herausgegeben vom Programm zur Bekämpfung des Rassismus des Ökumenischen Rates der Kirchen, erschienen ist, schreibt die Entwicklung bis 1984 fort.

issa
Informationsstelle Südliches Afrika
Blücherstr. 14, 5300 BONN 1

Arbeitsniederlegung in einem Stahlwerk zustande gebracht.

Die Organisierung der schwarzen Arbeiter nimmt zu

Von ihrem neuen Recht der Teilnahme an offiziellen Tarifverhandlungen in den Industrieräten, zusammengesetzt aus Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften der jeweiligen Industrie, machen aber nur wenige der schwarzen Gewerkschaften Gebrauch. Die Industrieräte haben ihr Vertretungsprinzip kurz vor der Zulassung der schwarzen Gewerkschaften geändert: Nicht mehr proportional zur Mitgliederstärke, sondern mit je gleich vielen Stimmen sind die Gewerkschaften dort jetzt vertreten. Das gibt den kleinen, weißen Gewerkschaften unverhältnismäßig viel Gewicht. Die meisten schwarzen Gewerkschaften ziehen es deshalb vor, in jedem einzelnen Betrieb um Lohnerhöhungen zu kämpfen.

Unabhängige Gewerkschaften haben in den siebziger Jahren Fabrik für Fabrik organisiert, die großen zuerst. Sie haben in den Zweigen der Industrie angefangen, wo sie am ehesten Arbeiter mit städtischem Aufenthaltsrecht und mit einiger (wenn auch nicht formaler) Fachkenntnis hatten, z.B. in der Metall- und Autoindustrie — wo sie also am wenigsten verletztlich waren. 1982 erst weitete sich gewerkschaftliche Organisation auf die Bergwerke aus, wo fast ausschließlich Wanderarbeiter mit Ein-Jahresverträgen beschäftigt sind. In die Farmbereiche ist sie noch kaum vorgedrungen. obwohl schwarze Gewerkschaften seit 1979 staatlich registriert werden können — womit die Regierung sich stärkere Kontrolle über sie erhofft hatte —, müssen sie in jedem einzelnen Betrieb noch gesondert um Anerkennung kämpfen.

Bis 1982 drehten sich die meisten Streiks um Gewerkschaftsanerkennung und ungerechte Entlassung von einzelnen Kollegen.

Dabei gab es viele Rückschläge; oft wurden im Streik ganze Belegschaften entlassen.

Auf die Unterstützung durch die schwarzen Kommunen sind die Gewerkschaften bei ihren Aktionen deshalb besonders angewiesen.

Totz einer konstanten Arbeitslosigkeit von 25 Prozent unter Schwarzen sind ihre Gewerkschaften beträchtlich gewachsen: Nach jüngsten offiziellen Angaben liegt der Organisationsgrad schwarzer Arbeiter heute bei 15 bis 20 Prozent. 1979 erreichte er keine fünf Prozent.

Insgesamt wurden 1983 194 registrierte und 59 nicht registrierte Gewerkschaften gezählt mit insgesamt knapp 1,5 Millionen Mitgliedern. Damit liegt der durchschnittliche Organisationsgrad in der gesamten Arbeiterschaft zwischen 20 und 25 Prozent (Bundesrepublik: 38 Prozent).

Streiks nehmen zu

Mittlerweile, da sich schwarze Gewerkschaften als Faktor in der Industrie durchgesetzt haben, stehen Lohnfragen und Personalabbau im Vordergrund, wenn gestreikt wird. Das hängt allerdings auch mit der Krise zusammen, in der sich die vom Goldexport abhängige Wirtschaft seit dem Fall des Goldpreises 1981 befindet.

Fast alle der 394 registrierten Streiks im Jahr 1982 und der 336 des Jahres 1983 waren illegal. Ein Streikrecht, das von allen Gewerkschaften gleichermaßen in Anspruch genommen werden kann, gibt es in Südafrika nicht. Erst wenn die staatlich vorgeschriebene Konfliktregelung vor einem Industrierat oder einer Schlichtungsstelle erfolglos geblieben und eine 30tägige Abkühlungsphase abgelaufen ist, darf — nach Urabstimmung — ein Streik ausgerufen werden. Diese Prozedur setzt aber einigermaßen etablierte Gewerkschaften voraus. Der Wirklichkeit der meisten schwarzen Gewerkschaften entspricht das nicht.

Wie wenig Gesetzmäßigkeit in Südafrika wert ist, mußte erst kürzlich die zwei Jahre junge schwarze Bergarbeitergewerkschaft NUM erfahren: Sie hatte sich der mühsamen Prozedur eines legalen Streiks unterworfen, um ihre Mitglieder vor Entlassung und dem folgenden Abtransportiertwerden ins „Homeland" zu schützen. Erfahren mußte sie dann, daß die Arbeitgeber trotzdem Polizei gegen die Streikenden rief, die mindestens zehn Bergarbeiter tötete und mehrere hundert verletzte. Und selbst bei einem arbeitsrechtlich legalen Streik sind Entlassungen ebenfalls legal - nur nach anderen Gesetzen. Der Arbeitgeber kann sich auf das allgemeine Recht berufen, nach dem Streik als Bruch des Arbeitsvertrages anzusehen ist. Da hilft die Legalität nach dem Arbeitsrecht wenig.

Sigrid Thomsen

(Dieser Artikel ist gekürzt erschienen in: „Metall", Nr. 25 — 26, 14.12.84)



DIE

HUNGERNDEN

SIND DIE

NAHRUNG DER MACHT



Hintergründe der Hungersnot in Afrika

Broschüre DIN A 4. 80 Seiten, Januar 1985.
Inhalt: Afrika: Hunger durch Entwicklung * Länderanalysen Äthiopien/Mosambik/Sahelzone * Die ökologische Zerstörung Afrikas * Bevölkerungswachstum * Ernährungssicherung zwischen Eigenversorgung und Exportwirtschaft * Thesen zum "Hunger in Afrika" und zur "Hungerpolitik" der Bundesregierung * Hunger durch Entwicklungshilfe ? * "Problemlöser Nahrungsmittelhilfe" * Katastrophenhilfe * Spendenproblematik * Was können wir tun? * u.a.m.
Preis: Einzelexemplare: 7.- DM; ab 10 Ex. 6.- DM; ab 50 Ex. 5.- DM (plus Porto).
Bezug und Herausgeber: Dritte Welt Haus, August Bebel Str. 62, 4800 Bielefeld 1.

Offener Brief der Anti Apartheid Bewegung e. V. an den DFB

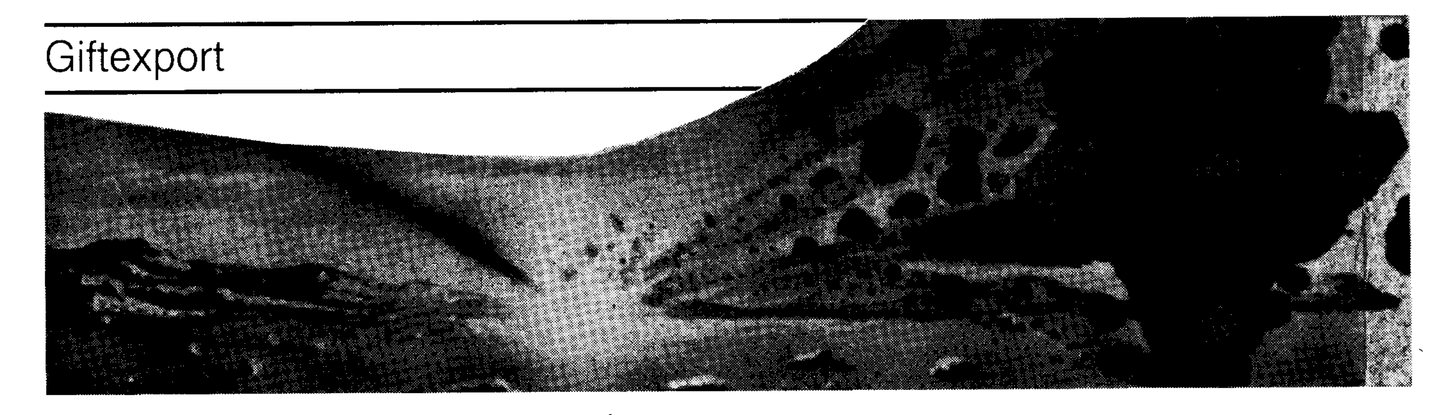
An den
Deutschen Fußballbund
Otto-Fleckschneise 6
Postfach 710405
6000 Frankfurt 71

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Bestürzung haben wir davon Kenntnis genommen, daß die Bundesligamannschaft von Borussia Mönchengladbach plant, Ende 1985, an einem Fußballturnier in Bophuthatswana teilzunehmen. Wie sie sicherlich wissen, ist Bophuthatswana ein sogenanntes Heimatland, ein von der rassistischen Minderheitenregierung in Pretoria kreiertes lebensunfähiges Gebilde, welches von keinem Land der Welt anerkannt wird. Die meisten der Bewohner wurden unter Anwendung rücksichtsloser Gewalt aus ihren Häusern vertrieben und nach Bophuthatswana zwangsumgesiedelt. Pretoria will auf diese Art und Weise die gesamte schwarze Bevölkerung (75 %) ausbürgern. Dieses Vorgehen hat die Weltöffentlichkeit mit Abscheu verurteilt. Soll der Sport jetzt die Apartheidspolitik wieder salonfähig machen? Liegt es im Interesse des Deutschen Fußballbundes, wenn Mitgliedsvereine durch solche Kontakte die Vertreibungspolitik des weißen Minderheitenregimes unterstützen? Muß der DFB nicht die internationalen Folgen eines solchen Schrittes fürchten? Was wird der DFB unternehmen, um Sportkontakte seiner Mitgliedsvereine zu Verbänden aus Südafrika, dessen Apartheidspolitik von der UNO als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit" verurteilt wurde, zu unterbinden?

Bernd Schulte, Anti Apartheid Bewegung

Giftexport



Hamburgs verseuchter Klärschlamm in die Dritte Welt?

Hamburg hat in den letzten Jahren für die größten deutschen Umweltskandale gesorgt. Stolzenberg, Boehringer und Georgswerder brachten die Hamburger Umweltpolitik in die Schlagzeilen der Presse.

Schwierigkeiten hat der Senat seit einigen Jahren auch mit der Beseitigung giftiger Schlämme, die in den städtischen Klärwerken anfallen. Doch dieses Problems wollen sich die Hanseaten auf elegante Weise entledigen. Hamburg plant, in Zukunft etwa ein Drittel seines verseuchten Klärschlamms in die „Dritte Welt" zu schicken. Der Klärschlamm, der bislang in der Giftmülldeponie Schönberg in der DDR eingelagert wird, soll nach Marokko, Tunesien oder Jugoslawien exportiert und dort zur Energiegewinnung oder gar zur „Rekultivierung des Bodens" (Senator Kuhbier) eingesetzt werden.[1]

Der Schlamm enthält hohe Konzentrationen an Schwermetallen und chlorierten Kohlenwasserstoffen. Deswegen wurde er bis März 1983 im Atlantik verklappt und seitdem in der Giftmülldeponie Schönberg eingelagert.

Der Klärschlamm soll vor dem Export nicht weiter von giftigen Chemikalien gereinigt werden, denn sonst, so Kuhbier, „könnten wir den ja auch hier ablagern." Laut Kuhbier könne der Schlamm im sonnigen Süden auch auf natürliche Weise getrocknet und dann zur Energiegewinnung verbrannt werden.[2] Eine Verbrennung des Schlammes in der Bundesrepublik dagegen werde „wegen der Emissionen einer entsprechenden Verbrennungsanlage" abgelehnt (!).[3]

Kuhbier sieht vor allem seuchenhygienische Probleme für den Export nach Nordafrika und Jugoslawien, da der Schlick nicht wie bei der herkömmlichen Deponierung mit Kalk stabilisiert und verfestigt werden kann, sondern so flüssig bleiben muß, daß er per Pipeline über Land transportiert werden kann.

Woher der Klärschlamm stammt

Der Klärschlamm, der nun in die „Dritte Welt" verschifft werden soll, stammt aus dem Klärwerk der Stadt Hamburg, Köhlbrandhöft. Dieser Betrieb klärt täglich 420.000 m^3 Abwasser aus dem Hamburger Sielsystem, in das nicht nur 1,7 Millionen Menschen, sondern auch zahlreiche Industriebetriebe einleiten. Daher sind die Abwässer auch stark mit chlorierten Kohlenwasserstoffen und Schwermetallen belastet.

Das Klärwerk filtert feste Bestandteile aus den Abwässern (Klärschlamm), worin sich die chemischen Verunreinigungen anreichern. Köhlbrandhöft verfügt über eine mechanische und eine biologische Reinigungsstufe, eine dritte Klärwerksstufe mit chemischer Fällung für schwer abbaubare Substanzen ist dagegen nicht vorhanden. Auch bei einem weiteren Klärwerk, das zur Entlastung von Köhlbrandhöft im Bau ist, ist eine chemische Reinigungsstufe nicht vorgesehen.[4]

Was der Klärschlamm enthält

Der Klärschlamm stellt vor allem aus den folgenden drei Gründen eine Belastung für die Umwelt dar:

1) aus seuchenhygienischen Gründen
Der Faulschlamm ist natürlich eine Brutstätte für verschiedenste Bakterien. Messungen an verschiedenen Stationen entlang der Elbe zeigen, daß dieser Fluß, in den das Klärwerk seine Abwässer einleitet, stromabwärts von Köhlbrandhöft ganz stark mit Coli-Bakterien verseucht ist.

2) wegen seines hohen Gehaltes an Schwermetallen
Die Tabelle gibt die Gehalte einiger Schwermetalle im Faulschlamm an. Nach einer anderen Untersuchung[5] gelangten mit den 20 000 t Klärschlamm, die jährlich in der Nordsee verklappt wurden, folgende Schwermetalle in die Umwelt: Eisen (146 t), Zink (21 t), Kupfer (9 t), sowie die besonders giftigen Schwermetalle Blei (6 t), Cadmium (183 kg), Arsen (183 kg) und Quecksilber (73 kg).

3) wegen der Verseuchung mit hochgiftigen organischen Schadstoffen.
Messungen haben ergeben, daß der Faulschlamm aus Köhlbrandhöft u.a. erhebliche Mengen polyzyklischer aromatischer Kohlenwasserstoffe (230 kg/Jahr) sowie des chlorierten Kohlenwasserstoffes HCH (6,5 kg/Jahr) enthält.[6]

Schwermetalle und chlorierte Kohlenwasserstoffe sind dafür verantwortlich, daß die Fische in der Elbe und südlichen Nordsee, wo große Mengen Klärschlamm verklappt werden, stark verseucht sind. Fischer müssen häufig ein Drittel ihrer Fänge über Bord werfen, weil die Fische Geschwüre, Skelettdeformationen und Flossenfäule haben. Fast die Hälfte aller Aale enthält mehr Quecksilber, als nach den gesetzlichen Höchstwerten zulässig ist. Das gleiche Bild bei den Gehalten an chlorierten Kohlenwasserstoffen. Die zuständigen Behörden stellten fest, daß fast alle Aale in der Elbmündung zwanzigmal mehr Hexachlorbenzol als erlaubt enthalten.[7] Elbaale dürfen heute nicht mehr vermarktet werden.

Was bisher mit dem Klärschlamm gemacht wurde

Der Hamburger Klärschlamm wurde früher in der Elbmündung verklappt. Da die ökologischen Folgen der Verklappung aber allzu deutlich waren (massenhafte Fischkrankheiten usw.), mußte der giftige Abfall weiter in der Nordsee bei Helgoland und später sogar in der Irischen See versenkt werden. Schließlich verbot das Deutsche Hydrographische Institut die Verklappung ganz und auch die Kosten waren bereits auf 500 DM/t Trockensubstanz angestiegen, sodaß ohnehin eine billigere Lösung gefunden werden mußte. In der Bundesrepublik wurde es jedoch immer schwieriger, den verseuchten

Schwermetallgehalte im Faulschlamm, Werte in mg/kgTS

		1977/80	1981	1982	1983
Cadmium	(Cd)	29	23	17	16
Blei	(Pb)	667	694	638	503
Kupfer	(Cu)	1122	1129	1165	1000
Zink	(Zn)	2872	2743	2313	2237

Schlamm loszuwerden. Keine einzige Mülldeponie fand sich bereit, das Zeug aufzunehmen, und der Senat geriet unter den politischen Druck einer umweltbewußteren Öffentlichkeit. Dem Wirtschaftssenator wurden kürzlich 5 Tonnen stinkender Hafenschlick vor das Behördenportal gekippt und in einer Fernsehdiskussion bespritzte ein GAL-Mitglied den blauen Nadelstreifenanzug des Bürgermeisters mit Schlamm.

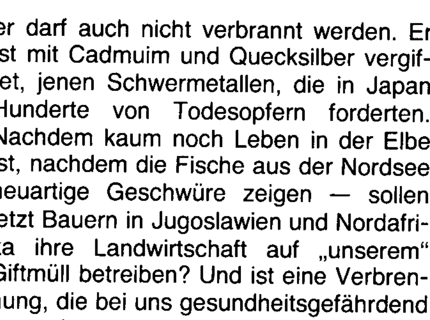
So blieb der Stadtregierung nichts anderes übrig, als den gesamten Klärschlamm (150 000 t) in der Giftmülldeponie Schönberg, DDR, einzulagern. Die Kosten dafür liegen allerdings noch immer bei 350 DM/t Trockensubstanz. Offizielle Quellen sprechen von dieser Einlagerung daher nur als „Zwischenlösung" und sind seit langem bemüht, den Schlamm billig loszuwerden.[8]

Nun scheint die Lösung gefunden zu sein: Entwicklungsländer sollen den Giftmüll als Dünger benutzen. In der Bundesrepublik will ihn niemand einlagern, und er darf auch nicht verbrannt werden. Er ist mit Cadmuim und Quecksilber vergiftet, jenen Schwermetallen, die in Japan Hunderte von Todesopfern forderten. Nachdem kaum noch Leben in der Elbe ist, nachdem die Fische aus der Nordsee neuartige Geschwüre zeigen — sollen jetzt Bauern in Jugoslawien und Nordafrika ihre Landwirtschaft auf „unserem" Giftmüll betreiben? Und ist eine Verbrennung, die bei uns gesundheitsgefährdend ist, anderswo unschädlich?

Nicht nur Union Carbide, auch die Hamburger Sozialdemokraten scheinen ihre doppelten Standards zu haben.

Tilman Altenburg

Anmerkungen:
1 taz Hamburg vom 14.11.84
2 ebenda
3 Presseerklärung Bausenator Kuhbier vom 13.11.84
4 Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften, Wasser in Hamburg 2, Hamburg 1983
5 ebenda
6 ebenda
7 DIE ZEIT Nr. 45, 2.11.84
8 Freie und Hansestadt Hamburg, Baubehörde, Jahresbericht Stadtentwässerung 1982/83
9 ebenda
10 Umweltschutzgruppe Physik/Geowissenschaften, a.a.O.




Die eigenen Kräfte stärken...

W F D

Entwicklung kann nur von unten wachsen. Deshalb unterstützt der WFD Kleinbauern und Selbsthilfegruppen in ländlichen Regionen Afrikas. Durch Mitarbeit und Beratung. In solidarischer Arbeit mit Männern **und Frauen**, basisnah, ohne aufwendige Verwaltung.

Bitte unterstützen Sie unsere Arbeit durch ihre Spende!

Postscheckamt Berlin West (BLZ 100 100 10) Konto 2718 18-106

...für eine menschliche Entwicklung

WFD e.V., Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61



Der Weltfriedensdienst (WFD) wird 25 Jahre alt

Vor 25 Jahren, am 20.12.1959, wurde der WFD gegründet. Nach einer anfänglichen Phase mit einjährigen Work-Camps verlagerte sich der Schwerpunkt auf die langfristige Zusammenarbeit vor allem mit Selbsthilfegruppen in ländlichen Gebieten. Heute unterstützt der WFD Projekte im südlichen und westlichen Afrika und in Palästina.

Auf der Insel Maio/Kap Verde geht es um Aufforstung, Erosionsschutz, Förderung der Nahrungsmittelproduktion und des traditionellen Handwerks. In Senegal berät der WFD die Bauernorganisation AJAC. Nutzung angepaßter Technologien (Windpumpen) und Beratung von Kooperativen heißt der Schwerpunkt in Mosambik, und im jüngsten Projekt in Guinea-Bissau, wo der hundertste Entwicklungshelfer arbeitet, geht es um die Nahrungsmittelselbstversorgung, die Vermarktung einheimischer Produkte und den Aufbau eines einfachen Transportsystems (Fahrräder).

Abgesehen von der Projektarbeit bemüht sich der WFD auch um Öffentlichkeitsarbeit hier, wird doch die Misere in der 3. Welt hauptsächlich durch unsere 1. Welt verursacht. Der unabhängige Verein finanziert seine Arbeit aus öffentlichen Mitteln und aus privaten Spenden.

Solidaritätsarbeit

Linke Solidarität ließ auf sich warten

Nachwirkungen des Attentats im „Treffpunkt und Informationsort für türkische Frauen“ (TIO) in Berlin

„LINKE SOLIDARITÄT LIESS AUF SICH WARTEN“
Nachwirkungen des Attentats im „Treffpunkt und Informationsort für türkische Frauen“ (TIO) in Berlin

Wäre der Typ ein Faschist und gehörte den Grauen Wölfen an, hätten sie sich bestimmt solidarisiert. Ein Faschist darf nicht morden, aber ein anderer. Auf so eine Solidarität kann man verzichten.“ Diese bittere Kritik wendet sich vorwiegend gegen fortschrittliche Gruppen aus der Türkei in Berlin. Sie wurde von einer Mitarbeiterin des türkischen Frauenladens TIO in Berlin formuliert, auf den Ende September von einem türkischen Mann ein Attentat verübt wurde. Dabei wurde die 39jährige Fatma, eine langjährige und regelmäßige Besucherin des Ladens, so schwer verletzt, daß sie zwei Tage später starb. Ein 21jährige türkische Mitarbeiterin ist von den Schußverletzungen immer noch nicht genesen. Für die Mitarbeiterinnen des Frauenladens ist die politische Dimension der Tat klar: Dahinter steckt politischer Rufmord.

„Türkisches Frauenprojekt ... sucht deutsche Mitarbeiterin mit Türkisch-Kenntnissen oder türkische Mitarbeiterin mit Deutsch-Kenntnissen“. Mit dieser Anzeige suchen die Frauen von TIO seit mehreren Wochen Nachfolgerinnen. Die bisherigen Mitarbeiterinnen wollen aufhören, Abstand bekommen, Zeit und Ruhe zur Verarbeitung haben. Eine von ihnen hält die Arbeit noch aufrecht, damit der Kontakt zu den Frauen erhalten bleibt und nicht alles zerstört ist. Zur Zeit wird die Arbeit im deutschen Nachbarladen „Treffpunkt und Beratung“ fortgesetzt. Die türkischen Frauen, die regelmäßig kommen, sind weniger geworden. Ob das Folge des Anschlags und der Angst der Frauen ist, kann Mitarbeiterin L. nicht genau einschätzen. „Vielleicht liegt es auch am Raumwechsel“, meint sie.

Von Anfang an, seit sechs Jahren ist L. dabei. Sie hat den TIO als ersten türkischen Frauenladen mitaufgebaut. Jetzt kann und will sie nicht mehr, wie ihre Kolleginnen. Angst, Verunsicherung, Mißtrauen ist bei ihnen zu groß geworden. „Früher habe ich den Frauen immer gesagt, wo sie mich erreichen können, wenn was ist. Das mache ich nicht mehr“ beschreibt L. die Auswirkungen des Attentats. „Ich kann einfach nicht mehr offen und unbefangen reagieren. Kürzlich hat eine Frau Essen für uns alle mitgebracht, da hatte ich plötzlich Angst, es könnte vergiftet sein. Ich habe mich gefragt: Mit was für einem Mann ist sie wohl zusammen?“.

Der Dorn im Auge

Für türkische Männer ist TIO wohl immer ein Dorn im Auge gewesen. Hier hatten türkische Frauen nicht nur einen Ort für sich, zu dem Männer keinen Zutritt hatten und die Frauen in Ruhe Erfahrungen austauschen, reden, sich in allen möglichen Fragen beraten lassen konnten. Hier fanden sie auch Zuflucht und Unterstützung, wenn sie von ihren Männern geprügelt, sonst wie mißhandelt wurden und von zu Hause wegwollten.

Diese Unterstützung, die Thematisierung der Gewalt im türkischen Familien, die klare und entschiedene Parteinahme für die Frauen hat dem TIO viel Kritik, Mißtrauen und Ablehnung eingebracht, nicht nur von türkischen Ehemännern, sondern auch von „Genossen“ und Frauen aus anderen ausländischen Projekten. Das haben die TIO-Frauen seit dem Anschlag immer wieder gehört und erfahren. „Bei allem, was ich im Nachhinein über unseren Laden gehört habe, kann ich mich nur wundern, daß es nicht eher passiert ist“, sagt L. nüchtern. „Für die Ehemänner sind wir die Huren, die ihre Frauen in Hurenhäuser stecken, für die Linken die Lesben, die andere Frauen gegen ihre Männer aufhetzen, für andere Projekte zu radikal oder Kommunisten. Viele meinen, wir müßten auf türkische Mentalität und Gewalt in türkischen Familien anders reagieren.“

Entsprechend hat TIO außer anfänglichen Solidaritätserklärungen an Unterstützung und Hilfe von anderen Gruppen nicht viel mitbekommen. „Als ich in einen Stadtteilladen hier im Kiez gegangen bin, um sie aufzufordern, über das Problem der Gewalt in den Familien zu reden und sich dazu auch öffentlich zu verhalten, bin ich von zwei türkischen Mitarbeitern gefragt worden, ob wir uns nach dem Anschlag selbstkritisch mit unserer bisherigen Arbeit auseinandergesetzt hätten. Sie wollten nicht darüber reden, was in den Familien los ist, warum türkische Frauen von ihren Männern wegwollen. Und wenn ich etwas dazu sage, behaupten sie, ich als Deutsche könne da nicht mitreden, mich nicht hineindenken. Die türkische Mentalität sei eben anders. Es hieß auch, wir hätten die Frauen überredet, von ihren Männern wegzugehen. Ich habe versucht, klarzumachen, daß es uns nicht darum ging, was **wir** wollten, sondern um das, was die Frauen wollten. Soll ich einer Frau sagen, sie soll wieder nach Hause zurückkehren, wenn sie sagt, sie hält es nicht mehr aus?“ In diesem Punkt hat L. auch Kritik an anderen Projekten, die mit ausländischen Frauen arbeiten. „Sie nehmen das Problem oft nicht richtig ernst. Viele ausländische Frauen tun so, als sei die Mißhandlung in anderen, z.B. deutschen oder französischen Familien genauso schlimm wie in

Heinz Schulze
Volkserziehung in Lateinamerika
Von der Theorie Paulo Freire zur politischen Praxis der Unterdrückten
M 33 DM 16,-
264 Seiten

Hejo Heussen
Weltmarkt und soziale Not
Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der Dritten Welt
M 44 DM 28,-
408 Seiten

Ariel Dorfmann
Kultur und Widerstand in Chile
Träumen von einer anderen Welt
IDAC 1
Restexempl.
DM 3,50

Michael Persie
Umkehr und Befreiung zur Zukunft
Theologie der Befreiung und praxisverändernde Bildung nach P. Freire. ca. 300 S.
M 62 DM 24,-

Kistlerstraße 1
8 München 90
Tel.: 089/6917822

türkischen. Tatsächlich ist aber die Gewalt türkischer Männer gegen ihre Frauen und Mädchen viel brutaler. Ein deutsches Mädchen, das aus der Familie ausbricht, ist nicht mit ihrem Leben bedroht wie ein türkisches, das vielleicht gegen die Familienehre verstößt. Und darüber muß geredet werden."

L. ist immer wieder gewarnt worden, das öffentlich zu thematisieren. Es sei ausländerfeindlich und leiste Vorurteilen Vorschub. „Aber die Auseinandersetzung über die Behandlung türkischer Frauen durch ihre Männer muß jetzt laufen, wir können nicht ewig und bis nach der Revolution warten", fordert sie.

Seitdem sie das Ausmaß von Gewalt in türkischen Familien über die Frauen mitbekommen hat, kann sie auch nicht mehr ungebrochen die geforderte linke Solidarität bei Ausweisungen von Ausländern üben. „Was habe ich damit zu tun, ob ein Mann ausgewiesen wird, wenn ich nicht sicher sein kann, daß er nicht auch die Frau mißhandelt und sich nicht dagegen ausspricht?"

Inzwischen hat sich unter den Frauenprojekten etwas getan: Das arrogante „Uns hätte so ein Anschlag nicht passieren können", was Kritik an der Arbeit des TIO beinhaltet, ist Nachdenken und Überlegen gewichen. „Manche Frauenprojekte haben zugegeben, daß sie in Mißhandlungsfällen die Frauen zu uns geschickt haben, weil sie nicht wußten, wie sie darauf reagieren sollten. Inzwischen meinen sie zum Teil auch, daß sie dieses Problem in ihre Arbeit miteinbeziehen müßten", berichtet L.

Die Frauen des „1. Gemeinsamen Kongresses ausländischer und deutscher Frauen" haben im November in Frankfurt dazu eine Erklärung verfaßt, in der sie vor allem die fortschrittlichen linken Organisationen angreifen und fragen, ob sie „Sprachrohr der Reaktion" geworden seien, weil sie zu dem Anschlag auf den TIO geschwiegen haben. Wo „einzelne Männer dieser Organisationen das Schweigen brachen, machten sie Äußerungen, die nur zu deutlich die reaktionär patriarchalische Lösung wiedergeben...Sie meinen, daß die Frauen, die dort arbeiten, durch ihre Arbeit den Anschlag selbst verursacht haben. Eine klassische Haltung: **Die Opfer sind für die Tat selbst verantwortlich**...Ihr übt damit den gleichen Anschlag aus, nur verbal!" greifen die Frauen die linken Türken an und fragen: „Was bedroht euch, wenn geschlagene und mißhandelte Frauen hier in der Emigration einen Ausweg aus ihrer desolaten Situation suchen?...Warum macht ihr einen Unterschied zwischen der Folter im Gefängnis und der Folter gegen die Frauen in der Famlie?"

Nach dem Attentat im TIO sind auch andere ausländische Frauenläden in Berlin bedroht worden. An zwei Läden wurden anonyme Briefe mit Ausschnitten aus deutschen und türkischen Zeitungen mit zerschnippelten Frauenunterkörpern geschickt, ein Mädchenladen erhielt einen anonymen Anruf. Vermutlich ein Tonband mit der Stimme eines Mannes wurde abgespult, der wiederholt gedroht hat, er werde alle umbringen. Der Mädchenladen geht damit aber merkwürdig um, nicht offensiv. Ich habe sie gefragt, ob sie sich nicht absichern wollten, aber sie meinten nur: „Was sollen wir machen?" Sie sagen nichts den Eltern, weil Mädchen zu ihnen gesagt haben: „sagt nichts, sonst dürfen wir nicht mehr kommen." Da fängt es an, falsch zu werden. Sie müssen mit den Eltern reden und deutlich machen, was so eine Drohung heißt".

Für ihre Nachfolgerinnen hat L. weder Rat noch Tips: „Sie müssen für sich selbst einen Weg finden." Mit den Bewerberinnen redet sie intensiv über ihre bisherige Arbeit und Erfahrung und auch über den Anschlag. „Für uns alle ist klar, daß so etwas nicht zu verhindern ist. Aber ich glaube, die neuen Frauen lassen das nicht so dicht an sich heran." Zur Zeit ist es nicht leicht, qualifizierte Frauen zu finden. „Vor allem Türkinnen melden sich kaum." L. nimmt an, daß für sie Angst und Bedrohung größer sind als für deutsche Frauen, „und vielleicht schreckt sie auch unser schlechter Ruf ab." Die Bedeutung ihrer bisherigen Arbeit kann sie schwer einschätzen: „Für die Frauen, die es geschafft haben, sich von ihren Männern zu lösen, oder die etwas bei uns gelernt haben, Schreiben, Lesen zum Beispiel, war das sicher sehr wichtig. Aber manchmal, wenn ich an den Tod Fatmas und an die schwere Verletzung von S. denke, frage ich mich, hat sich das dafür gelohnt?" Die 21jährige Mitarbeiterin hat durch die Schußverletzungen noch immer Lähmungen im Arm und kann mit den Händen nicht richtig greifen.

Wie es in der Familie von Fatma, der Ermordeten, aussieht, weiß L. nicht genau. Sie hat zum Ehemann und den drei Kindern, einem 19jährigen und einem 12jährigen Sohn und einer 5jährigen Tochter, keinen Kontakt mehr. „Nachdem Fatma gestorben ist, hat der älteste Sohn gesagt: 'Der Laden ist schuld, ohne diesen Scheiß-Laden wäre das nicht passiert.' Sein Vater hat mir zwar gesagt, daß er das nicht denkt, aber ich glaube, der Sohn verhindert jeden Kontakt" nimmt L. an. Sie weiß, daß der 19jährige früher Kontakt zu den Grauen Wölfen hatte.

Fatma war von Anfang an in den Laden gekommen. „Für sie war der Laden ein Ort, in dem sie sich wohlfühlen und reden konnte" sagt L., und: „Unfaßbar, daß ein einzelner Typ das alles in ein paar Minuten kaputt machen kann."

Gitti Hentschel



Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren

Zum Stand der europäischen Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren"

Im Oktober 1983 schlossen sich mehrere europäische Dritte-Welt-Gruppen und -Organisationen zu der Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" zusammen.

Im Mittelpunkt der ersten Aktionsphase sollte die Reform der Nahrungsmittelhilfe der EG und ihrer Mitgliedsländer stehen. Die Kritik an der derzeitigen Nahrungsmittelhilfe-Praxis sei noch einmal kurz zusammengefaßt (vgl. blätter des iz3w Nr. 116 S. 5ff):

- die Katastrophenhilfe hat einen Anteil von nur 10 % an der gesamten Nahrungsmittelhilfe
- der Import von Nahrungsmittelhilfe steht in Konkurrenz zu der landwirtschaftlichen Produktion in den Empfängerländern selbst
- Nahrungsmittelhilfe schafft neue Abhängigkeiten und verleitet die Regierungen der Empfängerländer dazu, die ländliche Entwicklung zu vernachlässigen
- die europäischen Überschußprodukte entsprechen oft nicht den Ernährungsgewohnheiten der Menschen in den Empfängerländern
- Nahrungsmittelhilfe kann mißbraucht werden, um politischen Druck auf die Empfängerländer auszuüben.

Die Forderungen der Kampagne sind u.a.:

1.) Langfristig sollen die gesamten bisher für die Nahrungsmittelhilfe (mit Ausnahme der Katastrophenhilfe) ausgegebenen Gelder zur Förderung der Nahrungsmittelproduktion in den bisherigen Empfängerländern verwendet werden (Unterstützung von Bauernorganisationen, Erschließung von Binnenmärkten, Schaffung von Speicher- und Transportsystemen ...)

2.) Nahrungsmittelhilfe soll in immer geringerem Maße aus europäischen Überschußprodukten bestehen und verstärkt in Überschußgebieten der Dritten Welt eingekauft werden, um dort Anreize für vermehrte Nahrungsmittel-Produktion zu schaffen und die Versorgung der Menschen mit ihnen vertrauten Produkten sicherzustellen (sogenannte Dreiecksoperationen).



European Campaign to reform food aid.
Campagne européenne pour une autre aide alimentaire.

First members
Premiers membres :
C.I.S.V. (Italie)
C.N.C.D. (Belgique)
C.V.M. (Italie)
Entraide et Fraternité (Belgique)
Frères des Hommes France,
Frères des Hommes Belgique,
Fratelli dell'Uomo (Italie),
Frères des Hommes Luxembourg
I.T.E.C.O. (Belgique),
L.V.I.A. (Italie),
M.L.A.L. (Italie),
N.C.O.S. (Belgique),
OXFAM Grande-Bretagne, OXFAM Belgique,
Peuples Solidaires (France)
Solidarité Socialiste (Belgique)
Terre des Hommes France, Terre des Hommes Suisse.

Avec le soutien de :
- En France : C.C.F.D., C.I.M.A.D.E., E.E.U.F., G.R.E.T., Ligue des Droits de l'Homme, M.A.N., M.D.P.L., NODAF, SOLAGRAL
- En Hollande : N.I.O. Youth, NOVIB.
- et Food First Information and Action Network

Erste Ergebnisse

Vor den Europawahlen und während der Haushaltsberatungen des Europäischen Parlaments (EP) wurde eine umfangreiche Informationskampagne durchgeführt und europaweit Kontakt mit den Parlamentariern aufgenommen.

Die Reaktionen waren überwiegend positiv. Der Ausschuß für Entwicklung und Zusammenarbeit des EP nahm z.B. in einer Stellungnahme zur Nahrungsmittelhilfe-Politik ausdrücklich Bezug auf die Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" (Dokument PE 89 482).

Im Haushaltsentwurf für 1985, der von der Kommission und dem Ministerrat der EG erstellt wird, waren die Forderungen der Kampagne in keiner Weise berücksichtigt. Das EP hat dann jedoch während der ersten Lesung des Haushalts wesentliche Änderungen dieses Entwurfes beschlossen.:

- 20 Mio ECU (ca. 45 Mio DM, das entspricht etwa 5 % des Nahrungsmittelhilfe-Budgets der EG) aus dem Nahrungsmittelhilfe-Topf wurden für Maßnahmen zur Förderung der Nahrungsmittel-Produktion in den Entwicklungsländern selbst bereitgestellt
- 20 Mio ECU wurden zusätzlich dazu verwendet, um Nahrungsmittelhilfe mit in der Dritten Welt eingekauften Produkten zu finanzieren (1984 waren für diesen Budgetposten bereits 23 Mio ECU vorgesehen).

Der Ministerrat hat dann die vom EP in erster Lesung beschlossenen Änderungen wieder gestrichen. In zweiter Lesung wurde der Haushalt vom EP aus grundsätzlichen Erwägungen insgesamt abgelehnt. Im Frühsommer 1985 wird voraussichtlich endgültig über den Haushalt beschlossen. Die Chancen stehen jedoch gut, daß das EP dann nicht auf die während der ersten Lesung beschlossenen Änderungen im Kapitel 92 (Nahrungsmittelhilfe) des Haushaltsplans verzichten wird.

Im Laufe des Jahres 1984 haben darüber hinaus die Regierungen von Frankreich, Belgien und den Niederlanden auf die von der Kampagne geübte Kritik an der derzeitigen Nahrungsmittelhilfe-Praxis reagiert und erste Schritte zur Reform ihrer nationalen Nahrungsmittelhilfe-Politiken in die Wege geleitet.

Weiterer Verlauf

Die verschiedenen der Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" angeschlossenen Gruppen und Organisationen werden sich auch 1985 dafür einsetzen, daß in den nationalen und im EG-Haushalt Mittel umgeschichtet werden, um von einer bloßen Beseitigung von europäischen Überschüssen zu einer Verbesserung der Nahrungsmittel-Selbstversorgung in der Dritten Welt zu gelangen.

Darüber hinaus sind die Vorbereitungen für die im Jahre 1985 anstehende Neuverhandlung der Internationalen Nahrungsmittelhilfe-Konvention angelaufen. Dieses zwischen den Geberländern abgeschlossene Abkommen regelt den Umfang und die Modalitäten der internationalen Nahrungsmittelhilfe. Auch hier möchten die die Kampagne tragenden Gruppen und Organisationen Verbesserungen anregen und durchsetzen.

Um dabei möglichst effektiv vorgehen zu können, werden z. Z. Kontakte zu nord-amerikanischen Aktionsgruppen geknüpft, da die USA und Kanada neben der EG und ihren Mitgliedsländern die wichtigsten Nahrungsmittelhilfe-Geberländer sind.

Die Erfahrungen der Kampagne haben gezeigt, daß Mißstände auf europäischer Ebene (wie die Nahrungsmittelhilfe-Politik der EG) nur auf europäischer Ebene (d.h. durch einen netzwerkartigen Zusammenschluß von Dritte-Welt-Gruppen aus den verschiedenen EG-Ländern) angegangen werden können.

Die Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren" ist ein weiterer Meilenstein in der themenbezogenen „Internationalisierung" der Dritte-Welt-Bewegung. Weitere Beispiele sind die internationale Babynahrungs-Kampagne (Nestlé-Boykott, vgl. blätter des iz3w Nr. 116 S. 36f) oder das Pestizid-Aktions-Netzwerk (PAN, vgl. blätter des iz3w Nr. 122 S. 55). Denn supranationale Phänomene können nicht in nationalen Alleingängen bekämpft werden, sondern erfordern die Zusammenarbeit zwischen den engagierten Gruppen und Organisationen in den verschiedenen Ländern.

Kontaktadressen zu der Kampagne „Für das Recht der Völker sich selbst zu ernähren:

Internationales Sekretariat:
Stéphane Jost c/o Frères des Hommes
20, rue du Refuge
F — 78000 Versailles

Koordination in der BRD:
FIAN (Food First Information and Action Network)
Postfach 1302
6906 Leimen

Rezensionen

Im Teufelskreis der Verschuldung

Unter diesem Titel haben P. Körner, G. Maaß, T. Siebold und R. Tetzlaff die Ergebnisse eines Forschungsprojektes veröffentlicht, dessen Ziel es war, entwicklungskonforme Auswege aus der Schuldenkrise anzuzeigen. Die Krise hat sich seit 1982 verschärft; Indikatoren dafür sind. u. a. der hohe Anteil privater/kurzfristiger/'roll-over' Kredite, der Anstieg der Schulden- und Zinsendienstquote sowie die Tatsache, daß inzwischen verschiedene Defizitländer zu Kapitalexporteur wurden. Die Verschuldung der Entwicklungsländer (EL) kann nicht länger als Ergebnis eines kurzfristigen wirtschaftlichen Ungleichgewichts, sondern muß als „Krise der Entwicklung" verstanden werden.

Ein historischer Rückblick bestätigt dies: Die USA, Kanada, Australien, Neuseeland und Japan waren im Laufe der letzten 150 jahre teilweise sehr hoch verschuldet; es ist ihnen jedoch gelungen, eine selbsttragende Entwicklung einzuleiten. Ägypten, die Türkei und Lateinamerika, die ebenfalls seit dem 19. Jahrhundert hoch verschuldet sind, haben dies aufgrund von Strukturdefiziten nicht geschafft: Ihr Export stützt sich auf eine Monokultur; sie haben einen zu engen Binnenmarkt; es fehlen gesellschaftliche Reformen; es bestehen Beldungs- und Technologiedefizite und diese Länder besitzen nur eine eingeschränkte nationale Souveränität.

Damit ist das koloniale Erbe beschrieben, das zusammen mit der verschuldungsträchtigen Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungspolitik der EL sowie mit den externen Schocks (Verschlechterung der terms of trade, Protektionismus, Hochzinspolitik, Ölpreise. . .) den Ausgangspunkt der heutigen Schuldenkrise bildet. Für das Zusammenspiel dieser Faktoren gilt — bei allen Unterschieden — durchweg folgendes Grundmuster: „Die vom Kolonialismus ererbten Strukturen setzen den Entwicklungsländerregierungen enge Handlungsspielräume für die produktive Verwendung ausländischen Kapitals, sie provozieren das Verschuldungsdesaster. DenRegierungen ist indessen anzulasten, daß sie vorhandene Handlungsspielräume nicht ausnutzen, sondern autonom verschuldungsfördernde Wirtschafts- und Finanzpolitik betreiben. In ökonomisch günstigen Zeiten scheint diese an sich verschuldungsträchtige Entwicklung tragbar; treten jedoch externe Schocks hinzu, so bricht die Verschuldungskrise auf." (S. 48f) Ausgehend von den internen Ursachen der Verschuldung lassen sich sieben Krisentypen unterscheiden: die verschuldete Industrialisierung, die vernachlässigte Argrarentwicklung, die versäumte Exportdiversifizierung, die verschuldungsträchtigen Sozialreformen, die Kleptokratie, die Entwicklungsgigantomanie und die verschuldete Militarisierung.

An diese grundlegende Einführung schließt sich eine ausführliche Auseinandersetzung mit dem IWF (Kap. 2), seiner Konzeption als Organisation des Westens zur Durchsetzung seiner Interessen und seiner stark durch die geostrategischen Interessen der USA bestimmte Vergabepraxis. Im Rahmen des derzeitigen Krisenmanagements spielt er die entscheidende Rolle, weil von einem Abkommen mit ihm nicht nur die IWF-Kredite, sondern vor allem das Siegel der Kreditwürdigkeit für weitere, oft um ein vielfaches höhere private und öffentliche Kredite abhängen.

Ein Exkurs über den Weg zu einem IWF-Kreditabkommen sowie sechs Länderstudien über die Wege Brasiliens, Portugals, Sudans, Zaires, Jamaikas und Ghanas in die Verschuldung bestätigen, daß der IWF keinesfalls, wie er behauptet, ein ehrlicher Makler ist. Er ist der „Schuldeneintreiber", der es den verschiedenen Gläubigern ermöglicht, aufeinander abgestimmt den isolierten Schuldnern exakt soviel Schuldendienst abzuverlangen, wie die Ökonomie aufbringen kann, ohne daß die Schuldendienstfähigkeit verloren geht." (S. 99f) Mit seiner Therapie, die auf den Prinzipien Marktwirtschaft, Deflation und Weltmarktintegration beruht, greift er tief in das wirtschaftliche, soziale und politische Leben der Defizitländer ein, wobei die Entwicklungsoption der EL dem Interesse nach einer „möglichst schnellen und profitablen Rückzahlung" (S. 100) geopfert wird.

Stellen die bisherigen IWF — Interventionen keine Basis für eine gesunde wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der EL dar, so enthalten die Strukturanpassungsdarlehen der Weltbank in Kooperation mit dem IWF immerhin einige positive Ansätze für eine entwicklungskonforme Veränderung der Vergabekriterien.

Ausgehend von der historischen Analyse und der Betonung der internen Ursa-

chen der Verschuldung lehnen die Autoren auch den Lösungsvorschlag der Defizitländer — mehr Kredite zu weicheren Bedingungen — ab. Ein solcher automatischer Ressourcentransfer würde die Strukturdefizite unangetastet lassen und „nicht zwansläufig ‚Entwicklung' bewirken" (S. 12), sondern allein im Interesse weniger Privilegierter liegen. Statt dessen sehen die Autoren die Elemente einer reformierten Stabilisierungspolitik einerseits in einer „Mithaftung der Gläubiger": Dazu würde eine Anpassungspflicht der Überschußländer, eine Ausweitung der kompensatorischen Finanzierungsfazilität (bes. für extern verursachte Verschuldung), eine Erhöhung der IWF-Mittel, eine Verlängerung der Laufzeiten und Rückzahlungsfristen sowie niedrige Zinssätze gehören. Andererseits fordern sie eine Reform der IWF-Stabilisierungsprogramme und ihrer Leistungskriterien im Sinne einer „reformierten, nunmehr entwicklungskonformen Konditionalität" (S. 232). Sie soll eine „grundbedürfnisorientierte Entwicklung" (S. 225) einleiten und beruht auf der Erschließung interner Wirtschaftsläufe, grundbedürfnisorientierter Investitionstätigkeit, eigenständiger Handhabung von Technologie sowie auf der Demokratisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse; insbesondere schließt die „entwicklungskonforme Konditionalität" auch Verhandlungen um Stabilisierungsabkommen, Exportdiversifizierung und selektive Weltmarktintegration ein.

Die Konzeption zielt langfristig auf eine „selbsttragende und verschuldungsarme Entwicklung"; dieses Ziel ist aber nur über eine „expansive Stabilisierungsstrategie" (S. 221) zu erreichen. Einem demokratisierten IWF käme in diesem Szenario eine zentrale Rolle zu, insofern er die Gläubiger zur Anerkennung ihrer finanziellen Mithaftung und zu der Bereitschaft bewegen müßte, zunächst „kurz- und mittelfristig" (S. 221) einen weiteren Kapitalzufluß in die Defizitländer sicherzustellen.

Die Schuldnerländer aber würde er einer mindestens ebenso strikten, wenn auch besser legitimierten und nun öffentlich eingestandenen Konditionalität unterwerfen, wenn sie um neue Kredite nachsuchen.

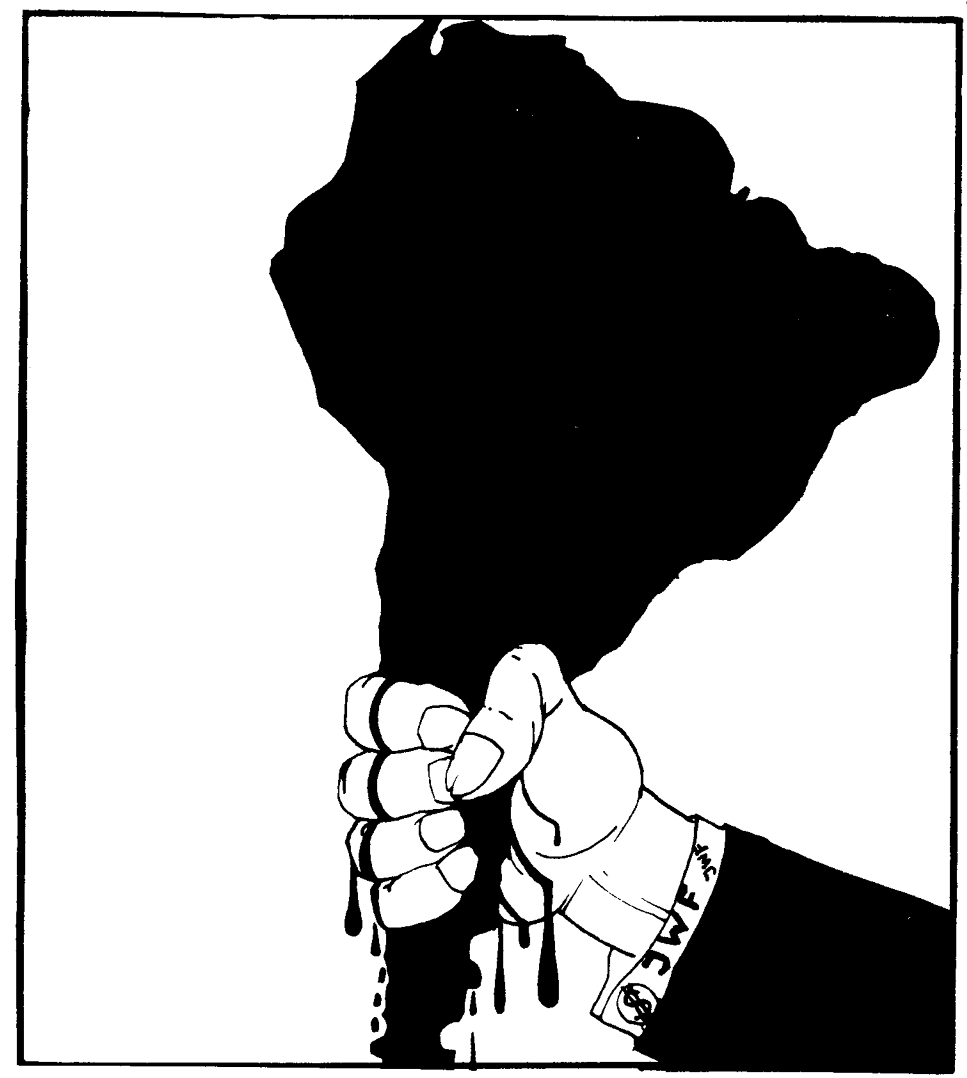
Zum Schluß drei Anfragen an dieses sehr lesenswerte Buch:

1. Ich finde es schade, daß genauere Analysen der Wege und Zusammenarbeit einzelner Multis und Banken in der Schuldenkrise fehlen. Ähnlich wie die ausgezeichneten Länderstudien könnten sie ein klärendes Bild der Ursachen und der Reproduktion der Verschuldung — vielleicht auch ihrer Gewinner — zeigen und zu einer realistischen Sicht auf die Durchsetzbarkeit des von Körner et al. vorgeschlagenen Lösungsweges verhelfen.

2. Unklar ist mir bei dem Vorschlag der Autoren geblieben, wie diese Lösung politisch realisiert werden kann. Insbesondere sehe ich die Gefahr, daß sich die beiden Komponenten der Stabilisierungspolitik: Mithaftung der Gläubiger und reformierte Konditionalität in einer politischen Strategie gegenseitig blockieren, solange sie nicht unter Betonung der zeitlichen Dimension entkoppelt werden. Nur so läßt sich m. E. eine breite Koalition aus den EL und Teilen der „internationalen öffentlichen Meinung" (S. 218) formieren, die — vielleicht — in einem ersten Schritt eine Mithaftung der Gläubiger durchsetzen kann. Bleiben beide Komponenten verkoppelt, so werden sich die EL — und wahrscheinlich nicht nur die wenigen Privilegierten dort — zu Recht wohl kaum auf diesen „paternalistischen" (S. 216) Weg begeben, zumal die Autoren selbst ja die nationale Souveränität historisch als eine Bedingung der Möglichkeit eines gelungenen Ausweges aus der Schuldenkrise beschreiben.

3. Damit bin ich bei meinem dritten Punkt: Die Autoren zeigen in ihrer historischen Analyse (S. 33ff), daß Schuldenkrisen bisher nur überwunden werden konnten durch ein komplexes Zusammenspiel assoziativer (neue Exportmöglichkeiten, bessere terms of trade usw.) und dissoziativer (selektive Weltmarktintegration, Konzentration auf den Binnenmarkt, nationale Souverantität usw.) Komponenten der Entwicklung. In ihren eigenen Lösungsvorschlag tauchen jedoch Elemente der Abkopplung nur noch bei der Zielbestimmung auf; den Weg selbst gehen Gläubiger und Schuldner gemeinsam an der Hand des reformierten IWF. Eine solche nicht — dissoziative Konfliktlösung steht und fällt aber mit der Frage nach der Existenz eines „allgemeinen Konsens über Entwicklung" (S. 224). Gibt es heute zwischen Gläubigern und Schuldnern eine gemeinsame Basis für eine nicht dissoziative Konfliktlösung bzw. welche und wie ist die zu erreichen? Oder gibt es Möglichkeiten stärker dissoziativer Konfliktlösungen (Nicaragua, Bolivien?)?

Jochen Cornelius



Körner/Maaß/Siebold/Tetzlaff
Im Teufelskreis der Verschuldung — Der Internationale Währungsfond und die Dritte Welt.
Junius-Verlag, 1984, 261 Seiten, DM 19,80.

Das Buch emphielt sich als gründlicher und übersichtlicher Einstieg in die Analyse der Verschuldungsursachen; es ist auch für den Nicht-Ökonomen sehr gut lesbar. (Red.)

Afrikanische Literatur

Neuerscheinungen

Afrikanische Literatur hat es schwer auf dem Buchmarkt der Bundesrepublik, auch wenn nach dem Afrika—Schwerpunkt 1979 der Frankfurter Buchmesse die Situation, zumindest was die Anzahl und Qualität der verfügbaren Übersetzungen angeht,schon sehr viel günstiger geworden ist. Dies gilt aber nicht für den Feuilletonteil der Massenmedien, in dem afrikanische Literatur so gut wie überhaupt nicht besprochen wird und von der Literatur aus der sogenannten „Dritten Welt" sich allenfalls die latein-amerikanische Literatur, die Literatur des „revolutionären Kontinents", einigermaßen durchgesetzt hat. Afrikanische Literatur herauszugeben, ist für die Verlage bis heute meistens ein Verlustgeschäft geblieben — daß dennoch relativ viele Übersetzungen erschienen sind, kann man sich nur durch verlegerischen Idealismus, besonders der kleineren Verlage erklären.

Bücher, die die Situation der Frauen in der Dritten Welt oder in einzelnen Regionen behandeln, haben innerhalb des Genres besondere Verkaufserfolge. Beispiel dafür ist Mariama Bâs Roman „Une si longue lettre — ein so langer Brief", der wohl größte Verkaufserfolg eines Werkes der afrikanischen Literatur in der Bundesrepublik. Das hängt wohl damit zusammen, daß der Leserkreis von Literatur aus der Dritten Welt allgemein und speziell auch der afrikanischen Literatur noch immer weitgehend auf die Dritte-Welt-Szene beschränkt ist, in der Frauen ein großes Gewicht haben.

Buchi Emecheta, Nnu Ego — zwanzig Säcke Muschelgeld, Frauenbuch-Verlag München, 1983, 264 S., 29,80 DM

Mit Buchi Emechetas Roman „Joys of motherhood" hat jetzt der Müncher Frauenbuch-Verlag ein weiteres Werk einer afrikanischen Schriftstellerin in deutscher Übersetzung herausgebracht, das sich mit der Situation der Frau in der afrikanischen Gesellschaft - hier am Beispiel der Gesellschaft der Ibo in Negeria - auseinandersetzt. Es ist dies ein Werk, dessen englisch-sprachige Originalausgabe innerhalb der englischen Frauenbewegung große Beachtung gefunden hat. Ich selbst empfand diesen Roman als ein bewegendes Dokument für die doppelte Entfremdung, die der Kolonialismus für die afrikanischen Frauen bedeutete: einmal für die allgemeine kulturelle Entfremdung, die die afrikanischen Frauen gemeinsam mit den Männern zu erleiden hatten, dann aber auch besonders für seine spezifischen Auswirkungen auf die Situation der Frauen, deren den Männern untergeordnete Stellung aus der vorkolonialen Zeit sich unter dem Kolonialismus noch verfestigte, deren in den traditionellen Gesellschaften immerhin gegebenen Freiräume für Selbstverwirklichung und Gewinnung sozialer Anerkennung aber verloren gingen.

Der Roman erzählt die Lebensgeschichte einer Ibo-Frau in den letzten vier Jahrzehnten der englischen Kolonialherrschaft über Nigeria bis zum Vorabend der Unabhängigkeit, die in ihrem Leben die beiden gegensätzlichen Kulturen, die die soziale Wirklichkeit des heutigen Nigeria bestimmen, vereinbaren mußte: die traditionelle Gesellschaftstruktur des Ibo-Dorfes Ibuza, in die sie hineingeboren wurde, und die westlich-materialistisch geprägte Kultur der Großstadt Lagos, in die sie durch Heirat hineingeworfen wurde. Diese Aufgabe wäre für sich allein genommen schon schwierig genug, zerbrechen doch in vielen Werken der afrikanischen Gegenwartsliteratur die Protagonisten an eben diesem Kulturkonflikt. Bei diesem Lebensschicksal einer Frau kommt aber noch die spezifische Fremdbestimmung durch die Normen einer männlich dominierten Gesellschaft hinzu, die für eine Frau nur eine einzige Möglichkeit,,für die Gewinnung einer vollgültigen weiblichen Identität vorsehen, die der Mutterschaft (vornehmlich von Söhnen). Ist der Romanprotagonistin innerhalb der traditionellen Gesellschaft des Ibo-Dorfes ihrer Jugend diese Möglichkeit der Indentitätsgewinnung versagt geblieben - sie bleibt in der ersten Ehe kinderlos - so bleibt andererseits in der zweiten Ehe in der Großstadt Lagos, wo ihr Leben auf einen nackten Kampf ums Überleben reduziert ist, die mit der Mutterschaft verbundene soziale Anerkennung, die materielle und emotionale Sicherheit aus, wie am drastischsten durch ihren einsamen Tod, trotz der in dieser Ehe geborenen sieben Kinder verdeutlicht wird.

Ich habe dieses Buch einerseits als Denunziation des Patriarchalismus innerhalb der afrikanischen Kulturen gelesen (für die die nigerianische Ibo-Kultur als Beispiel steht), anderseits aber auch als Anklage gegen die durch den Kolonialismus bewirkte kulturelle Korrumpierung und materielle Verelendung allgemein.



Ngugi wa Thiong'o, Der Fluß dazwischen, Weissman-Verlag München, 1984, ca. 192 S, ca. 19,80 DM

Innerhalb der afrikanischen Gegenwartsliteratur ist hierzulande der kenianische Autor Ngugi wa Thiong'o vielleicht noch der Bekannteste. Von ihm liegen bisher schon „ A grain of wheat", „Petals of blood" und „Devil on the cross" in deutscher Übersetzung vor, sowie der Erzählungsband „Secret lives". Neu erschienen ist jetzt beim Münchner Weissmann-Verlag sein Erstlingswerk „The river between", das er während seiner Studentenzeit an der Makarere-Universität in Kampala/Uganda geschrieben hatte. Diese neue Übersetzung ist sehr zu begrüßen, da sie es dem deutschen Leser ermöglicht, zumindest ansatzweise die literarische Entwicklung im Werk Ngugis zu verfolgen. Natürlich wäre dafür letztendlich die Übersetzung seines Gesamtwerks, zumindest aber einer repräsentativen Auswahl, erforderlich, an die man bei Ngugi als ersten afrikanischen Autor inzwischen schon zu denken wagt.

Inhaltlich geht es in „The river between - der Fluß dazwischen" um eines der zentralen Themen der afrikanischen Literatur der fünfziger und sechziger Jahre: um den Kampf die afrikanische Identität während der Epoche der Kolonialisierung Kenias durch England zu erhalten. Erzählt wird Kindheit, Jugend und frühes Erwachsenenalter eines Gikuyu-Jungen, der, hineingeboren in eine der führenden Familien des Gikuyu-Volkes, von seinem Vater dazu ausersehen ist, eine führende Rolle im Kampf um die Erhaltung der traditionellen Gikuyu-Kultur gegenüber der eindringenden europäisch-christlichen Kultur zu übernehmen. Die Ankunft der Europäer hat in dem im Roman geschilderten Gikuyu-Dorf zunächst einmal die Spaltung der Bewohner in einen christlichen Teil und in einen Teil, der der traditionellen Gikuyu-Religion treugeblieben ist, bewirkt.

Ngugi stellt den Held seines Buches mitten in diesen Gegensatz hinein, indem er ihn einerseits in einer traditionellen Gikuyufamilie aufwachsen, andererseits aber die Missionsschule besuchen und ein christliches Mädchen lieben läßt. (In die Missionsschule wurde er vom Vater geschickt, um die Europäer mit ihren eigenen Waffen schlagen zu lernen.) Innerstes Anliegen dieser Helden ist es, eine Versöhnung, eine Synthese, zwischen diesen Kulturen zu finden. Für eine solche Haltung läßt aber die zunehmende Radikalisierung beider sich begegnender Parteien immer weniger Raum, innerhalb seiner Bezugsgruppe, den ihre kulturelle Selbstbestimmung kämpfenden traditionellen Gikuyu, kann sie zunehmend nur als Verrat an ihrer Sache aufgefaßt werden. Der Protagonist verliert seine Rolle als charismatische Führerfigur und wird zwischen den Fronten zerrieben.

Dietlinde Haug

Leserbrief

Liebe iz3wler,

da ich für einige Tage im Krankenhaus liege, habe ich endlich mal wieder Zeit, ein ganzes Heft von vorne nach hinten zu lesen. Es ist die Nr. 122 mit dem Schwerpunkt „Entwicklungspolitik nach der Wende". An einzelnen konkreten, kleinen und großen Beispielen wird zwar anschaulich nachgewiesen, wie die „Entwicklungspolitik" der sozialliberalen Koalition in ihren Auswirkungen fortgesetzt und im Sinne konservativ-imperialistischer Zielsetzung weiterentwickelt wurde. Insbesondere der Artikel des DED und die Kinderbroschüre fand ich als gelungene Beispiele für die konservativ-ideologische Offensive auch auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und -politik. Letztlich wieder Beispiele, die wir aus anderen Bereichen, z.B. Sozialbereich kennen.

Was mir so etwas fehlt, ist die Diskussion darüber, wie man gegen diese konservative Offensive Gegenstrategien entwickelt und Ansätze der Gegenwehr aufzeigt. Z.B. hätte zumindest ein deutlicher Hinweis bei dem Artikel Rüstungsexport auf die BUKO-Kampagne gegeben werden sollen, auch wenn sie schon früher vorgestellt worden ist — besser auch ein längerer Artikel zum Stand der Kampagne.

Oder Überlegungen, wie man konkret der „Kinderzeitung des BMZ" was entgegensetzen kann. Warum hat Terre des Hommes so schnell klein beigegeben?

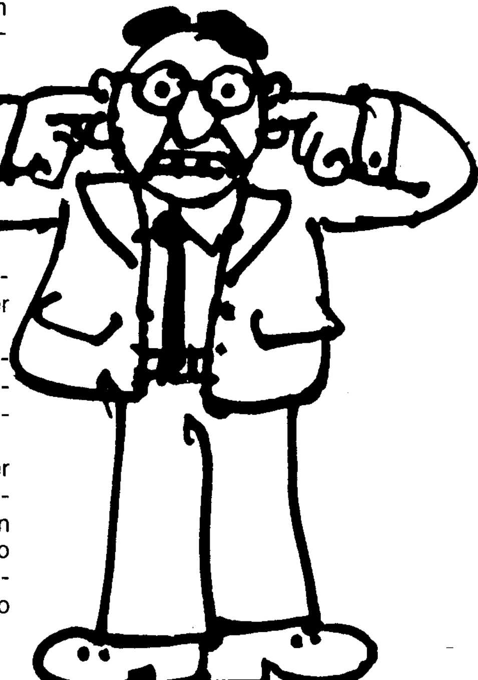
Oder: Was für Widerstand gibt es gegen die Umstrukturierung des DED oder wo gibt es Möglichkeiten dazu.

So bin ich ein bißchen hilflos nach dieser Lektüre und sitze mit meinem Unbehagen, der Wut und meiner 'Analyse' alleine da.

Ich meine nicht, daß ihr im Sinne der „K-Gruppen" Mentalität uns „Lesern" sagen wollt, was die richtigen nächsten Schritte sind. Ich finde, die „blätter", so gut wie sie sonst sind und auch ihren Gebrauchswert für den Alltag haben, fehlt so ein bißchen Strategiediskussion.

Tschüs macht's gut

Ludwig Weis oder so ähnl.
(wir können leider Deine Adresse nicht lesen und Dir somit auch Deine anderen Fragen nicht beantworten, melde Dich)



Neuerscheinungen

Informationsstelle Südliches Afrika (Hrsg): Südafrika in der Schule. Materialien zum System der Apartheid, in: Editiohh Südliches Afrika, Nr. 14, 1984, Preis: 8,50 DM

Informationsstelle Südliches Afrika (Hrsg.): Arbeiter gegen Apartheid. Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika, in: Editions Südliches Afrika, Nr. 13, 1984, Preis: 19,80 DM

Pössinger, H., Schoop, W.: Der Kampf gegen den Hunger, in: Misereor - Dialog, Preis: 7,50 DM

Buhler, M., Kocher, L.: Geschäfte mit der Armut, (Hrsg.) Medico International, 1984, Preis: 16,80 DM

Kolumbiengruppe Thübingen/Nürtingen (Hrsg.):„Wir wollen nicht Gewalt, wir wollen nur unser Land.", Bezug: A. Bühler, Marienstr. 56, 7440 Nürtingen, Preis: 2,50 DM

Wilkmann, A., Timberlake, L.: Natural Disasters. Acts of God or acts of Man?, Earthscan Paperback

Gesthuisen, B., Jerman, T.: Die eine Welt. Zeichnungen und Karikaturen, Edition Aragon, 1984

Groeneveld, S.: Agraberatung und Agrakultur. Texte, 1984, Bezug:Lehr- und Forschungsbereich, Agraberatung und Agrakultur, FB 21 der GhK, Stein. 19, 3430 Witzenhausen

Ernst, F. (Hrsg.): Nahost. Stimmen der Opposition. Palästina zwischen Krieg und Staatsgründung, 1984, Bezug: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

ders.: Zionimus, Opposition und Bi-Nationalität, 1984, Bezug: ESG, Kniebisstr. 29, 7000 Stuttgart 1

Diederichs, G.: Der Südpazifik im Griff der Atomkriegsplaner, 1984, Bezug: G. Diederichs, Postfach 5333, 6300 Giessen

Cuneo, A.: Hotel Venus. Roman, 1984, Limmat Verlag Zürich

FAO (Hrsg.): Welternährungsbericht 1984, Rom 1984

Deutscher Naturschutzring Bundesverband für Umweltschutz (Hrsg.):„Umweltgerechte Entwicklungspolitik". Dokumentation, in: Beiträge zum Natur- und Umweltschutz, Heft 9, 1983, Bezug: ders., Postfach 320210, 5300 Bonn 3

Claus, B.,Hofmann, M.: Die Bedeutung der Erdölländer des Gulf Cooperation Council für die Entwicklung der Jemenitischen Arabischen Republik und des Haschemitischen Königreichs Jordanien, in: Deutsches Istitut für Entwicklungspolitik (Hrsg.), Bezug: Die, Frauenhoferstr. 33-36, 1000 Berlin 10

Hofman, M.: Japans Entwicklungspolitik, in: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (Hrsg.), Bezug: Die, Frauenhoferstr. 33-36, 1000 Berlin 10

Thurau, D.: Gründe der Asylsuche von afghanischen Asylantragstellern in der BRD, Berlin, 1984, Bezug: Express Edition, Postfach 110263, 1000 Berlin 61

Sölle, D., Goldstein, H. (Hrsg.):„Dank sei Gott und der Revolution". Christen in Nicaragua, Hamburg, 1984, Preis: 9,80 DM

Institut für Iberoamerika-Kunde (Hrsg.): Chile — Opposition gegen Wirtschaftsmodell und Diktatur, in:Lateiamerika. Analysen — Daten — Dokumentation, Nr. 2, November 1984, Bezug: Institut für Iberoamerika-Kunde, Alsterglacis 8, 2000 Hamburg 36

Bielenstein, D. (Hrsg.):„Dritte Welt und Entwicklungspolitik" in Schule und Erwachsenenbildung. Unsere Museen für Völkerkunde — Lernorte für dieses Thema?, Bonn, 1984, Bezug: Verlag Breitenbach, Memelerstr. 50, 6600 Saarbrücken

Biancucci, D.: Dritte Welt — Unsere Welt. Beispiel Lateinamerika, Zürich, 1985

Schmidt,K.J.: Leben im Reisfeld. Reportagen aus Vietnam, Laos und Kampuchea, Wuppertal, 1984

Sollich, M. (Hrsg.): Probezeit ausgeschlossen. Erfahrungen und Perspektiven der personellen Entwicklungszusammenarbeit, München,1984, Preis: 19,50

Hollstein, W.: Kein Frieden um Israel. Zur Sozialgeschichte des Palästina — Konflikts, Berlin, 1984. Aktualisierte und erweiterte Neuausgabe!!!

Ken Luckhardt/Brenda Wall: Arbeiter gegen Apartheid. Die neue Gewerkschaftsbewegung in Südafrika ergänzt und aktualisiert von Sigrid Thomsen. Bonn, September 1984, 138 S., Großformat, Fotos, DM 19,80. edition südliches afrika 13

Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (Hrsg.): Südafrika in der Schule. Materialien zum System der Apartheid. edition südliches afrika 14. Bonn 1984, 80 Seiten, Großformat, DM 8,50

Michael Martin: Malawi — ein entwicklungspolitisches Musterland? Bonn, September 1984. 96 Seiten, Fotos, Karten. DM 12,-. issa wissenschaftliche Reihe 19

Zeitschriftenübersicht

EPK, Nr. 5, 1984
Schwerpunkt: Brasilien. Vom Wunderland zum Schuldnerland.
Bezug: EPK, Postfach 28 46, 2000 Hamburg 20
Preis: 4,— DM

Brasilien-Nachrichten, Nr. 83, 1984
Schwerpunkt: Menschenrechte II
Bezug: Brasilien Nachrichten, Lichtenbergstr. 1, 4500 Osnabrück
Preis: 7,— DM

AIB — Antiimperialistisches Informationsbulletin, Nr. 1, 1985
Inhalt: Äthiopien: Die Hungerkatastrophe. Ursachen und Gegenmaßnahmen. — Nicaragua: Interviews mit S. Ramirez und F. Castro. — Uruguay: Die Schwelle zur Demokratie — Südafrika: Militärische Zusammenarbeit BRD — Südafrika. — Indien: Nach Indira — Seerecht: Bonn steigt aus.
Bezug: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Epd — Evangelischer Presse Dienst, Nr. 23/24, Dezember 1984
Äthiopien: Wie können die Ursachen der Katastrophe beseitigt werden? — Südafrika: Verstöße gegen das Waffenembargo — UNO: Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten — Bildungsarbeit: Interview mit C. Köhler
Bezug: Epd, Postfach 17 41 92, 6000 Frankfurt/M. 17
Preis: 4,50,— DM

Peripherie, Nr. 17, November 1984
Schwerpunkt: Kleinbauern und Agrarentwicklung
Indien: Operation Food — Nicaragua: Übergangsökonomie
Bezug: Lateinamerikanische Nachrichten, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61
Preis: 9,— DM

Solidarische Welt, Nr. 107, September 1984
Schwerpunkt: Ökologie und Dritte Welt
Indien: Wachsende Umweltkrise — Nicaragua: Angepaßte Technologie ist Stiefkind der Revolution — Brasilien: Landkonflikte
Bezug: Aktion Solidarische Welt, Friedrichstr. 236, 1000 Berlin 61
Preis: 2,50,— DM

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 7, November 1984
Schwerpunkt: Homelands in Südafrika
Südafrika: Das Land unregierbar machen — Mosambik: Deklaration von Pretoria — Zimbabwe: Interview mit W. Musarurwa (ZAPU)
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Preis: 5,— DM

ila-info, Nr. 81, November/Dezember 1984
Schwerpunkt: Agrarmafia in Brasilien
Chile: Ein Dorf vor 11 Jahren und heute — Brasilien: Bergbau frißt weitere Indianergebiete — El Salvador: Droht die Invasion?
Bezug: Informationsstelle Lateinamerika, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1
Preis: 3,— DM

Forum, Nr. 85, November 1984
Inhalt: Gedanken gegen eine Unterstützung von Projekten — Interview mit M. Molife (Black Women Unite) — Pharma Brief/ Agro Brief — Umweltprobleme in Brasilien
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 2

SCHWARZER FADEN
Anarchistische Vierteljahresschrift

Der »Schwarze Faden« soll ein Diskussionsforum all derjenigen aktuellen Entwicklungen, Analyseansätze und Theoriebeiträge sein, die auf eine freie Gesellschaft zielen.

Inhalt von Nr. 16 (4/84), 64 Seiten:
Beiträge zum Kongreß in Venedig '84 ★ John Clark: Die 'Ware' als 'Großer Bruder' ★ B. Köster: Anarchismus und Feminismus ★ Atommüll: Herrschaftsbasis der Zukunft? ★ Über Oskar Maria Graf ★ ›Zur Wende‹ ★ ›Bakunin-Hütte‹ von Fritz Scherer ★ Zur Frage der Menschenrechte ★ Selbstverwaltung heute – die Katios ★ »Geschäftemacher« Heidemann ★ Bericht zur Buko ★ Stowasser-Prozeß u.v.a.m.
Einzelnummer: DM 4,–
Abonnement: DM 15,–/ 4 Nummern
Probehefte nur gegen Rückporto
Postscheckkonto Stgt, F. Kamann
Kontonummer: 57463–703

Redaktion Schwarzer Faden
Postfach 581
7410 Reutlingen

Kennen Sie schon Deutschlands einziges China-Magazin?



berichtet in allgemeinverständlicher Weise regelmäßig mit wechselnden Schwerpunkten über **Chinas Politik, Geschichte, Kultur und Kunst,** erzählt vom **chinesischen Alltag** und widmet sich den deutsch-chinesischen Beziehungen. Unsere **Mitarbeiter in China** versorgen uns ständig mit den wichtigsten Informationen, die durch ausführliche Hintergrundbeiträge namhafter Experten ergänzt werden. Die vom Bundesvorstand der Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft (GDCF) e.V. herausgegebene Zeitschrift erscheint bereits im 12. Jahrgang.

Themen 1985:
1/85 China alternativ
2/85 Aktuelle Kulturszene (Sonderheft DM 8,00)
3/85 Wohnen, Städtebau, Architektur
4/85 Frauen

Jahresabonnement 1985
(4 Hefte, davon 1 Sonderheft):
Inland DM 20,00 (inkl. Versand)
Ausland DM 25,00 (inkl. Versand)
Förderabo DM 50,00

Wir schicken Ihnen gerne ein Probeheft zu.

Folgende dnC-Hefte sind noch lieferbar:

4/84	Frieden, Abrüstung, Militär	4,00
3/84	Deutsche in China	4,00
2/84	Jugend	4,00
1/84	Stadtportrait Peking	4,00
4/83	Sitten und Gebräuche	4,00
3/83	China und die Dritte Welt	4,00
2/83	Erziehung	4,00
1/83	Ökologie und Umweltschutz	4,00
2/82	Landwirtschaft/Taiwan	3,50
1/82	Tourismus	3,50
6/81	Moderne Literatur	3,50
5/81	Medizin	3,50
4/81	Tibet	3,50
3/81	Handel mit China	3,50
2/81	Chinesisch lernen	3,50
1/81	Maoismus II	3,50
6/80	Maoismus I	2,50
5/80	Auslandschinesen	2,50
4/80	Küche	2,50
3/80	Sport	2,50
2/80	Alltagssorgen der Chinesen	2,50
1/80	Nationale Minderheiten	2,50
6/79	Freundschaft auf dem Prüfstand	2,50
5/79	Literatur extra	2,00
4/79	Griff zu den Sternen	2,00
3/79	Demokratie und Sozialismus	2,00
1/79	Bauernmalerei	2,00
6/78	Handel mit China	2,00
5/78	Kinderbücher	2,00
4/78	Reiseland China	2,00
3/78	Landwirtschaft/Reisen	2,00
2/78	Recht/Landwirtschaft	2,00
1/78	Massenmedien	2,00

Bitte Gesamtbetrag zzgl. DM 2,00 Porto in Briefmarken beilegen.

CHINA Studien- und Verlags-GmbH
Redaktion »das neue China«
Eschenheimer Anlage 28
6000 Frankfurt 1
Tel. 069/5970206

Viktor Lüpertz

Bergstr 6

7801 Oberried

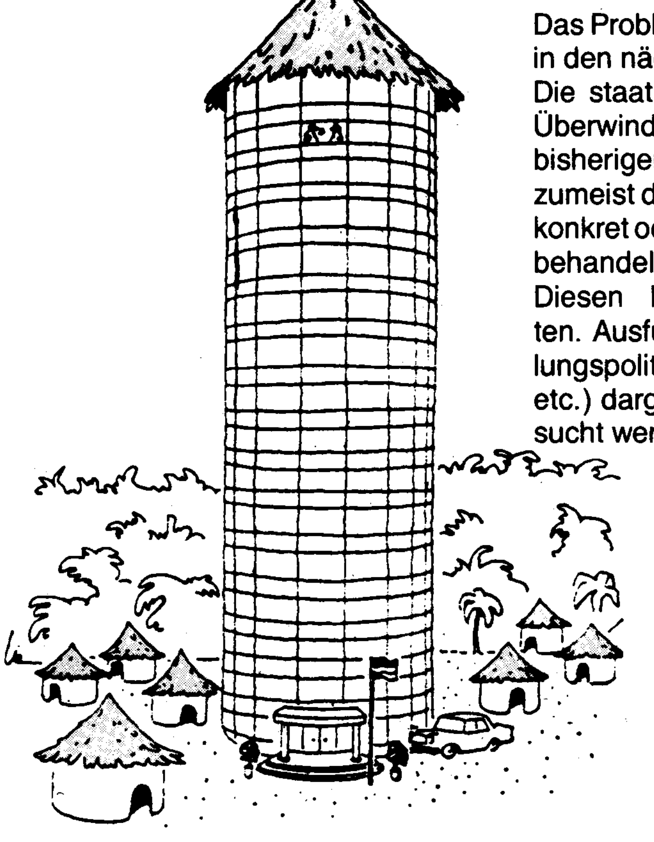
Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
M 3477 FX

iz3w
Postfach 5328
7800 Freiburg

Entwicklungspolitik

Hilfe oder Ausbeutung?

Die entwicklungspolitische Praxis der BRD und ihre wirtschaftlichen Hintergründe



Wissen Sie Herr Seifried, das Allerwichtigste bei der Entwicklungshilfe ist das Einfühlungsvermögen!

Das Problem der Unterentwicklung in der Dritten Welt wird sich in den nächsten Jahren weiter dramatisch zuspitzen.
Die staatliche Entwicklungspolitik erhebt den Anspruch, zur Überwindung der Unterentwicklung beizutragen. Der Mangel bisheriger Veröffentlichungen zur Entwicklungspolitik besteht zumeist darin, das Thema entweder global und damit zu wenig konkret oder zu isoliert von den übrigen Bereichen der Politik zu behandeln.
Diesen Mängeln versucht dieses Buch entgegenzutreten. Ausführlich werden die einzelnen Sektoren der Entwicklungspolitik (Landwirtschaft, Infrastruktur, Bildungswe-sen etc.) dargestellt , wobei jeweils auch einzelne Projekte untersucht werden.
Die Analyse und die Bewertung der Entwicklungspolitik geschehen vor dem Hintergrund des außenwirtschaftlichen Verhaltens der BRD, ihrer Außenhandelspoliitik und ihrer Politik des internationalen Kapitalverkehrs.

Die im Okt. 1983 völlig überarbeitete und erweiterte Neuauflage beschränkt sich nicht auf die Analyse des heutigen Zustands. Sie geht weiter und versucht Alternativen zur bestehenden Entwicklungspolitik zu zeigen und auch zu erläutern, was interessierte Personen und Gruppen in diesem Bereich tun können.

Hrsg.: Informationszentrum Dritte Welt/Freiburg

8. Auflage, Sept. 1984 · 384 S., 16,80 DM
ISBN 3-922263-01-1 · Bestellungen ans iz3w oder Buchhdl.